Dokumentation der NAHOST-REISE der FRAKTIONS- und PARTEIDELEGATION DIE GRÜNEN

(16.-30. Dezember 1984)

I Vorwort

II Reisebericht

III Presseerklärungen

IV Das umstrittene Arbeitspapier

V Kritiken und Entgegnungen sowie Fraktionsprotokoll

VI Dokumente der israelischen Friedensbewegung

VII Pressedokumentation

Bonn im April 1985

V O R W O R T

Der grünen Delegation gehörten Brigitte Heinrich (MdEP), Gaby Gottwald (MdB), Jürgen Reents (MdB), Ulrich Tilgner (Fraktionsmitarbeiter), Muhamad Azazmah (Bundesarbeitsgruppe Internationalismus) und Ali Schmeissner (Bundesvorstand) an. Die Reise vom 16. bis 30. Dezember in den Nahen Osten (Libanon, Syrien, Jordanien, Westbank und Israel) hat mehr öffentliche Aufmerksamkeit gefunden als jede andere außenpolitische Aktivität zuvor. Sowohl innerhalb der Grünen als auch außerhalb ist sie vor allem auf Kritik gestoßen.
Die Pressedokumentation (VII)macht das deutlich. In ihr sind Berichte und Kommentare aus der BRD und den besuchten Ländern zusammengestellt.
Zur Vorbereitung auf die Diskussion sollten vor allem die Protokolle (II), an Hand derer der konkrete Verlauf der Reise nachvollziehbar wird, Kritiken und Entgegnungen (V) und Dokumente derIsraelischen Friedensbewegung (VI) genauer gelesen werden.
Auch wenn die Diskussion vor allem auf das Verhältnis Grüne - Israel konzentriert ist, machen die Unterlagen deutlich, daß die Lage im Südlibanon, die Situation der Palästinenser und die Friedensbewegung in Israel die Schwerpunkte der Reise bildeten. Neben deprimierenden Eindrücken im Libanon, dessen Bewohner sich in einer katastrophalen sozialen Situation befinden und dessen politischen Widersprüche auch mittelfristig nicht gelöst werden dürften, war auch die Lage der Palästinenser unverändert ausweglos: geringere UN-Mittel für die Flüchtlinge, eine durch den israelischen Angriff des Jahres 1982 und durch den von Syrien unterstützten Abspaltungsprozeß geschwächte PLO, die von der israelischen Regierung nach wie vor nicht anerkannt wird. Einzig die Friedensbewegung in Israel, die ihren Dialog mit den Palästinensern führt, gab Hoffnung, daß es neue Kräfte gibt, die in der Lage sind, daß Klima der Konfrontation zu unterminieren und eine Atmosphäre zu schaffen, in der die Forderung der Palästinenser nach Selbstbestimmung verwirklicht werden könnte.
Die vorliegende Dokumentation wurde von Jürgen Reents und Ulrich Tilgner erstellt. Die anderen Mitglieder der Delegation haben sie noch nicht durcharbeiten können. Muhamad Azazmah hat die Vorlage eines eigenen Berichts für die Bundesarbeitsgruppe angekündigt.

II / 0

Protokolle der NAHOST-REISE der FRAKTIONS- und

PARTEIDELEGATION DIE GRÜNEN

(16.-30. Dezember 1984)

Bonn im Januar 1985

PROGRAMM:

LIBANON (16.-21. Dezember)

17.12. Informationsgespräch in BRD-Botschaft (Geschäftsträger Dr. Klaus Heinemann und Wirtschaftsreferent Dr. Harald Braun)
Gespräch im libanesischen Außenministerium mit Generalsekretär Fuad Turk
Gespräch im libanesischen Parlament mit Hussein Husseini (Parlamentspräsident)
Gespräch mit Dr. Kamel Mohanna (Präsident der Amel-Vereinigung (libanesische Hilfsorganisation))
Besichtigung verschiedener Gesundheitszentren in West-Beirut (Amel und medico international)
Besuch der südlichen Vororte Beiruts
Gespräch mit Salim Hoss (Erziehungsminister)
Diskussion mit libanesischen Journalisten

18.12. Gespräch mit Vertretern des "Ansar-Gefangenen-Komitees"
Gespräch mit Vertretern des "Komitee der Verwandten der Verschwundenen"
Gespräch im UNESCO-Gebäude mit Nabih Berri (Staatsminister für den Süden)
Gespräch mit Vertretern von sechs libanesischen Hilfsorganisationen
Besuch von Sabra und Chatila
Abendessen, Gastgeber: Dr. Heinemann

19.12. Fahrt nach Südlibanon
Gespräch mit Ahmed Kalash (Bürgermeister von Saida)
Gespräch mit Dr. Nazih Bizri (Parlamentsabgeordneter)
Gespräch mit Mustafa Saad (Sunniten-Führer in Sidon)
Essen mit Honoratioren von Saida

20.12. Besuch Pästinenserlager Saida
Fahrt nach Tyre
Besuch Palästinenserlager Tyre
Besuch Projekt Najdeh-Vereinigung im Lager
Gespräch George Haddad (Bischof von Tyre)
Diskussion mit protestierenden Müttern von Ansar-Gefangenen
Besuch des Dorfes Bedias (sieben Tage zuvor von israelischer Armee besetzt)
Gespräch mit Daud Daud (AMAL-Vertreter)
Gespräch im Serail mit Raschid Karameh (Ministerpräsident und Außenminister)
Gespräch mit Vertretern des "Ansar-Gefangenen Komitees"
Empfang der Amel-Vereinigung

21.12. Gespräch mit Valid Jumblatt (Minister für Tourismus und Straßenbau)
Pressekonferenz
Fahrt nach Damaskus über Ost-Beirut

SYRIEN (22. und 23. Dezember)
22.12. Gespräch mit Mahmoud Labadi (Sprecher der Nationalen Allianz)
Gespräch mit Vertretern der Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP))
Gespräch mit Yasser Abed Rabbo (Stellvertretender Generalsekretär der Demokratischen Front für die Befreiung Palästinas (DFLP))
Essen der Demokratischen Allianz im Yarmuk-Camp

23.12. Gespräch mit Faruk el-Schari (Außenminister)
Fahrt nach Amman

Jordanien (24. Dezember)
24.12. Gespräch mit Tahir Nasch'at el-Masri (Außenminister)
Gespräch mit Brig. Al Yahya (Vertreter der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) in Jordanien)
Gespräch mit Yasser Arafat (PLO-Vorsitzender)
25.12. Pressegespräch
Fahrt auf die Westbank

WESTBANK (25. Dezember)
25.12. Gespräche in Jericho mit Ziad Abu Ziad (Rechtsanwalt), Jamil Nasser dem Leiter der palästinensischen Anwaltskammer und dem Vorsitzenden des palästinensischen Journalistenverbandes
Empfang (Organisiert von palästinensischen Politikern)

ISRAEL (26. und 27. Dezember)
26.12. Besuch der Knesset (Diskussion mit den Abgeordneten Muhamad Mijari (Fortschrittliche Liste für den Frieden (PLP)), Taufik Tubi (Kommunistische Partei), Charly Biton (Black Panther, Demokratische Front), Muhamad Watab (Mapam Partei), Ora Namir und Abed Darawshi (Arbeiterpartei)
Gespräch mit Vertretern des Komitees für Solidarität mit der Birzeit Universität
Gespräch mit Vertretern der Gruppe "Yesh Gvul" (There is a limit)
Diskussion mit der Fortschrittlichen Liste für den Frieden

27.12. Gespräch mit Vertreter von Oz ve Schalom
Gespräch im Außenministerium mit Yeshayahu Anug (Stellvertretender Generalsekretär)
Besuch von Yad Vashem
Gespräch mit Vertretern von Peace Now

WESTBANK (28. und 29. Dezember)

28.12. Besuch Hebron
Gespräch im Gebäude der Universitätsabsolventen des Bezirk Hebron (u.a. mit Mustafa Abdul Nabi Natsheh (von der Militärverwaltung abgesetzter Bürgermeister))
Essen mit führenden Persönlichkeiten Hebrons
Fahrt durch Siedlungen auf Westbank
Besuch des Lagers Deheische und Gespräch mit Vertretern der Bewohner
Besuch von Dar el Tifl el Arabi, Jerusalem (Mädchenschule und Waiseninternat Jerusalem)

29.12. Besuch der Gesellschaft für Arabische Studien
Besuch der Gesellschaft von In'ash El-Usra

ISRAEL (29. und 30. Dezember)

29.12. Gespräch mit Vertretern von Ibn al Balid (Söhne des Bodens)
Diskussion mit palästinensischen Mitgliedern der Fortschrittlichen Liste für den Frieden
Gespräch mit Vertretern von RAZ und Shelli
Diskussion mit Künstlern

30.12. Gespräch mit Mitarbeitern des International Center for Peace in the Middle East
Pressekonferenz

GESPRÄCHE UND EINDRÜCKE

BRD-BOTSCHAFT BEIRUT
(Geschäftsträger Dr. Klaus Heinemann, Wirtschaftsreferent Dr. Harald Braun - gesamte Delegation)

Aus Zeitmangel gab es nur einen Kurzüberblick durch Dr. Heinemann: Ein Drittel des libanesischen Territoriums sei von syrischen, ein weiteres Drittel von israelischen Truppen besetzt. Restgebiet werde von Einheiten der Force Libanese, der AMAL und der PSP (jeweils ein Teil) kontrolliert.
Bei den "Nakura-Verhandlungen" solle zwischen Israel und Libanon ein Abkommen über den israelischen Truppenabzug ausgehandelt werden. Israel wolle den libanesischen Streitkräften nur ein Vorrücken bis zum Litani-Fluß gestatten. Der südliche Teil Südlibanons (Gebiet zwischen Grenze und Litani) solle dann von der von Israel ausgebildeten, ausgerüsteten und versorgten Lahad-Armee (benannt nach einem pensionierten libanesischen General, der die Truppen kommandiert) kontrolliert werden.
Ein Rückzug der israelischen Truppen könne ein Vakuum erzeugen, das von der libanesischen Armee nicht so leicht zu füllen sei. Beispiel sei der israelische Truppenrückzug im Shouf gewesen, nach dem es sowohl auf Seite der Christen als auch auf der der Drusen Tausende von Toten gegeben habe (Massaker auf beiden Seiten, Ausrottung ganzer Dörfer).
Die innerlibanesische Sicherheit solle in einem Drei-Phasen-Plan hergestellt werden (1. Beirut, 2. Küste bis Awali und 3. weitere Gebiete).
Das syrische Verhalten sei vom israelischen unabhängig. Es gebe keine Festlegung für die Zukunft.
Bundesrepublikanische Politik bestehe darin, Souveränität, territoriaale Integrität und Einheit Libanons zu unterstützen.

AUSSENMINISTERIUM
(Generalsekretär Fuad Turk (Christ) - gesamte Delegation - Vertreter von Botschaft und Amel)

Nach Dank für Interesse der Delegation wandte sich Turk gegen die seit zehn Jahren von den Medien verbreitete These, im Libanon herrsche Bürgerkrieg. In Wahrheit gebe es vier Gründe für die Probleme: innerlibanesische, arabisch - arabische, israelisch - arabische und schließlich internationale.
Der innerlibanesische Aspekt: Der Angst der Christen, absorbiert zu werden, stehe die Angst der Moslems vor christlicher Hegemonie und fehlender Gerechtigkeit gegenüber. Eine Lösung müsse den Christen die Gewißheit ihrer Existenz und den Moslems Gerechtigkeit bringen. Es seien Reformprogramme notwendig. Der Konflikt könne gelöst werden, wenn die anderen Gründe entfallen.
Der arabisch - arabische Aspekt: Die Auseinandersetzung werde im Libanon geführt. Die anderen arabischen Staaten seien mehr und mehr der Meinung: Die Libanesen müßten ihre Probleme selbst lösen.
Der israelisch - arabische Aspekt: 500 000 palästinensische

Flüchtlinge seien in das Land gekommen. Es habe 50 000 bis 60 000 Bewaffnete gegeben (seit 1968). Sie seien nicht neutral gewesen. Der internationale Aspekt: Supermächte sind in den Konflikt involviert. Die SU werde eine Lösung ohne die eigene Mitwirkung nicht zulassen.
Libanon sei bereit, an einer internationalen Konferenz teilzunehmen, bei der auch die Palästinenser vertreten sein sollten (Turk ließ offen, ob durch die PLO).
Eine Frage nach genauer Gewichtung der vier Gründe wurde von Turk nicht beantwortet.
Auf die Frage, wie Libanon zur PLO stehe, erklärte Turk, es gäbe ein neues Element wegen der syrischen Differenzen mit der PLO. Libanon werde sich in die innerpalästinensischen Probleme nicht einmischen, werde aber als Mitglied der arabischen Liga seine Pflicht erfüllen.
Libanon selbst habe drei Probleme: Sicherheit, Befreiung und Wiederaufbau.
Sicherheit: Ein Drei-Phasenplan sehe zuerst die Sicherheit für Beirut, dann für die Küste und schließlich für das Gebiet der Achse Beirut - Damaskus vor. Es dürfe nur eine Armee existieren, möglicherweise brauche die Schaffung dieses Zustandes Zeit.
Befreiung: Israel habe Bereitschaft erklärt, abzuziehen, aber bei den Nakura-Gesprächen gäbe es keine großen Fortschritte. Libanon beharre darauf, daß das Abkommen von 1949 (Waffenstillstandsabkommen nach dem israelisch-arabischen Krieg im Anschluß an die Gründung des Staates Israel), das rein militärischen Charakter habe, die Basis einer Übereinkunft bilden müsse. Der Abzug syrischer Truppen werde später erfolgen. Es gebe eine Zusage aus Damaskus, daß es diesbezüglich keine Probleme geben werde. Von daher beruhe die Hauptkonzentration auf dem Abzug der israelischen Truppen.
Auf die Frage, ob Probleme nach dem Abzug der israelischen Truppen zu erwarten seien, erklärte Turk, wenn es eine politische Lösung gebe, würden organisatorische Probleme keine größere Rolle spielen. Nach einem Abkommen müsse es keine bewaffneten Gruppen geben, die libanesische Armee und Unifil-Einheiten seien in der Lage, die Sicherheit herzustellen.
Wiederaufbau: Die Kriegsschäden betrügen insgesamt 90 bis 100 Mrd. Dollar (sozialer, medizinischer, infrastruktureller Bereich usw.). Die arabischen Staaten und die Vereinten Nationen seien die beiden Hauptstützen für den Wiederaufbau. "Jedes Land, das es wünscht, kann etwas tun." Es gebe einen Rat für Entwicklung und Wiederaufbau.
Ziel sei es, daß sich jeder im Libanon wohlfühle. Das Koexistenz-Modell, in dem alle Glaubensrichtungen zusammenleben, müsse erhalten bleiben.

PARLAMENT
(Parlamentspräsident Hussein Husseini (Sunnit) - gesamte Delegation - Vertreter von Botschaft und Amel)

Für Husseini beginnen libanesische Probleme mit der Gründung des Staates Israel und der damit ausgelösten Vertreibung des

palästinensischen Volkes. Seit Gründung des Staates habe Israel alle Resolutionen abgelehnt. In Libanon existieren 17 Religionsrichtungen, die einen gewissen demokratischen Umgang gepflegt hätten, den Israel zu zerstören versuche. Israel strebe die Konfessionalisierung des Konfliktes im Libanon an. Es sei Israel gelungen, eine Instabilität zu erzeugen. Aber während des zehnjährigen Konfliktes seit 1975 habe das Volk einen Widerstand entwickelt, um das Land zu befreien. Es gäbe ein Ziel, die Befreiung der besetzten Gebiete und die Vertreibung des Aggressors. Die Israelis müßten friedlich (Verhandlungen) oder kämpferisch hinausgeworfen werden.
Libanon müsse auf der Waffenstillstandslinie von 1949 bestehen. Der Rückzug sei ein internationales Problem, denn die Fortsetzung der Aggression sei ein Angriff auf die Werte der ganzen Welt. Bei den Verhandlungen könne es keinen Kompromiß geben. Israel müsse einen bedingungslosen Rückzug akzeptieren. Weiterhin dürfe es keine Lösung auf Kosten der Palästinenser geben. Es werde auch keinen Kompromiß über das Recht der Palästinenser auf Anwesenheit im Libanon geben, aber es dürfe keine militärischen Aktionen über die Grenze hinaus geben. Der Süden Libanons müsse eine Zone des Friedens werden. Libanon könne nicht allein über Frieden entscheiden, da es Teil des Mittleren Ostens sei, deshalb auch Gespräche unter Leitung der UN.
Die arabische Welt sei in innere Widersprüche verwickelt. Husseini sparte innerlibanesische Probleme aus, bzw. verband deren Lösung direkt mit dem Rückzug der israelischen Truppen. Man spürte, daß er sich nicht auf eine militärische Kraft stützen kann.

AMEL-ZENTRALE
(Kamel Mohanna und weitere Amel-Vertreter - gesamte Delegation)

Dr. Mohanna (Präsident der Hilfsorganisation Amel, die vor allem in Westbeirut Gesundheits- und Rehabilitationszentren aufgebaut hat und die Realisierung des Libanonbesuchs der Delegation weitgehend übernommen hatte) gab einen kurzen Überblick über die sozialen, ökonomischen und finanziellen Probleme Libanons. Das 10452 Quadratkilometer große Land mit 3,5 Millionen Einwohnern sei 1943 unabhängig geworden. Als Mittler zwischen Okzident und Orient habe es vor allem von Dienstleistungen gelebt. Seit 1975 habe sich die Situation verschlechtert, da die Überweisungen aus dem Ausland zurückgegangen seien (seit 1982 dann ein weiterer dramatischer Rückgang) und auch keine ausländische Hilfe mehr erfolgt sei. Seit 1975 habe es etwa 100 000 Tote und 250 000 Verwundete gegeben. In ganz Libanon seien etwa 20 bis 30 Prozent der Wohnstruktur zerstört worden. Dabei schwanke der Zerstörungsgrad zwischen 20 und 80 Prozent. Allein in Südbeirut seien 20 000 bis 25 000 Wohneinheiten zerstört worden. Der Staatshaushalt sei mit 7 Mrd libanesischer Pfund (etwa gleichhoher Dollarbetrag) verschuldet, das Land habe 25 Mrd libanesischer Pfund Schulden. Die Trennung des Landes in verschiedene Zonen erschwere Wirtschaftsprogramme. Besonders gravierend sei die Besatzungspolitik im Süden.

Derzeit sei nicht klar, wer nach dem zehnjährigen Kampf was gewonnen bzw. verloren habe. Vor 1975 hätten fünf Prozent der Bevölkerung über 85 Prozent des Einkommens verfügt (aktuelle Vergleichszahlen gebe es nicht). Der innerlibanesische Kampf gehe auch um wirtschaftliche Gleichheit. Mohanna ging nicht auf die Tatsache ein, daß die libanesischen Christen finanziell, wirtschaftlich und sozial privilegiert sind.
In Südbeirut gebe es die ersten Hungerprobleme. Fünf Prozent der Bewohner hätten nicht mehr genug Nahrung. Es gebe bereits täglich fünf bis zehn Verbrechen, deren Ziel es sei, sich Nahrungsmittel zu beschaffen. Die Arbeitslosigkeit betrage 20 Prozent. Die Inflation sei jährlich von zwei Prozent in den sechziger Jahren über acht Prozent (1970 bis 1975) und 20 Prozent in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre auf 50 Prozent (1981 - 1984) gestiegen. Dabei gebe es nur geringe Lohnerhöhungen. Kämpfe und Krieg überlagerten nur scheinbar die ökonomischen Probleme. Von September 1983 bis heute habe es Militärausgaben in Höhe von 25 Milliarden libanesische Pfund gegeben. Innere Kämpfe und Besatzung hätten zu einer explosiven sozialen Situation geführt.

HILFSZENTREN
(gesamte Delegation - Leitung Amel)

Die drei Gesundheitsstationen, die wir in Westbeirut besichtigten, lagen meist in einem gespenstisch anmutenden Umfeld.
In Küstennähe - wenige hundert Meter von der West- und Ost-Beirut trennenden "Grünen Linie" entfernt - gab es eine Amel-Gesundheitsstation in einem Ruinenviertel, das nur noch teilweise bewohnt wird. Neben spärlich eingerichteten Behandlungszimmern existierte ein Unterrichtsraum für Frauen und eine Werkstatt, in der Kriegsversehrte Holz- und Elektroarbeiten erlernen. Die Behandlung erfolgt in der Regel kostenlos. Vor Ort wird deutlich, daß bei einem solchen Projekt der Einsatz geringer Mittel wirkungsvolle Arbeit gewährleistet.
Eine Gesundheitsstation, die von medico international finanziert wird, war besser - wenn auch ebenfalls karg - ausgestattet. Es existierte sogar ein altes Röntgengerät.
Eine kleine Klinik von Amel in Südbeirut befand sich im Keller einer Schule. Während der Kämpfe im Februar 1984 hatte die Schule mehrere Treffer erhalten. Medikamentenvorräte und große Mengen Verbandsmaterialien verdeutlichen die Angst vor erneuten Kämpfen und die Vorbereitung auf sie.
Es ist eine absolute Notwendigkeit, Programme zu stärken oder zu entwickeln, in deren Rahmen die Hilfsorganisationen direkt unterstützt werden. Wegen der innerlibanesischen Probleme haben nichtstaatliche Organisationen einen noch größeren Anteil bei der Versorgung der Bevölkerung als in der Bundesrepublik.
Die Botschaft in Beirut sollte kontaktiert werden.

SÜDSTADT
(gesamte Delegation - Leitung Amel)

Mitglieder von Amel, die uns durch die südlichen Vororte führen, erzählten, daß im Februar vergangenen Jahres viele Familien trotz tagelanger Einschläge großkalibriger Artilleriegeschosse ihre Keller nicht verlassen hätten. Es habe viele Tote gegeben. Man könne von einem Prinzip bei den Kämpfen sprechen: Opfer sei ausschließlich die Bevölkerung, nur in Ausnahmefällen seien die Kämpfer der jeweiligen Parteien unter den Toten.
Dieses Grundmuster gilt in verschiedensten Variationen: gegenseitiger Beschuß von Wohnvierteln durch die jeweiligen Bürgerkriegsparteien, gezielte Angriffe auf Passanten durch Scharfschützen, Autobomben.
Die Infrastruktur ist auch zehn Monate nach den Kämpfen nicht wieder hergestellt: manchmal gar keine Stromversorgung, schlechte Wasserversorgung. Von einem organisierten Wiederaufbau ist nichts zu spüren. Viele der Häuser in Südbeirut sind heute von Flüchtlingen aus dem Südlibanon besetzt. Die Schiiten bilden die Mehrheit. Zahlreiche Plakate von Musa Sadre und Khomeini deuten auf Sympathien für die Islamische Republik Iran.
Gespräche in einem Teehaus mit jungen AMAL-Kadern verdeutlichten: Die Militanz droht alles zu überlagern. Für den Kauf von Waffen wird beim täglichen Brot gespart. Mit leuchtenden Augen wird vom Kampf gegen die israelischen Besatzungstruppen gesprochen. Innenpolitisch traten die Militanten noch für demokratische Veränderungen ein. Ziel sei ein laizistischer Staat Libanon, in dem alle Bewohner, unabhängig von ihrer Religion, gleiche Rechte und Pflichten hätten.
Der totalitäre Anspruch des radikalen Schiismus schimmerte durch. Da die berechtigten Forderungen unrealisierbar zu sein scheinen, wird die Radikalisierung der Schiiten und ihrer Führung durch Fundamentalisten, die perspektivisch die Gründung einer Islamischen Republik im Libanon (oder auch nur im südlichen Teil des Landes) nach iranischem Vorbild anstreben, möglich. Nur eine grundsätzliche Änderung der sozialen, wirtschaftlichen und finanziellen Situation in Südbeirut kann solch eine Entwicklung verhindern. Dafür fehlen derzeit aber die minimalen Voraussetzungen. In einer Situation, in der nicht einmal eine richtige schiitische Bourgeoisie zu existieren scheint, werden die realen Verhältnisse die Herausbildung eines abstrakten religiösen Radikalismus begünstigen, der die Triebkraft für eine Verschärfung der Konflikte zwischen Christen und Moslems bilden dürfte. Noch sind die radikalen Fraktionen der Schiitenbewegung auf den Kampf gegen israelische Besatzer fixiert, sollten jedoch innenpolitische Reformen oder von außen finanzierte Wiederaufbauprogramme ausbleiben, scheint die nächste Runde der inneren militärischen Auseinandersetzung bereits programmiert. Die Hezbollahis (Anhänger der "Partei Gottes" mit fundamentalistischer Orientierung) bilden bereits eine starke Fraktion innerhalb der Amal, deren Mehrheitsströmung moderat ist.

ERZIEHUNGSMINISTER SALIM HOSS (Sunnit)
(gesamte Delegation - Vertreter von Botschaft und Amel)

Die Verwirklichung der israelischen Vorstellungen in den Nakura-Verhandlungen würde nach Auffassung von Hos zu einem Aufbrechen Libanons und zu einer der Lage in Zypern vergleichbaren Situation führen. Dies könne natürlich vom Libanon nicht akzeptiert werden. Das Land beharre auf der Vereinbarung von 1949. Libanon habe keinen Krieg mit Israel geführt. Die Lage sei nicht einfach, da Israel von Freunden in der ganzen Welt unterstützt werde und ökonomische und finanzielle Hilfe durch die USA erhalte. Konfessionalismus und die daraus resultierenden Spannungen habe es bereits seit der Gründung des Staates gegeben. Der Einfluß des Nasserismus (1958) und die zunehmende palästinensische Präsenz von 1970 bis 1975 habe die Spaltung des Landes in verschiedene Faktoren gestärkt. Der Bürgerkrieg 1975 habe Libanon getötet. Die Spaltung sei 1975 erfolgt. Das Problem sei der Konfessionalismus. Von 17 Religionsgemeinschaften sien drei wirklich an der Macht beteiligt, sieben würden Minister stellen und die restlichen zehn gingen absolut leer aus. Der Pluralismus müsse die Basis für eine Lösung bilden.
Er sei als Erziehungsminister sehr frustriert, da er gar keine richtigen Arbeitsmöglichkeiten habe. Das Land habe 30 Mrd Dollar Schulden. Es gebe keine Mittel, Projekte zu beginnen. Einige Teile des Landes seien total verarmt.
Das größte Problem sei die israelische Besetzung des Südens, antwortete Hos auf die Frage nach den syrischen Truppen in Libanon. Der Kampf gegen die Besatzungstruppen werde ein einigender Faktor in der libanesischen Innenpolitik. Es sei ein völliger Unterschied zwischen den syrischen und israelischen Truppen. Erstere seien hereingerufen worden. Es gäbe Zusammenarbeit mit den Syrern.
Hos appellierte an Israel, aus dem Camp-David-Abkommen zu lernen. Das Nahost-Problem sei ein internationales Problem, insbesondere betreffe es nicht nur die Palästinenser, sondern alle Araber.
Hos (gegen ihn hatte es in den Vortagen ein Attentatsversuch gegeben) gab eine im Gegensatz zu den anderen Politikern realistische Einschätzung der libanesischen Situation: fehlende demokratische Strukturen mit dem Resultat eines sich verschärfenden Konfessionalismus, katastrophale soziale, ökonomische und finanzielle Situation und Gefahr der langfristigen Spaltung des Landes durch die israelische Besatzungspolitik. In dem Gespräch wurde kein konkreter Ansatzpunkt für die Lösung der Probleme deutlich.

JOURNALISTENGESPRÄCH
(auf einem Amel-Empfang)

Nach Informationen eines freien libanesischen Journalisten, der vor allem über die von den israelischen Truppen und der Lahad-Armee besetzten Teile der Bekaa-Ebene recherchiert hatte, sind dort 1600 Quadratkilometer besetzt. In 68 Dörfern leben 180 bis 200 Tausend Menschen (70 000 Sunniten, 40 000 Drusen, 40 000 Christen verschiedener Richtungen und 30 bis 50 Tausend Schiiten). Trotz der

starken religiösen Splitterung habe es bis 1982 keine Probleme gegeben. Die Kataeb habe in nur sieben Dörfern existiert. Nach einem möglichen Abzug müsse jedoch mit starken Spannungen gerechnet werden.
Schon jetzt sei zu erklären, daß Darstellungen, es handle sich um das Wiederaufflammen historischer Konflikte, falsch seien.
Das Gebiet sei besonders wegen seiner Wasservorräte wichtig. Da Israel Wasserprobleme habe, gehe es ganz offensichtlich auch darum, daß sich die Besatzer diese Quellen erschlössen. Die israelische Begründung, bisher fließe das Wasser ungenutzt ins Meer, sei total irreführend, da in der Vergangenheit die Verwirklichung libanesischer Pläne zur Flußregulierung und Wassernutzung durch Bombardierungen verhindert worden seien. Es sei mehrfach vermutet worden, daß Israel bereits mit Baumaßnahmen zur Umleitung der Wasserströme begonnen habe. Informationen darüber gäbe es jedoch nicht, da Untersuchungskommissionen der Zutritt zu entsprechenden Plätzen verwehrt werde.
Das Wasserproblem im Südlibanon ist bereits mehrfach in internationalen Resolutionen zur Besetzung des Südlibanon angesprochen worden. Ein holländischer Journalist erklärte, in den Quellgebieten seien riesige Verblendungen errichtet worden, die eine Einsicht auf mögliche Bauarbeiten verhinderten. Man könne davon ausgehen, daß bisher kein Wasser umgeleitet werde.
Militärpolitischer Aspekt der Besetzung der BeKaa-Ebene: Ein Horchposten auf dem Knapp 2000 m hohen Barouk Berg und israelische Stellungen 27 km vor Damaskus.

FLÜCHTLINGSKOMITEE (committee of deplaced people)
(gesamte Delegation)

Im Libanon gebe es etwa eine Million Flüchtlinge. Zwischen 9000 und 16 000 Familien wohnten in Unterständen. Es herrsche großer Wohnungsmangel, z.T. müßten auch Schulen genutzt werden. Von der Flüchlingsbewegung seien Angehörige aller Religionsgemeinschaften betroffen. Es werde von staatlicher Seite nichts unternommen, um dem Elend abzuhelfen. In den Gebieten, in denen es ein Minimum an Sicherheit gebe, würden die Häuser wiederaufgebaut.
Das zweite Problem sei die medizinische Versorgung. Die Situation aller 450 000 Menschen in Borj-el-Barjneh (Südbeirut) sei katastrophal. Es gebe dort kein Krankenhaus.
Ein Mitglied des Komitees erklärte, die israelischen Besatzungstruppen verfolgten eine Politik der Entleerung der bestimmter Gebiete, insbesondere zwischen der israelischen Grenze und dem Litani-Fluß, um dort christliche Bevölkerung anzusiedeln. Ohne einen Rückzug der Israelis sei es nicht möglich, die Flüchtlinge aus dem Süden wieder in ihrer ehemaligen Heimat anzusiedeln. Generell sei zu sagen, daß eine Wiederansiedlung aller Flüchtlinge nur bei einer libanesischen Gesamtlösung möglich sei.
So stammten viele der Flüchtlinge in West-Beirut aus dem anderen Teil der Stadt, aus dem sie auf Grund politischer Selektion von der Kataeb (Falangisten) vertrieben worden seien. Insgesamt seien etwa 250 000 von Ost nach West umgesiedelt worden. Die Flüchtlingsbewegung sei eine direkte Auswirkung der Kantonisierung

des Libanon. In den besetzten Gebieten würden besonders Jugendliche vor drei Alternativen gestellt: a) Kooperation mit der israelischen Besatzungsmacht, b) Gefängnis AlAnsar oder c) das Gebiet zu verlassen und ein Papier mit Verzicht auf Rückkehr zu unterzeichnen.
Die Vertreter des Flüchtlingskomitees richteten die Bitte an die Delegation, sich für Stipendien für Schüler und Studenten im Ausland einzusetzen.
Die Flüchtlingsbewegung scheint sich aus politischen Aktivisten und den Ärmsten zusammenzusetzen, die bei ihrer Neuansiedlung die entsprechenden Probleme haben, da der Staat kein Flüchtlingsprogramm hat. In Südbeirut leben viele der Flüchtlinge in besetzten Häusern, die früher von Juden und Christen bewohnt waren.

KOMITEE DER VERSCHWUNDENEN
(gesamte Delegation)

Verschwundene gebe es seit 1958. Ein großes Problem bildeten die Verschwundenen seit dem Bürgerkrieg von 1975. Seit der israelischen Invasion seien auch die Besatzungstruppen für Verschleppungen verantwortlich.
Die Kataeb habe zwischen September und November 1982 2500 Menschen gekidnappt, davon allein 600 in den Lagern Sabra und Shatila. Im November und Dezember 1982 seien weiter 1800 Personen verhaftet worden. Von diesen 1800 seien nach eigenen Recherchen und inoffiziellen Angaben in Lagern um das Gefängnis Runi (Ost-Beirut), 30 im Gefängnis Runi selbst und die übrigen in 23 weiteren, oft geheimen Gefängnissen inhaftiert. 13 Gefangene sollen unter Folter gestorben sein.
Die Verschleppungen seien illegal. Es gebe weder einen Ausnahmezustand, noch einen Haftbefehl und auch keine Anwälte. Sie würden auf Grund von konfessionellen Problemen, linker Einstellungen oder einfach als Racheakte erfolgen.
Das Komitee wolle nicht mit der Kataeb verhandeln, sondern mit der Regierung.
Mitglieder des Komitees haben in den vergangenen Wochen wiederholt die Übergänge an der Grünen Grenze bei Protestaktionen gesperrt.
Eine Juristendelegation könnte wahrscheinlich sehr positiv wirken, wenn sich die innenpolitische Lage auch künftig zumindest auf dem derzeitigen Niveau beruhigt.

NABIH BERRI (STAATSMINISTER FÜR DEN SÜDEN)
(gesamte Delagtion - Vertreter Botschaft Amel)

Berri begrüßte das Interesse von Parlamentariern an der Situation im besetzten Süden. Historisch sei wichtig, daß Israel die Palästinenser vertrieben habe, die natürlich das Recht hätten, in ihre Gebiete zurückzukehren. Israel habe den Widerstand der Palästinenser aus dem Südlibanon gegen Israel vernichten und die Wasserquellen Südlibanons erobern wollen.
Der Südlibanon sei vor 1982 das Beispiel für das Zusammenleben von

Christen und Moslems sowie einer kleinen jüdischen Minderheit gewesen. Das solle mit der israelischen Invasion zerstört werden, um auch zu widerlegen, daß Juden und Palästinenser in Palästina zusammenleben können.
Die erste israelische Invasion sei 1978, die zweite 1982 erfolgt. Israel habe nur Widerstand von den Palästinensern, nicht aber von der libanesischen Bevölkerung erwartet, aber die Mehrheit von Christen und Moslems sei gegen die israelischen Besatzungskräfte. Er, Berri, habe im September 1982 auf einer Pressekonferenz in Beirut erklärt, daß alle 36 Stunden eine militärische Operation gegen die Besatzungskräfte erfolgen werde. Er habe sich allerdings dem Irrglauben hingegeben, daß die Besatzungstruppen keine Gegenoperationen gegen die Zivilbevölkerung durchführen werde. Ziel der israelischen Politik sei es, den Südlibanon in eine Nord-Westbank zu verwandeln.
Vor elf Monaten habe er eine weitere Pressekonferenz gemacht und angekündigt, daß es täglich drei Widerstandsoperationen geben werde. Israel sei geblieben, obwohl dies realisiert worden sei. Die internationale Staatengemeinschaft trage die Verantwortung für den Südlibanon, denn diese Region stehe unter Kontrolle der UNIFIL-Truppen.
Aber Israel habe in der Vorwoche erneut eine Militäraktion gestartet und 1000 gepanzerte Fahrzeuge eingesetzt. Frauen, die gegen das Militär demonstriert hätten, seien angegriffen worden. Vier Frauen und ein Jugendlicher seien ermordet worden, eine der Frauen unter den Augen von UNIFIL-Einheiten. Die meisten der 37 Verletzten seien Frauen und Kinder gewesen. Während der Aktion seien eine Moschee zerstört und 210 Menschen seien verhaftet worden.
1000 Soldaten und 150 Panzer seien jeweils gegen eines der sieben Dörfer vorgerückt. Da die Militärverbände direkt aus Israel gekommen seien, handele es sich faktisch um eine erneute Invasion. Es seien wieder viele Häuser von AMAL-Anhängern zerstört worden. Dies geschehe unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Terrorismus. In diesem Sinne sei aber jeder Schiit ein Terrorist. Israel wolle aus dem Widerstand ein schiitisches Problem machen. Der Widerstand sei aber ein nationaler Widerstand. Z.B. sei der Widerstand in Sidon noch größer, wobei Sidon eine sunnitische Stadt sei. Auch maronitische Priester seien gegen die Besatzer aufgestanden. Schiiten seien wie andere Bewohner des Landes. Alles, was sie wollten, sei, daß der Süden wieder zu Libanon käme.
Zu den Nakura-Verhandlungen: Sie erfolgten auf der Basis des Waffenstillstandsabkommens von 1949. Es gelte die UN-Resolution 425 zu verwirklichen, in der Israel zum vollständigen Rückzug aufgefordert wird. Verhandlungen würden geführt, um zu demonstrieren, daß Libanon den Frieden wolle.
Das Sicherheitsargument sei ein Vorwand. Die von Israel aufgebaute Lahad-Armee im Südlibanon bestehe aus 2000 Leuten. Libanon sei aber bereit, reguläre Einheiten mit 12 000 Soldaten nach Südlibanon zu entsenden. Wenn Israel seine Position nicht ändere, könnten die Nakura-Verhandlungen zu keiner Lösung kommen.
In dieser Frage gäbe es keine Unterschiede zwischen Libanesen; das Bild von Staatspräsident Pierre Gemayel an der Wand seines Arbeitszimmers sei ein Beweis hierfür.

Differenzen mit der Kataeb gebe es aber über das gesellschaftliche System im Libanon, die Kataeb wolle einen konfessionellen Staat. Berri äußerte die Hoffnung, daß die Delegation die Gelegenheit bekäme, mit der Bevölkerung im Süden zu sprechen. Das Gefangenenlager Al Ansar habe derzeit etwa 1100 Insassen, unter denen sich Beinamputierte, Schwerkranke und Zwölfjährige befänden. Die libanesische Regierung zahle an jedes Opfer und jeden verletzten 1 500 libanesische Pfund, damit die Familien weiterleben könnten.
Im Südlibanon seien 12 000 israelische Soldaten stationiert (zwei motorisierte Divisionen und eine Infantriedivision sowie Spezialeinheiten für Terroraktionen).
Der Widerstand habe unterschiedliche Formen. Generell sei verboten, mit den Besatzern zusammenzuarbeiten. Die drei Hauptebenen des Widerstandes: Boykott israelischer Waren, ziviler Widerstand gegen die Armee (Frauen gegen Panzer) und bewaffneter Widerstand.
Der Aufrauf zum Generalstreik im besetzten Süden am 15. Dezmeber (drei Tage vor dem Gespräch) sei trotz der nur wenige Stunden dauernden Vorbereitungen nahezu vollständig befolgt worden. Am Vortage des Streiks habe es in den Kirchen und Moscheen Vorbereitungsdiskussionen gegeben.
Berri bedauerte, daß es in Westeuropa keine von den USA unabhängige Libanonpolitik gebe. Westeuropa sei proisraelisch. Dies sei um so bedauerlicher, da es deswegen weniger Druckmöglichkeiten gebe, die gegen die israelische Expansionspolitik gerichtet sein könnte. Er wünsche sich eine europäische Sonderrolle im Libanonkonflikt.
Berri äußerte für das Verhalten der Sowjetunion eine gewisse Sympathie, die SU unterstütze Befreiungsbewegungen fast immer politisch. Die USA versuche dagegen, mehr und mehr in die Länder "hereinzukommen". Auch wenn er über die SU nicht glücklich sei, so ziehe er sie der "totalen Abhängigkeit" vor.
Es gäbe viele Beispiele, daß die USA entgegen besseren Wissens die Haltung der Israelis unterstütze. So habe er zum Beispiel auch die Fotos einer der am Donnerstag der Vorwoche von den israelischen Besatzungstruppen ermordeten Frauen, die am Samstag habe heiraten wollen, an die Beiruter US-Botschaft weitergeleitet.
Zum Rückzug erklärte Berri noch, die israelischen Truppen würden zwar vermutlich in zwei Etappen zurückgezogen werden. Der entscheidende Punkt sei jedoch, daß Libanon die eigene Armee zur Kontrolle der Südgrenze nutzen, während Israel diese Aufgabe den Lahad-Söldnern übertragen wolle.
Die demonstrative Betonung der Koalition mit Gemayel könnte bedeuten, daß Berri darauf setzt, die innerlibanesischen Widersprüche durch Verhandlungen lösen zu können. Dies werden vor allem die mit der Islamischen Republik Iran sympathisierenden Hesbollahis gegen ihn nutzen.

GESPRÄCH MIT HILFSORGANISATIONEN
(gesamte Delegation)

Vertreter von Mouvement Social (Bischof Gregoire Hadaad), Association Sante et Homme (Mounir Abou Fadel), Secoures populaire Libanais (Dr. Ali El Zein), Comite Medical (Mouvement Amal) (Dr.

Kahtan Alaouie) und Dr. Arbid Bahij (Commissaire a la Sante Parti Socialiste Progressiste Libanais) hoben übereinstimmend die Bedeutung der nichtstaatlichen Hilfsorganisationen bei der medizinischen und sozialen Versorgung der Bevölkerung hervor. Der Bischof wurde als Vorreiter der Koordinationsarbeit zwischen den verschiedenen Organisationen vorgestellt.
Bischof Hadaad berichtete, daß allein 17 Mitarbeiter und zwei Ärzte von Mouvement Social verhaftet worden seien. Im Bereich der Gesundheitsversorgung erfolge "nicht sehr viel" Hilfe durch die UN. Zwischen den meisten der Hilfsorganisationen sei eine Koordination vereinbart worden, die auf der für den Libanon erforderlichen Planung von unten nach oben beruhe. Die Zusammenarbeit erstrecke sich von der Erhebung von Statistiken bis zur Koordination von Hilfsmaßnahmen und Schutzimpfungen. Dies sei notwendig, da die staatlichen Organisationen zersplittert und zerbrochen seien. Besonders im Gesundheitsbereich sind erhebliche Hilfen notwendig. Mehrere der Gruppen arbeiten im Bereich der Gesundheitsvorsorge und leisten Hilfe zur Selbsthilfe. Von mehreren Organisationen wurde der Wunsch nach Zusammenarbeit mit den Grünen geäußert.

FAHRT NACH SÜDLIBANON
(gesamte Delegation)

Da die Küstenstraße Beirut-Saida (Sidon) wegen der Kämpfe zwischen Kataeb und PSP-Milizen gesperrt war (Fahrtdauer 40 Minuten), dauerte der Weg durch den Shouf etwa sechs Stunden. Nach Straßenkontrollen durch die sechste Brigade der libanesischen Armee in Südbeirut und durch Amal-Milizen auf der südlichen Ausfallstraße Beiruts gab es im Shouf mehrere Kontrollen durch die drusischen Milizen der Parti Socialiste Progressiste Libanais (PSP). Mehrere Drusendörfer im Shouf, die die US-Marine beschossen hatte, waren immer noch völlig zerstört. Wegen der anhaltenden Artilleriduelle zwischen den fälangistischen Verbänden und den Drusenmilizen mußten wir auch im Shouf einen Umweg fahren.
Die israelische Kontrolle zur Einreise in den besetzten Südlibanon dauerte drei Stunden, obwohl wir in den Genuß einer Sonderabfertigung kamen. Dutzende von Libanesen mußten Stunden länger warten. Die in der Vergangenheit oft Tage dauernde Abfertigung hat dazu geführt, daß nur noch sehr wenige Libanesen die Strapazen des Weges in den jeweils anderen Teil des Landes auf sich nehmen. Ein die Delegation begleitender holländischer Journalist berichtete, daß er zwei Wochen zuvor am gleichen Kontrollposten beobachtet hatte, wie ein israelischer Panzer in eine Gruppe wartender Libanesen gefahren sei und israelische Soldaten Luftschüsse abgefeuert hätten, um die Wartenden zu zwingen, eine Riesenschlange zu bilden.
Die Fahrt ging dann in einem Taxi weiter zur nächsten Kleinstadt. Der Fahrer erklärte, daß nur er und sein Bruder von den Lahad-Truppen eine Taxi-Genehmigung erhalten hätten. Für die acht Kilometer mußten an die Lahadtruppen Gebühren gezahlt werden, die etwa die Hälfte des Taxipreises nach Beirut (drei Stunden Fahrt) ausmachten. Ein Weg, wie sich Unterdrücker von den Unterdrückten finanzieren lassen. Der Transport auf der nördlichen Seite des

Kontrollpostens mit Kleinbussen der PSP ist dagegen kostenlos. Die Kontrollposten der Lahadtruppen waren genau wie die der israelischen Armee zu Verteidigungsstellungen ausgebaut.

PROVISORISCHES BÜRGERMEISTERAMT SAIDA
(Bürgermeister Ahmad Kalash und Vertreter seines Amtes - gesamte Delegation)

Bürgermeister Kalash gab einen kurzen überblick über die Situation: Die Stadt selbst habe 150 000 Bewohner, zusammen mit dem Einzugsgebiet seien es 250 000. Der israelische Einmarsch habe in Sidon 1260 Tote und 2800 Schwerst- und Schwerverwundete gefordert, wovon die Hälfte palästinensische Flüchtlinge gewesen seien. Während des israelischen Angriffs (6. Juni 1982), als Saida drei Tage ununterbrochen bombardiert wurde, seien 50 000 Menschen geflohen. 1000 Wohnungen, drei Schulen, ein Krankenhaus, 100 Verwaltungsgebäude und 200 Fischerboote seien vollständig zerstört und 1500 Wohnungen, 13 Schulen, 10 Krankenhäuser, 400 Geschäfte und 150 offizielle Gebäude beschädigt (zum Teil schwer) worden. Die gesamte Infrastruktur, so auch das Wassersystem, die Gärten und Teile der Landwirtschaft seien durch das Dauerbombardemant schwer beschädigt und geschädigt worden. Ein palästinensisches Flüchtlingslager sei vollständig zerstört worden. Etwa 8 000 Menschen seien verhaftet worden.
Unter dem Vorwand der Sicherheit sei der Süden vom Rest des Landes abgeschnitten worden. Die Transportkosten seien um etwa 1000 Prozent gestiegen. Alle Fahrzeuge müßten umgeladen werden. In einigen Fällen dauere der Transport zehn bis 15 Tage. Die Industrie im Süden arbeite nur noch mit 30 Prozent ihrer Kapazität. Die Arbeitslosigkeit betrage 40 Prozent. Das Fischen werde von den Israelis nur phasenweise erlaubt (nachts generell nicht). Die Landwirtschaft sei stark zurückgegangen. Die Stadt habe die Zahl der Beschäftigten verdoppelt und die Arbeit für die einzelnen halbiert. 1000 Familien hätten ihr Einkommen vollständig verloren. Eine große Zahl von Versehrten und die Angehörigen der Verhafteten müßten betreut werden. Es gebe derzeit im gesamten Süden etwa 1500 Gefangene.
Die Schäden in der Stadt würden sich auf schätzungsweise 500 Millionen Dollar belaufen. Israel hätte nichts für den Wiederaufbau gezahlt. Es habe internationale Hilfe (Internationales Rotes Kreuz, Roter Halbmond, UN und weitere Spender) gegeben. König Fahd habe 50 Millionen Dollar für den Wiederaufbau der zerstörten Schulen bereitgestellt. So seien innerhalb von vier Monaten 64 Schulen wiedereröffnet worden. Das Leben in der Stadt sei durch die israelischen Patrouillen verunsichert. In Saida gebe es nur Stellungen der Lahad-Truppen, die israelischen Truppen würden aber Tag und Nacht zu Patrouillen in die Stadt kommen, Autos kontrollieren, Wohnungen durchsuchen usw..
Die derzeit existierenden Probleme könnten nur durch den Rückzug der israelischen Truppen gelöst werden.

DR. NAZIH BIZRI (Parlamentsabgeordneter)
(Delegationsteil)

Bizri erklärte, daß er seit der Besetzung nicht mehr nach Beirut gefahren sei und sein Mandat im Parlament wahrgenommen habe, da er befürchte, daß ihm die Rückkehr verweigert werde.
Knapp die Hälfte der Toten seien in Massengräbern bestattet worden. Hunderte hätten auf den Straßen der Stadt gelegen und nicht geborgen werden können. Die Invasion habe auch eine wirtschaftliche Dimension gehabt. Am Tag nach dem Einmarsch der israelischen Truppen seien mobile Banken nach Sidon gekommen. Kurze Zeit später seien die Märkte mit israelischen Produkten überschwemmt worden. Der etwas später begonnene Widerstand sei sofort von der Bevölkerung begrüßt worden. Mit der Steigerung der Repression habe der Widerstand zugenommen. Die Schließung der Straße nach Beirut sei eine ökonomische Katastrophe gewesen. Wegen der fehlenden Absatzmöglichkeiten seien viele Felder nicht mehr bebaut worden. Vor dem Krieg seien 75 Prozent der Produkte der jetzt besetzten Gebiete in Beirut abgesetzt worden; das Einkommen aus Zitrusfrüchte betrage statt der früheren 100 Millionen Dollar nur noch 30 Millionen. Die Industrie habe große Probleme wegen der israelischen Dumpingpreise; auch sie sei zu 85 Prozent, speziell die verarbeitende, exportorientiert gewesen. An der Straße Saida - Tyre (Tyros) seien mindestens 1000 Obstbäume gefällt worden. Der Dienstleistungsbereich sei von der Teilung des Landes stark getroffen. Krankenhausbetten stünden leer usw.
Von Militärerlassen sei die Wirtschaft schwer beeinträchtigt. Zum Beispiel dürften elektrische Maschinen ausschließlich aus Israel eingeführt werden. Genauso sei es bei Holz, Asphalt und Dosenfrüchten.
Die Eingriffe der Besatzungstruppen würden das soziale Leben ersticken. (Anm. d. Verf.: Augenfälliges Beispiel: Nach Einbruch der Dunkelheit befinden sich fast nur noch Hunde auf den Straßen) Politische Aktivitäten seien total unterbunden. Mehrere religiöse Führer seien zum Exil gezwungen worden (z.B. Sheich Mohammad Hassan al Amin). Bizri sagte, bei den Persönlichkeiten seien israelische Agenten erschienen und hätten erklärt, es sei besser zu gehen, da sie andernfalls den Auftrag hätten, die entsprechende Person zu töten.
Die Lahad-Truppen seien Agenten der Israelis, sie seien Kriminelle, die von einem anderen Land bezahlt würden und allein aus diesem Grund hätten sie schon ihre libanesische Staaatsbürgerschaft verwirkt. Einige Leute der Lahad-Truppen stammten aus der libanesischen Armee und wollten wieder in die Armee zurück. Es sei völlig klar, daß sie ohne israelische Unterstützung dem Widerstand der libanesischen Bevölkerung nicht standhalten könnten.
Bizri wandte sich erbittert gegen israelische Vermutungen, nach dem Truppenabzug werde es unruhig werden. 200 Jahre hätten die Angehörigen der verschiedenen Religionen koexistiert. Er könne versichern, daß eine Kontrolle möglich sei, wenn die israelischen Truppen abzögen.
Durch Provokationen sei die Atmosphäre jedoch verändert worden. So seien zum Beispiel drei junge Moslems erschossen worden und

anschließend sei der Eindruck erweckt worden, bei den Tätern handele es sich um Christen. Er sei mit dem Erzbischof zu den trauernden Familien gegangen, um gemeinsam zu versichern, daß es sich um eine israelische und keine christliche Aktion gehandelt habe. In umgekehrt gelagerten Fällen habe er das Entsprechende getan.
Über die Intensität des Widerstandes verweigerte Bizri jede Aussage, betonte jedoch, daß es drei Ebenen gebe:
Neben dem bewaffneten Widerstand, der gegen die israelischen Truppen, die Lahad-Truppen sowie gegen "Verräter" gerichtet sei, gebe es den zivilen Widerstand (Boykott israelischer Waren) und den religiösen Widerstand (Verbot mit Israelis zu handeln).
Bizri kritisierte das Schweigen der UNIFIL-Verbände. Er wisse, daß sie bei militärischen Aktionen der Israelis nicht eingreifen können, aber es sei ihre Pflicht zu protestieren. Genau dies unterbliebe jedoch. Die UNIFIL-TRuppen seien mehrfach Augenzeugen bei Verbrechen gewesen.
Bizri erklärte weiter, daß die Berichterstattung in Israel über die Besetzung falsch sei. Dies sei die Konsequenz, daß Meldungen durch die Militärbehörden autorisiert werden müßten.

MUSTAFA SAAD (regionaler Sunniten-Führer)
(Delegationsteil)

Saad sah unterschiedliche Praktiken der israelischen Besatzungstruppen. Die südlichen Gebiete würden strategisch anders behandelt als die zwischen den Flüssen Litani und Awali. Im Süden seien die Kontrollen wesentlich systematischer und es sei ein dichteres Netz von Militärstützpunkten aufgebaut worden. Dies deute auf eine ständig geplante Besatzung hin. Saad äußerte seine Überzeugung, daß der Plan, Israel zu vergrößern, realisiert werden solle.
Die UNIFIL-Truppen spielten eine geringe Rolle, um Übergriffe gegen die Bevölkerung zu verhindern.
Die "Spitzel" seien ein großes Problem. Aus diesem Grund seien die bewaffneten Aktionen auch gegen "Kollaborateure" erweitert worden.
Nach der Invasion hätten die israelischen Truppen die Amal-Gruppen nicht entwaffnet. Mehrere Amal-Führer hätten gute Beziehungen zu Israel. Die im Süden des Landes operierende Nationale Widerstandsfront unternehme jedoch nichts gegen anders denkende Gruppen, da alle, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität gegen die israelischen Besatzungstruppen seien. Viele Schiiten seien zwar gute Kämpfer, aber schlechte Politiker. Die Schiitenführer hätten sich radikalisiert, da sie durch ihre Basis dazu gezwungen würden. Die Hezbollahis seien stärker als Amal.
Saad sprach sich gegen eine eigenständig bewaffnete PLO in Südlibanon aus. Die Palästinenser müßten sich integrieren, sie müßten jedoch die Möglichkeit erhalten, sich in den Lagern bewaffnet zu schützen.
Saad ging davon aus, daß die Besatzungstruppen einen Plan verwirklichen wollen, der die Umsiedlung der Christen in die Grenzregion Südlibanons vorsehe, die dann durch die meist christlichen Lahad-Kräfte kontrolliert werden solle. Die Schiiten

müßten dann weiter in den Norden ausweichen. Teil dieses Planes sei auch die israelische Unterstützung für die nördlich von Saida liegenden Christenmilizen, die nach Saads Einschätzung im Rahmen des israelischen Rückzugs nach Süden durchbrechen und bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen auslösen sollen.
Saad berichtete in einem weiteren Gespräch, daß westliche Diplomaten ihn während der Besetzung gegen die Schiiten aufzubringen versucht hätten. Dies sei ein weiteres Indiz für die vom Westen gestützte israelische Konspiration im Libanon.
Saad, auf den zum Auftakt des israelischen Truppenrückzugs ein Attentat ausgeübt wurde, ist ein typischer libanesischer Politiker. Als Sohn eines bedeutenden Nasseristen, der nach dem Todes seines Vaters, der 1975 von der libanesischen Armee während einer Demonstration der Fischer in Saida erschossen worden war, hat er die Rolle des regionalen Sunni-Leaders geerbt. In seinen Darstellungen wies er wiederholt daraufhin, daß es sich bei dem Widerstand in Südlibanon um eine autonome Kraft, die relativ unabhängig von Beirut operiere, handele. Saad hatte als Sunnit die typischen Sympathien für Palästinenser.
Er war für besondere Kontakte zu Syrien, unabhängig von den innenpolitischen Verhältnissen im Nachbarlande ("ungewählte Allianz"), da Libanon einzig über Syrien den Zugang zum arabischen Raum habe.

PALÄSTINENSERLAGER (Tyre)
(Delegationsteil)

Im Al Bath Lager leben etwa 15 000 palästinensische Flüchtlinge. Mitarbeiter einer im Lager arbeitenden Hilfsorganisation erklärten, der Rückgang der von der UNRWA bereitgestellten Gelder mache sich sehr negativ bemerkbar und habe zu einer Verschlechterung der sozialen Situation geführt. Diese Entwicklung sei durch die steigende Arbeitslosigkeit in Tyre, von der die Palästinenser besonders betroffen seien, noch verstärkt worden.
Das Lager selbst sei seit dem israelischen Einmarsch bewacht. Wegen der zahlreichen Verhaftungen von Lagerbewohnern, meist Jugendlichen, die als "willkürlich" bezeichnet wurden, herrsche eine Atmosphäre von Angst. Die Mobilität der Lagerbewohner sei stark eingeschränkt.
Vor einem Büro am Lagereingang gab es eine Warteschlange. Die Menschen bemühten sich um einen Passierschein für einen der israelischen Kontrollpunkte im Norden. Manchmal müsse bis zu drei oder vier Tagen gewartet werden, bis der Passierschein erteilt werde.
Die Militärbestimmungen würden im Falle des Nahe Tyre gelegenen Flüchtlingslagers Rashidieh wesentlich härter gehandhabt, erklärte eine Palästinenserin. Dort sei die Zahl der Verhaftungen deutlich höher. In der Nacht sei z.B. ein 15jähriger Schüler verhaftet worden. Die Inhaftierten würden meist nach drei bis vier Wochen wieder freigelassen. Da fast allen Fällen niemand den Grund der Verhaftung oder den der Freilassung kenne, gebe es starkes Mißtrauen unter den Lagerbewohnern. Dies sei eine gezielte Politik der Besatzungstruppen.

GESPRÄCH MIT MÜTTERN VON AL ANSAR-GEFANGENEN
(Delegationsteil)

Etwa 50 Verwandte von Al Ansar-Gefangenen, meist Mütter, waren in einem Gebäude der Stadt zu einer Protestveranstaltung versammelt. Die Teilnehmer dieser "Mahnwache" beschrieben detailliert die Situation in dem Gefangenenlager. Sie berichteten über physische - auch elektrische - und psychische - auch medikamentöse - Folter an den von den Besatzungstruppen festgenommenen Gefangenen.

DAUD-DAUD (Schiitenführer)
(Delegationsteil)

Die Fahrt in das Dorf Bedias war aufschlußreich. In dem Moment, in dem die Frauen des Dorfes ein unbekanntes Auto in der UNIFIL-Kontrolle sahen, errichteten sie zusammen mit Kindern in Windeseile eine Barrikade am Dorfeingang, da sie vermuteten, daß es sich um ein Fahrzeug des israelischen Geheimdienstes handele, wie sich später herausstellte.
In dem Gespräch mit Daud Daud erfuhren wir dann die Hintergründe. Bereits vor der Besetzung in der Vorwoche sei Bedias wie auch andere Dörfer schon mehrfach von Übergriffen betroffen gewesen. So seien am 15. Juni 1984 fünf Zivilfahrzeuge des israelischen Geheimdienstes in das Dorf gefahren. Eine Person sei in eines der Autos gezerrt worden. Halb im Auto, halb heraushängend sei der Person dann die Flucht gelungen. Mit gezielten Schüssen sei dann der Kopf nahezu abgeschossen worden.
Es habe weitere Übergriffe in dem Dorf gegeben. An dem Überfall auf die sieben Dörfer am 13. Dezember seien 1000 Panzer, mehrere Hubschrauber und 10 000 Soldaten beteiligt gewesen. Etwa 200 Panzer und 2000 Soldaten pro Dorf. Es habe vier Tote, 40 Verletzte und 150 Verhaftete gegeben. Es habe sich um eine israelische Demonstration gehandelt, daß die UNIFIL-Truppen (400 Soldaten befänden sich in Südlibanon) machtlos seien.
Israelis würden immer nur auf Kopf und Oberkörper schießen. Dorfbewohner, die in die Stadt Tyre gingen, seien wiederholt vom Geheimdienst verhaftet worden. Während der Inhaftierung (von wenigen Stunden bis zu zwei Tagen) sollten sie als Kollaborateure gewonnen werden.
Bei dem Überfall in der Vorwoche sei es den Israelis nicht gelungen 14 Personen, die auf einer Liste verzeichnet waren, zu verhaften. Das Dorf werde bereits seit sechs Monaten von der Bevölkerung bewacht. 15 Bewohner könnten das Dorf bereits gar nicht mehr verlassen, da sie außerhalb festgenommen würden. Die Bewohner klagten über Plünderungen der israelischen Armee. Radios würden gestohlen. Häuser würden oft einfach gestürmt.
Die Fahrt durch Südlibanon war immer wieder durch israelische Kontrollen unterbrochen. Es waren Straßenschilder in hebräischer Schrift aufgestellt worden.

MINISTERPRÄSIDENT RASHID KARAMEH (auch Außenminister)
(Delegationsteil - Vertreter Botschaft und Amel)

Karameh führte die Probleme Libanons auf israelische Pläne zurück, ohne dies näher zu erläutern. Die Libanesen hätten Angst vor einem Groß-Israel. Dies sei auch der Grund, weshalb Israel die verschiedensten Resolutionen der Vereinten Nationen und des UN-Sicherheitsrates abgelehnt habe. Immer wieder beginne Israel mit Kriegen. Ein Teil der arabischen Welt sei geraubt worden. Israel habe terroristische Kampfformen entwickelt. Das beste Beispiel hierfür sei das Vorgehen im Libanon. Vor dem Einmarsch habe es bereits ständige Übergriffe auf den Süden gegeben. Karameh sprach von "faschistischen Methoden bei der Besetzung". Spezialeinheiten umfaßten mehrere Tausend Mitglieder. Die Mehrzahl der Toten bei den Übergriffen seien Frauen.
Israels Plan bestehe darin, Teile Libanons und Wasserquellen zu besetzen. Es gebe aber einen nationalen patriotischen Widerstand, der für die volle Einheit und die Rechte kämpfe und diese auch sichern werde.
Das Zwei-Zonen-Modell Israels (Zone A UNIFIL-Truppen, Zone B Lahad-Truppen) sei nicht annehmbar. Ziel sei es, die Westbekaa und den Süden weiter unter Kontrolle zu behalten. Damit werde "die Tür zwischen beiden Ländern für ewig offen bleiben". Im Falle des Rückzugs der syrischen Truppen werde zudem bis zur syrischen Grenze eine Pufferzone entstehen.
Libanon könne UN-Truppen nur zur Unterstützung der libanesischen Armee akzeptieren, aber keine Souveränität an die UN abtreten.
US-Unterhändler Murphy, der zur gleichen Zeit in der Region reise, wolle die israelischen Ideen transportieren.
Karameh äußerte die Überzeugung, daß für die Mehrzahl der laufenden Anschläge in Beirut israelische Kräfte verantwortlich seien.
Wenn Israel propagandistisch den Rückzug als Drohung nutze, sei das ein Zeichen für einen israelischen Plan, eine christliche, eine schiitische und eine drusische Pufferzone zu errichten.
Karameh erklärte, der Wille und Widerstand des Volkes werde so etwas verhindern.
Karameh sprach sich für einen Staat für die Palästinenser aus. Es sei ein Unding, daß jemand für sich das Existanzrecht beanspruche, es aber anderen abspreche.
Die Frage nach der Entkonfessionalisierung des Libanon beantwortete Karameh ausweichend, indem er auf die demokratischen Möglichkeiten für alle Bewohner des Landes verwies, ohne auf die konkreten Probleme der Konfessionalisierung einzugehen.

MITGLIEDER DES ANSAR-KOMITEES
(Delegationsteil)

Die Aufzeichnungen stützen sich im Wesentlichen auf die Aussagen von Dr. Nasredin Kassir, der ebenso wie Rammis Naschdi und Sadoun Hossein, Gefangener von Ansar I (bis 24.11.1983) war.

Das Ansar-Komitee erhält über Besucher, entlassene Häftlinge, Briefe usw. die Informationen über die aktuelle Situation im Gefangenenlager. Die Berichte basierten auf dem Stand vom 15.12.1984.
Auf Grund ihrer eigenen Erfahrungen könnten sie folgenden Ablauf skizzieren:
Sofort nach der Verhaftung setze psychischer und pysischer Terror ein. Mit verbundenen Augen müßten sich die Verhafteten gegen Wände stellen, sie würden geschlagen und erhielten statt ihres Namens Nummern oder Zeichen.
Die nächste Station seien dann die Verhörzentren. Der Regelaufenthalt betrage einen Monat. Aufenthalt in kleinen Zellen. Manchmal würden Schreie von Gefolterten über Lautsprecher übertragen. Oft seien Schläge auch direkt zu hören.
Stundenlang müßten Gefangene mit einem über den Kopf gestülptem Sack sitzen. Da dieser Sack angefeuchtet sei, herrsche permanente Atemnot, ja sogar Erstickungsangst.
Auf Grund der Folter würden Gefangene oft die Unwahrheit sagen, damit die Tortur ein Ende finde.
Es gäbe auch elektrische Folter. Die Stromstöße erfolgten durch ein kopfhörerähnliches Instrument. Naschdi erklärte, er habe immer noch keine Gefühle im Genitalbereich, da er dort mit Spezialinstrumenten Stromstöße erhalten habe.
Gefangene hätten auf Grund von Schlägen gegen den Mund mehrere Zähne verloren. Es werde auch mit Stöcken geschlagen.
Ziel der Inhaftierung in den Verhörzentren sei nicht nur die Erlangung von Informationen über Personen oder über die allgemeine Situation in bestimmten Dörfern und Städten, um Aufschluß über Bevölkerung und Widerstand zu erhalten, sondern auch, Konfusion unter der Bevölkerung zu schaffen, da von außen nicht erkennbar sei, warum jemand verhaftet werde, warum er wie lange inhaftiert bzw nach wie langer Zeit freigelassen werde.
In Verhörzentren gebe es auch Zellen mit einer Größe von 60 mal 170 cm, in deren Boden Nägel eingelassen seien. Hierauf müssten sich dann Gefangene barfuß bewegen.
Aus den Verhörzentren würden viele Gefangene nach Israel gebracht. Dort komme es vor, daß sie von den Einwohnern von Dörfern geschlagen würden, die zu einem solchen Verhalten von den Wächtern aufgefordert würden. Zwischen ein und sechs Tagen hätten mehrere Gefangene in runden Erdlöchern sitzen müssen, aus denen nur der Himmel zu sehen gewesen sei. Auch hier seien die Stimmen der Gefolterten und das Schlagen zu hören gewesen.
Bei Verlegung in andere Lager hätten Gefangene kilometerweit über spitze Steine barfuß laufen müssen. Sie seien gezwungen worden, auf allen Vieren zu kriechen und Tierstimmen zu imitieren. Wiederholt müßten sich die Gefangenen mit Ungezieferbekämpfungsmitteln besprühen lassen.
Morgens werde wiederholt angeordnet, mit hinter dem Kopf gefalteten Händen für 90 Minuten den Boden anzustarren. Zuwiderhandlung sei damit bestraft worden, daß auf einem Fuß bis zum Zusammenbruch schwere Lasten hätten getragen werden müssen.

Protest gegen schlechtes Essen sei in einem Falle damit bestraft worden, daß der Protestierende gezwungen worden sei, drei Kilo Marmelade zu essen.
Im Ansar-Lager selbst habe es 250 Kinder-Gefangene gegeben. Über 45 Ansar-Gefangene gäbe es keine Informationen mehr. Sie seien verschollen.
Die Gefangenen seien dauernd hungrig, da es nur Kartoffeln und Reis gäbe. Auch im Winter gäbe es nur Zelte über dem Zementboden, der eigentlich für eine Landepiste gegossen worden sei. Das Schlimmste in Ansar sei die Zeitlosigkeit und die Unklarheit über die Entlassung.
Am 15.12.1984 habe es 1116 Gefangene gegeben, unter ihnen 243 Palästinenser. Weitere 700 Gefangene gäbe es in anderen Zentren. 145 der Ansar-Gefangenen litten unter Hautkrankheiten, zwölf der Gefangenen könnten nicht mehr laufen. Drei Amputierte seien inhaftiert. Der Gefangene Mohammad Bawab sei Bluter und eine Blutung sei bereits seit Wochen nicht gestillt.
Während der Folter werde Morphin gespritzt. Gefangenen erhielten oft das Mittel Largactil. In einem Fall sei Gas in ein Zelt (Sektion C6 von Ansar) gesprüht worden.
Neuerdings würden Verhöre auch unter dem Mantel wissenschaftlicher Umfragen von Militärangehörigen durchgeführt.
Zusatzinformationen anderer Komiteemitglieder in Amel-Zentrale:
Es habe im Gefangenenlager wiederholt Tote gegeben (Dez 82 drei Tote und 15 Verletzte in der Sektion 20; am 8.8.83 15 Tote in Sektion acht; am 6.11.83 vier Tote). Die psychische Folter bilde den Schwerpunkt war übereinstimmende Auffassung (Zusammenlegung von Gefangenen mit unterschiedlichsten politischen Auffassungen auf engstem Raum).
Vor der Invasion Beiruts habe man durch die Folter vor allem Informationen über Beirut erhalten wollen (Infrastruktur der PLO in den südlichen Vororten).
1982 habe Ansar zeitweise 5000 Gefangen gehabt.
Das Ansar-Komitee sucht Partner für eine Ausstellung in der Bundesrepublik.

VALID JUMBLATT (Minister für Straßenbau und Tourismus)
(gesamte Delegation - Vertreter von Amel)

Jumblatt machte aus seiner Opposition zu Gemayel keinen Hehl. Er sei "zufällig" Minister geworden. Er machte die Christenmilizen für 1500 bis 2000 Verschwundene verantwortlich, über die es keine Informationen gebe.
Jumblatt gab zu, daß es Massaker von beiden Seiten, von Christen und Moslems, in diesem "blutigen Bürgerkrieg" gegeben habe.
Israel müsse sich aus dem Süden total zurückziehen. Es sei jedoch sehr schwer, die libanesische Frage von der gesamten Nahost-Frage zu trennen. Auch im Libanon gäbe es noch viele Palästinenser. Zusammen mit Syrien, Jordanien und Ägypten müsse eine Lösung gefunden werden. Die UNIFIL-Truppen müßten die israelisch-libanesische Grenze sichern. Er befürchte, daß Israel wegen der Wasserquellen nicht ganz aus dem Libanon rausgehen werde.
Jumblatt meinte, er sehe nicht, daß Peres "die Westbank zurückgibt". Ein Palästinenserstaat müsse die gesamte Westbank umfassen, wobei Jerusalem einen internationalen Status erhalten müsse. Zielsetzung sei ein säkularer Staat. Die Siedlungspolitik verschlechtere aber die Perspektive. Er glaube nicht, daß Israel sich zurückziehe. Die PLO sei in einer Krise. Arafat könne es ja noch mal versuchen. Er, Jumblatt, sage jedoch, "es geht nicht". Vermutlich würden dann radikale Strömungen unter den Palästinensern an Einfluß gewinnen.
Die PSP habe eine Allianz mit Amal. Es seien politische Minderheiten gewesen, die Beirut von den israelischen Truppen befreit hätten. Ebenso sei es in den Shouf-Bergen gewesen. Israel sei ein Staat ohne Grenzen. Die orientalischen Juden seien sehr fanatisch. Demonstrationen in Israel habe es nur gegeben, als die Truppen vor Beirut gestanden hätten, aber was sei nachher gewesen?
Jumblatt sprach sich gegen ein Einrücken der libanesischen Armee in die Berge aus.
Er kritisierte die Sozialistische Internationale, die sich um den Nahost-Konflikt nicht gekümmert habe. Die CDU/CSU unterstütze die Falangisten. Die USA mache die Nahost-Politik, Europa mache nichts.
Jumblatt sieht die Drusen als Minderheit im Libanon in einer existenziellen Gefahr. Einen innenpolitischen Kompromiß könne es nur geben, wenn es einen sozio-ökonomischen Ausgleich zwischen den verschiedenen Fraktionen gebe. Aus Enttäuschung über die Sozialistische Internationale scheint er sich mehr an der Sowjetunion zu orientieren, an deren Rolle bei einer Nahost-Lösung nach seinen Worten kein Weg vorbei führe.. Daß Jumblatt sein Verhältnis zu Syrien nicht näher definierte, dürfte nicht zufällig gewesen sein.

SYRIEN
NATIONALE ALLIANZ
(Mahmoud Labadi - gesamte Delegation)

Labadi ist Sprecher der mehrheitlich aus der Fatah abgespaltenen Arafat-Gegner. Er war von 1975 bis 1983 persönlicher Mitarbeiter Arafats. Israel sei die stärkste Militärmacht der Region und werde keine Konzessionen und keinen Rückzug machen. Die

defacto-Anerkennung durch die arabischen Staaten sei bereits erfolgt. Israels Ziel sei es, mit den arabischen Staaten bilaterale Abkommen zu schließen, entsprechend der Schritt-für-Schritt-Taktik von Kissinger. Die offizielle PLO-Führung habe Israel bereits anerkannt. Aber Israel lehne auch die gemäßigte Linie ab.
Es gäbe eine Erfahrung, daß israelischer Arroganz und Übermacht nicht mit Mäßigung beizukommen sei.
Arafat habe die PLO korrumpiert, da er glaube, mit schwachen Leuten besser umgehen zu können. Dazu habe er Geld eingesetzt, seine Anhänger protegiert, die Untergrundorganisationen aufgelöst und die Guerillaverbände in paramilitärische Einheiten umgewandelt (Labadi verwendete viel Zeit und Energie darauf, Arafat als persönlich korrupt darzustellen). Heute sei Arafat ein Staatschef, der die PLO zu einem Staatsapparat, jedoch ohne Land, gemacht habe. Die PLO sei zu einer reagierenden Organisation geworden, zu einem Apparat von Funktionären, nicht von Revolutionären, die nicht mehr auf die Massen, sondern auf die Beziehungen zu den arabischen Regierungen setzen würde.
Mit der Niederlage in Beirut habe Arafat die militärische Phase beendet. Dabei spiele er die verschiedenen Strömungen gegeneinander aus. Da Arafat die innere Opposition unterdrückt habe, sei die Nationale Allianz (Fatah-Rebellen, Generalkommando, Al Saika, Volkskampffront und Teile der KP) gebildet worden. Im Gegensatz zur Demokratischen Front (Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP), Demokratische Front für die Befreiung Palästinas (DFLP), Teil der Kommunistischen Partei und einer PLF-Abspaltung) habe die Nationale Allianz eine andere Taktik zur Erreichung der gleichen Ziele. In Tripoli habe Arafat die Syrer isolieren wolle. "Er hat Rabatz gemacht und die Syrer haben ihn rausgeschmissen". Während die Demokratische Front versuche, Arafat von innen zu stürzen, mache sich die Nationale Allianz keine Illusionen über Änderungsmöglichkeiten.
Labadi versuchte dann im Einzelnen darzustellen, daß Arafat die Opposition habe physisch liqidieren wollen. Vor der Presse habe er immer demagogisch von einer "nationalen palästinensischen Entscheidung" gesprochen.
Derzeit strebe Arafat eine Konföderation mit Jordanien an, was nur Selbstverwaltung bedeute.
Die Linie der Nationalen Allianz ist nach Labadis Darstellung eine reine Anti-Arafat-Linie, eine Spekulation auf das Scheitern Arafats. Da die Nationale Allianz einzig in Syrien und begrenzt im Libanon über Unterstützung verfügt, wird die Gruppierung wohl kaum langfristig überleben. Entscheidend dürfte sein, ob es zu einem Bündnis mit der Demokratischen Allianz oder Teilen aus dieser Allianz kommt.

VOLKSFRONT FÜR DIE BEFREIUNG PALÄSTINAS (PFLP)
(Führungskader der PFLP (Politbüromitglied Salah Salah, ZK-Mitglied Taissi Quobaa, u.a.) - gesamte Delegation)

Der Libanonkrieg, der mit Unterstützung der USA geführt worden sei, habe das Ziel gehabt (wie die anderen Kriege zuvor auch schon), die Hoffnung der Palästinenser auf Rückkehr und Selbstbestimmung zu

vernichten. Nach jedem Krieg gibt es politische Pläne, die palästinensischen Rechte für immer zu liquidieren: Camp-David-Abkommen, Reagan-Plan, Plan einer autonomen Westbank und Idee des Vereingten Königreich Jordanien. Der Hauptfeind sei der US-Imperialismus, nicht Israel.
Das Ziel des Libanonkrieges, die palästinensische Revolution zu liqidieren, sei gescheitert. Es gebe weiterhin militärische Aktivitäten.
Ein Teil der palästinensischen Führung, an ihrer Spitze Arafat, habe jedoch gezeigt, daß sie bereit sei, solche antipalästinensischen Pläne mit zu tragen. Es handele sich um die Bourgeoisie, die auch mit der arabischen Bourgeoisie zusammenarbeiten wolle.
Die PFLP trete dafür ein, diese palästinensischen Probleme zu lösen. Ziel sei der Wiederaufbau der PLO. Hierfür habe man, im Gegensatz zur Nationalen Allianz, die gar nicht mehr mit den anderen reden wolle, das Abkommen von Algier ausgehandelt.
Auf der Nationalrats-Sitzung hätten praktisch alle wichtigen internationalen Kräfte gefehlt (sozialistisches Lager, progressive arabische Kräfte).
Eine Parallel-PLO wurde von der PFLP abgelehnt. Es sei nicht möglich, in der nächsten Zeit Israel zu besiegen, aber wenigstens könne die US-Konspiration im Nahen Osten gestoppt werden.

DEMOKRATISCHE FRONT FÜR DIE BEFREIUNG PALÄSTINAS (DFLP)
(Yasser Abed Rabbo (stellvertretender Generalsekretär der DFLP) und andere Führungsmitglieder der DFLP - gesamte Delegation)

Rabbos Lageeinschätzung: Derzeit gäbe es eine israelisch-US-amerikanische Initiative, die Lebenslage der Palästinenser auf der Westbank zu verbessern. Die Besatzungspolitik solle mit dem Versuch fortgesetzt werden, die Bevölkerung hierauf einzustellen. Trotz des veröffentlichten Optimismus einiger arabischer Staaten werde es an dieser Politik keine Änderungen geben und die Zusammenarbeit, die skizzierten Pläne zu realisieren, werde intensiviert werden. Faktisch seien Regime wie die in Saudi-Arabien, Ägypten und Jordanien für die Durchsetzung dieses Planes.
Auf diesem Hintergrund gäbe es eine Krise in der PLO mit zwei Ursachen: Unmöglichkeit der Lösung bei gegenwärtiger US-amerikanischer -israelischer Politik habe zu Verzweifelung und rechts- und linksradikaler Linie geführt. Einige glaubten, durch Konzessionen seien Erfolge zu erzielen. Der weitere Grund sei die Einmischung durch andere Staaten, vor allem Syrien, Jordanien und Saudi-Arabien. Die Abweichungen und auch Eingriffe hätten schon immer existiert, seien aber nie so stark gewesen.
Arafat-Gegner würden die Zusammenhänge nicht erkennen, wobei zu sagen sei, daß Arafat in der Tat einen Teil der Verantwortung trage. Er habe die Krise Mitte 1983 mit Kompromissen zu lösen versucht. Wenn Arafat jedoch gehen würde, seien die Probleme nicht gelöst, vielleicht wäre die Lösung dann sogar noch komplizierter.
Die Demokratische Allianz habe in Aden und Algier einen Kompromiß mit den anderen Kräften der PLO erzielt. Die Nationale Allianz habe das Abkommen abgelehnt, da sie keiner Vereinbarung zustimmen

könnte, die nicht den Sturz Arafats beinhalte und sie den Palästinensern ihren Plan aufzwingen wollen.
Die Erhaltung der PLO sei ein Ziel für sich selbst. Aus diesem Grunde greife die Demokratische Front auch nicht die PLO an. Es bestehe jedoch die Überzeugung, daß Amman kein richtiger Platz für die PLO sei. König Hussein versuche als Partner aufzutreten, aber er habe immer versucht, die PLO auszuschalten. Die Kritik, daß die Sitzung des Nationalrats nicht legal gewesen sei, werde von der PLO jedoch nicht geteilt.
Der Dialog sei das entscheidende Mittel, um die Probleme innerhalb der PLO zu lösen. Die Demokratische Front sei die erste palästinensische Organisation gewesen, die 1974 für einen unabhängigen palästinensischen Staat auf der Westbank eingetreten sei und tue dies nach wie vor. Die UN-Resolutionen wurden akzeptiert und die Demokratische Front sei für eine UN-Konferenz. Dies sei ein realistisches Programm, aber die Reagan-Administration und Israel ließen diese Lösung nicht zu.
König Hussein sei sich bewußt, daß er nicht die gesamten besetzten Gebiete bekommen werde. Die Lösung solle weiter herausgeschoben werden, damit die PLO weitere Zugeständnisse mache. Die derzeitige Gefahr sei die offene Annexion der Westbank und des Ghaza-Streifens durch Israel. Die objektiven Voraussetzungen existierten hierfür bereits.
In der derzeitigen Situation komme es auch darauf an, die Person Arafat politisch zu korrigieren, da er eine gute Reputation habe, die er durch die Kraft der Palästinenser erhalten habe. Es sei eben falsch, wenn die Arafat-Gegner dächten, es sei gut, wenn sich die Position Arafat verschlechtere. Die DFLP werde nicht auf den Sturz Arafats hinarbeiten. Zudem werde alles unternommen, die Dialoggegner zu stoppen. Ziel sei, in Kürze eine weitere Nationalrats-Sitzung abzuhalten.
Die DFLP versucht die Einheit der PLO nahezu um jeden Preis zu verteidigen. Da man von dem Scheitern der Arafatschen Politik ausgeht, soll schon heute einem für diesen Fall drohenden Auflösungsprozeß entgegengewirkt werden. Haltung gegenüber Syrien war kritisch.

SYRISCHES AUSSENMINISTERIUM
(Außenminister Faruk el-Shari und Spitzenbeamte - gesamte Delegation)

El-Schari: Abzug der israelischen Truppen aus Libanon werde keine Lösung bringen, da das Palästinaproblem weiter existiere. Die syrischen Truppen seien "auf Einladung der libanesischen Bevölkerung und der libanesischen Regierung" im Libanon stationiert und würden abgezogen, wenn die libanesische Regierung dies wolle.. Nach Auffassung der syrischen Regierung sei Libanon ein unabhängiger Staat, es sei jedoch historischer Fakt, daß sowohl Syrer als auch Libanesen einer Nation angehören. Daraus ergäben sich bestimmte Verpflichtungen. Syrien würde die Truppen in der gleichen Weise zurückziehen, in der sie auch gekommen seien. Der Rückzug der israelischen Truppen und ein Ende des Bürgerkrieges würden begrüßt, "da wir dann zurückgehen können".

Die ganze Nahost-Frage sei sehr komplex. Israel habe sich seit seiner Gründung in einer Serie von Expansionen vergrößert und umfasse heute das Dreifache des von der UN vorgesehenen Territoriums. Jede Vergrößerung sei mit einem Blutbad verbunden gewesen. Es habe auch eine Zusammenarbeit in der Nazizeit zwischen deutschem Faschismus und Zionisten gegeben. Es sei falsch, wenn in Europa behauptet werde, die Juden hätten das Recht auf Einwanderung. Wenn dies schon so sei, warum würden die Israelis den Palästinensern die Rückkehr verweigern. Speziell Likud würde das göttliche Recht auf Vergrößerung beanspruchen. Sharon habe einmal gesagt, Israel sei dort, wo ein israelischer Soldat stehe.
Die arabischen Staaten sehen eine internationale Konferenz als einzige Möglichkeit, die 1967 besetzten Gebiete zurückzuerhalten. Die arabische Seite sei für eine friedliche Lösung. Der Fes-Plan habe das sehr klar unter Beweis gestellt. Er habe die Anerkennung Israels beinhaltet, aber das Selbstbestimmungsrecht, das Recht auf Rückkehr und einen eigenen Staat für die Palästinenser gefordert. Israel habe das nicht akzeptiert. Unternehme aber stattdessen Versuche, in einseitigen geheimen Verhandlungen und Absprachen das Problem zu lösen.
Auch die USA seien gegen eine internationale Konferenz. Es gebe eine strategische Übereinstimmung zwischen den USA und Israel. Die USA wolle die ganze Region kontrollieren und versuche, Staaten in der Region zu amerikanischen Marionetten zu machen.
Auf diesem Hintergrund plane Israel sich so weit wie möglich zu vergrößern. Israelische Spitzenpolitiker erhielten von den USA Geld für ihr Argument: Wir werden an eurer Stelle getötet, deshalb müßt ihr uns zahlen.
Das sei gegen die Interessen der Völker, auch der europäischen und gegen den Weltfrieden.
Europa müsse verstehen, daß der amerikanisch-israelische Plan gegen die Interessen der Völker gerichtet sei. So sei Israel auch für die hohen Ölpreise seit 1973 verantwortlich.
Unter dem Vorwand Frieden für Galiläa sei der Krieg gegen Libanon begonnen worden. Warum seien die Truppen 100 km weit vorgerückt, warum seien neue Bedingungen gestellt worden. Israel wolle seine Vorstellungen aufzwingen.
Zur Lage der PLO meinte el-Schari, die PLO sei der Zusammenschluß aller Fraktionen, aber nach der israelischen Invasion habe Arafat die Krise auf andere abwälzen wollen und, statt die Probleme wirklich zu lösen, den Nationalrat mit einer Fraktion abgehalten und die acht anderen ausgeschlossen. Er habe die Einheit mißachtet. Das Ergebnis sei unakzeptabel. Die Krise der PLO existiere nach wie vor.
Syrien wolle keine andere PLO, obwohl Syrien von einigen Palästinensern dazu gedrängt werde. Wenn Palästinenser, die sich der Politik Syriens verpflichtet fühlen, eine neue PLO wollten, so könne Syrien sie nicht davon abhalten.
Bei den innerpalästinensischen Auseinandersetzungen habe Syrien keinen einzigen Schuß abgegeben.
Der Außenminister sprach sich gegen die Begrenzung des Kampfes auf den militärischen Aspekt aus.

Der moderate Auftritt des Außenministers wurde durch Assad-Äußerungen relativiert, in denen er die palästinensischen Kräfte in Syrien und im Libanon als einzig legitime Vertreter der Palästinenser bezeichnete. El-Schari versuchte den Eindruck einer gewissen arabischen Geschlossenheit in der Nahost-Frage zu erwecken.

JORDANIEN
TAHIR NASCH'AT EL-MASRI (Außenminister)
(gesamte Delegation)

El-Masri erläuterte zu Anfang die widersprüchliche Haltung Jordaniens zur Westbank. Einerseits der jordanische Anspruch auf das Territorium und zum anderen entsprechend der gesamt-arabischen Auffassung die Anerkennung der Verantwortung der PLO für das Gebiet. In Übereinstimmung mit der Resolution 242 habe Jordanien den juristischen Anspruch auf die Westbank, da sie vor dem israelischen Angriff Teil Jordaniens gewesen sei. Neben diesem "legalen Status", den die Westbank habe, werde gleichzeitig aber der "aktuelle Status", der die Verantwortung der PLO vorsehe, respektiert.
Jordanien arbeite mit der PLO zusammen. Bezüglich der Resolution 242 gebe es zwar keine großen Unterschiede, aber auch keine identische Position. Jordanien spreche sich für eine Internationale Konferenz aus, an der neben den an Israel angrenzenden Staaten und der PLO auch die USA und die SU teilnehmen sollten.
Bei der 73er Konferenz sei zwischen den USA und der SU wahrscheinlich eine Absprache erfolgt, die vorgesehen habe, daß der Nahe Osten dem Einflußbereich der USA und Vietnam dem der SU zugeschlagen werden solle.
Direkte Verhandlungen mit Israel seien nicht möglich, da Israel die Teilnahme der PLO ablehne, Jordanien jedoch nicht ohne PLO verhandeln werde.
Im Falle des Camp-David-Abkommens begrüße Jordanien den Friedensaspekt, widerspreche jedoch der im Abkommen enthaltenen Autonomie-Vorstellung.
In Verhandlungen könne Israel "Friede für Land" angeboten werden. Mit der Bildung einer Conföderation oder Föderation könne das Problem der Rückgabe der Westbank (gemeint: direkt an die PLO) umgangen werden. Im Prinzip gebe es in dieser Frage eine übereinstimmung zwischen seinem Land und der PLO, Details seien aber noch nicht diskutiert worden. Es gehe primär um die Rückgewinnung des Landes.
Angesprochen auf die Massaker im September 1970 erklärte el-Masri, im Gegensatz zur PLO, die moderater geworden sei, habe Jordanien seine Haltung nicht geändert.
Genauer auf die Formel "Friede für Land" eingehend, erklärte el-Masri, Friede ermögliche es Israel, sich wirtschaftlich auf den arabischen Raum zu orientieren und Rüstungsausgaben zu sparen.
Ein Zusammenschluß mit den Palästinensern werde mit Sicherheit nicht zu einer Änderung der Staatsform in Jordanien führen.
Aus dem Gespräch ging nicht hervor, in welcher Form die Palästinenser bzw. die Westbank in den jordanischen Staatsverband integriert werden soll. So könnte eine Conföderation der

Zwischenschritt zu einem eigenen Staat werden, jedoch auch eine erneute Einverleibung in den bestehenden jordanischen Staat bedeuten.

YASSER ARAFAT (PLO-Vorsitzender)
(gesamte Delegation)

In einem Vorgespräch wich der PLO-Repräsentant in Amman, Brigadier Al-Yahya, Fragen nach dem konkreten Inhalt der palästinensisch-jordanischen Gespräche aus. Der größte Teil der jordanischen Bevölkerung seien Palästinenser. Das Zusammengehörigkeitsgefühl müsse gestärkt werden. Seit sechs Jahren arbeite er in Amman an der Verbesserung der Beziehungen. Es gebe eine gemeinsame Zukunft und ein gemeinsames Schicksal, aber auch ein gemeinsames Risiko. Jordanien wolle die Verwirklichung der Resolution 242. Die PLO wolle die Resolution jedoch nicht. Aber die Ablehnung sei kein Hindernis für gemeinsame Positionen, zumal es darum gehe, die israelischen Vorstellungen, daß die Grenze am Jordan verlaufe, abzulehnen. Es bestehe Handlungsbedarf, da die Gefahr existiere, daß die dritte Flüchtlingsgeneration ihr Heimatgefühl verliere.

Arafat stellte die Entwicklung der PLO in den vergangenen 30 Monaten ins Zentrum seiner Darstellung. Stärker als jede andere Revolution sei die PLO in den vergangenen Monaten Angriffen ausgesetzt gewesen, denen selbst manche Staaten nicht hätten standhalten können.
Die Palästinenser seien mit einer US-israelischen Militäraktion konfrontiert worden, die einigen Staaten, so auch Syrien, vorher bekannt gewesen sei. Syrien habe bereits am vierten Tag nach der Invasion einem Waffenstillstand zugestimmt, und damit die Palästinenser im Stich gelassen. Die syrische Erwartung einer schnellen palästinensischen Kapitulation sei jedoch nicht in Erfüllung gegangen.
Syriens Präsident Assad habe dann weitergeführt, was Sharon nicht vermocht habe. Assad habe eine Abspaltung von PLO-Kräfte betrieben und mit syrischen und lybischen Truppen die PLO-Einheiten umzingelt. Waffen, Kleider und Medizin, die die PLO in Syrien gelagert habe, seien geraubt und dann an Iran verkauft worden. Der politische Hintergrund der Angriffe in Tripoli: Syrien habe die Palästinenser opfern wollen, um gute Beziehungen zu den USA entwickeln zu können, da dies nicht auf Kosten der Sowjetunion erfolgen solle. Militärisch habe es sich in Tripoli um eine dreifache Belagerung gehandelt, durch die israelische Luftwaffe und Marine sowie durch syrische Bodenstreitkräfte. Der Abzug habe erst auf dem Hintergund internationalen Drucks und internationaler Garantien erfolgen können.
Der nächste Komplott gegen die PLO habe darauf abgezielt, die Sitzung des Nationalrats zu verhindern. Aber auch in diesem Fall seien die Gegner gescheitert. Noch wenige Stunden vor Beginn der Sitzung habe US-Präsident Reagan das Scheitern der Nationalratssitzung prognostiziert. Er habe jedoch sein Ziel, die Infrastruktur der Palästinenser total zu zerstören, nicht erreicht.

Arafat betonte, daß er schon zu Beginn der israelischen Invasion das israelische Desaster im Libanon prognostiziert habe. 1984 habe es etwa 900 Aktionen von Libanesen und Palästinensern in Südlibanon gegeben.
Kissinger habe bereits 1974 den Plan für eine Balkanisierung Libanons entwickelt. Arafat erklärte dazu, er habe diese Information durch Tito erhalten. Damals habe es niemand glauben wollen, jetzt werde es jedch realisiert.
Die PLO sei vor allem auf drei Ebenen mit Aufgaben konfrontiert: a) der palästinensischen, b) der arabischen und c) der internationalen.

a) Das palästinensische Volk werde verfolgt, Land werde beschlagnahmt und das Wasser werde geraubt. Alles geschehe mit dem Ziel, die Palästinenser aus Palästina herauszuwerfen. Auf Seiten Israels würden solche Angriffe von kleinen, sehr weit rechtsgerichteten Organisationen vorgetragen, aber Armee, Polizei und Regierung seien darin verwickelt. Der Widerstand sei auf allen Ebenen zu organisieren.
b) Auf arabischer Ebene bestehe das Ziel, einen einheitlichen arabischen Standpunkt zu formulieren. Selbst ein Minimum an übereinstimmung verlange große Kräfte. Dazu müsse sowohl der iranisch-irakische Krieg beendet als auch Ägypten vom Camp-David-Abkommen abgebracht werden. Zudem gebe es andere gefährliche Probleme. Dennoch müsse versucht werden, ein Gipfeltreffen zustande zu bringen.
c) Da das Bild der palästinensischen Revolution gelitten habe, gelte es, die Beziehungen auf internationaler Ebene wieder zu vertiefen. Diese Aufbauarbeit brauche viel Zeit. Die Palästinenser hätten insgesamt 82 000 Tote und Verwundete (72 000 bei israelischer Invasion und 10 000 in Tripoli) zu beklagen.

Einen Wendepunkt im palästinensisch-jordanischen Verhältnis habe der 16. Nationalrat in Algier gebracht. Ohne Gegenstimme sei der Aufbau einer besonderen Beziehung zu Jordanien auf der Basis einer Konföderation beschlossen worden. Jordanien stimme einem solchen Konzept nicht so einfach zu, da die Palästinenser keinen Staat hätten.
Die Erlaubnis für die 17. Nationalratssitzung in Amman habe große Courage vom jordanischen König gefordert, da Syrien für einen solchen Fall offen gedroht habe. Auf Frage nach dem Schwarzen September erklärte Arafat: "Wir schreiben keine Geschichte, wir machen Geschichte!"
Jordanien habe keine Zugeständnisse als Vorbedingung für Verhandlungen genannt. Die palästinensische Bewegung sei ein revolutionärer Prozeß. Die PLO könne sich auch nicht leisten, auf militärische Aktionen zu verzichten. 1973 seien die Araber schon einmal in der Lage gewesen, Israel nach Genf an den Verhandlungstisch zu bringen.
Nach einer offiziellen Mitteilung von SU-Außenminister Gromyko sei Israel auch derzeit nicht völlig gegen die Abhaltung einer Konferenz. Es gebe jedoch die Bedingung, daß die SU Beziehungen zu Israel aufnehme.
Arafat äußerte sich nicht, welche Verwirklichungschancen er dem PLO-Konzept zur Lösung der Palästinafrage einräume.

WESTBANK
GESPRÄCHE MIT PALÄSTINENSERN IN JERICHO
(Ziad Abu Ziad (Rechtsanwalt), Jamil Nasser (Leiter der palästinensischen Anwaltskammer), Vorsitzender des palästinensischen Journalistenverbandes u.a. - Rest-Delegation)

Palästinenser seien Gefangene in ihrem eigenen Land, war der Tenor des Gespräche. Der in Jerusalem wohnhafte Nasser erklärte, er sei nach Jericho verbannt worden. Nach der Militärverordnung 101 sei politische Tätigkeit für Araber auf der Westbank verboten. Es herrsche Parteiverbot. Politische Diskussionen in Gruppen über acht Personen seien verboten. Es gebe Pressezensur. Das israelische Militärrecht habe seinen Ursprung im alten britischen Besatzungsrecht.
Es gebe kaum vorstellbare Behinderungen im Bereich der Landwirtschaft. Araber benötigten Genehmigungen, wenn sie mehr als 23 Bäume pflanzen oder Brunnen bauen wollen. Die Bearbeitung der Anträge würde meist Monate verschleppt, um die juristische Anfechtung bei üblicher Ablehnung möglichst weit hinauszuzögern.
Das Siedlungsprogramm basiere nicht mehr auf politisch-ideologischen Gründen bei den einzelnen Siedlern, sondern militärische und persönliche Anreize seien derzeit oft Beweggründe, um auf der Westbaank zu siedeln.
Die Landenteignung gehe auch im 17. Jahr der Besatzung weiter. Einige arabische Dörfer seien praktisch zu Inseln inmitten israelischer Siedlungen und des vom israelischen Staat oder von der israelischen Armee beschlagnahmten Landes geworden. Man müsse davon ausgehen, daß mindestens 50 Prozent des Territoriums nicht mehr von Arabern kontrolliert werde. Dabei liege ein großer Teil dieses Landes einfach brach.

ISRAEL
TREFFEN MIT ABGEORDNETEN IN DER KNESSET
(Delegationsteil)

Zu Beginn gab Ali Schmeissner einen kurzen Überblick über die bisherige Reise.
Mitglieder der Fortschrittlichen Liste für den Frieden erklärten dann, sie befürworteten eine gerechte Lösung der Probleme der Region, welche u.a. einen Rückzug aus den besetzten Gebieten und das Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat umfassen müsse.

Für die Grünen sei das Existenzrecht des Staates Israel eine Selbstverständlichkeit, war die Antwort der Delegation auf eine entspechende Frage. Wichtig sei jedoch die Klärung des Problems, welche Grenzen Israel denn eigentlich habe, die von 1948, 1956, 1967, 1982 oder 1984 und wieweit das antipalästinensische Element auch konstitutiv für den Staaat Israel sei.
Ein Vertreter der Liste erklärte, die Änderung der derzeitigen Verhältnisse sei die Aufgabe aller in Israel Lebenden. Uri Avneri betonte, Israel sei das Israel in den Grenzen von 1967. Ein palästinensisches Mitglied der Liste beklagte die Diskriminierung, unter der die Palästinenser in Israel litten. Nur über die

Anerkennung der Rechte der arabischen Bevölkerung in Israel sei der Friede mit den arabischen Staaten herzustellen. Es sei überhaupt gar nicht notwendig, über die Anerkennung Israels zu sprechen, da der Staat Israel ein Fakt sei. Ein weiterer Palästinenser erklärte, die PLO habe de facto den Staat Israel anerkannt. Es gelte den Mechanismus zu erkennen, daß die Verhärtungen in der israelischen Regierung um so stärker würden, je mehr Kompromisse von der anderen Seite gemacht würden.

Taufik Tubi, Abgeordneter der Kommunistischen Partei, gab einige Beispiele für den Rassismus der israelischen Rechten. (Tubi, der bereits 35 Jahre Knesset-Mitglied ist, wurde eine Stunde später von der Abgeordneten Geula Cohen als "Gast" des Parlaments bezeichnet, als er ihr das gegen die Delegation gerichtete Plakat (grün=braun) aus der Hand nahm und vor ihr aufs Pult legte) Tubi warnte davor, US-Konzepte für die Region - wie z.B. das Camp-David-Abkommen - als Lösungsvorschläge zu übernehmen. Durch solche geplanten Abkommen oder entsprechende Vorstellungen und Vorschläge würden nur die Spannungen in der Region erhöht. Eine Lösung könne es nur durch die Einbeziehung aller Parteien des Nahost-Konflikts geben. Tubi begrüßte den Kampf der Friedensbewegung in Europa und würdigte ausdrücklich eine Erklärung der Delegation, daß sie nach Israel gekommen sei, um mit den unterschiedlichsten politischen Gruppen und Parteien zu sprechen und es keine Exklusivbeziehungen innerhalb der Friedensbewegung geben solle.

Charlie Biton, Abgeordneter und Mitbegründer der "Schwarzen Panther" (Organisation orientalischer Juden), führte aus, daß es in Israel Bürger unterschiedlicher Kategorie gebe. Die orientalischen Juden seien Bürger zweiter Klasse (untere 40 Prozent der sozialen Pyramide) und die Palästinenser Bürger dritter Klasse. Die orientalischen Juden seien selbst Opfer von Ausbeutung. Ein Großteil dieser israelischen Bevölkerungsgruppe sei traditionell, unterstütze jedoch keine wirklich rechtsradikalen Gruppen. Die Masse der orientalischen Juden, die auf der Westbank siedele, gehe diesen Schritt wegen der dort gebotenen materiellen Anreize. Es gebe Beispiele, daß die alten Parteien gar nicht mehr die Probleme der orientalischen Juden lösen könnten. Obwohl er bekämpft werde, würde in solchen Fällen seine Vermittlung in Anspruch genommen.

Abed el-Wahab Darawshi, Abgeordneter der Arbeiterpartei, erklärte kurz die Hintergründe für das Scheitern seienes Versuches, auf der Nationalratssitzung in Amman aufzutreten. Seine Reiseabsichten seien zu früh veröffentlicht worden, sodaß Jordanien seinem Flugzeug keine Landeerlaubnis mehr erteilt habe. Aus Amman sei eine Entscheidung über die Landung unter Hinweis auf bürokratische Probleme immer weiter hinausgeschoben worden. Die Mehrheit der Partei habe ihn bestärkt, der Parteisekretär habe ihn jedoch kritisiert.
Er selbst vertrete in der Palästina-Frage eine von der Mehrheit der Fraktion abweichende Meinung, da er für das volle Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser eintrete, die Siedlungspolitik und auch den Allon-Plan, der die Sicherheitsgrenze Israels am Jordan vorsehe, ablehne.

In der Arbeiterpartei gebe es eine Mehrheit für einen totalen Truppenrückzug aus dem Libanon in den kommenden neun Monaten auch ohne ein Übereinkommen mit dem Libanon.

Ora Namir, eine Abgeordnete vom linken Flügel der Arbeiterpartei, erklärte, es habe bisher sechs blutige Kriege gegeben. Die Gegner Israels glaubten nicht an Frieden. Die jüdischen Israelis täten dies jedoch. Aber weniger und weniger Israelis seien bereit, sich mit den Arabern an einen Tisch zu setzen. Das Problem sei, daß sich beide Seiten nicht glaubten. Bei der Beurteilung der Nahost-Situation müsse die gesamte Vorgeschichte mit bedacht werden. Dabei sei es auch notwendig, daß besondere Bewußtsein der am Konflikt Beteiligten mit in Rechnung zu stellen.
Ora Namir formulierte drei für sie unverzichtbare Prinzipien:
1. Judenmehrheit in Israel 2. Räumung besetzter Gebiete 3. Gleiche Rechte für Araber in Israel.
Sie sei sich nicht sicher, ob die Bildung eines palästinensischen Staates nicht dazu führe, daß "dort ein Staat gegen uns ist", erklärte Ora Namir.

SOLIDARITÄTSK MITEE BIRZEIT
(Komiteevertreter - Delegationsteil)

Das Komitee, dem vor allem jüdische Israelis angehören, arbeitet auf der Westbank zusammen mit Palästinensern.
Ein in Polen geborenes Mitglied der Gruppe berichtete, sie sei im Zusammenhang mit der Besetzung der Westbank mehrfach an Ereignisse in ihren Kindheit während der deutschen Besetzung Polens erinnert worden. Dies habe ihr verdeutlicht, daß eine Besetzung immer einer ähnlichen Eigendynamik unterliege. Äußerungen in dieser Richtung würden ihr von vielen israelischen Mitbürgern als Selbsthaß angelastet werden.
17 Jahre Besetzung hätten jedoch das innenpolitische Klima Israels verändert. Es gebe bereits eine Generation, die ein Israel, daß keine fremde Territorien besetzt halte, gar nicht mehr kennen. Dies habe eine fatale Konsequenz, da bestimmte Praktiken normal erschienen.
Das Birzeit-Komitee sei eine der wenigen israelischen Gruppen, die palästinensischen Widerstand nicht verurteilten.
In den Flüchtlingslagern sei die Situation besonders bedrückend. Der Lebensstandart sei nicht "sehr hoch", die Häuser klein und die Straßen schmal. Die Bewohner wollten ihre Rechte und seien an einer Verbesserung der sozialen Situation als Kompensation für verlorene Rechte nicht interessiert. In den Lagern lebten meist Anhänger radikaler palästinensischer Organisationen.
Die israelische Armee halte die Lager unter strenger Kontrolle. Die Ausgänge seien abgesperrt, oft zugemauert, sodaß eine Zufahrt mit Autos in einigen Fällen nur schwer möglich sei. Da die Bewohner oft Steine gegen israelisches Militär oder gegen israelische Siedler würfen, würden die Camps in Ghettos verwandelt. Im Deheische-Camp habe es eine dreiwöchige ganztägige Ausgangssperre gegeben. Dies sei eine Form der Kollektivstrafe, die aufs schärfste abzulehnen sei. Es werde eine Politik der Entmenschlichung des

Feindes praktiziert. So wären Frauen mehrfach nachts auf die Straßen getrieben worden und hätten dort von 24 bis 6 Uhr stehen müssen. In Gefängnissen würde gefoltert (auch mit Elektroschocks). Wenn Widerstand geleistet und in diesem Zusammenhang eine Person verhaftet werde, würde das Haus der Familie in die Luft gesprengt. Die Besetzungspolitik werde langfristig zu einer Massenevakuierung der Westbank führen. Dies sei auch das Ziel verschiedener Gruppen der israelischen Rechten. Dadurch werde der Weg für eine friedliche Lösung auf lange Zeit verschlossen. Dies sei besonders gefährlich, wenn religiöse Fanatiker die Macht erhielten, da Israel eine Atommacht sei. Es gebe bereits Notstandsgesetze. Für Juden existiere im Lande zwar Demokratie, Araber seien jedoch von einer Diktatur betroffen. Israel werde von der reichen Welt unterstützt und mache die "Drecksarbeit für die reiche Welt". Das Komitee werde mit einer Welle von Anschuldigungen überschüttet. Ihm seien viele stigmatisierende Etikette (stigma labels) angeheftet worden.

YESH GVUL (THERE IS A LIMIT)
(Vertreter der Gruppe - Delegationsteil)

Die Gruppe Yesh Gvul entstand während des Libanonkrieges. Ihre Mitglieder verweigern den Militärdienst im Libanon.
Die Gruppe bestehe aus zweierlei Mitgliedern: Zum einen Menschen, die aus individuellen Gründen den Militärdienst im Libanon verweigern und zum zweiten aus Menschen, die dies aus grundsätzlichen politischen Überlegungen täten. Grundsätzlich bestehe die Haltung, daß Soldaten keine Marionetten, sondern verantwortliche Individuen seien. Es sei ja eine Lehre aus der Geschichte, daß jeder Einzelne auch Verantwortung für die Politik des Staates, indem er lebe, zu tragen habe und in Grenzsituationen eigene Entscheidungen fällen müsse, auch wenn dies zu individuellen Nachteilen führe. Die Gruppe habe eine "Ein-Punkt-Position", die darin bestehe, militärische Lösungen von Problemen abzulehnen.
Bisher seien bereits 140 Gefängnisstrafen wegen Militärdienstverweigerung ausgesprochen worden. Das sei eine relativ höhere Zahl als in den USA zur Zeit des Vietnamkrieges. Die Gruppe stelle Mitgliedern finanzielle Unterstützung bereit, damit deren Familien die Zeit des Haftaufenthalts materiell überstehen könnten.
Real liege die Zahl der Verweigerer wesentlich höher und betrage tausende. Zum einen, weil der Gruppe nicht alle Fälle bekannt seien, und zudem, weil viele auch den Weg der Emigration oder die Simulation von Krankheiten usw. wählten, um der Einberufung oder der Ableistung des Reservedienstes zu entgehen.
Yesh Gvul habe im Gegensatz zu Peace Now den Krieg von Anfang an nicht akzeptiert. Peace Now sei gegen den Krieg, trete aber nicht für die Verweigerung des Militärdienstes ein, da er von einer demokratisch entstandenen israelischen Regierung erklärt sei. Peace Now könne zwar viele Menschen mobilisieren, gehe aber politisch mit der Führung der Arbeiterpartei zusammen. Seitdem diese an der Regierung beteiligt sei, habe Peace Now geschwiegen.
Yesh Gvul werde künftig auch den Einsatz auf der Westbank verweigern.

RAT FÜR ISRAELISCH-PALÄSTINENSISCHEN UND FORTSCHRITTLICHE LISTE
(Mitglieder des Rates und der Liste (u.a. Muhamad Mijari und Mati Peled (beide Abgeordnete) und- Delegation)

Yaakov Arnon wies auf die Bedeutung der grundsätzlichen Angst in Israel hin, überrannt zu werden. Es sei notwendig, den Weg für Verhandlungen mit der PLO zu öffnen. Es müsse ein Selbstbestimmungsrecht für beide Seiten, zwei Staaten geben. Bei der Erreichung dieses Zieles dürften die subjektiven Faktoren nicht außer Acht gelassen werden.
Ein in Holland geborenes Mitglied des Rates wies daraufhin, daß die israelische Angst, überrannt zu werden, auch durch die Holocaust-Erfahrung verstärkt werde. Dies müsse von Deutschen immer bedacht werden, wenn sie sich zur Nahost-Problematik äußerten.

OZ ve Schalom (Stärke und Frieden)
(Vertreter der Gruppe - Delegationsteil)

Oz ve Schalom ist eine Gruppe gläubiger Juden, die gegen die Militarisierung der israelischen Gesellschaft auftritt, aber wohl am deutlichsten gegen Pazifismus auftritt.
Alle Juden in Israel lebten unter dem Trauma von Auschwitz. Die Geschichte des Landes habe gezeigt, daß Israel nicht pazifistisch sein könne. Bei einer pazifistischen Haltung müsse man unter solchen Umständen von "pazifistischem Parasitismus" sprechen.
Bei Verhandlungen müsse die Westbank Faustpfand bilden.
Besatzungsmacht könne man jedoch auch nicht ungestraft bleiben.
Bei der Beurteilung des Staates Israel und des Zionismus sei zu berücksichtigen, daß die Juden überall eine Sondergemeinschaft gebildet hätten. Und so sei der Zionismus, die Sehnsucht gewesen, nach Jerusalem zurückzukehren. In Israel selbst gebe es etwa ein Drittel gesetzestreue Juden. In der Gesetzgebung gebe es aber starken religiösen Einfluß. So gebe es zum Beispiel keine Zivilehe. Der öffentliche Verkehr liege am Schabbat still. Speisegesetze würden eingehalten usw..
Der Sechs-Tage-Krieg habe messianische Stimmen im Judentum bestärkt. Es habe einen starken Trend zum religiösen Judentum gegeben. Eine Wende sei dann durch den Libanonkrieg eingetreten. Deutlichstes Beispiel seien die Verweigerungsbewegung und die Bewegung der Eltern gegen das Schweigen.

YESHAYAHU ANUG (STELLVERTRETENDER GENERALDIREKTOR DES ISRAELISCHEN AUßENMINISTERIUMS, LEITER DER WESTEUROPAABTEILUNG)
(Mehrere Beamte des Außenministeriums - Delegationsteil)

Schon vor dem Besuch habe es ein endgültiges Urteil gegeben, erklärte Anug. Insbesondere bei einem Dialog zwischen Deutschen und Juden dürften die Gefühle nicht mißachtet werden. Es sei schwer zu verstehen, warum man nicht etwas vorsichtiger gewesen sei. Es habe Untertöne gegeben, die zu Verstimmung geführt hätten. Israel sei ein Land, in dem Meinungen beinahe chaotisch existierten.
Jürgen Reents dankte für die Gesprächsbereitschaft des Außenministeriums. Das Informationsbedürfnis bestehe im Bereich der Innenpolitik, die Delegation habe sich zur israelischen Innenpolitik nicht geäußert.
Israel habe ein Recht, auf besondere Beziehungen. Die Grünen verstünden sich als eine Partei gegen Nationalismus, Rassismus und Faschismus. Dabei sei es auch so, daß jeder der Politik mache, klare Aussagen habe. Bei den Grünen gebe es die Grundüberzeugung des Rechts auf Selbstbestimmung und der Ablehnung der Besetzung fremder Territorien.
Es gebe gerade im Zusammenhang mit dem Südlibanon, der Westbank und dem Ghazastreifen die Frage nach dem Verlauf der israelischen Staatsgrenze.
Yeshayahu Anug erklärte, die Grenzfrage sei mit der Verteidigungsfrage verbunden. Die Verteidigung sei ausschlaggebend für den Grenzverlauf. Der UN-Plan von 1947 habe die Bildung zweier Staaten vorgesehen. Wenn der Krieg gegen das neu gegründete Israel

nicht geführt worden wäre, verliefe die Grenze heute anders. Israel sei jetzt eher auf Angriffe vorbereitet, habe jedoch den Wunsch nach einer Verhandlungslösung. Nach dem völkerrechtlichen Standpunkt verlaufe die Grenze auf der Linie der Grenze von 1967. Diese sei jedoch zur Verteidigung zu eng. Grenzen müßten sich aus Verhandlungen ergeben und so könne heute dazu auch noch nichts gesagt werden. Wenn wir uns informieren würden, würden wir erfahren, daß die 67er Grenze Nahe Tel Aviv eine Tiefe von 14 Kilometer ausmachn würde.
Israel habe eine Koalitionsregierung. Und innerhalb dieser betrachte die LIKUD-Partei die Westbank und den Ghaza-Streifen als jüdisches Gebiet und die Marach-Partei sei für die Rückgabe dieser Gebiete.
Auf den Hinweis, daß Annektion fremden Territoriums nicht erlaubt sei, entgegenete Anug, Israel sei das einzige Land auf der Welt, dessen Existenz von den Nachbarn noch nicht akzeptiert sei. Und das Land wolle existieren.
In der Libanonfrage sei es so, daß einzig Israel von Rückzug spreche. Wobei Rückzug nicht nur eine Gefahr für Galiläa bedeute, sondern auch ein Gemetzel auslösen könne. Sowie die Sicherheit gegeben sei, werde der Rückzug erfolgen (ein oder zwei Etappen). Ziel sei es, im Südlibanon eine Bevölkerung zu haben, mit der man auskommen könne. Die Bevölkerung sei aufgehetzt. Anug dementierte ausdrücklich Umsiedlungsprogramme in Südlibanon.
Auf die Westbank eingehend erklärte Anug, bis zur Bildung der Begin-Regierung habe es auf der Westbank 5000 - 10 000 Siedler gegeben. Heute gebe es bei 800 000 Arabern 25 000 bis 30 000 Siedler. Es sei notwendig, daß Juden und Araber in Frieden leben müßten. Es habe jetzt innerhalb der Regierung einen Kompromiß gegeben, sechs neue Siedlungen zu bauen, somit seien Faktoren erkennbar, die einen weiteren Ausbau der Siedlungen verhinderten. Die palästinensische Bewegung habe das Unglück, von Extremisten gelei tet zu werden. Er wolle auch an den Mufti von Jerusalem erinnern, der nach dem Krieg als Naziverbrecher verurteilt worden sei.
Anug wies die Unterstellung zurück, Israel betreibe Expansionskriege. So sei der Sechs-Tage-Krieg durch die Sperrung von Eilat ausgelöst worden. Zur Unterstützung reaktionärer Regime in der Dritten Welt, erklärte Anug, Israel sei nur einer der Staaten, die zu solchen Regimen Beziehungen pflege. Sein Land leiste technische Hilfe in Afrika und "nicht nur an die Monster der Weltgeschichte".
Zu den Grünen erklärte Anug, man wisse, daß sie ein wachsender Faktor seien und etwas vollbringen könnten. Er mache das Angebot, daß man sich informieren könne. Sein Land verdiene eine ausgewogene Beurteilung. Überall gebe es gute und schlechte Leute.
Zu einer Internationalen Konferenz über den Nahen Osten erklärte Anug, Israel werde daran nicht teilnehmen, da die Vorzeichen nichts Gutes vermuten lassen. Es werde nur eine aufgeregte Debatte, aber keine Resultate geben. Die Konferenz von 1973 habe gezeigt, wie verhängnisvoll der Einfluß der Supermächte gewesen sei. Es bestehe die Notwendigkeit zu lokalen Verhandlungen. Diese reibungslose No War - No Peace Situation solle solange bleiben, bis sich die Kräfte so entwickeln, daß sie den Staat Israel anerkennen. Es bestehe ein

Glauben an Verhandlungslösungen. Das beste Beisp iel sei Ägypten.

PEACE NOW
(Mehrere Vorstandsmitglieder u.a. Sprecher Tzali Reshef - Delegationsteil)

Peace Now sei eine zionistische Bewegung. Sie in den Tagen der Friedensgespräche mit Ägypten entstanden. "Wir wünschen Israel als einen jüdischen und demokratischen Staat."
Peace Now sei gegen die Siedlungspolitik auf der Westbank. Man sei jedoch weder für noch gegen einen palästinensischen Staat.
Peace Now sei die bedeutenste Kraft gegen den Krieg im Libanon gewesen. Man habe gegen den Einmarsch in den Libanon Demonstrationen organisiert. Peace Now sei jedoch dagegen, den Militärdienst in Südlibanon abzulehnen.
Die Widersprüche mit den arabischen Staaten seien schon sehr alt. 1948 habe Israel eine sehr fortschrittliche Regierung besessen, aber die arabische Seite sei nicht friedensbereit gewesen.
Aktuell sei es so, daß auch die 17. Sitzung des Palästinensischen Nationalrates keine klare Resolution gebracht habe. Die alte PLO-Vorstellung von einem binationalen Staat sei unakzeptabel.
Peace Now hoffe, daß es eine gegenseitige Anerkennung gebe. Syrien sei eine größere Gefahr für Israel als die PLO.
In der israelischen Gesellschaft sei einen fast 50 Prozent für einen territorialen Kompromiß und lehnten auch die Fortsetzung der Besetzung ab.
Für die 67er Grenze sei jedoch nur ein Minimum der Bevölkerung, da die Rückgabe Jerusalems umstritten sei. Peace Now sei für Truppenrückzug, habe jedoch Angst davor, daß eine andere Armee in das Gebiet einrücke. Peace Now habe keine offiziellen Kontakte zur PLO. Peace Now pflege nicht die Politik der Verhandlungen, sondern befasse sich mit Innenpolitik.

WESTBANK
AKADEMIKERVEREINIGUNG HEBRON
(mehrere Mitglieder, auch der ehemalige Bürgermeister Mustafa Abdul Nabi Natsheh - Delegation)

Der am 7. Juli 1983 von der Militärbehörde abgesetzte Bürgermeister von Hebron, Mustafa Abdul Nabi Natsheh erklärte, daß nach der Besetzung 45 Prozent des Landes von den Israelis übernommen worden seien. Die Feldarbeit sei gestört worden. Mit dem Bau von Siedlungen sei 1968 begonnen worden. Zuerst hätten Siedlungen nur militärischen Charakter gehabt, später seien zivile hinzugekommen. Viele Palästinenser seien inhaftiert worden. Dem gewählten Rat der Stadt seien zahlreiche Probleme bereitet worden.
Nach der Regierungsübernahme der Likud-Partei sei der Druck auf die Bevölkerung verstärkt worden. Das Prinzip der Kollektiv-Strafe sei verstärkt zur Anwendung gekommen. Telefonieren sei erschwert worden, Exporte seien verhindert worden. Ausgangssperren seien immer wieder verhängt worden. 1981 seien 20 Familien aus ihren Häusern vertrieben und eine israelische Siedlung nahe des Marktes

der Stadt errichtet worden. Seither gebe es das Projekt die Stadt druch Siedlungen in zwei Teile zu zerschneiden. Zu dieser Zeit seien auch immer wieder Schulen geschlossen worden. Die Erzeugung von Existenzangst sei der Auftakt zur Siedlungspolitik gewesen. Die Siedler hätten alle Möglichkeiten erhalten.
Die ökonomische Situation sei sehr schwierig. Obwohl die Westbank beim Absatz israelischer Waren als Teil des israelischen Marktes behandelt werde, sei es andererseits verboten, Citrusfrüchte der Westbank und des Ghaza-Streifens nach Europa zu exportieren. Palästinenser müßten Steuern zahlen, wenn sie ihre Waren in Israel verkaufen wollten.
Beim Bau einer Zementfabrik sei die dritte Ausbauphase nicht genehmigt worden. Bei den Bauprojekten auf der Westbank müsse genau wie bei Sozialmaßnahmen nachgewiesen werden, daß das Geld nicht von der PLO komme.
Von 1976 bis 1983 seien mit einer Finanzhilfe Saudi-Arabiens in Höhe von 10 Millionen Dollar mehrere Schulen, Straßen gebaut und Infrastrukturprojekte ausgeführt worden. Es habe keine Arbeitslosigkeit gegeben. Diese sei erst nach der Übernahme der städtischen Verwaltung durch israelische Offiziere entstanden.
Nach Natshehs Aussage sollten alle Verhandlungen Israels mit der PLO geführt werden.
Der Leiter eines Krankenhauses erklärte, vor der Besetzung seien die Krankenhauskosten sehr gering gewesen. Derzeit müßten Patienten pro Tag 80 Dollar zahlen. Es herrsche Knappheit an Medikamenten und an Spezialinstrumenten. Das für etwa 200 000 Menschen zuständige Krankenhaus könne keine Intensivstation einrichten und verfüge nur über ein altes Röntgengerät. Dies sei der Grund dafür, weshalb Patienten jetzt in andere Städte gingen. Der Antrag für den Bau eines neuen Krankenhauses sei erst vor zwei Wochen genehmigt worden, obwohl er vor drei Jahren eingereicht worden sei.
Ein Universitätslehrer beklagte die häufige Schließung von Hochschulen. So habe es z.B. in Hebron eine Schließung vom 22. Juli bis zum 27. August 1981 und vom 12. 3. bis zum 24. 5. 1983, die Birzeit-Universität in Ramallah sei 1981 drei und 1983 sieben Monate gegeben.
Universitätslehrer müßten eine Erklärung unterschreiben, daß sie keine Kontakte zur PLO unterhielten. 85 Universitätslehrer seien entlassen worden. Wenn jamand Geld von außen in den Bildungsbereich investiere, werde er mit drei bis fünf Jahren Gefängnis oder einer Geldstrafe bestraft. 1982 habe ein Angriff jüdischer Fanatiker vier Tote und vierzig Verletzte gefordert.

FAHRT DURCH ISRAELISCHE SIEDLUNGEN
(Delegation)

Insgesamt gibt es etwa 110 000 jüdische Siedler auf der Westbank. Die Mehrheit von ihnen wohnt in Festungsartig errichteten Wohnanlagen am Rande Ost-Jerusalems (80 000). Ein Palästinenser erklärte, dies sei auch eine Maßnahme/um die Mehrheitsverhältnisse zu ändern. Die Häuser würden vom Staat errichtet und dann billig an die Bewohner verkauft oder vermietet. - Betonsiedlungen mit kleinen Fenstern.

Die psychischen Auswirkungen auf die Bewohner müssen langfristig zu einer Verfestigung der "Wagenburgmentalität" führen. Durch diese Fakten in Beton mit den Auswirkungen auf die politische Kultur des Landes ist eine Verhandlungslösung über den Status Jerusalems sehr erschwert worden. Der Wert des in Ost-Jerusalem enteigneten Landes (beschlagnehmt aus öffentlichem Interesse) wurde von Palästinensern auf eine Milliarde Dollar beziffert. Dieses Siedlungsprogramm sei auch Bestandteil der Taktik, den Druck auf die noch in Ost-Jerusalem lebenden Palästinenser zu erhöhen.
Außer den Satelit-Städten Ost-Jerusalems gibt es auf der Westbank noch 134, auf dem Gholan 28 und im Ghaza 12 Siedlungen. Aus militärischen Gründen sind sie meist auf Hügeln errichtet. In der Regel sind die Siedlungen mit Stacheldraht eingezäunt.
Mit einem gigantischen Straßenbau-Programm soll die Westbank erschlossen werden. Nach Auffassung von Palästinensern seien damit mehrere Ziele verbunden. Zum einen sollen die Siedlungen auf der Westbank attraktiver werden, da sie künftig aus Israel leichter zu erreichen seien. Zum zweiten gebe es militärische Planungen, die dem Straßenbauprojekt zugrunde lägen und schließlich gehe es um direkte Vernichtung fruchtbaren Ackerlandes, das bisher von Palästinensern bebaut werde.
Die unterschiedliche Verteilung des Wassers beruhe auf einer rassistischen Ideologie. Jüdische Siedlungen erhielten manchmal das zehnfache der Palästinensern zugeteilten Wassermenge, so daß es in solchen Siedlungen sogar Swimming-Pools gebe. Der Brunnenbau sei für Palästinenser kaum noch möglich, da Genehmigungen an Palästinenser nur noch restriktiv erteilt werden.

DEHEISCHE-FLÜCHTLINGSLAGER

In dem palästinensischen Flüchtlingslager östlich von Jerusalem leben etwa 12 000 Menschen. In den vergangenen Monaten hat es mehrfach Auseinandersetzungen gegeben. Alle Ausgänge zur am Lagerrand vorbeiführenden führenden Straße sind zugemauert. Hohe Straßenlampen beleuchten das Lager auch nachts. Mehrere Häuser im Kern des Lagers wurden gesprengt, da von ihren Dächern Molotowcocktails geworfen worden seien. Auf Anordnung der Militärbehörden wurde das Zentrum des Lagerrates geschlossen.
Vertreter von Lageror ganisationen erzählten, die Bildung sei sehr hoch, es gebe mehrere Akademiker. Dies sei darauf zurückzuführen, daß die Familien alles täten, um ihren Kindern eine gute Ausbildung zu ermöglichen. Mehrere Lagerbewohner standen unter Lagerarrest. In den vergangenen Jahren habe es wiederholt Ausgangssperren gegeben, die besonders die Arbeiter des Camps betroffen hätten, da sie tags über nicht zur Arbeit gehen durften. Auf diese Weise werde versucht, die Lagerbewohner zu spalten.
Die Bewohner hätten Vorschläge des israelischen Sozialministeriums, in Sozialwohnungen umzuziehen, zurückgewiesen. Es gehe ihnen um das Recht auf Rückkehr oder Entschädigung. Dasselbe hieß in einer anderen Formulierung, es müsse ihnen die Möglichkeit geboten werden, zurückzukehren oder ihre Rechte zu finden.
Fast einstimmig sprach man sich für die Einheit der PLO auf der

Basis der Beschlüsse von Algier und Jemen aus. Denn die Einheit sei notwendig, weil dadurch die Rechte des palästinensischen Volkes geschützt seien. Es herrsche eine wirkliche Angst, daß die Palästinenser in die Wüste getrieben würden.
Der Delegation wurde versprochen, daß sie uns die schriftliche Einladung an Bundeskanzler Helmut Kohl, während seines Israelbesuchs auch das Lager zu besuchen, was er bezeichnenderweise nicht gemacht habe, zusenden werde.

ARAB STUDIES SOCIETY (Jerusalem)

In dem Zentrum werden palästinensische Dokumente gesammelt, hebräische und palästinensische Zeitungen ausgewertet, Karten erstellt und eine Bibliothek eingerichtet, zudem Studien über Palästina erstellt.
Der Direktor erklärte, die Beschäftigten seien mehrfach von den Militärbehörden befragt worden und unterlägen an der Grenze besonderen Kontrollen.

IN'ASH EL-USRA (Ramallah)

Kern des Sozial-Zentrum In'ash El-Usra bilden Ausbildungsstätten. Neben einem großen Kindergarten, gibt es Schneiderinnen, Sekretärinnenklassen und Ausbildungskurse für Friseusinnen. Für Studenten an Westbank-Universitäten werden 300 Stipendien bereitgestellt. 700 Familien wird Sozialhilfe geleistet. Das Zentrum, das fast ausschließlich Frauen beschäftigt und ausschließlich Mädchen ausbildet, baut ein palästinensisches Folklore-Zentrum aus.

ISRAEL
IBN Al BALLD (Söhne des Bodens)
(Vertreter der Organisation - Delegation)

IBN AL BALLD ist eine Organisation von Palästinensern in Israel und wurde Anfang der siebziger Jahre gegründet. Im Gegensatz zur Kommunistischen Partei und zur Fortschrittlichen Liste, die starke Unterstützung von Palästinensern genießt, lehnt IBN AL BALLD die Teilnahme an Knessetwahlen ab.
Die Arbeit erfolge vor allem in den oertlichen Räten, erklärte ein Sprecher. Hier könne man mit fortschrittlichen Arabern und Juden zusammenarbeiten. Die Möglichkeit einer Lösung des Palästinaproblems durch Bildung eines zweiten Staates werde für ausgesprochen unwahrscheinlich gehalten, da Israel die besetzten Gebiete nicht räumen werde. Weil es für die Palästinenser keine Möglichkeiten gebe, glaube man an den Weg des Kampfes. Ziel sei ein sekularer, sozialistischer Staat mit Gedanken- und Religionsfreiheit. Dies wäre die beste Lösung für die gesamte Region.

FORTSCHRITTLICHE LISTE FÜR FRIEDEN (Nazareth)
(Mitglieder der Liste - Delegation)

Mehrere der Anwesenden waren vor kurz vor den Wahlen aus der Kommunistischen Partei ausgetreten und hatten die Fortschrittliche Liste in Nazareth gebildet. Sie beklagten sich, daß über die Hälfte des zu Nazareth gehörenden Landes enteignet worden sei. Im Vergleich zur jüdischen Stadt Ober-Nazareth erhielten sie nur 50 Prozent der Geldmittel für den städtischen Haushalt.
Diskriminiereung gebe es in allen Lebensbereichen. Während es Ober-Nazareth 100 Fabriken existierten, müßten Palästinenser meist

sehr weit zur Arbeit fahren. Obwohl die Palästinenser etwa 15 Prozent der israelischen Bevölkerung ausmachten, stellten sie nur zwei Prozent der Angestellten. Gleichheit gebe es nur vor dem Finanzamt.
Auch die kulturelle Unterdrückung sei stark. In den Schulbüchern werde weder über den Islam, noch über die Geschichte Palästinas, noch über die Kultur der Palästinenser berichtet.
Der Hauptkampf werde ums Überleben und die Erhaltung der Identität geführt. "Wir suchen nach Gleichheit und wir kämpfen gegen Diskriminierung." Sozialversorgung und auch Bildung seien einigermaßen befriedigend.
Der Kampf werde für die Etablierung eines eigenen Staates geführt. Die Palästinafrage habe sich von einer Flüchtlingsfrage zur Frage der Etablierung eines Staates gewandelt. Ohne die Bildung dieses Staates und die Anerkennung der PLO könne es keinen Frieden geben.

RATZ und SHELLI
(Vor allem Vertreter von Shelli (Altlinke), auch Ran Cohen (Parlamentsabgeordneter RATZ) - Delegationsteil)

Von den Vertretern beider Gruppen wurde zu Anfang übereinstimmend erklärt, man erkenne Gruppen nur an, wenn diese den Staat Israel anerkennen würden.
RATZ sei 1973 gegründet worden und vor allem für Bürgerrechte eingetreten. Für RATZ sei Jerusalem als Ganzes die Hauptstadt Israels. In dieser Frage gebe es Differenzen mit Shelli. RATZ habe eine feministische Orientierung (25 Prozent Frauen auf der Liste) und werde von Frauen geleitet.
Shelli sei 1977 als Föderation gegründet worden. Vor den jüngsten Parlamentswahlen habe es eine Spaltung in einen sozialistischen und einen radikaldemokratischen (Avneri) Teil gegeben. Shelli verstehe sich als sozialistische, demokratische Partei. So trete man bei Regionalwahlen für Dezentralisierung ein. Ziel sei die Überwindung des Kapitalismus auf dem Wege der Wahlen. Für Israel werde eine Neutralitätspolitik angestrebt.
Der Nahost-Konflikt, könne nur durch die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes für beide Völker gelöst werden. Dies bedeute die Räumung der 1967 besetzten Gebiete. Westjerusalem sei die Hauptstadt Israels. Friede könne es nur auf dem Verhandlungswege geben. Shelli sei bereit, mit der PLO zu sprechen. Zionismus bedeute Recht auf Selbstbestimmung. Arabische Mitglieder der Liste bräuchten keine Zionisten zu sein.
In der Diskussion wurde betont, daß die israelische Linke nicht in der Lage gewesen sei, die Rechte zu stoppen. Das neben Likud weitere rechte Gruppen entstanden seien, sei auf die Besetzung zurückzuführen. Zwei Nationen bedeute auch zwei Klassen. Die Jugend sei in einer Situation aufgewachsen, in der Israel Besatzungsmacht gewesen sei. Dies sei der Grund für die Rechtsentwicklung.
Cohen ging auf die Differenzen zur Fortschrittlichen Liste ein. In der Vergangenheit habe man sich immer zu sehr an der Kritik der PLO orientiert, wie die Fortschrittliche Liste das heute immer noch tue. Es gelte aber, eine von der Politik der PLO unabhängige Argumentation für Frieden zu entwickeln. Man dürfe sich auch nicht

zu weit von den Hauptströmungen der israelischen Gesellschaft entfernen, da dies Einflußlosigkeit bedeute. Ein Friede im Nahen Osten sei Voraussetzung für Änderungen. Man könne die israelische Bevölkerung jedoch nicht für diese Idee gewinnen, wenn man sage, nur Israel mache die Fehler.
Man könne sowohl mit Kommunisten als auch mit der Fortschrittlichen Liste in Einzelfragen zusammenarbeiten. Es gehe um die Bildung einer weiten Linken.
Ein Shelli-Vertreter wies daraufhin, daß Verhandlungen mit der PLO möglich seien, wenn die PLO das Ziel der Zerstörung Israels aus ihrem Programm streiche.
Der Dialog mit den Palästinensern wurde von Ratz und Shelli befürwortet. Er existiere bereits auf den unterschiedlichsten Ebenen.

INTERNATIONAL CENTER FOR THE PEACE IN THE MIDDLE EAST
(Kurzes Informationsgespräch)

Direktor Dr. Arieh Yaari wies auf die Parteiungebundenheit des Instituts hin. Es stehe aber in Kontakt mit mehreren Dutzend Abgeordneten. Das Institut begleite in verschiedenen Publikationen die politische Entwicklung der Region (u.a. new outlook, middle east monthly). Neben theoretischer Arbeit erfolge aber auch eine praktische Unterstützung verschiedener Gruppen der israelischen Friedensbewegung.
Ein wichtiges Problem, daß eine Friedenslösung behindere, sei das Ausweichen der PLO, Israel anzuerkennen. Da US-Präsident Reagan nicht ein weiteres Mal für die Präsidentschaft kandidiere, könne man eventuell auch politischen Druck der USA auf Israel erwarten sich aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen, was den Friedensprozeß in der Region entscheidend beeinflussen könne, falls die israelische Regierung von sich aus hierzu nicht bereit sei.

Ulrich Tilgner

PRESSEERKLÄRUNGEN DER DELEGATION UND DER FRAKTIONS-PRESSESTELLE

1. Reiseankündigung durch die Pressestelle, 12.12.84 III / 2

2. Pressemitteilung über Artikel von Otto Schily in der Wetzlarer Zeitung, 14.12.84 III / 3

3. Fernschreiben der Delegation aus Beirut über die Einreiseverweigerung nach Israel gegen Brigitte Heinrich, verbreitet in Bonn, 20.12.84 III / 5

4. Pressemitteilung in Bonn nach Ende unseres Libanon-Besuchs, 21.12.84 III / 7

5. Erklärung der Delegation zu einer Falschmeldung der Lebanese Press Agency, Beirut/Damaskus, 21.12.84 III / 8

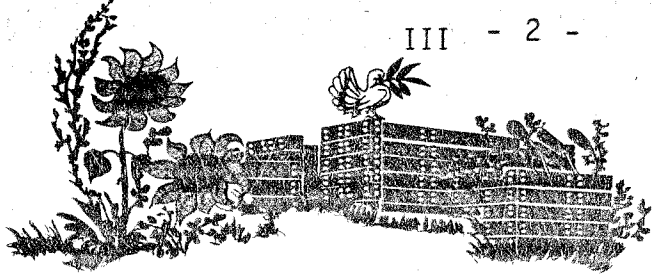
6. Erklärung von Brigitte Heinrich zu ihrem Einreiseververbot in die Westbank und nach Israel, Amman, 25.12.84 III / 9

7. Erklärung der Delegation zu einer Falschmeldung im israelischen Rundfunk betr. unseren Yad-Vashem-Besuch, Jerusalem, 27.12.84 III / 10

8. Einleitende Erklärung auf der Pressekonferenz der Delegation in Tel Aviv, 30.12.84 III / 11

9. Erklärung von Brigitte Heinrich nach Rückkehr in die Bundesrepublik zu ihrem Einreiseverbot nach Israel und Westjordanien, Frankfurt 30.12.84 III / 13

10. Leserbrief von Jürgen Reents an den "Spiegel" betr. Falschdarstellungen in der Januar-Ausgabe, Hamburg 1.1.85 (nicht abgedruckt) III / 15



DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG
— Pressedienst —
5300 Bonn
Bundeshaus · 12.12.1984

DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG · Bundeshaus · 5300 Bonn

Pressemitteilung Nr. 661/84

GRÜNE DELEGATION FÄHRT IN DEN NAHEN OSTEN

Der Pressesprecher der GRÜNEN IM BUNDESTAG, Heinz Suhr, teilt mit:
Vom 16. bis 29. Dezember wird eine sechsköpfige Delegation der GRÜNEN, darunter Ali Schmeissner vom Bundesvorstand sowie Gaby Gottwald und Jürgen Reents für die Bundestagsfraktion, den Libanon, Syrien, Jordanien und Israel besuchen. Die Delegation plant in allen Ländern Gespräche mit Regierungsvertretern und mit anderen politischen Kräften.

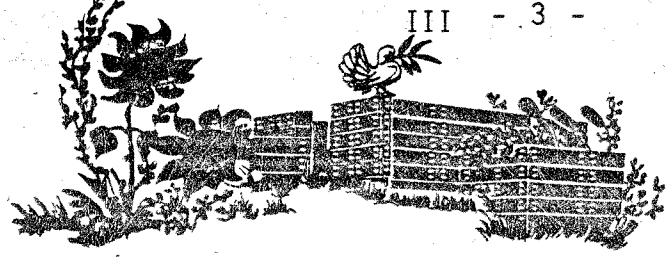
Im Mittelpunkt der Reise steht die Situation in Südlibanon, die Lage der Palästinenser und die Friedensbewegung in Israel. Die GRÜNEN hoffen, daß ihnen die Einreise in die von Isreale besetzten Gebiete Libanons gestattet wird, damit sie dort mit UN-Vertretern und mit dem israelischen Militärkommandeur sprechen können.

Bei den Gesprächen mit palästinensischen Politikern geht es vor allem darum, die Lösungsvorschläge der Palästinenser für den Nahost-Konflikt zu erörtern. In Israel werden die GRÜNEN den Kontakt zu allen Friedensgruppen und zur Regierung suchen.

Die GRÜNEN haben die Hoffnung, gerade durch ihre Gespräche mit Israelis und Palästinensern einen Beitrag zum Abbau der Spannungen leisten zu können.
Ausdrücklich erklären wir, daß Meldungen, die GRÜNEN halten Gespräche mit der israelischen Regierung nicht für "erstebenswert", nicht zutreffen. Derartige Überlegungen wurden von der Fraktion zurückgewiesen. Bereits vor der Veröffentlichung anderslautender Meldungen hat es Gesprächsersuchen über das Auswärtige Amt gegeben. Bei dem Papier, auf das einige Pressemeldungen Bezug nehmen, handelt es sich um eines von mehreren Vorbereitungspapieren, das von der Delegation als Programm der Reise abgelehnt wurde.

****

Herausgeber: **DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG** · Bundeshaus · 5300 Bonn
Verantwortlich: Heinz Suhr, Pressesprecher der Grünen im Bundestag, Tel.: (02 28) 16-72 12/16-72 13/16-73 21/16-77 83, Telex: Nr. 88 55 98 gribd



DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG

— Pressedienst —

5300 Bonn
Bundeshaus

14.12.1984

Pressemitteilung Nr.670/84

Zu der bevorstehenden Nahost-Reise einer Delegation der GRÜNEN schreibt Otto Schily heute in der Wetzlarer Zeitung:

Im Vorfeld der bevorstehenden Nahost-Reise einer Delegation der GRÜNEN ist ein Arbeitspapier an die Öffentlichkeit gelangt, das uns herbe Kritik eingetragen hat. Der israelische Botschafter in Bonn hat diese Kritik erheblich verschärft, mit dem Verwurf, manche GRÜNE seien nicht frei von Antisemitismus und Rassismus.

Um es rundheraus zuzugeben: Die Kritik an dem Arbeitspapier ist berechtigt, wenn es dort heißt, Kontakte mit der israelischen Regierung sollten tunlichst vermieden werden. Wer sich im Nahen Osten um eine Friedensregelung bemühen und die Konfliktursachen erforschen will, muß selbstverständlich auch Gespräche mit Vertretern der israelischen Regierung führen. Das ist übrigens auch die Auffassung der GRÜNEN Delegation, die am vergangenen Sonntag abweichend von dem Vorschlag in dem Arbeitspapier beschlossen hatte, an die israelische Regierung das Ersuchen zu richten, ein Treffen mit Minister Scharon zu ermöglichen.

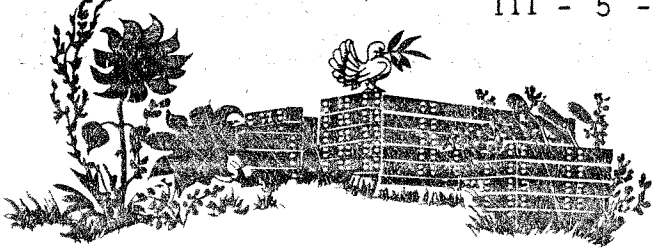
Falsch und ungerecht ist aber der Vorwurf des Rassismus und Antisemitismus. Zentrales Anliegen der Nahost-Reise sind Begegnungen mit Vertretern der israelischen Friedensbewegung, der Juden und Palästinenser angehören. Die israelische Friedensbewegung, die für das friedliche Zusammenleben von Juden und Arabern eintritt und sich für die Überwindung von Vorurteilen im Verhältnis der beiden Volksgruppen einsetzt, kann

-2-

Herausgeber: **DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG** · Bundeshaus · 5300 Bonn
Verantwortlich: Heinz Suhr, Pressesprecher der Grünen im Bundestag, Telefon: (02 28) 16-72 12/16-72 13/16-73 21/16-77 83

gewiß nicht in den Verdacht des Antisemitismus oder Rassismus gebracht werden, im Gegenteil. Wenn sich DIE GRÜNEN mit der israelischen Friedensbewegung solidarisch erklären und sie unterstützen, sollte das deshalb auch auf seiten der israelischen Regierung als ein Zeichen verstanden werden, daß DIE GRÜNEN die Überwindung von Rassismus und Antisemitismus zu ihren wichtigsten politischen Aufgaben zählen.

In meiner Münchner Rede über das Selbstverständnis der Deutschen habe ich meine Auffassung bekräftigt, daß eine neue deutsche Identität nur aus der uneingeschränkten Entgegensetzung zum Faschismus und Nationalsozialismus gewonnen werden kann.
Unter diesem Vorzeichen wird auch die Reise der GRÜNEN Delegation in den Nahen Osten stattfinden.



DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG

— Pressedienst —

5300 Bonn
Bundeshaus

20.12.1984

Pressemitteilung Nr. 675/84

GRÜNE: ISRAELISCHE REGIERUNG WILL DIALOG MIT FRIEDENSBEWEGUNG BEHINDERN

Die Delegation der GRÜNEN, darunter die MdBs Gaby Gottwald und Jürgen Reents sowie Ali Schmeissner vom Bundesvorstand und Brigitte Heinrich, MdEP, übermittelte folgendes Fernschreiben zu den Vorwürfen gegen die GRÜNEN und zum Einreiseverbot für Brigitte Heinrich nach Israel:

Die israelische Regierung hat angekündigt, ein Mitglied der Delegation der GRÜNEN, die sich zur Zeit auf einer Nahost-Reise nach Libanon, Syrien, Jordanien und Israel befindet, nicht nach Israel einreisen zu lassen. Es handelt sich dabei um Brigitte Heinrich, Abgeordnete der GRÜNEN im Europäischen Parlament. Als Grund der Einreiseverweigerung dient dem Vernehmen nach ein Urteil aus der Bundesrepublik aus dem Jahre 1979, mit dem sie wegen Sprengstofftransports zu 21 Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Gegen dieses Urteil wurde seinerzeit von weiten Teilen der demokratischen Öffentlichkeit in der Bundesrepublik und im Ausland protestiert. Die GRÜNEN haben Brigitte Heinrich nach Beendigung ihrer Strafhaft für das Europäische Parlament nominiert, da das gegen sie gefällte Urteil Ausdruck politischer Rechtsprechung war, wie sie in der Bundesrepublik der siebziger Jahre im Rahmen der Terroristenhysterie in zahlreichen Fällen praktiziert wurde.

Brigitte Heinrich erklärt dazu: "Dieses Urteil ist falsch. Es basierte von Anfang an auf einer konstruierten Anklage. Der einzige Zeuge der Anklage, der im Prozeß die Beschuldigung zurückwies, wurde unter Bruch der Zusage des freien Geleits im Gerichtssaal verhaftet."

Die Delegation der GRÜNEN, die sich seit Sonntag auf ihrer ersten Station im Libanon befindet und am Mittwoch in den israelisch besetzten Südlibanon reist, erfuhr von der Einreiseverweigerung für Brigitte Heinrich bislang nur aus der Presse. In einem Fernschreiben nahm die Delegation dazu wie folgt Stellung:

1. Schon vor unserer Abreise hat es Erklärungen der israelischen Botschaft in Bonn und Meldungen in der israelischen Presse gegeben, die daraufhin deuteten, daß ein Dialog zwischen den GRÜNEN und der israelischen Friedensbewegung behindert werden soll. Mit der Einreiseverweigerung gegen Brigitte Heinrich scheint die israelische Regierung dieser Absicht weiter zu folgen.
2. Brigitte Heinrich hat im Europäischen Parlament eine Initiative zur Einsetzung einer Untersuchungskommission des Europäischen Parlaments über die Verletzung der Menschenrechte durch die israelischen Besatzungstruppen im Südlibanon gestartet. Für diese Initiative will Brigitte Heinrich auch in Israel selbst Unterstützung und Zusammenarbeit mit israelischen Kritikern dieser Besatzungspolitik suchen. Dies nicht gelingen zu lassen, scheint der tatsächliche Grund der Einreiseverweigerung zu sein. Andere Begründungen sind Vorwände, die mit dem Besuch der Delegation gar nichts zu tun haben.
3. Unsere Delegation hält an ihrer Absicht fest, die geplanten Gespräche mit der israelischen Friedensbewegung durchzuführen. Sie wird sich in Israel selbst noch einmal zu den gegen sie geäußerten Vorwürfen äußern. Dazu ermutigt uns auch die herzliche Bekräftigung der Einladung, die wir von israelischen Friedensinitiativen erhalten haben.

-2-

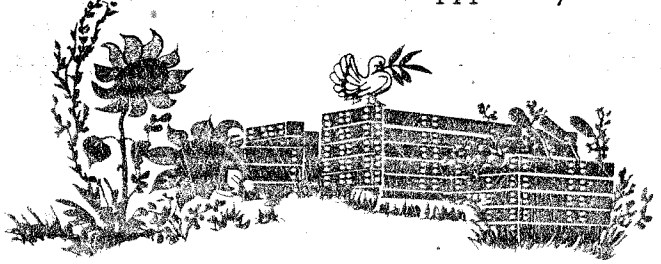
Herausgeber: **DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG** · Bundeshaus · 5300 Bonn

Verantwortlich: Heinz Suhr, Pressesprecher der Grünen im Bundestag, Tel.: (02 28) 16-72 12/16-72 13/16-73 21/16-77 83, Telex: Nr. 88 55 98 gribd

Wie sind - entgegen einiger Pressemeldungen - auch weiterhin an einem Gespräch mit der israelischen Regierung über unsere Kritik an der israelischen Besatzungs- und Expansionspolitik interessiert.

4. Bislang wurden Einreiseverweigerungen gegen grüne Parlamentarier von zwei Staaten ausgesprochen: von der chilenischen Militärdiktatur vor der Einreise und von der DDR nach einer Demonstration bei erneuter Einreise. Israel will offensichtlich diesem Beispiel folgen und sich in die Reihe derjenigen Staaten stellen, die ihre Politik vor den Augen kritischer grüner Abgeordneter verbergen müssen oder engagiertes Eintreten der GRÜNEN für Frieden, Unabhängigkeit und Menschenrechte bestrafen.

*****



DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG

— Pressedienst —

5300 Bonn
Bundeshaus

21.12.1984

Pressemitteilung Nr. 680/84

GRÜNE NAHOST-DELEGATION WIRD AM 25. DEZEMBER NACH ISRAEL EINREISEN

Der Pressesprecher der GRÜNEN IM BUNDESTAG, Heinz Suhr, teilt mit:

Die Nahost-Delegation der GRÜNEN wird heute nach einem Gespräch mit dem libanesischen Minister für Transport und Verkehr, Valid Djumblat, und einer Pressekonferenz in Beirut (13.00 Uhr) nach Damaskus weiterreisen.
Um sich von der gespannten Lage in Libanon ein möglichst umfassendes Bild zu machen, besuchte die Delegation mehrere Stadtviertel Beiruts und traf mit Vertretern verschiedener Hilfsorganisationen zusammen. Vorher hatten die GRÜNEN Gespräche mit Ministerpräsident Raschid Karame, Parlamentspräsident Hussein Husseini, dem Minister für den Süden, Nabih Berri sowie Erziehungsminister Selim Hoss.

Bei ihrer Reise in den besetzten Südlibanon, die ohne größere Schwierigkeiten von der ganzen Delegation wahrgenommen werden konnte, trafen die GRÜNEN verschiedene führende Persönlichkeiten, um sich vor Ort zu informieren.

Nach ihrem Aufenthalt in Syrien, der bis zum 23. Dezember andauert, wird die grüne Delegation nach Jordanien weiterreisen, um unter anderem mit dem dortigen Außenminister Taher N. Masri zusammenzutreffen.

Der Übertritt von Jordanien auf die Westbank (Allenby-Brücke) wird nach jetziger Planung am 25. Dezember um 11.00 Uhr erfolgen.

In Israel sind Gespräche mit verschiedenen Friedensgruppen und Parteien geplant, unter anderem mit den "Eltern gegen das Schweigen", mit Shelli, Progressiver Friedensliste, RAZ (Bürgerrechtspartei) und Mapam. Nach wie vor besteht der Wunsch seitens der grünen Delegation, mit Vertretern der israelischen Regierung zusammenzutreffen.

****

Herausgeber: **DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG** · Bundeshaus · 5300 Bonn
Verantwortlich: Heinz Suhr, Pressesprecher der Grünen im Bundestag, Tel.: (02 28) 16-72 12/16-72 13/16-73 21/16-77 83, Telex: Nr. 88 55 98 gribd

Erklärung der Delegation der Grünen auf der Nahost-Reise

Nach Informationen, die wir erst nach Ende unserer Pressekonferenz am 21.12.84 in Beirut erhielten, soll die Lebanese Press Agency berichtet haben, daß wir die israelische Besatzungspolitik im Südlibanon mit dem Terror des deutschen Nazi-Regimes verglichen hätten. Sollten diese Informationen stimmen - wir selbst haben sie nicht in einer Zeitung gelesen oder im Rundfunk gehört - möchten wir folgendes erklären und zur Richtigstellung auffordern:

Wir lehnen jeden Vergleich zwischen der israelischen Besatzungspolitik im Südlibanon und dem Terror des früheren deutschen Nazi-Regimes ab. Wir haben einen solchen Vergleich auch zu keiner Zeit während oder vor unserer Reise angestellt. Im Gegenteil: Bei dem Pressegespräch, das am 20.12.84 im Anschluß an unseren Besuch beim libanesischen Ministerpräsidenten Rashid Karame haben wir auf eine entsprechende Frage eines libanesischen Journalisten genau das geantwortet und begründet, was vorstehend nochmals von uns erklärt wird. Wir haben darüber hinaus solche Vergleiche, wenn sie von arabischer Seite geäußert werden, deutlich zurückgewiesen und angemerkt, daß dem Kampf des palästinensischen Volkes mit solchen Vergleichen ein sehr schlechter Dienst erwiesen wird.

Der deutsche Faschismus hat 6 Millionen Juden ermordet. Dieses Verbrechen ist beispiellos in der Geschichte vor und nach dem Nazi-Regime.

Der israelische Staat führt Eroberungskriege gegen arabische Nachbarstaaten und tritt als Besatzungsmacht auf arabischem Boden auf, insbesondere in den Gebieten, in denen das palästinensische Volk in Übereinstimmung mit Vereinbarungen und Resolutionen der UNO das Recht zum Aufbau eines eigenen, unabhängigen Staats hat, und seit Juni 1982 auch im südlichen Teil des Libanon.

Ein Vergleich zwischen diesen beiden Erfahrungen ist sachlich falsch und politisch verheerend. Es braucht im übrigen keines Vergleichs, um antifaschistisch und antirassistisch zu sein, und die israelische Eroberungs- und Besatzungspolitik zu verurteilen.

21.12.84 Beirut / Damaskus

Anmerkung: Die "Lebanese Press Agency" ist die Presseagentur der libanesischen Falangisten!

Erklärung von Brigitte Heinrich (MdEP), 25.12.84

Die israelischen Behörden haben mich an der Allenby-Brücke an der Einreise in die israelisch besetzte Westbank gehindert. Zu den gegen mich gerichteten Vorwürfen möchte ich erklären:

Es ist richtig, daß in der Bundesrepublik Deutschland ein rechtskräftiges Urteil gegen mich vorliegt: Ich wurde wegen angeblichen Sprengstofftransports von der Schweiz in die BRD, der 1973 stattgefunden haben soll, verurteilt, obwohl keinerlei Beweise vorgelegt wurden. Ich habe dafür 14 Monate im Gefängnis gesessen. Die gegen mich erhobenen Beschuldigungen waren von Anfang an falsch, und das wiederhole ich auch heute. Es war einer derjenigen politischen Prozesse, in denen Linke und Antifaschisten verurteilt wurden, während Nazi-Kriegsverbrecher in der BRD massenhaft ohne Strafe blieben.

Insbesondere weise ich Pressebehauptungen zurück, die jetzt im Zusammenhang mit meiner beabsichtigten Einreise in die Westbanks und nach Israel erhoben wurden: Wegen Zugehörigkeit zu einer terroristischen Vereinigung bin ich nie verurteilt worden.

Ich bin in meiner ganzen bisherigen politischen Arbeit gegen Terror und Unterdrückung aufgetreten, besonders in der Dritten Welt: in Vietnam, in Chile, im Nahen Osten, in der Türkei, in Iran. Ich bin für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes eingetreten, und gegen die Besetzung der Westbank, des Gaza-Streifens und des Südlibanon - und tue das auch weiterhin. In diesem Zusammenhang habe ich 1970 eine Informationsreise durch Jordanien gemacht, und Kontakte zur PLO geknüpft - freilich schon vier Jahre bevor die PLO von den Vereinten Nationen als einzig legitime Vertretung des palästinensischen Volkes anerkannt wurde. Ich befinde mich jetzt auf einer ähnlichen Informationsreise - freilich heute als Abgeordnete des Europa-Parlaments, so daß mir außer der Einreiseverweigerung nach Israel und in die Westbank vermutlich nicht erneut Gefängnis drohen wird.

Uns geht es darum, die komplizierten Verhältnisse im Nahen Osten zu verstehen, und herauszufinden, ob es realistische Möglichkeiten gibt, das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes endlich zu verwirklichen und die kriegerischen Auseinandersetzungen in der gesamten Region zu beenden.

Gegen diesen Versuch hat man, noch bevor die Reise begann, gerade auch in Israel den Vorwurf erhoben, israelfeindlich und antijüdisch zu sein. In einem Pressekommentar wurde sogar behauptet, die Grünen seien "antisemitischer als die Nazis". Dieser Vorwurf ist absurd, offensichtlich sogar absichtlich demagogisch: er soll die Kontakte von israelischen Friedensinitiativen und israelischen Kritikern an der Eroberungspolitik ihrer Regierung mit den Grünen diskreditieren und unterbinden. Auch wenn ich - als ein Mitglied einer 6-köpfigen Delegation - nicht einreisen kann, wird dies nicht gelingen.

25.12.84, Brigitte Heinrich

press-information

Kol Israel radio station broadcasted this afternoon that the delegation of the westgerman Greens refused to visit Yad Vashem. This is simply untrue. Just today our delegation visited Yad Vashem at 1 p.m. and staid there until almost 4 p.m.

We like to add something to this pure correction:

We announced our visit today at 11 a.m. at the main office of Yad Vashem. After our meeting in the Israelian foreign ministry and just before we went from there to Yad Vashem, a quarter to 1 p.m., we were asked for the first and only time by an Israelian journalist whether we intend to visit Yad Vashem. Our answer was: You can be sure that we don't forget in Israel that we are an antifascist party.
We didn't wish to tell the press about our concrete intention to visit Yad Vashem because of two reasons:

1. For us it is simply unquestionable that we as an antifascist party from Westgermany are going to visit an antifascist memorial place in Israel. It doesn't need any question and any answer about it.
2. We didn't wish to visit Yad Vashem accompanied by the press so that our visit can not be abused for propaganda.

But because we got the experience - for one time more - that someone is interested in telling lies about our delegation, we have to correct it.

Jerusalem, 27.12.84, 6 p.m. delegation of the westgerman Greens

PRESSEKONFERENZ Tel Aviv, 30.12.84 (einleitende Erklärung)

Die Delegation der GRÜNEN aus der Bundesrepublik Deutschland beendet heute ihre 2-wöchige Nahost-Reise. Stationen dieser Reise waren Libanon, Syrien, Jordanien, Westbank und Israel.

Bereits bevor wir unsere Delegationsreise begonnen haben, ist uns vorgeworfen worden, daß wir mit vorgefaßten Meinungen nach Israel kommen würden. Ich will das bestätigen: wir sind mit vorgefaßten Meinungen gekommen. Diese vorgefaßten Meinungen sind:

- Nach unserer Überzeugung hat kein Staat das Recht, ein anderes Land anzugreifen und zu besetzen. Deshalb fordern wir den sofortigen und bedingungslosen Abzug der israelischen Truppen aus dem Südlibanon.
- Wir treten für das Selbstbestimmungsrecht und das Recht auf nationale Unabhängigkeit für jedes Volk ein. Deshalb fordern wir den Rückzug der israelischen Truppen aus den seit Juni 1967 besetzten Gebieten, damit in der Westbank und im Gaza-Streifen ein unabhängiger palästinensischer Staat aufgebaut werden kann, und damit auf der Basis der gegenseitigen Anerkennung eines israelischen und eines palästinensischen Staates das Zusammenleben von Juden und Palästinensern in dieser Region friedlich miteinander geregelt werden kann.

Diese vorgefaßten Meinungen werden im übrigen von der Mehrheit der Staaten in den Vereinten Nationen vertreten. Vielleicht ist an uns nur das Besondere, daß wir unsere Überzeugung sehr deutlich vertreten. Wären wir mit der vorgefaßten Meinung gekommen, daß die israelischen Truppen im Südlibanon und in der Westbank bleiben dürfen, und daß das palästinensische Volk kein Recht auf einen eigenen Staat hat, wären wir sicher nicht so heftig von denen angegriffen worden, die das getan haben. Das wäre aber gegen unsere Überzeugung gewesen, und das wäre gegen die Hoffnung auf Frieden gewesen.

Wir fordern die Wiederherstellung der vollständigen Souveränität des Libanon und den Abzug aller fremden Truppen aus diesem Land. Was die syrischen Truppen betrifft, wurde uns vom syrischen Außenminister gesagt, daß sie abgezogen würden, wenn die libanesische Regierung das will. Das ist gegenwärtig nicht der Fall.

Unser eigener Eindruck ist, daß die israelische Regierung bereits viel getan hat, um den Südlibanon vom Nordlibanon wirtschaftlich abzutrennen. Die libanesische Bevölkerung kann in ihrem eigenen Land nicht mehr frei von Süden nach Norden und umgekehrt reisen, sie müssen an den israelischen Kontrollpunkten teilweise bis zu zwei Tagen warten und dabei allerlei Schikanen erdulden.

In den Städten und Dörfern im Südlibanon ist das öffentliche Leben nach Einbruch der Dunkelheit zumeist nahezu tot: Dann gehören die Straßen den israelischen Militärpatrouillen und der Angst vor Verhaftungen.

Nach allem, was wir gehört und gesehen haben, fürchten wir, daß die israelische Regierung nicht zu einem vollständigen Rückzug ihrer Truppen bereit ist. Diese Sorge haben wir auch aufgrund der Entwicklung, die es seit 1967 in den israelisch besetzten Gebieten der Westbank, des Gaza-Streifens und der Golan-Höhen gegeben hat; und diese Sorge haben wir auch, weil die 1919 herausgegebene Karte der zionistischen Weltorganisation den libanesischen Awali-Fluß (also die jetzige Teilungslinie des Libanon) als die Nordgrenze des beanspruchten Israel ausweist.

Die Fraktion der GRÜNEN im Europäischen Parlament bereitet zur Zeit eine Initiative zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses des Europäischen Parlaments zur Situation der Menschenrechte im besetzten Südlibanon vor. Diese Initiative sollte in Israel von unserem Delegationsmitglied Brigitte Heinrich vorgestellt werden, die aber von der israelischen Regierung keine Einreisegenehmigung nach Israel und in die Westbank erhielt. Dagegn protestieren wir noch einmal nachdrücklich.

Der Vorsitzende der PLO, Yasser Arafat, hat in einem Gespräch mit uns die Bereitschaft der PLO bestätigt, an einer internationalen Konferenz zusammen mit Vertretern Israels, Jordaniens, Syriens, Libanons, Ägyptens und der Staaten des UN-Sicherheitsrats teilzunehmen, um eine friedliche Lösung des Palästina-Konflikts herbeizuführen. Der Widerstand gegen eine solche Konferenz kommt von den USA und von der israelischen Regierung. Es kann niemandem verborgen bleiben, daß die Bereitschaft der PLO zu einer solchen Konferenz ~~die~~ auch die Bereitschaft zur gegenseitigen Anerkennung eines jüdisch-israelischen und eines arabisch-palästinensischen Staates in sich birgt.

Das israelische Außenministerium hat uns durch seinen stellvertretenden Generaldirektor, Herrn Anug, in einem Gespräch nicht mitteilen können, wo der Staat Israel seine Grenzen sieht. Ein Staat, der dies offen läßt, dokumentiert expansionistische Absichten und macht sich damit zur Bedrohung seiner Nachbarstaaten. Nirgendwo auf der Welt kann das akzeptiert werden.

Die Blockade gegenüber einer friedlichen Lösung im Nahen Osten und einer Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes kann unserer Meinung nach nur durch internationalen Druck und durch innergesellschaftlichen Druck aufgehoben werden. Unsere Hoffnungen richten sich auf die Kräfte in Israel, die im jüdische-palästinensischen Dialog vom Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser ausgehen und andere gesellschaftliche Vorstellungen als die einer Besatzungsmacht und des Expansionismus haben. Wenn wir in diesem Prozeß und im jüdisch-palästinensischen Dialog eine Hilfe

Anmerkung: In der einleitenden Erklärung wurde ferner noch unsere Haltung zum Hitlerfaschismus, sowie zu neonazistischen und ausländerfeindlichen Erscheinungen in der Bundesrepublik erläutert. Darüber gibt es kein schriftliches Manuskript.

Brigitte Heinrich

Mitglied
des Europäischen Parlaments

Erklärung zum Einreiseverbot nach Israel und Westjordanien

Die israelische Regierung hat meine Teilnahme an der Nahostreise der GRÜNEN zum Anlaß genommen, mir die Einreise zu verweigern. Zur Begründung wurde angeführt, ich hätte mit dem "internationalen Terrorismus" kooperiert und sei in der Bundesrepublik wegen "illegalen Waffenhandels" verurteilt worden. Ferner hätte ich die PLO unterstützt.

Das Einreiseverbot reiht sich in die Diffamierungskampagne ein, die in der BRD seit geraumer Zeit gegen die GRÜNEN geführt wird. Ausgerechnet die Interessenvertreter des großen Geldes einschließlich jenes illustren Industriezweiges, der unter dem Nationalsozialismus Zyclon B herstellte, wollen heute in Umkehrung der geschichtlichen Tatsachen die GRÜNEN in die Nähe von Faschismus, Antisemitismus und Terrorismus rücken.

Mit "internationalem Terrorismus" hatte ich nie etwas zu tun. Ganz im Gegensatz zu den Staaten, die Handbücher zur Anleitung für Geiselnahmen und Mord herausgeben und Atomkraftwerke bombardieren lassen.

Das Urteil gegen mich ist 1980 von einer Staatsschutzkammer in Baden-Württemberg in einem politischen Prozeß gefällt worden. Mein Richter waren noch unter der Regierung des ehemaligen Ministerpräsidenten dieses Bundeslandes, dem Nazikriegsrichter und Parteigänger Hitlers, Hans Filbinger, ernannt worden. Nichts ungewöhnliches in der Flick-Republik, in der frühere Nazis und SA-Mitglied im Zeichen der Restauration zu hohen und höchsten Staatsämtern gelangten. In Baden-Württemberg entpuppte sich selbst der Leiter der Zentralstelle zur Bekämpfung von NS-Verbrechen, Generalstaatsanwalt Erwin Schüle, als einstiger Nazi und SA-Mann.

Verurteilt wurde ich, weil mein Freispruch dem Eingeständnis gleichgekommen wäre, daß Bürger in der BRD wegen ihres Eintretens für Menschenrechte und ihres Kampfes gegen staatliche Unterdrückung verfolgt werden. So wurde in meinem Prozeß der Kronzeuge der Staatsanwaltschaft unter Bruch des freien Geleits verhaftet, weil er es gewagt hatte, mich wahrheitsgemäß zu entlasten.

Für das Recht des palästinensischen Volkesauf Selbstbestimmung bin ich immer eingetreten. Ich werde das auch in Zukunft tun. Gerade als Bürger eines Landes, dessen Rechtsvorgänger "III. Reich" für den organisierten Massenmord am jüdischen Volk verantwortlich ist, sind wir auch für das Schicksal des palästinensischen Volkes in besonderem Masse verantwortlich. Der Völkermord an den Juden hat international die psychologischen Voraussetzungen für die Gründung des Staates Israel geschaffen. Die Vertreibung der Palästinenser ist somit indirekt die Folge der Judenverfolgung durch das NS-Regime.

Gerade weil wir - die Generation, die den Nationalsozialism nicht miterlebt hat - die moralische Schuld unseres Volkes am millionenfachen Mord an Juden nicht zurückweisen, können wir zur Expansionspolitik Israels, zur Besetzung fremder Territorien durch israelische Truppen und zu den Unterdrückungsmaßnahmen in den besetzten Gebieten nicht schweigen.

Wir haben auch zum Massenmord, den König Hussein von Jordanien 1970 an Palästinensern begehen ließ, nicht geschwiegen. Wir haben den amerikanischen Krieg in Vietnam ebenso angeprangert wie die Invasion Grenadas. Seit Jahren protestieren wir gegen den verdeckten Krieg der USA in Mittelamerika, gegen die Unterdrückung von Oppositionellen im Iran und in der Türkei, gegen die Militärdiktaturen in Lateinamerika und gegen das weiße Rassistenregime in Südafrika.

Wir werden fortfahren, die US-amerikanische und bundesrepublikanische Politik anzugreifen, wenn mit der Lieferung von Kriegsgerät und Massenvernichtungswaffen Kriege angeheizt und verlängert, wenn Militärdiktaturen künstlich an der Macht gehalten werden.

Sollen wir die Augen verschließen, wenn die Falangisten im Libanon und die von Israel bewaffnete und finanzierte Südlibanesische Armee (SLA) Massaker an der Zivilbevölkerung begehen, wenn israelische Besatzungstruppen Gefangene foltern, nachts Dörfer überfallen und Frauen und Kinder morden, wenn in den besetzten Gebieten die Menschenrechte mit Füßen getreten werden ?

Frankfurt, 30.12.1984

Jürgen Reents
Mitglied des Deutschen Bundestages

53 Bonn
Bundeshaus

Fernruf 16...7776.....
Die Wahl dieser Rufnummer vermittelt den gewünschten Hausanschluß.
Kommt ein Anschluß nicht zustande, bitte Nr. 161 (Bundeshaus-Vermittlung) anrufen.

Hamburg, 1.1.85

DER SPIEGEL

Leserbrief-Redaktion

Postfach 110 420
Brandstwiete 19

2000 HAMBURG 11

LESERBRIEF
betr.: Der Spiegel 1/85, S. 57 - Grüne: Auf deutsch geflucht

Es kommt mal vor, daß ein Artikel Fehler enthält, im SPIEGEL und auch anderswo. Ihr Artikel über die Nahost-Reise einer GRÜNEN-Delegation liefert gleich mehrere Beispiele dafür: Uns wurde nicht der Zutritt zum Speisesaal der israelischen Knesset untersagt, sondern wir wollten dort gar nicht essen, weil der nächste Termin schon bevorstand. Uns wurde nicht ein Raum für eine Pressekonferenz in der Knesset verweigert, sondern wir wollten in der Knesset gar keine Pressekonferenz abhalten. Brigitte Heinrich hat sich nicht beschwert, daß ihr niemand den Koffer über die Allenby-Brücke zurückgetragen hat, sondern sie hat es abgelehnt, daß ein israelischer Bediensteter den Koffer zurückträgt, nachdem sie von israelischen Soldaten an der Einreise in die Westbank gehindert worden war.

Fehler können wie gesagt passieren, auch wenn es nicht gleich so viele sein müssen. Was aber kein Nachrichtenmagazin sich leisten sollte, sind Fälschungen. Der SPIEGEL zitiert aus einem Papier eines Fraktionsmitarbeiters, dort sei empfohlen worden, "unsere Beziehungen mit Israel - das kein demokratischer Staat ist - auf ein Minimum zu beschränken". Der Satzteil "das kein demokratischer Staat ist", ist vom Autor des SPIEGEL-Artikels frei erfunden worden - und das übrige ist auch noch verstümmelt zitiert. Nicht von "Beziehungen mit Israel" war in dem Papier die Rede, sondern von "Kontakten mit offiziellen Vertretern des Staates Israel", die der Verfasser des Papieres so weit wie möglich einzuschränken vorschlug, "solange die israelische Regierung die PLO nicht anerkennt". Die israelische Tageszeitung Ma'ariv hatte diese Passage am 12.Dezember durchaus richtig zitiert (und nachfolgend auch andere israelische Zeitungen), so daß der SPIEGEL-Korrespondent

../2

in Tel Aviv hier schon selbst gefälscht haben muß.

Außerdem: warum läßt der SPIEGEL-Korrespondent unerwähnt, daß die von ihm gemeinte Passage des Papiers von der GRÜNEN-Delegation und dem außenpolitischen Arbeitskreis unserer Fraktion abgelehnt worden war, und wir uns um ein Gespräch mit dem israelischen Außenminister bemüht haben? Das war bereits bei der ersten Veröffentlichung des Papiers (am 12.12. in Ma'ariv) bekannt. Zustande gekommen ist ein Gespräch mit dem stellvertretenden Generaldirektor im israelischen Außenministerium, Herrn Anug, der auf eine Frage von uns nach den Grenzen Israels keine konkrete Antwort geben konnte, aber in klassisch expansionistischer Manier meinte: "Mit den Grenzen von vor 1967 (israelische Besetzung der Westbank, des Gaza-Streifens und der Golan-Höhen / jr) können wir uns nicht begnügen."

Damit komme ich zum letzten Punkt notwendiger Anmerkungen. Uns sind immer wieder "vorgefaßte Meinungen" zu Israel vorgeworfen worden. Der SPIEGEL läßt seinen Artikel in gleicher Tonlage ausklingen - mit einem Zitat von mir: "Eindrücke und Informationen werden unsere grundsätzlichen Ansichten nicht beeinflussen." Worum es dabei geht, erfährt der Leser nicht. Gleich bei der Einreise in die Westbank hatte ich es schon den israelischen Journalisten gesagt: Jedes Volk hat ein Recht auf Selbstbestimmung, das palästinensische ebenso wie das jüdisch-israelische. Und kein Staat hat ein Recht auf Expansion. Diese Überzeugung konnte durch die Reise in der Tat nicht geändert werden.

Ein Tip noch: vielleicht sollte ein Korrespondent ruhig mal diejenigen selbst befragen, über deren Delegationsreise er schreibt.

Jürgen Reents

* * *

PS: Falls der Text für einen Leserbrief zu lang ist, bitte im ersten Absatz ab Anfang des zweiten Satzes ("Ihr Artikel...") bis zum zweiten Absatz Ende des ersten Satzes ("... so viele sein müssen.") streichen.

NAHOST-REISEPLAN

Südlibanon - Palästinenser - Friedensbewegung in Israel.
Eindrücke und Informationen zu diesen drei Schwerpunkten in knapp zwei Wochen zu sammeln und zu verarbeiten, wird sehr schwer werden.
Dabei kann es nicht Ziel sein, eine Art pragmatischen Friedensplan zu entwickeln oder verbalradikale Kommuniques und Erklärungen nach Gesprächen mit Politikern zu veröffentlichen.

Im Libanon geht es vor allem um die Situation in den besetzten Gebieten des Südens:
- Beispiele der Terrorpolitik der israelischen Armee, des israelischen Geheimdienstes und der von Israel aufgebauten "Armee des Südens" zu dokumentieren;
- Informationen zumindest über die Existenz, nach Möglichkeit jedoch die Situation von Lagern und Verhörzentren, zu denen nicht einmal Vertretern des Internationalen Roten Kreuzes der Zutritt gewährt wird, zu sammeln;
- Untersuchung, wieweit der Südlibanon bereits israelisiert wurde (Namensschilder in Hebräisch, neue Verwaltung etc.).
- usw.

Da die Einreise in den Südlibanon natürlich nicht gesichert ist, bereitet die Hilfsorganisation AMEL Gespräche mit Südlibanesen vor. So können wir dann in Beirut auch mit frischen Argumenten dagegen protestieren, daß die Israelis die Einreise in den Südlibanon verweigert haben.
Sabra und Shatila sowie das südliche Armenviertel Wadi Abu Jemil mit den Flüchtlingen aus dem Süden des Landes werden Hauptstationen in Beirut selbst sein. Palästinensische Lager, Flüchtlinge aus dem Süden, die Katastrophe des Bürgerkrieges und die harten politisch-militärischen, immer wieder zu Kämpfen führenden Fronten in Beirut sind Begründungen gegen die geplanten Abschiebungen von Flüchtlingen aus dem Libanon und für die sofortige Anerkennung der Asylanträge.
Das geplante Gespräch mit Nabih Berri (Minister für Südlibanon und Amal-Chef) ist wichtig, die Treffen mit Walid Djumblatt, Gemayel, Außenminister Salem dienen eher der Information.
Sollte es während unseres Libanonaufenthaltes zu einem Allparteiengespräch im Goethe-Institut in Beirut kommen, das von BRD-"Wissenschaftlern" zur "Konfliktlösung" geplant ist, werden wir dazu natürlich sofort Stellung beziehen. Da wir eine sechsköpfige Delegation sind, könnten wir auch abwechselnd teilnehmen und "Licht" in die "Stille BRD-Diplomatie" bringen.
In Beirut wird es eine Pressekonferenz geben, auf der wir den Terror der Israelis im Süden des Landes verurteilen und den bedingungslosen, unverzüglichen und restlosen Abzug der israelischenn Besatzungskräfte fordern werden. Ein Appell für die Einheit der Libanesen und eine Erklärung der Grünen zur Souveränität des Libanons hat sekundäre Bedeutung.

werden wir vor allem Vertreter der "Söhne des Bodens" und der "Bewegung des Bodens" treffen. Darüber hinaus wäre auch ein Treffen mit dem Vertreter der arabischen Minderheit innerhalb der Mapam (Mohamed Watab) sinnvoll.
Gespräche mit Vertretern der israelischen Regierung halte ich nicht für erstrebenswert. Dies sollte aber in der BAG und im AFI diskutiert werden. Begründung: Solange die israelische Regierung die PLO nicht anerkennt, müssen wir auch die Kontakte mit offiziellen Vertretern des Staates Israel so weit wie möglich minimieren.
Auf einer Pressekonferenz in Tel Aviv werden wir Bilanz ziehen. Die Forderung nach einem säkularen demokratischen Palästina, in dem Juden und Palästinenser zusammen leben, ist heute eine utopische. Auch die Forderung nach einem eigenen palästinensischen Staat droht wegen der Haltung der israelischen Regierung und wegen der Siedlungspolitik zu einer utopischen zu werden. Für diesen Fall wird der Weg für eine friedliche Lösung des Nahost-Konflikts und der Frage der Palästinenser endgültig versperrt sein. Die israelische Führung ist nicht nur verantwortlich für die Vertreibung von Palästinensern, Unterdrückung und Terror in den besetzten Gebieten, Verewigung undemokratischer Verhältnisse in den israelischen Gebieten, sondern trägt auch die volle Verantwortung für das sich abzeichnende Blutbad im Nahen Osten, wenn sie ihre Politik nicht entscheidend ändert. Als Grüne werden wir unsere besondee Bereitschaft mit der Friedensbewegung in Israel zusammenzuarbeiten, hervorheben und über unsere Reiseeindrücke berichten. (Nach dieser Pressekonferenz muß geklärt werden, ob wir noch eine weitere in Bonn Anfang Januar abhalten.)

Zeitplan:

16./17. 12. Fahrt durch Süd- und Westbeirut. Aufenthalt in Sabra, Shatila und Wadi Abu Jemil. Besichtigung von Gesundheitsstationen von AMEL und medico. Die Besuche werden in getrennten Gruppen stattfinden, die Gespräche mit den libanesischen Politikern zusammen.

18./19. 12. Fahrt nach Südlibanon. Saida, Tyros, Nabatieh. Versuch an die Gefangenenlager heranzukommen. Gespräch mit Vertretern der UN-Flüchtlingsorganisation (UNRWA). Gespräch mit israelischem Militärkommandanten. Gespräch mit Mohamed Mehdi Chamseddin, dem geistlichen Oberhau der Schiiten.

20./21. 12. Fortsetzung der Gespräche in Beirut. Presekonferenz am 21. morgens. Abfahrt nach Damaskus.

22./23. 12. Gespräche mit der Nationaalen Allianz, der PDFLP, der PFLP und dem syrischen Außenminister. Wenn möglich Fahrt in die Bekaa.

24. 12. Gespräch mit der PLO in Amman.

25./26. 12. Fahrt über Allenby-Brücke auf die Westbank. Gespräche mit Bürgermeistern, Besichtigung von Lagern und Siedlungen.

27./28. 12. Gespräche mit israelischer Friedensbewegung und der palästinensischen Minderheit.

Presekonferenz am 28. 12. morgens.

Die Gruppe wird von diesem Moment an Abbröckeln. Einge werden sicher noch bleiben, um ihre Eindrücke zu vertiefen.

Es ist klar, daß nicht alle angestrebten Besuche, Treffen und Gespräche realisiert werden können. Aber hinter Ersatzterminen kann sich ja auch etwas Positives verbergen. Sollten wir von Beirut nicht nach Südlibanon einreisen dürfen, so müssen wir es später, wenn auch inoffiziell von Israel aus, nachzuholen versuchen.

Die Gruppe setzt sich zusammen aus:
Brigitte Heinrich (Mitglied Regenbogenfraktion)
Annemarie Borgmann (Fraktionssprecherin)
Jürgen Reents (MdB, Mitglied Auswärtiger Ausschuß)
Ulrich Tilgner (Fraktionsangestellter)
Ali Schmeissner (Bundesvorstand)
Mohamad Azazmah (Bundesarbeitsgruppe Internationalismus)

Eine Diskussion der Reise findet am 11.12. im AFI statt.
Die Teilnehmer treffen sich am Rande des Hamburger Parteitags.
Kritiken bitte umgehend an Uli Tilgner schicken oder mündlich unter 0228/167915 anmelden.

Dieses Papier sollte aus taktischen Gründen nicht weiter verbreitet werden, damit wir bei Visa und auch bei Terminen keine Probleme bekommen.

Uli Tilgner 30.11.84

KRITIKEN UND ENTGEGNUNGEN

1. Stellungnahme des israelischen Botschafters in Bonn, Ben-Ari, zum umstrittenen Arbeitspapier — V / 2
2. Stellungnahmen von Gideon Spiro, Adam Keller und Matti Peled / Muhammad Miari zu den Vorwürfen vor unserer Reise — V / 3
3. Henryk M. Broder: Achtung, grüne Wichtel unterwegs! (taz, 2.1.85) — V / 5
4. Hanna Lévy-Hass: Offener Brief an die Delegation (taz, 16.1.85) — V / 6
5. Jürgen Reents: Ist Kritik an Israel erlaubt? — V / 7
6. Vergleichende Karten zur teritorialen Entwicklung Israels — V / 18
7. Jo Müller: Zwei Kommentare zur Nahost-Reise — V / 22
8. Jürgen Reents: Anmerkungen zu zwei Artikeln von Jo Müller — V / 24
9. Ulrich Tilgner: Anmerkungen zur Diskussion — V / 28
10. Protokoll der Fraktionssitzung vom 5.Februar 1985 — V / 30

BOTSCHAFT DES STAATES ISRAEL

שגרירות ישראל

Stellungnahme des Botschafters des Staates Israel, Herrn J. Ben-Ari, zu Pressemeldungen über "Strategie-Papier" und Nahost-Reise der Grünen, 12.12.1984

Wir leben in der Illusion, der Rassismus und Antisemitismus sei in diesem Lande ohne Bedeutung - das sogenannte "Strategie-Papier"belehrt uns eines besseren.

Meine Regierung bemüht sich, Sicherheitsvorkehrungen zu treffen und so schnell wie möglich den Libanon zu verlassen.

Das Ziel, meine Regierung zu diffamieren, ist beim Verfasser beschlossen, Tatsachen werden nicht berücksichtigt. Daß zehntausende Menschen in arabischen Ländern von Arabern getötet wurden (Hamma, Damour, Tel Zaatar), Terror, Mord und Giftgaseinsätze, haben den Schreiber des Papiers nicht bewegt. Wenn man aber Juden (Zionisten) als Täter hinstellen kann, erzeugt dies Entlastungsgefühle, die den eigenen fasschistischen Geschichtskomplex verdrängen.

Man weiß schon in Bonn, wann und wo man in Zukunft im Nahen Osten gegen Israel protestieren will; die Stellungnahmen sind im voraus bekannt. Der Unsinn geht so weit, daß das, was für die Menschen im Libanon von Bedeutung , die "Einheit und Souveränität des Libanon", laut dieser Erklärung von nur "sekundärer Bedeutung" ist.

Was dem Verfasser von Bedeutung ist, lautet nach dem wohlbekannten Spruch "Juden raus" ...

Gespräche mit Vertretern der israelischen Regierung halten die "Strategen" düe nicht erstrebenswert. Hier haben sie wahrscheinlich recht, denn sie wollen ja nicht hören, sie wollen nur gehört werden.

Ich hoffe, daß dieses Strategie-Papier nicht die Ideologie einer im deutschen Bundestag vertretenen Bewegung ist. Vielleicht ist der Verfasser sich seiner historischen Wurzeln nicht bewußt, da er in seiner Scheinheiligkeit vor nichts zurückschreckt. Machen Sie uns Israelis und den Deutschen nichts vor, wir sind "ein Staat der Juden"! Wer ihn zerstören will, welche Extremisten es auch sein mögen, betreibt Judenhaß, den Jean Amêry "den neuen ehrbaren Antisemitismus" nannte.

Simrockallee 2 · 5300 Bonn 2 · Tel. 02 28 / 1123-1

V/3

14.12.84

1. gideon sr spiro, sprecher des soliraditaetskomitees mit bir zeit:
,, jede delegation die rassistische prozesse innerhalb der israel ischengesellschaft aufdecken koennte, loest bei den hiesigen be noerden hysterie aus, genauso, wie friedensinitiativen panik hervorrufen. niemand ist hier erwuenscht, der die dinge beim namen nennt und die masken herunterreisst. wenn eine solche gefahr droht, verwendet man nierimmer wieder die antisemitismus argumente gegen potentielle kritiker israelischer politik. das antisemitismusargument soll jedwede krtik zum schweigen bringen. nat natuerlich gibt es antisemitismusund rassismus aber gerade die israelischen fuehrer sind die engsten verbuendeten dieser rechts extremen und ihrer regimes in allen kontinenten. antisemitisus argumentationen gegen deutschekritikist natuerlich besonders effek tiv. weltanschaulich und inihrer grundeinstellung zum nahostkon flikt sind die gruenen als wachsende kraft in europa den regieren den parteien inisrael ein dorn im auge. , auchgerade weil eine gruene delegation in der lagewaere, israelischen zynismus in dingen wie nazismus und holocaust zu entlarven. soweit die gruenen mit mir und unserer organisation zusammenkommen und gespraeche f+ fuehren wollen, sind wir natuerlich gern dazu bereit.,,

2. adam keller, sprecher der alternativa-partei und der progress iven friedensliste:
,, wir verurteilen die wilde hetzkampagne , die der israelische botschafter in bonn zusammen mit faschistisch.rassistischen elemente in israel gegen die gruenen fuehrt. solche angriffe werden schon sei jahren systematischlanciert und sollen faschistsichen und natio nalistischenkreisen in deutschland i d in die haende spielen. , leuten wie franz josef strauss, die mitisraelischen regierungs kreisen verbunden sind. ziel der angriffe auf diegruenen ist es alles, was gut, fortschrittlich und friedensliebend in der jungen generation von deutschen vorhandenist, zu diskredi tieren, weil diegruenen es wagen, israelische regeirungspoilitik zu kritisieren, so wiejede andere regierung kritisierbar ist . dieeinstellung der gruenen zum nahostkonflikt ist ausgewogen., sie unterstuetzen israelische selbstst'ndigkeit und gleichzeitig das recht des palaestinensischen volkes auf einen eigenen staat an seiten israels. die verleumdungskampagne gegen die gruenen hat das ziel, die weigerung der israelischen regierungskreise zur rechtfertigen, mite einer gruenen delegation gespraeche zu fuehren. auf solche weise gibt die regierung hier einem gruenen delegationasmitglied recht, das von vorne herein bezweifelt, ob es sinnvoll sei, mit den amtlichen stellen hier in kontakt zu treten. wir hingegen werden uns freuen, mit der gruenen delegation gespraeche zufuehren.,,

nach den heutigen isr, rundfunkmeldungen muesstinr damit rech

182 comp dqqtp rundsen
181659 sd (rechnen, dass brigitte keine einreiseerlaubnis kriegt. grb

TELEX de telecopy

'84 DEC 14 16:01

V/4

8931z bonn d
4111tf ffm d =
zczc 259 tkf156 4009052
dpbn bu ilty 077
telavivyafo 77/64 14 1510

urgent
pressesprecher der gruenen
bundeshaus bonn

wir verurteilen aues schaereste die einmischung der israelischen botschafp in bonn in die kontroverse um des grandsatzpepier der gruenen zilm nahostkonflikt und ihre parteinahme zugunsten der rechten aber proisraelischen kraefte in der brd. im namen der juedisch-arabischen friedensliste in israel heissen wir eure delegation w[redacted]

p2/14

willkommen und sehen einem weiteren gedankeneustausch erwartungsvoll entgegen
progrissive friedensliste matti peled
muhammad miari

col urgent

'84 DEC 14 16:09

Deutsche Bundespost - TSt Bonn - Telegramm
Deutsche Bundespost - TSt Bonn - Telegramm

Henryk M. Broder zur Nahost-Reise der Grünen

Achtung, grüne Wichtel unterwegs!

Wenn die Sowjets ein Zivilflugzeug abschießen, Kanzler Kohl größere Geldbeträge von Vertretern der Wirtschaft diskret entgegennimmt oder die deutschen Bischöfe die Reform des Abtreibungsparagrafen mit Auschwitz vergleichen, und wenn solche Aktionen, Handlungen und Stellungnahmen die öffentliche Empörung auslösen, die sie verdienen, dann sprechen die Urheber des Skandals vorzugsweise von einer „gezielten Verleumdungskampagne", mit der sie fertiggemacht werden sollen. Hinter den Nebelschwaden einer solchen Retourkutsche soll dann die eigentliche Sauerei verschwinden. Schuld ist, wie üblich, nicht der Skandalmacher, sondern derjenige, der auf den Skandal aufmerksam macht. Aber der Skandal singt nicht nur, wie Karl Kraus mal meinte, da an, wo die Polizei ihm ein Ende macht, sondern schon da, wo ein Dementi einer Klarstellung herausgegeben wird. Während eine Delegation deutscher Grüner den Strapazen des Weihnachtsfestes und dem elenden deutschen Winter zu entkommen versucht, indem sie eine als „fact-finding-mission" verbrämte Reise in den Nahen Osten unternimmt, schreibt die taz, die Veröffentlichung „eines von mehreren internen Diskussionspapieren", die zur Vorbereitung eben dieser Winterreise gedient haben, werde nun in Deutschland und in Israel zu einer „gezielten Verleumdungskampagne" benutzt. In einer konzertierten Aktion deutscher und israelischer Medien würden die Grünen, die ihren Beitrag zur Lösung des Palästinaproblems leisten wollen, beschimpft und mies gemacht. „Haltet den Dieb!" rufen die taz und die Grünen gemeinsam und beweisen, daß sie, wenn es darauf ankommt, sich derselben Methoden bedienen wie das von ihnen so verachtete politische Establishment.

Das „interne Diskussionspapier" hat, nachdem es in Israel bekannt wurde, in der Tat große Empörung ausgelöst. Und wie so oft, wenn sich die israelische Regierung und die israelischen Medien empören, fallen sie dem eigenen Provinzialismus und der Liebe zur Nabelschau zum Opfer. Vor allem ein Absatz in dem Papier hat's den Israelis angetan. Kontakte mit der israelischen Regierung seien nicht erstrebenswert, solange die israelische Regierung die PLO nicht anerkenne, „müssen wir", die Grünen also, „die Kontakte mit offiziellen Vertretern des Staates Israel so weit wie möglich minimieren..."

Selbstüberschätzung und Geheimniskrämerei

So what? Sollen doch die Grünen reden oder nicht reden mit wem sie wollen, ihre Kontakte minimieren oder maximieren, so tun als seien sie die Firma Unilever oder das NATO-Hauptquartier. Die Israelis, die sich heute noch genauso um internationale Anerkennung bemühen, wie es die DDR zur Zeit der Hallstein-Doktrin in den 50er Jahren tat, möchten selbst von denjenigen hofiert werden, denen sie nicht über den Weg trauen. Statt solchen grünen Nonsens, der nichts anderes an den Tag bringt als die Selbstüberschätzung seiner Urheber, einfach zu ignorieren, inszenieren sie einen Sturm im Wasserglas, der von den Grünen dankbar aufgegriffen wird, weil ihnen endlich jemand bestätigt, daß sie nicht nur politisch relevant sondern auch gefährlich sind.

Die Frage, ob das Papier der Grünen antisemitisch ist oder nicht, ist genauso zweitrangig wie der Umstand, daß es nur „eines von mehreren internen Diskussionspapieren" ist, das zufällig und unbeabsichtigt an die Öffentlichkeit gelangt ist. Nun ist es öffentlich, kann gelesen und genossen werden. Das zählt, sonst nix. Der Einwand, es sei „intern" und nicht zur Veröffentlichung bestimmt, erinnert an gleichlautende Phrasen aus den Häusern Flick und Springer, wo genauso reagiert wird, wenn nicht zum öffentlichen Gebrauch bestimmte Peinlichkeiten dennoch öffentlich werden.

Aber käme ein Grüner oder ein taz-Redakteur jemals auf die Idee, Wallraff zu verurteilen, weil er interne, nur zur Diskussion bestimmte Unterlagen der Bild-Redaktion publik gemacht hat? Nicht zum ersten Mal führt sich eine linke Gruppe wie eine Abteilung des Geheimdienstes auf, die sich nicht in die Karten schauen lassen möchte. Hier liegt offenbar ein weiteres Beispiel für jene Transparenz vor, welche die Grünen gerne herstellen möchten - überall im Lande, nur nicht bei sich selbst.

Ist dies schon eine Einsicht, die einen zur Ernüchterung über das alternative Selbstverständnis jener bringt, von denen man erwarten konnte, daß sie sich nicht nur äußerlich von Heiner Geißler unterscheiden, so muß man ferner zur Kenntnis nehmen, daß das Israel-Papier der Grünen erst in dem Moment als nicht maßgeblich erklärt, da es öffentlicht bekannt wurde. Statt zuzugeben, daß hier etwas unsäglich schiefgelaufen ist (wie es Gert Bastian im Falle der Mahnwachen vor den Häusern von Nachrüstungsbefürwortern tat), wurde relativiert, dementiert und die verfolgte Unschuld gespielt. Nun haben auch die Grünen begriffen, wie Politik gemacht wird, sie sind Teil des Bonner Konsensus geworden.

Von solchen Erkenntnissen abgesehen, verdient das Israel-Papier noch aus anderen Gründen Beachtung. Nicht weil es antisemitisch wäre (das ist es auch, aber nicht mehr als jede Nahost-Erklärung der EG, nur nicht so diplomatisch-geschliffen), sondern weil es randvoll mit unfreiwilliger Komik steckt. Es ist, als würde Heinz Erhard in der Badewanne Schiffchen versenken spielen und dabei die Schlacht von Trafalgar wiederholen.

Grüner Postkolonialismus

Der Verfasser geht davon aus, daß der Grünen-Gruppe die Einreise in den Südlibanon nicht gestattet wird und freut sich schon darauf: „So können wir dann in Beirut auch mit frischen Argumenten dagegen protestieren, daß die Israelis die Einreise in den Südlibanon verweigert haben..." Und wenn die Israelis, wider Erwarten, schlau genug sein sollten, der Gruppe die Einreise doch zu erlauben, wird sie auch diese Bosheit der Besatzer nicht in Verlegenheit bringen. Denn die grünen „fact-finding"-Missionare wissen, noch bevor sie ihre Wacht am Rhein verlassen haben, ganz genau, was sie im Nahen Osten vorfinden, zu welchen Schlüssen sie kommen und wogegen sie protestieren werden. „In Beirut wird es eine Pressekonferenz geben, auf der wir den Terror der Israelis im Süden des Landes verurteilen und den bedingungslosen, unverzüglichen und restlosen Abzug der israelischen Besatzungskräfte fordern werden. Ein Appell für die Einheit der Libanesen und eine Erklärung der Grünen zur Souveränität des Libanon hat sekundäre Bedeutung..."

Genau genommen hat alles, was die Grünen dort sondern bestenfalls quintäre Bedeutung, weil es erstens niemanden außer die Grünen interessiert und zweitens nichts an einer Lage ändern wird, an der schon die Israelis, die Syrer, die Amerikaner, die Franzosen und die Libanesen selbst ausgeflippt sind. Vorwitzig ist an dem zitierten Statement vor allem die Festlegung der Prioritäten. Der Abzug der israelischen Besatzungskräfte (die syrischen werden nicht mal der Ausgewogenheit halber erwähnt) kommt an erster Stelle, die Souveränität des Libanon hat dagegen nur „sekundäre Bedeutung"; ist gebongt, Jungs und Mädels, und was kommt als Punkt 3 auf die grüne Tagesordnung?

Das Ganze ist nicht nur albern, anmaßend und von einer intellektuellen Beschränktheit, daß Ignaz Kiechle dagegen wie ein Geistesriese wirkt; es ist noch schlimmer - Alternativ-Imperialismus, grüner Post-Koloninalismus, in dem sich der ganze Übermut der Alten Welt nicht-europäischen Ländern und Völkern gegenüber äußert. Diese alternativen Wichtel brauchen Bonn nicht mal zu verlassen. Sie wissen eh schon, was in der Welt passiert, wo die Grenzen zwischen Gut und Böse verlaufen und wie sie sich dazu „verhalten" sollen. Wozu dann der ganze wichtigtuerische Aufwand? Würde es nicht reichen, sich einen großen Globus zu kaufen und alle „fact-finding-missions" in der grünen Wohnküche zu unternehmen? Den einen Zeigefinger entlang der Nord-Süd-Achse und den anderen mahnend in die Luft erhoben? - Die dazugehörigen Pressekonferenzen und „Einschätzungen" würden nichts von ihrer Überzeugungskraft einbüßen.

(Henryk M. Broder ist Journalist und lebt in

VI/5
die tageszeitung, 2.1.85

Sie müßten über jüdische Geschichte lernen

Offener Brief von Hanna Lévy-Hass an die Grünen zur Israel-Reise

Da ich in der BRD mehrere junge Freundinnen und Freunde habe, lauter progressiv denkende Antifaschisten und - was besonders wichtig ist - lauter Leute mit einem tiefen antinazistischen Bewußtsein; da ich andererseits hier in Israel (wie auch vorher) immer nur radikalen linken Kreisen angehört habe und nie Zionistin gewesen bin; da ich bis heute am heftigen Kampf für das Selbststimmungsrecht der Palästinenser, also für ihren eigenen Staat neben Israel, beteiligt bin - erlaube ich mir einige Aerkungen zum Besuch der Delegation der Grünen in Israel.

Es ist mir bekannt, daß die Bewegung der Grünen im Lauf der letzten Jahre eine ziemlich positive Wende auf der Bühne des politischen Lebens in Deutschland zum Ausdruck gebracht hat, die bis in den Bundestag hineinreicht. Ihr konsequent ökologischer Standpunkt und ihr pazifistischer Kampf gegedie nukleare Rüstung sind ohne Zweifel ihre stärksten Punkte. Es ist aber ebenso bekannt, daß es sich dabei um eine sehr heterogene Formierung handelt, deren Mitglieder sich untereinander nicht genügend kennen und verstehen und deshalb auch keine solide und klare politisch-ideologische Plattform geschaffen haben. Es gibt in den Reihen dieser Bewegung vielfarbige Elemente mit oft verqueren Ansichten, die von rationalen marxistischen und internationalistischen Prinzipien bis zu romantischen Traditionsgefühlen und zu nahezu apolitischer naiver Sentimentalität reichen.

Es ist daher ziemlich erstaunlich, daß die Bundestagsfraktion der Grünen beschlossen hat (nicht die ganze Fraktion, versichert man uns, nur ein Teil davon), sich in den Mittleren Osten zu begeben. Warum gerade in den Mittleren Osten, wo sich einer der kompliziertesten und gefährlichsten Konflikte der Welt abspielt? Haben die Grünen alle anderen problematischen Orte in der Dritten Welt oder in den imperialistischen Ländern, oder sogar in Osteuropa, denn schon sorgfältig kennengelernt und ausreichend verstanden? Wozu dieser besonders eifrige Anlauf in den Mittleren Osten, wozu diese heftige Mühe? Um das schon vornweg gefällte Urteil auszusprechen: Israel sei der Hauptschuldige an der blutigen und katastrophaen Lage im Mittleren Osten, an den in den okkupierten Gebieten und im Libanon ununterbrochen verübten grausamen Kriegsverbrechen gegen die palästinensisch-arabische Bevölkerung?!

(Wir, viele Israelis, sind scharfe Gegner der ofziellen proimperialistischen Kriegs- und Siedlungspolitik und sagen es noch deutlicher, aber das betrifft uns und ist Teil unseres Kampfes). Nun sind die Grünen da und sagen: Wir sind aus der Bundesrepublik hierher gekommen, um die Lage - wohlgemerkt - im Mittleren Osten mit eigenen Augen anzuschauen und zu analysieren.

Parfaitement logique! Erst das Urteil streng und kategorisch verkünden und danach das Studium! Nichts als politischer Tourismus! An der Allenby-Brücke, wo die Delegation der Grünen von Jordanien nach Israel einreiste, wurde einer der Verantwortlichen der Delegation nach der absurden Einstellung gefragt, schon vor dem Besuch das scharfe Urte[illegible]warz auf weiß bekannt zu geben. Seine Antwort lautete [illegible]

Hanna Lévy-Hass

wurde am Anfang des Ersten Weltkriegs in Sarajewo geboren. Sie besuchte dort die Schule und anschließend die Universität von Belgrad, wo sie in Berührung mit marxistischen Zirkeln geriet. An der Sorbonne in Paris setzte sie ihr Studium, romanische Sprachen, fort. Zurückgekehrt nach Jugoslawien unterrichtete sie von 1938 bis 1941 am Gymnasium. Als die jugoslawische Monarchie vor den Nazis und dem italienischen Faschismus kapitulierte, fand sich Hanna Lévy-Hass als Jüdin im italienisch okupierten Gebiet Montenegro sofort aus der Schule herausgeworfen. Sie blieb in Montenegro und beteiligte sich am Kampf der Partisanen. Nach dem Sturz des faschistischen Regimes in Italien 1943 okkupierten die Nazis Montenegro und begannen auch dort mit der planmäßigen Verschleppung und Ausrottung der Juden. Im Februar 1944 wurde Hanna Lévy-Hass mit wenigen dort noch lebenden jugoslawischen Juden zusammen von der Gestapo verhaftet und nach einem halben Jahr Gefängnis in das KZ Bergen-Belsen deportiert. Im August 1945 kam sie in das sozialistische Jugoslawien zurück, wo sie drei Jahre lang politische und publizistische Aufgaben übernahm. Ende 1948 emigrierte sie nach Israel, dort war sie von Anfang an Mitglied der kommunistischen Partei.1

Nach der Spaltung der Partei 1965 bleibt Hanna Lévy-Hass politisch engagiert in den wichtigen demokratischen Kämpfen in Israel und nimmt auch teil an der feministischen Bewegung. Ganz besonders arbeitet sie intensiv im Rahmen des israelischen Verbandes der antinazistischen Kämpfer und Opfer des Nazismus, der seit knapp 30 Jahren der FIR (Internationale Föderation der Widerstandskämpfer) als Mitglied angehört. In den letzten Jahren, in denen die innenpolitische Atmosphäre Israels und die allgemeine Lage im Nahen Osten so außerordentlich gefährlich und explosiv geworden sind, unterstützt sie alle Initiativen der mit dem palästinensischen Volk solidarischen, israelisch-pazifistischen Kräfte. Im Rotbuch Verlag ist ihr Tagebuch aus dem KZ Bergen-Belsen erschienen.

Parfaitement logique! Erst das Urteil streng und kategorisch verkünden und danach das Studium! Nichts als politischer Tourismus! An der Allenby-Brücke, wo die Delegation der Grünen von Jordanien nach Israel einreiste, wurde einer der Verantwortlichen der Delegation nach der absurden Einstellung gefragt, schon vor dem Besuch das scharfe Urteil schwarz auf weiß bekannt zu geben. Seine Antwort lautete (ich habe das persönlich am selben Abend im Fernsehen gehört): Ihr Israelis verhaltet euch auch so, wenn jemand von euch oder eine Delegation in die Sowjetunion fährt ... auch ihr drückt eure negative Meinung oder Kritik gegen die Sowjetunion schon vor dem Besuch dort aus. Also warum sollen wir das nicht auch tun dürfen?

Gut gesagt, aber nicht gerade gut gedacht. Liebe Freunde, ehe Ihr Vertreter ein solches Argument präsentiert, sollte er doch erst ein paar Sekunden ruhig überlegen und sich selbst fragen: Was will ich sagen? Was mache ich hier? Wo bin ich? Argument und Vergleich sind gleichermaßen absurd. Die Juden haben mit den Sowjets bestimmte historische Erfahrungen, die absolut nichts gemein haben mit der historischen Erfahrung der Deutschen mit den Juden! (Gelinde gesagt - denn ich muß mich schonen! Ich bin nämlich eines von hunderttausend menschlichen Wesen, die sich unter den Bajonetten der SS in Todesmärschen [illegible] schleppen mußten... usw. usw.!) Ein Deutscher, so jung und historisch unerfahren er auch sein mag, kann und darf die Sache nicht so à la legère nehmen und sich ein so sinnloses Argument erlauben.

Etwas Takt, Mäßigung und historisches Bewußtsein könnte man doch verspüren, wenn man hierher kommt. Umso mehr wäre das von einem verantwortlichen Mitglied der Grünen zu erwarten gewesen!

Mir scheint, daß die jungen Leute aus der Bewegung der Grünen noch Vieles gründlich zu lernen haben und vor allem eigene Probleme zuhause in der BRD intensiv studieren müssen, Fragen der Vergangenheit und der Gegenwart zugleich, denn beide sind untrennbar! Und ebenso müßten sie sehr viel über jüdische Geschichte, die alte und die heutige, lernen, sonst ist der Prozeß der bitteren jüdisch-arabischen Tragödie nicht zu verstehen. Denn es handelt sich hier um ein besonders großes historisches Dilemma.

Dafür braucht man Zeit und Konzentration. (Eine Frage am Rande: Wieviel junge Mitglieder der Grünen wissen Genaues über die Wannseekonferenz? Wann sie war und mit welchem Ziel?) Vier, fünf Jahre reichen nicht! Um heute eine ernsthafte und verantwortliche, aktive und effektive linke politische Bewegung zu werden, welche anstrebt, die Verhältnisse zu ändern, muß man die Dinge erst sorgfältig kennenlernen, sich gut und richtig beraten und vorbereiten. Dann ist man schließlich in der Lage, sich mit diesem riesigen Weltproblem auseinanderzusetzen.

Wenn jemand das Attribut Braune an die Grünen anzulegen wagt, dann werde ich es meinerseits nicht weniger absurd finden als die Grünen selber.

Aber eins ist mir bestimmt klar: Dieses Mittelost-Reiseunternehmen riskiert wirklich grün gewesen zu sein und zwar im Sinne von unreif.

Tel Aviv, 27.12. 1984

In guter Absicht

Hanna Lévy-Hass

PS: Dieser Offene Brief wurde am 30. Dezember 1984 den Mitgliedern der Delegation der Grünen nach ihrer Pressekonferenz in Tel Aviv überreicht. (Die hier vorliegende Fassung wurde geringfügig korrigiert.)

PS der Redaktion: Da die Grünen-Delegation den Brief bisher nicht veröffentlicht

17/6

taz, 16.1.85

V/7

Jürgen Reents Januar 1985

Ist Kritik an Israel erlaubt? - Welche Kritik an Israel ist erlaubt?

Die Delegationsreise der Grünen vom 16. bis 30. Dezember in den Nahen Osten (Libanon, Syrien, Jordanien, Westbank, Israel) hat mehr öffentliche Aufmerksamkeit gefunden als jede andere außenpolitische Aktivität zuvor - sie ist aber vor allem auf zahlreiche Kritik und Verurteilung gestoßen, sowohl außerhalb als auch innerhalb der Grünen. Der Kern der verschiedenen Vorwürfe gegen unsere Reise besteht zumeist in folgendem: Wir hätten uns "einseitig" auf die Seite der Palästinenser gestellt, seien nicht (oder nicht genügend) für das "Existenzrecht Israels" eingetreten, hätten mit unserer Kritik an der israelischen Politik wegen der Nazi-Verbrechen gegen die Juden "sensibler" auftreten müssen. Manche Kommentatoren haben uns jede Kritik an der israelischen Politik verbieten wollen, z.B. der neue Chefredakteur der Süddeutschen Zeitung, D. Schröder, in der Ausgabe vom 2.1.85:

> "Was die Israeli als notwendig für ihre Sicherheit erachten, ist ihre Sache, ob es uns gefällt oder nicht. Unser Mitspracherecht ist verwirkt."

Die heftigsten Vorwürfe gegen uns gab es in Israel selbst. Dort waren zahlreiche Kommentare gegen uns von den Stichworten antiisraelisch, antijüdisch, antisemitisch geprägt. Daß dies in fast allen größeren Zeitungen Israels und auch in offiziellen Äußerungen vorhanden war, sei an ein paar Beispielen verdeutlicht:

> "Der Zionisten-Staat hat keinerlei Veranlassung, Zionisten-Feinde freundlich zu empfangen. Denn dieser Form von Zionisten-Haß hängt ein Geruch von Rassismus an."
> (Maariv, 13.12.84, Leitartikel)

> "Wir sollten dafür sorgen, wenigstens im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Besuch der 'Grünen', daß wir auch 'potentielle Nazis' so empfangen, wie es ihnen gebührt."
> (Maariv, 16.12.84, Shalom Rosenfeld)

> "Eins steht außer Zweifel: Die Partei der 'Grünen' ist eine klar antisemitische Partei, nicht nur nach der Zusammensetzung ihrer Mitglieder, sondern auch als Bannerträger des ideologischen Israel-Hasses. Man kann sogar sagen, sie seien antisemitischer als die Nazis, denn die Nazis repräsentierten nur die antisemitische Rechte, während die 'Grünen' die antisemitische Rechte und Linke zusammen repräsentieren."
> (Jedioth Achronoth, 17.12.84, Leitartikel von Dr. Rosenblum)

> "... die 'Grünen' stellen nicht nur für Israel, sondern auch für die Demokratie als Ganzes eine Gefahr dar. Wer eine ihrer Demonstrationen erlebt hat und das Feuer in ihren Augen sah, den Rausch, der sie ergriff, kann nicht umhin, sich erschütternd an frühere Bewegungen zu erinnern, die in Deutschland existierten."
> (Davar-Wochenendbeilage, 21.12.84)

> "Wir, Junge und Alte im jüdischen Staat, haben die braunen Deutschen nicht vergessen; und wir werden die 'grünen' Deutschen nicht akzeptieren - jene, die die Farbe, aber nicht ihre Einstellung zum jüdischen Volk geändert haben. Die braunen Wurzeln haben grüne Pflanzen hervorgebracht."
> (stellv. israelischer Außenminister Ronnie Milo am 24.12.84 in der Knesset; an diesem Tag, einen Tag vor unserer Einreise in die Westbank, gab es eine Debatte im israelischen Parlament, ob man uns überhaupt ins Land lassen solle)

V/8

"... so wie die Sowjets, die ihre Pogrom-Gier vom Zaren erbten, diese jetzt als Anti-Zionismus hinstellen, wollen die Grünen, die ihr Nazi-Empfinden von Hitler erbten, dies als 'Fortschritt' hinstellen." (Jedioth Achronoth, 26.12.84)

Als Aufhänger für derart massive Vorwürfe diente ein Arbeitspapier, das von einem Mitglied der Reisedelegation in der Vorbereitungszeit erstellt worden war, und in dem u.a. die Empfehlung gegeben wurde, keine Gespräche mit der israelischen Regierung zu führen, solange diese nicht die PLO anerkennt; und in dem es u.a. auch hieß, daß die israelische Regierung "die volle Verantwortung für das sich abzeichnende Blutbad im Nahen Osten (trägt), wenn sie ihre Politik nicht entscheidend ändert". Dieses Papier war mindestens seit dem 10.Dezember in den Händen der israelischen Botschaft in Bonn (an diesem Tag erhielten wir einen entsprechenden Anruf der Botschaft), und mindestens seit dem darauffolgenden Tag auch in den Händen israelischer und deutscher Journalisten (die erste Nachfrage erhielten wir diesbezüglich am 11.12. von der Korrespondentin von Maariv, die das Papier am 12.12. in größeren Auszügen veröffentlichte).

Von einem "Aufhänger" spreche ich aus zwei Gründen:

1. Wir hatten sofort bei den ersten Nachfragen erklärt, daß dieses Papier in mehreren Vorschlägen und Gedanken abgelehnt worden sei (die Delegation, da aus Mitgliedern der Bundestagsfraktion, der Europaparlamentsfraktion, des Bundesvorstandes und der Bundes-AG Internationalismus zusammengesetzt, hatte sich erst am 9.12. am Rande der Bundesdelegiertenkonferenz in Hamburg zu einer endgültigen Absprache getroffen; im zuständigen Fraktionsarbeitskreis AFI fand die abschließende Diskussion am 11.12. statt - die Reiseabsicht und eine erste AFI-Diskussion mit grundsätzlicher Zustimmung datierte bereits aus Anfang 1984, was dann aber lange Zeit auf Eis lag).
2. Aus den wiedergegebenen Zitaten - und vielen anderen mehr in der israelischen Presse - ist leicht zu ersehen, daß die Vorwürfe völlig unabhängig von dem Papier existieren. Gleichfalls sind sie auch keineswegs Ergebnis unseres Auftretens in Israel - ich habe deswegen hauptsächlich Zitate wiedergegeben, die aus den Tagen vor unserer Einreise in die Westbank (25.12.) und von dort weiter nach Israel stammen.

Nichtsdestoweniger wurde dieses Papier bis lange nach der Reise als Hauptbeweismittel für die Vorwürfe gehandelt. Insbesondere in Gesprächen mit israelischen Journalisten kommt die Diskussion kaum von diesem Papier weg.

Der tatsächliche Zusammenhang, über den sich diese Vorwürfe gegen uns herausbilden, kommt in einer Karikatur von Maariv (27.12.) am deutlichsten zum Ausdruck: In dieser Karikatur geht ein grüner Freak über die Straße, während auf der gegenüberliegenden Ampel ein KZ-Häftling mit Judenstern aufleuchtet. Aus dem Rucksack des Grünen schaut Arafat heraus, die Finger zum Siegeszeichen gespreizt.
Solidarität mit der PLO, Unterstützung des Rechtes der Palästinenser auf Selbstbestimmung und einen eigenen Staat - darin gründet der Vorwurf des Antisemitismus und der Israel-Feindlichkeit gegen uns. Daß dieser instrumentelle Umgang mit dem Vorwurf des Antisemitismus im übrigen ein verheerender Zynismus gegenüber den 6 Millionen Juden ist, die unter dem Nazi-Regime in die Vernichtungsmaschinen und Gaskammern von Auschwitz, Sobibor, Treblinka usw. geschickt wurden, scheint vielen der Autoren nicht einmal beiläufig aufzufallen.

Was sind "vorgefaßte Meinungen"?

Henryk M. Broder, in Polen gebürtiger Jude, der von seinem 13. bis zu seinem 35. Lebensjahr in der Bundesrepublik lebte, hier in seinen letzten Jahren einen unermüdlichen Kampf gegen den berüchtigten Kölner Richter Victor Henry de Somoskeoy führte ("einen deutschen Richter, wie er bei Tucholsky im Buche steht: selbstgerecht, grob und unbarmherzig"), und dann im Januar 1981 mit einer scharfen Kritik an der Geschichtslosigkeit und am "antizionistischen Gebrüll" der deutschen Linken nach Israel auswanderte, schreibt in einem Kommentar über unsere

Reise (veröffentlicht in der taz, 2.2.85):

> "... die grünen 'fact-finding'-Missionare wissen, noch bevor sie ihre Wacht am Rhein verlassen haben, ganz genau, was sie im Nahen Osten vorfinden, zu welchen Schlüssen sie kommen und wogegen sie protestieren werden."

Hanna Lévy-Hass, jugoslawische Jüdin, die sich am Partisanenkampf gegen den italienischen Faschismus beteiligt hat, 1944 in das KZ Bergen-Belsen deportiert wurde, überlebte, und 1948 nach Israel auswanderte, fragt uns in einem Offenen Brief, den wir auf unserer abschließenden Pressekonferenz in Tel Aviv erhielten (veröffentlicht in der taz, 16.1.85):

> "Es ist ... ziemlich erstaunlich, daß die Bundestagsfraktion der Grünen beschlossen hat (nicht die ganze Fraktion, versichert man uns, nur ein Teil davon), sich in den Mittleren Osten zu begeben. Warum gerade in den Mittleren Osten, wo sich einer der kompliziertesten und gefährlichsten Konflikte der Welt abspielt? Haben die Grünen alle anderen problematischen Orte in der Dritten Welt oder in den imperialistischen Ländern, oder sogar in Osteuropa, denn schon sorgfältig kennen gelernt und ausreichend verstanden? Wozu dieser besonders eifrige Anlauf in den Mittleren Osten, wozu diese heftige Mühe? Um das schon vorweg gefällte Urteil auszusprechen: Israel sei der Hauptschuldige an der blutigen und katastrophalen Lage im Mittleren Osten, und an den in den okkupierten Gebieten und im Libanon ununterbrochen verübten grausamen Kriegsverbrechen gegen die palästinensisch-arabische Bevölkerung?!"

Der Vorwurf der "vorgefaßten Meinungen" wurde auch darüber hinaus erhoben; Otto Schily hat ihn gerade auf der Tagung der Evangelischen Heimvolkshochschule Rastede wiederholt, was auch in der Presse zitiert wurde (SZ, 28.1.85). Mittlerweile scheint er sich - wie auch ein anderer Vorwurf: der der "mangelnden Sensibilität" - aber zu verselbständigen. Denn "vorgefaßte Meinungen" soll und will man selbstverständlich nicht haben, und "mangelnde Sensibilität" auch nicht. Was aber ist gemeint? War die Meinung falsch, entsprach sie nicht den Tatsachen, war sie nicht begründet? Oder war es nur falsch, sie zu äußern - vor und während der Reise?

Ich behaupte, daß auch hier der Verweis auf das umstrittene Arbeitspapier der Sache nicht gerecht wird, es sich zumindest damit zu leicht gemacht wird. Denn selbstverständlich hätte man die "vorgefaßte Meinung" auch damit belegen können, daß ich z.B. in der Haushaltsdebatte des Bundestages am 7.12.83 im Zusammenhang mit der damals geplanten Bewilligung von 7 Millionen DM für die sog. "multinationalen Friedenstruppen" im Libanon von der "israelischen Blutspur vor Beirut" gesprochen habe, die "vor Tripoli auch zu einer arabischen geworden ist". Und selbstverständlich dürfte grünen-offiziell dann auch nichts Anklagendes mehr z.B. gegen die chilenische Militärdiktatur gesagt werden, falls irgendjemand aus der Fraktion mal die Absicht hätte, dorthin zu fahren. Und wenn diese Absicht nicht (mehr) besteht, würde das was ändern an den "vorgefaßten Meinungen"? Gaby Gottwald ist deswegen ja nicht nach Chile reingelassen worden - sollen wir nachträglich feststellen, daß sie ihre "vorgefaßten Meinungen" über Chile nicht hätte äußern sollen, im Bundestag nicht und anderswo auch nicht?

Ich halte es nach wie vor für besser, Meinungen auf ihre Übereinstimmung mit der Wirklichkeit hin abzuklopfen, und danach zu beurteilen, ob eine Meinungsäußerung zu kritisieren ist oder nicht. Auch nach unserer Nahost-Reise würde ich nicht sagen, die Region mit ihrem Konflikt- und Problemknäuel gut zu kennen, aber auch vor unserer Reise habe ich dennoch einiges gewußt, auch die Bilder aus dem Libanon-Krieg in Erinnerung behalten, um mir hinreichend die Meinung "vorzufassen", für einen Truppenrückzug aus dem Libanon einzutreten, für eine Freigabe der von Israel besetzten Gebiete, und für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes. Sollte es Eindrücke und Informationen auf der Reise geben, die d a r a n hätten etwas ändern können oder sollen?

Es handelt sich ja sozusagen um eine Standardausrüstung grüner Überzeugungen, mit denen wir gereist sind und die wir vertreten haben, weshalb zumindest in diesem Punkt man sich wundern muß, daß diesbezügliche Vorwürfe auch aus den Reihen der Grünen selbst gekommen sind.Kann das ernst gemeint sein, oder werden solche Stichworte eher dankbar aufgegriffen, weil der Sturm zu heftig ist?

Etwas Ähnliches betrifft den Vorwurf der "mangelnden Sensibilität" gegenüber den überlebenden Opfern der Nazi-Barbarei. Nun bin ich in der Tat der Meinung, daß auch für eine Partei wie die Grünen und ihre Vertreter nicht gelten kann, daß sie sich mit Hinweis auf ihr organisatorisches Geburtsdatum 35 Jahre nach der Befreiung vom deutschen Faschismus oder mit Hinweis auf das individuelle Geburtsdatum der eigenen Person außerhalb der politischen Haftung gegenüber den Überlebenden des Holocaust stellen können. Das ist einer der wesentlichen Punkte, den ich Anfang Februar 1984 in der Debatte über die Israel-Reise von Bundeskanzler Kohl ausgeführt hatte, nachdem dieser mit seiner Altersangabe das Begräbnis deutscher faschistischer Vergangenheit belegen wollte:

> "Wer angesichts der naturwüchsigen Auslöschung von Geschichtsbewußtsein durch den Generationenwechsel den Blick nach vorn anstatt den Blick nach hinten predigt, wer das angesichts der Tatsache tut, daß sich in letzter Zeit Meldungen über neonazistische Beeinflussungen unter Jugendlichen häufen - z.B. in Fußballfanclubs -, fischt im trüben."
> (Ich zitiere das, weil Max Thomas Mehr in der taz vom 28.1. den absurden Vorwurf des SZ-Chefredakteurs wiederholt hat, ich würde mich ebenfalls auf die schlichte Schuldlosigkeit der heutigen Generation berufen.)

Und ich bin auch der Meinung, daß auch eine Partei wie die Grünen trotz aller antifaschistischen und antirassistischen Programmatik keineswegs per se vor dem Hineinschwappen neonazistischen Gedankenguts in ihre Reihen gefeit ist (siehe die Gründungsgeschichte der Grünen, siehe aktuell die Vorfälle im Landesverband Berlin!), und zwar nicht zuletzt weil eine antifaschistische Kultur in unserem Land nicht aus eigener Kraft der Bevölkerung hier erkämpft wurde, weil ausländerfeindliche, rassistische und auch speziell antisemitische Denkweisen deswegen umso leichter in Krisensituationen wieder aus der "Voksseele" hochgespült werden können, und weil auch in die Sympathisanten- und Wählerbasis der Grünen gesellschaftliche Strömungen des ideologischen Konservativismus und gesellschaftlichen Romantizismus mit hineingeflossen sind.

Aber was hat das mit den von uns auf der Nahost-Reise vertretenen Auffassungen und mit unserem Auftreten dort zu tun? Das sage man dann konkret, w a s "unsensibel" war. Daß wir erst nach Libanon, Syrien, Jordanien und dann über die Westbank nach Israel eingereist sind? War es "unsensibel", uns zuerst in den arabischen Nachbarländern Israels, uns zuerst in den israelisch besetzten Gebieten Südlibanon und Westbank umzuschauen? Waren unsere Äußerungen "unsensibel", und welche? Wie fordert man denn "sensibel" einen Truppenrückzug aus dem Libanon, wie tritt man "sensibel" für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes ein?

Die Herausforderung: ein palästinensischer Staat an der Seite Israels

---

Natürlich ist es keine Politik, allein eine Standardausrüstung grüner Überzeugungen zu haben. Aber die Frage bleibt, von welchen Gesichtspunkten man sich bei der Beurteilung von Lösungsvorschlägen des Palästina-Konflikts leiten läßt (nicht Lösungsvorschläge von uns - diese Anmaßung hatte wirklich keiner aus unserer unbedeutenden Reisegruppe in dieser hochbrisanten Region - sondern Lösungsvorschläge der Konfliktparteien).

Wir haben unsere Unterstützung zum Ausdruck gebracht für einen Abzug der israelischen Truppen aus den seit dem Juni 1967 besetzten palästinensischen Gebieten (Gaza-Streifen und Westbank), für einen palästinensischen Staat an der Seite Israels, fürden jüdisch-palästinensischen Dialog, der ein friedliches Zusammenleben des palästinensischen Volkes und des jüdischen Volkes in dieser Region herbeiführen will.

V/11

Der stellvertretende Generalsekretär im israelischen Außenministerium, Yeshayahu Anug, hat uns auf unsere Frage hin nicht erklären können/wollen, wo Israel seine Grenzen sieht. Er hat aber vertreten, daß der israelische Staat sich "aus Sicherheitsgründen" nicht mit den Grenzen vor dem Sechs-Tage-Krieg vom Juni 1967 begnügen könne. Wir haben gesagt: Von einem Staat, der seine Grenzen nicht definiert, muß weiterer Expansionismus befürchtet werden. Die Realität ist heute längst, daß es eine Grenze zwischen Israel in den Vor-67er-Grenzen und der Westbank gar nicht mehr gibt; die israelischen Grenzsoldaten stehen am Jordan, an der Grenze zwischen Jordanien und der Westbank, unter dem Schild "Welcome to Israel".

Yasser Arafat hat uns gesagt, daß die PLO eine internationale Konferenz zur Lösung der Palästina-Frage befürwortet, an der Israel, dessen arabische Nachbarstaaten Libanon, Syrien, Jordanien und Ägypten, die Staaten des UN-Sicherheitsrates (bzw. USA und Sowjetunion) und die PLO teilnehmen sollen. Israel und die USA würden dies ablehnen, was uns im israelischen Außenministerium bestätigt wurde. Es ist klar: dies bedeutet faktisch die Anerkennung Israels durch die PLO (was aber keine so großartige Neuigkeit ist, denn diese Bereitschaft haben Arafat und die PLO-Führung schon häufiger zum Ausdruck gebracht), und würde umgekehrt eben auch die Anerkennung der PLO durch die israelische Regierung bedeuten - was diese strikt ablehnt.

Warum ist die israelische Regierung nicht zu einem Gespräch und zu Verhandlungen mit der PLO bereit? Weil sie mit der PLO nicht über irgendetwas, sondern über die Rückgabe der besetzten Gebiete sprechen müßte.

> "Das historische Palästina umfaßte 26.000 km^2", schreibt der israelische Schriftsteller Itzik Laor, "Israel in seinen Grenzen vor dem 4.Juni 1967 (Sechs-Tage-Krieg) 22.500 km^2. Das heißt, für ein Palästina bleiben bei dem sogenannten symmetrischen Kompromiß lediglich 4.500 km^2. Israel opfert nicht viel für die 'palästinische Option'."

Mehr als ein Drittel des Territoriums der Westbank befindet sich aber bereits im Besitz israelischer Siedler und des israelischen Staates. Einschließlich Ost-Jerusalem, das bereits fest annektiert ist (was aber kein Staat der Erde bislang anerkennt, nicht einmal die USA), leben in der Westbank mittlerweile über 120.000 israelische Siedler. Wenn man diese Siedlungen gesehen hat - in und um Ost-Jerusalem halbkreisförmige Massen-Siedlungen, die sich wie Handschellen an den Stadtrand legen, in der übrigen Westbank meist auf Hügeln gelegene Festungen mit Stacheldraht und Wachtürmen drumherum - dann spürt man, wie weit bereits vollendete Tatsachen geschaffen sind, wie schwierig es ist, eine solche Entwicklung wieder rückgängig zu machen. Mit jeder neuen Siedlung noch schwieriger: sechs neue Siedlungen sind gerade wieder beschlossen worden. Das ist nicht nur die Anwesenheit der Siedler, die den Palästinensern damit das Land nehmen, das ist ein politischer Kraftblock, eine z. T. bewaffnete Lobby der israelischen Regierung für das unbedingte Drinbleiben in der Westbank. Eine juristische Annektion der gesamten Westbank und des Gaza-Streifens durch Israel ist kaum anzunehmen; aber eine Annektion möglichst großer Teile dieser besetzten Gebiete auf dem Wege der Landnahme und der Vertreibung der Palästinenser in faktische Reservate. Das verbirgt sich hinter der Formel: Autonomie für die Palästinenser, aber nicht für das Land. Eine vollständige juristische Annektion müßte nämlich die Palästinenser auch vollständig der israelischen Gesetzgebung unterstellen, einschließlich Wahlrecht. In der Westbank und im Gaza-Streifen leben mehr als 1,2 Millionen Palästinenser, in Israel in den Grenzen von 1949 (Vor-67er-Grenzen) noch einmal ca. 700.000 Palästinenser - zusammen also knapp 2 Millionen Palästinenser, die bei 3,5 Millionen jüdischer Bevölkerung den Charakter des zionistischen Staates erheblich verändern würden. Annektion - und dabei geht es zwischen Likud und Arbeiterpartei um den Umfang des zu annektierenden Gebietes - gibt es nur im Zusammenhang mit Vertreibung der palästinensischen Einwohner von Westbank und Gaza-Streifen.

Um dies widerstandslos - möglichst widerstandslos - zu erreichen, zielt die israelische Regierung auf die Zerschlagung der PLO. Uri Avnery und andere haben seit Beginn des israelischen Angriffs auf den Libanon am 4.Juni 1982 immer wieder argumentiert, daß dieser Krieg der Zerstörung der PLO als Rückgrat für den Kampf in den besetzten Gebieten galt. Im Frühjahr 1982 - an der israelisch-libanesischen Grenze herrschte Waffenstillstand zwischen der PLO und den israelischen Truppen, es gab keine Überfälle - lebte in der Westbank und im Gaza-Streifen der Widerstand der palästinensischen Bevölkerung auf. Itzak Laor schreibt darüber:

> "In diesen Gebieten versuchte die Regierung Begin, den Palästinensern den Autonomie-Plan aufzuzwingen. Sie hatte dabei eine breite Rückendeckung von fast allen politischen Parteien, aber sie scheiterte. Worum es ging, war deutlich und einfach zu sehen. Die Palästinenser in den besetzten Gebieten wußten, daß die Autonomie den letzten Nagel zu ihrem Sarg darstellte, und deshalb wehrten sie sich mit Steinen, brennenden Autoreifen und der verbotenen Palästinerfahne, und sie gewannen, keine Autonomie, kein Sarg."

Das Attentat auf den israelischen Botschafter Argov in London Anfang Juni 1982 diente dann als Vorwand für den israelischen Einmarsch in den Libanon. Boaz Evron am 11.Juni 1982, 7 Tage nach Beginn der israelischen Bombardierungen der palästinensischen Flüchtlingslager Sabra und Schatila bei Beirut, 5 Tage nach dem Einmarsch der israelischen Truppen in den Libanon:

> "Es steht jetzt fest, daß jene, die den Botschafter Argov attackierten, nicht der PLO angehörten. Angriffe der Terroristen auf Galiläa begannen erst nach unseren Luftangriffen auf Beirut, deren Vorwand der Mordversuch an Argov war. Jeder weiß, daß die Armee monatelang auf diesen Angriff vorbereitet war und die Regierung nur auf einen günstigen Vorwand wartete, um das Signal zum Vormarsch zu geben."
> (Jediot Achronoth, 11.6.82)

Ein Detail aus der aktuellen Berichterstattung über den gerade beendeten Prozeß des damaligen israelischen Verteidigungsministers Ariel Sharon gegen das US-Magazin Time:

> "... im Januar (1982) ... hatte Scharon als Gast Beschir Dschemejils - später bis zu seiner Ermordung kurz Präsident des Libanon - inkognito in Beirut von einem siebzehnstöckigen Hochhaus aus die Stadt taxiert."
> (FAZ, 26.1.85)

Soweit etwas über Zusammenhänge.

Die israelische Regierung will die PLO zerschlagen, weil sie sie an ihrer Annektionspolitik in der Westbank und im Gaza-Streifen hindert, sie will nicht mit ihr sprechen, weil es dabei nur um die Rückgabe der Gebiete gehen könnte. Diese Politik ist es gleichzeitig, die letztlich die Verantwortung auch für die militärischen Auseinandersetzungen innerhalb der PLO bzw. derjenigen, die bis zum Abzug der PLO aus Beirut dazu zählten, mit zu tragen hat. Die PLO-Führung und insbesondere Yasser Arafat wurden jahrelang von westlichen Regierungen und westlichen Politikern gedrängt, einen Kompromiß mit Israel zu suchen, die Begrenzung der PLO-Forderungen auf einen Westbank- und Gaza-Staat und eine Anerkennung Israels zu signalisieren. Arafat ist diesen Weg gegangen, die PLO hat nichts dafür bekommen. Die israelische Regierung hat mit ihrem Libanon-Krieg neben allem anderen die Anhänger des Arafat-Kurses in der PLO zum Abschuß für diejenigen freigegeben, die von einer Verhandlungslösung gar nichts mehr und vom bewaffneten Kampf gegen Israel scheinbar alles erhoffen: Abu Mussa und seine Fatah-Rebellen schossen die Arafat-Anhänger in Tripoli zusammen, unterstützt von syrischen Truppen, so daß sie ganz aus dem Libanon abziehen mußten - unter weiteren Tausenden von Opfern. Am 10. April 1983 wurde Issam Sartawi, Kontaktmann Arafats zum israelischen Friedenslager, am Rande der Tagung der Sozialistischen Internationale in Lissabon umgelegt. Ende Dezember, während der letzten Tage unseres Israel-Aufenthaltes, wurde Fahd Kawasmeh, früherer (von der israelischen Militärverwaltung abgesetzter) Bürgermeister von Hebron und neu ge-

wähltes Mitglied des Exekutivkomitees der PLO in Amman abgeknallt. Arafat lebt noch - aber der Kurs der PLO-Führung, die gerade n i c h t m e h r die Existenz eines jüdischen Staates im Nahen Osten grundsätzlich bestreiten will, ist innerhalb der PLO vom Erfolg eines Dialoges abhängig, dem sich die israelische Regierung nach wie vor verweigert. Amnon Kapeliouk, israelischer Journalist, der für die Mapam-Zeitung Al Hamishmar und für Le Monde arbeitet, hat es als die wichtigste Aufgabe der israelischen Friedensbewegung bezeichnet, diese Verweigerung aufzubrechen.

Was ist nun mit der "Einseitigkeit", wenn es israelische Truppen sind, die im Südlibanon, in der Westbank, im Gaza-Streifen und auf den Golan-Höhen stehen, aber nicht palästinensische Truppen eines nicht existierenden palästinensischen Staates, die in Israel stehen? Was ist mit der "Einseitigkeit", wenn die PLO einen Weg der gleichzeitigen gegenseitigen Anerkennung von Israel und einem palästinensischen Staat neben Israel geht - die israelische Regierung dem palästinensischen Volk aber bestreitet, was das palästinensische Volk durch seine Vertretung, die PLO, dem jüdischen Volk nicht bestreiten will: das Recht auf Selbstbestimmung und dessen Ausübung in einem eigenen Staat? Was ist mit der "Einseitigkeit", wenn die PLO zu einer Palästina-Friedenskonferenz bereit ist, die israelische Regierung aber nicht?

Wenn jemand vom Existenzrecht zweier Völker, einem jüdisch-israelischen und einem palästinensisch-arabischen, in Palästina spricht, mit unabhängigen Staaten, und die Pflicht auf ein friedliches Zusammenleben dieser beiden Völker und dieser beiden Staaten hinzuerwähnt, wieso soll das "einseitig" sein? Und warum um alles in der Welt wird es uns als das gerade Gegenteil von "Einseitigkeit" angeboten, zu allererst mal das Existenzrecht desjenigen Staates immer und immer wieder zu betonen, den es seit nahezu 37 Jahren gibt, und dessen Grenzen nach eigenem Verständnis höchst unklar sind - und damit das Nachdenken und die Diskussion über das Existenzrecht desjenigen Volkes zu ersticken, das in seinem eigenen Land als "Gastarbeiter" lebt (Itzik Laor)?

Hannah Arendt hat 1945 in einem Aufsatz das Biltmore-Programm (1942) der zionistischen Weltorganisation, "in dem die jüdische Minderheit der arabischen Mehrheit Minderheitsrechte zugestanden hatte", sowie eine Entschließung der einflußreichen Zionisten-Sektion in Atlantic City vom Oktober 1944, in der ein "freies und demokratisches jüdisches Gemeinwesen ... (das) ganz Palästina ungeteilt und ungeschmälert umfassen soll" (im August 1945 von der zionistischen Weltkonferenz in London bestätigt), als Meilensteine auf dem Weg beschrieben, mit dem der Verständigung zwischen Arabern und Juden "ein tödlicher Hieb" versetzt wurde. Hannah Arendt hat davor gewarnt, daß ein in dieser Weise entstehender Judenstaat in Palästina letztlich von einer Großmacht abhängig würde, und prophezeit:

> "Kommt es nicht zu einer solchen Verständigung (mit den Arabern / jr), dann besteht die unmittelbare Gefahr eines Zusammenstoßes zwischen den Interessen der Juden, die jede Macht, welche ihre Existenz garantieren würde, im Mittelmeerraum zu akzeptieren bereit und gezwungen sind, und denen aller übrigen Mittelmeervölker, so daß wir morgen statt vor einem 'tragischen Konflikt' vor so vielen unlösbaren Konflikten stehen werden, wie es Mittelmeernationen gibt."

Diese Prophezeiung hat sich bewahrheitet, wobei die durch Supermächte-Interessen in der Nahost-Region mit bedingte Konfliktlage sich allerdings nicht allein mit dem Problem Israel/arabische Welt beschreiben läßt, sondern auch: Ölinteressen, geostrategisch wichtige Region zwischen dem Ost/West-Konflikt. Der Palästina-Konflikt ist allerdings zentral für die Situation von Krieg oder Frieden in dieser Region.

Über die historischen Ursachen dieses Konflikts, die auch seine Schärfe ausmachen, ist es nützlich, ein paar Zahlen anzuführen:
Seit Ende des letzten Jahrhunderts wurde die gezielte "Rückkehr der Juden in ihre biblische Heimat", Palästina, propagiert. Palästina war aber kein weißer Flecken auf der Erde, keine menschenleere Region. Nach Zusammenbruch des Osma-

nischen Reiches wurde die gesamte Region des Nahen Osten von britischen und französischen Truppen besetzt. Der Völkerbund errichtete ein sogenanntes Mandatssystem, das französisch (Syrien und Libanon) und britisch (Transjordanien und Palästina) verwaltet wurde. 1922 lebten im damaligen palästinensischen Mandatsgebiet unter britischer Verwaltung ca. 88.000 Juden und ca. 660.000 Araber. Bis 1939 war die Zahl der Juden in Palästina durch gezielte Einwanderung auf 445.000 angewachsen, die Zahl der dort lebenden Araber auf über 1 Million gestiegen. 1948 wurde der Staat Israel auf der Grundlage eines UNO-Planes in einem Teil Palästinas gegründet, dessen Grenze so festgelegt wurde, daß darin 498.000 Juden und 497.000 Araber lebten - es also eine knappe jüdische Mehrheit zur Legitimation eines jüdischen Mehrheitsstaates gab. Im restlichen Teil Palästinas lebten zu dem Zeitpunkt 725.000 Araber und vergleichsweise sehr wenige jüdische Siedler (alle Zahlen aus einer UNO-Broschüre).

Der UNO-Teilungsplan und damit die Gründung eines palästinensisch-arabischen Staates im Rest-Palästina wurde von arabischer Seite nicht akzeptiert (Libanon war im November 1943 unabhängig geworden, Syrien im Januar 1944, Jordanien 1946). Die arabischen Nachbarstaaten (zusätzlich zu den genannten: Ägypten) ließen unmittelbar nach dem Abzug der letzten britischen Soldaten und einen Tag nach israelischer Staatsgründung ihre Truppen nach Palästina einmarschieren - mit der israelischen Staatsgründung begann der erste israelisch-arabische Krieg. Er endete 1949 mit einem Waffenstillstand. Israel hatte zu dem Zeitpunkt 67 % des Territoriums Palästinas unter Kontrolle (nach UNO-Teilungsplan 56,4 % bei 31,7 % Anteil an der Bevölkerung Palästinas). Israel annektierte dieses Gebiet, die Waffenstillstandslinie von 1949 wurde zur neuen Staatsgrenze. In dem nun noch einmal verkleinerten Rest-Palästina entstand aber auch kein palästinensischer Staat: Jordanien annektierte 1950 die Westbank, Ägypten nahm den Gaza-Streifen unter seine Verwaltung - bis im Juni 1967 Israel auch diese Gebiete Rest-Palästinas in einem Blitzkrieg eroberte. Dazwischen lag noch der Sinai-Krieg 1956, der aber keine Gebietsveränderungen in der Region hinterließ.

Die jüdische Einwanderung nach Palästina war seit den 20er Jahren begleitet vom Widerstand der dort lebenden arabischen Bevölkerung, die sich einer staatlich gesicherten "jüdischen Majorisierung" nicht unterwerfen wollten: der von den Zionisten angestrebte "Judenstaat" (Buchtitel Theodor Herzls 1896) schien seit der Balfour-Deklaration 1917 tatsächlich erreichbar. Mit dieser Deklaration erklärte Großbritannien als neue Militärmacht in der Region, daß es

> "die Errichtung einer nationalen Heimstätte des jüdischen Volkes in Palästina mit Wohlwollen (betrachtet) und ... sich große Mühe geben (wird), die Errichtung dieses Ziels zu fördern..."

Die einheimische arabische Bevölkerung Palästinas empfand dies als Kolonialisierung.

Sie hatte auch allen Grund dazu. Die Ansprüche der zionistischen Weltbewegung, wie sie etwa in einer 1919 vorgelegten Karte zum Ausdruck kam, gingen sogar weit über das Mandatsgebiet Palästina hinaus. Und entsprechend der zionistischen Ideologie, daß dieser Staat ein jüdischer sein sollte, vollzog sich die Besiedlung mit gleichzeitiger Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung. Der Begründer der zionistischen Weltbewegung, Theodor Herzl, schrieb schon frühzeitig, am 12.6.1895, in sein Tagebuch, daß die Besitzergreifung Palästinas mit dem Versuch verbunden sein müsse, "seinen Bewohnern beim Verlassen des Landes zu helfen". Die Herbeiführung einer palästinensischen Fluchtbewegung aus den jüdischen Siedlungsgebieten konnte aber erst in großem Stil einsetzen, als die Zionisten über militärische Organisationen in Palästina verfügten und sich der Staatsgründung nahe sahen. Ein Ereignis in dieser Zeit, 1947, das viele Palästinenser aus dem heutigen Israel erstmals in Flüchtlingslager trieb, war die Ermordung von 250 Palästinensern (darunter viele Frauen, Kinder und alte Menschen) in dem kleinen Dorf Deir Yassin nahe Jerusalem durch die zionistische Terrorgruppe Irgun, deren da-

maliger Chef der spätere israelische Ministerpräsident Menachem Begin war, unter dessen Regierung auch die Invasion in den Südlibanon stattfand. Begin selbst schrieb in einem 1951 in New York erschienen Buch "The Revolt": Nach Deir Yassin

> "waren die Araber im ganzen Land , nun veranlaßt die Räubergeschichten des 'Irgun-Gemetzels' zu glauben, von grenzenloser Panik ergriffen und rannten um ihr Leben. Diese Massenflucht entwickelte sich bald zu einer wahnsinnigen unkontrollierten panischen Flucht. Von den 800.000, die auf dem derzeitigen Staatsgebiet lebten, sind nur noch 165.000 da. Die politische und wirtschaftliche Bedeutung dieser Entwicklung kann nicht hoch genug eingeschätzt werden."
> (zit. n.: Nahostkonflikt und Menschenrechte, hrg. von der Deutsch-Arabischen Gesellschaft Bonn, 1981, S. 43)

Es scheint nicht zufällig, daß Begin später als Ministerpräsident unmittelbar nach dem Einmarsch in den Libanon die Palästinenser "zweibeinige Tiere" nennen sollte (Ha'aretz, 13.6.82).

Die Autoren J. Metzger, M. Orth und C. Sterzing nennen in ihrem Buch "Das ist unser Land" (Lamuv-verlag, 1980) die Zahl von 600.000 bis 900.000 Palästinenser, die 1947 und 1948 aus dem Gebiet Israels geflohen seien (S. 82). Die Deutsch-Arabische Gesellschaft nennt 1981 die Zahl von 478 palästinensischen Dörfern, die seit Gründung des israelischen Staates innerhalb dessen Grenzen völlig zerstört worden seien. Die Gesellschaft zitiert auch eine Äußerung des früheren israelischen Verteidigungsministers Moshe Dayan aus der israelischen Zeitung Ha'aretz vom 4.4.1969:

> "Wir kamen in dieses Land, das von Arabern besiedelt war ... jüdische Dörfer wurden an der Stelle der früheren arabischen Dörfer erbaut. Sie kennen noch nicht einmal die Namen dieser arabischen Dörfer, und ich nehme Ihnen das auch nicht übel, da diese Geographiebücher nicht mehr existieren; es existieren nicht nur diese Bücher nicht mehr, sondern auch nicht mehr diese Dörfer ... Es gibt keinen einzigen Ort in diesem Land, der früher nicht eine arabische Bevölkerung hatte."
> (a.a.O., S. 46/48)

Es hat in der zionistischen Weltbewegung auch Repräsentanten gegeben - wie die Mitglieder der Brit-Schalom-Bewegung -, die für einen binationalen Staat eingetreten sind, in dem Juden und Araber gleiche staatsbürgerliche, politische und soziale Rechte ohne Unterschied zwischen Mehrheit oder Minderheit genießen sollten (vgl. z.B. Walter Laqueur, Der Weg zum Staat Israel - Geschichte des Zionismus, Wien 1972, S. 268 ff). Diese sind aber nie mehrheitsfähig gewesen unter den Zionisten. Ein wesentlicher Grund dafür liegt in der Verfolgung der Juden in vielen Ländern und der systematischen Vernichtung der Juden während des Nazi-Regimes, die den Willen zu einem nur der eigenen Nationalität gewidmeten Staat bestärkte, der die Juden vor neuer rassistischer Bedrohung und Verfolgung schützen sollte. Das erklärt viel am militärischen Aufwand Israels - es kann dennoch kein fortdauerndes neues Unrecht gegen andere Nationalitäten legitimieren.

Auch in der palästinensischen Nationalgeschichte findet sich die Vorstellung nach einem Zusammenleben von Arabern und Juden in einem "demokratischen säkularen Staat" Palästina, heute noch als weitreichende Perspektive der 1964 gegründeten PLO. Als erzielbare Forderung taucht sie in der Politik der PLO hingegen nicht mehr auf. Die historische Gelegenheit dafür ist nicht mehr sichtbar, war es im Grunde auch spätestens seit der Staatsgründung Israels nicht mehr. Selbst die Forderung nach einem eigenständigen palästinensischen Staat a n d e r S e i t e Israels verschwimmt immer mehr aus der Realitätsvorstellung, sie hat die beherrschenden Mächte des Nahen Ostens gegen sich (Israel und USA) und immer weniger auch nur theoretisch denkbares Territorium vor sich (wegen der faktischen Annektion immer größerer Teile der besetzten Gebiete durch die israelische Siedlungspolitik). Die israelische Regierung stellt sich kurzerhand auf den Standpunkt: ein palästinensischer Staat existiere bereits, das sei Jordanien, wegen der seinerzeit gemeinsamen Mandats-

verwaltung durch Großbritannien und wegen des mehrheitlich palästinensischen Bevölkerungsanteils in Jordanien. Die israelische Regierung droht auf diesem Wege das Geschichtsbuch der Palästinenser in Palästina selbst endgültig zuzuklappen.

Die Palästinenser und ihre 1974 auch von den arabischen Staaten und der UNO anerkannte Vertretung, die PLO, haben angesichts dieser Situation nicht viele Möglichkeiten. Die Forderung nach einem auf die Westbank und den Gaza-Streifen begrenzten palästinensischen Staates und die damit einhergehende Anerkennung Israels in den Grenzen von vor dem Juni-Krieg 1967 sind in der PLO längst verankert - die Anstrengungen der PLO-Führung seit dem Auszug aus dem Libanon und dem letzten palästinensischen Nationalkongreß im November letzten Jahres in der jordanischen Hauptstadt Amman richten sich derzeit auf eine eventuelle Konföderationslösung mit Jordanien. Dies könnte dem Anfang September 1982 vorgetragenen Reagan-Plan entsprechen, der nach einer fünfjährigen Übergangsperiode palästinensischer "Autonomie" unter israelischer Regierung eine "Selbstverwaltung der Palästinenser im Westjordanland und im Gaza-Streifen in Assoziierung mit Jordanien" anvisiert, wobei es aber auf jeden Fall auch nicht um eine vollständigen Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten gehen soll. Der damalige und heutige israelische Außenminister Yitzhak Shamir (Likud) hat diesen Plan seinerzeit sofort zurückgewiesen und erneut die Formel "Autonomie der Bevölkerung in Westjordan und Gaza, aber nicht des Territoriums" vorgebracht. Die israelische Arbeiterpartei (Mapai), die heute in Koalition mit dem Likud-Block den Ministerpräsidenten Perez stellt, hat im Reagan-Plan seinerzeit "eine Verhandlungsgrundlage gesehen". Die 12. arabische Gipfelkonferenz am 9.9.82 in Fes (Marokko) hat dem Reagan-Plan einen Friedensplan gegenüber gehalten, der einen vollständigen Rückzug Israels aus den 1967 besetzten Gebieten verlangt, einschließlich einer vollständigen Auflösung der israelischen Siedlungen, und die Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates mit Jerusalem als seiner Hauptstadt, nach einer Übergangsperiode der besetzten Gebiete unter UN-Aufsicht, die wenige Monate nicht überschreiten soll.

Für die Grünen sollte es selbstverständlich sein, die Forderungen nach israelischem Truppenrückzug, nach dem Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und einen eigenen Staat an der Seite Israels, und nach der Anerkennung der PLO - durch die Bundesregierung - zu unterstützen.

"Opfer der Opfer" ?

"Hier, in der Bundesrepublik Deutschland, hat das durchaus verständliche Gefühl einer Schuld, eines schlechten Gewissens gegenüber den vom Hitlerfaschismus verfolgten und vernichteten Juden eine ganz verhängnisvolle Nebenwirkung. Es macht nämlich vielen Deutschen die Augen blind, die Herzen stumpf und die Köpfe vernagelt gegenüber den Verbrechen, die an Palästinensern, Libanesen und anderen Arabern begangen werden. Dabei haben die Deutschen, die sich - aus subjektiv-ehrlichen Wiedergutmachungsbestrebungen gegenüber den Juden - jede Kritik am Zionismus versagen, ihre eigenen Gedanken nicht zu Ende gedacht. Sonst wüßten sie, daß in Wirklichkeit auch die Palästinenser Opfer des Hitlerfaschismus geworden sind, und daß daher gerade die Bundesrepublik Deutschland eine ganz besondere Verpflichtung gegenüber den Palästinensern hätte."
(Erich Fried, in: Kürbiskern, Nr. 4/82)

"... das israelische Verhalten gegenüber den Palästinensern entspringt nicht nur den Bedingungen eines besonderen territorialen und kolonialen Konflikts, es ist auch mitgeprägt durch die Reaktion auf die extreme jüdische Ohnmacht angesichts der Nazibarbarei. Insofern sind die Palästinenser Opfer der Opfer."
(John Bunzl, in AZ, Wien, 8.7.82)

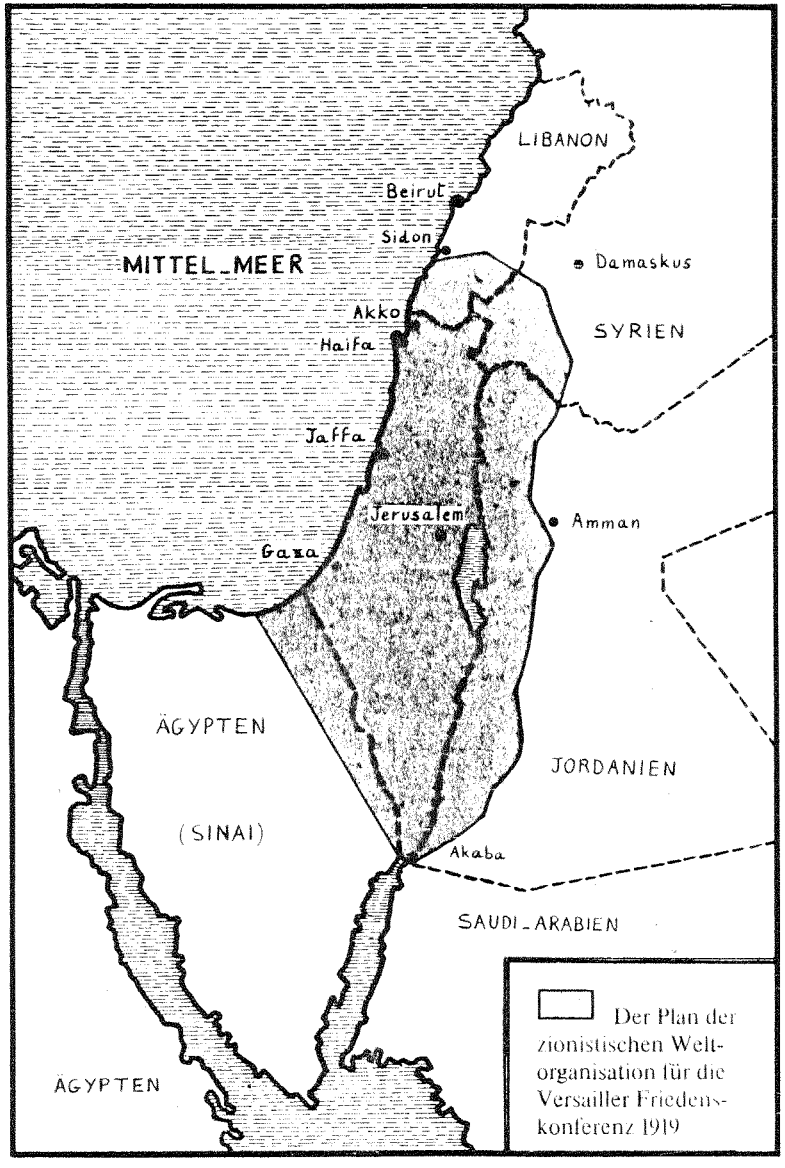
V/17

Ich habe auf der Pressekonferenz in Tel Aviv einen Begriff verwendet, den ich im palästinensischen Widerstand gefunden habe, den ich auch beim jüdischen Schriftsteller Erich Fried und beim österreichischen Juden John Bunzl gefunden habe, und der, wie mir von einem Vertreter der israelischen Botschaft in Bonn gesagt wurde - ich weiß nicht, ob es stimmt - von Heinrich Albertz geprägt worden sein soll: daß die Palästinenser "die Opfer der Opfer" der Naziverbrechen seien. Das ist kritisiert worden. Jo Müller hat es im "Pflasterstrand" (12.1.85) eine "zynische Ungeheuerlichkeit" genannt, und kommentiert: "Was heißt das anderes, als daß die jüdischen Israelis das an ihnen u.a. von den Nazis vollzogene Unrecht an die Palästinenser weitergeben würden?"

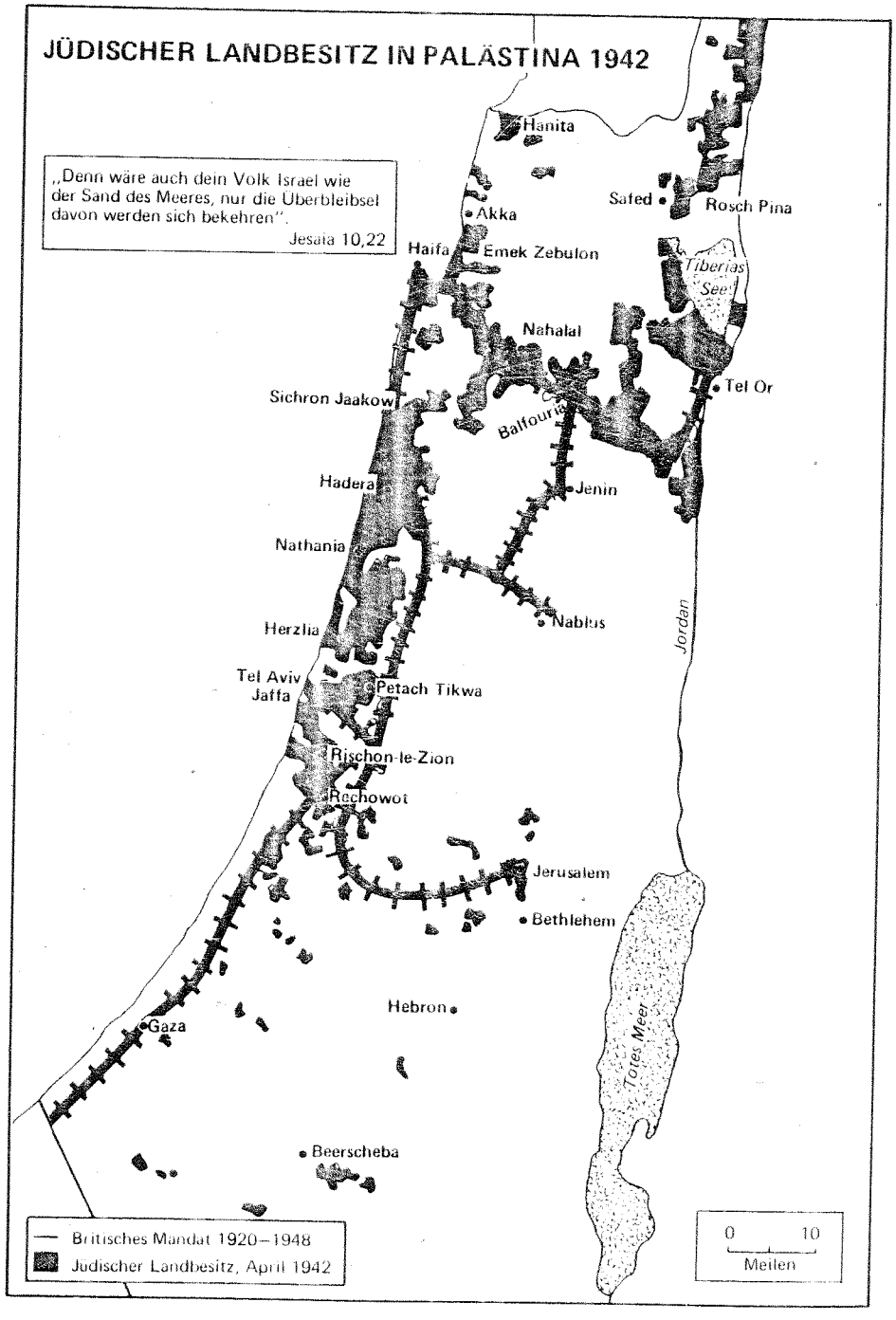
Es heißt etwas anderes, als eine in der Tat falsche Gleichsetzung zu betreiben. Zwischen Auschwitz und Beirut oder Hebron, zwischen der Judenvernichtung durch das Nazi-Regime und der israelischen Kriegs- und Besatzungspolitik besteht ein Unterschied - nicht nur im Ausmaß der Opfer, auch in Art und Motiven. Daß ein solcher Vergleich von der Delegation insgesamt abgelehnt wurde, mag unsere Richtigstellung gegenüber der Lebanese Press Agency belegen, die uns einen solchen Vergleich unterstellt hatte - auch wenn wir wissen, daß diese Vergleiche von einigen arabischen Seiten, selbst von jüdischen Kritikern der israelischen Regierung, und sogar vom ersten Premierminister Israels, David Ben Gurion, im Mai 1963 gegenüber dem späteren Ministerpräsidenten Menachem Begin gezogen wurde, den er als "ganz und gar von der Art Hitlers" bezeichnete.

Unbestreitbar bleibt wohl, wie John Bunzl es beschrieben hat, daß sich in der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern auch wiederspiegelt, daß es nie mehr zu einer solchen Ohnmachtssituation des jüdischen Volkes wie angesichts der Nazibarbarei kommen soll, daß die Art der israelischen Staatsgründung, die militarisierte Politik Israels auch ein Reflex der Überlebenden des Holocaust auf das Leiden des jüdischen Volkes ist - wenngleich der Gedanke des Judenstaates bekanntlich historisch viel tiefer wurzelt. Es ist deswegen wohl besser, um falsche Gleichsetzungen nicht daraus interpretieren zu lassen, wenn in Bezug auf die Verantwortung der Bundesrepublik nicht von den "Opfern der Opfer" der Nazibarbarei, sondern von den "späten Opfern" der Nazibarbarei gesprochen wird, für die die Bundesrepublik a u c h eine Haftung zu übernehmen hat.

Meine Äußerung lag im übrigen auch nur in diesem Zusammenhang: Die Bundesrepublik leistet als besondere deutsche Hilfe an die UNRWA, die Hilfsorganisation der UNO für die Palästina-Flüchtlinge, lediglich 7 Millionen DM im Jahr. Andere Staaten leisten da wesentlich mehr, obwohl sie im Vergleich teilweise deutlich geringere wirtschaftliche Potenz haben als die BRD: die USA, Japan, Großbritannien, Norwegen, Kanada und die Schweiz. Sie haben zudem eben nicht die gleiche moralische Haftung aus ihrer Geschichte. Wir haben bereits in der letzten Haushaltsberatung beantragt, diesen Betrag zumindest zu verdoppeln, was aber von allen anderen Bundestagsfraktionen abgelehnt wurde. Auf den Pressekonferenzen in tel Aviv und nach unserer Rückkehr in Bonn haben wir diese Forderung erneut erhoben.



aus: Abdallah Frangi, PLO und Palästina - Vergangenheit und Gegenwart, Ffm 1982

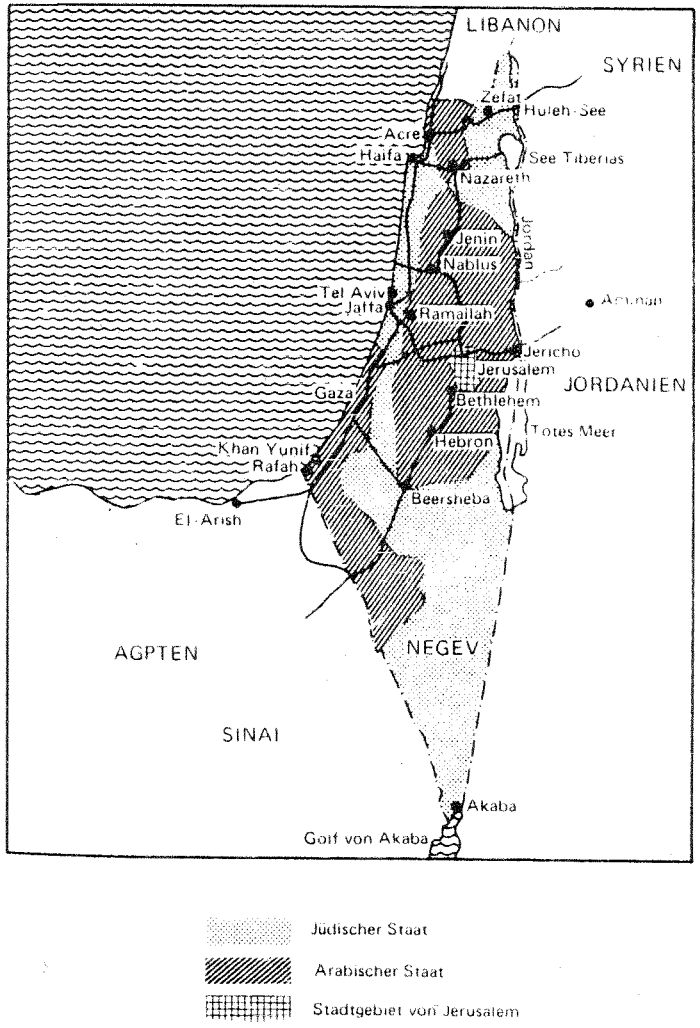


aus: Walter Laqueur, Der Weg zum Staat Israel - Geschichte des Zionism , Wien 1972, S. 590

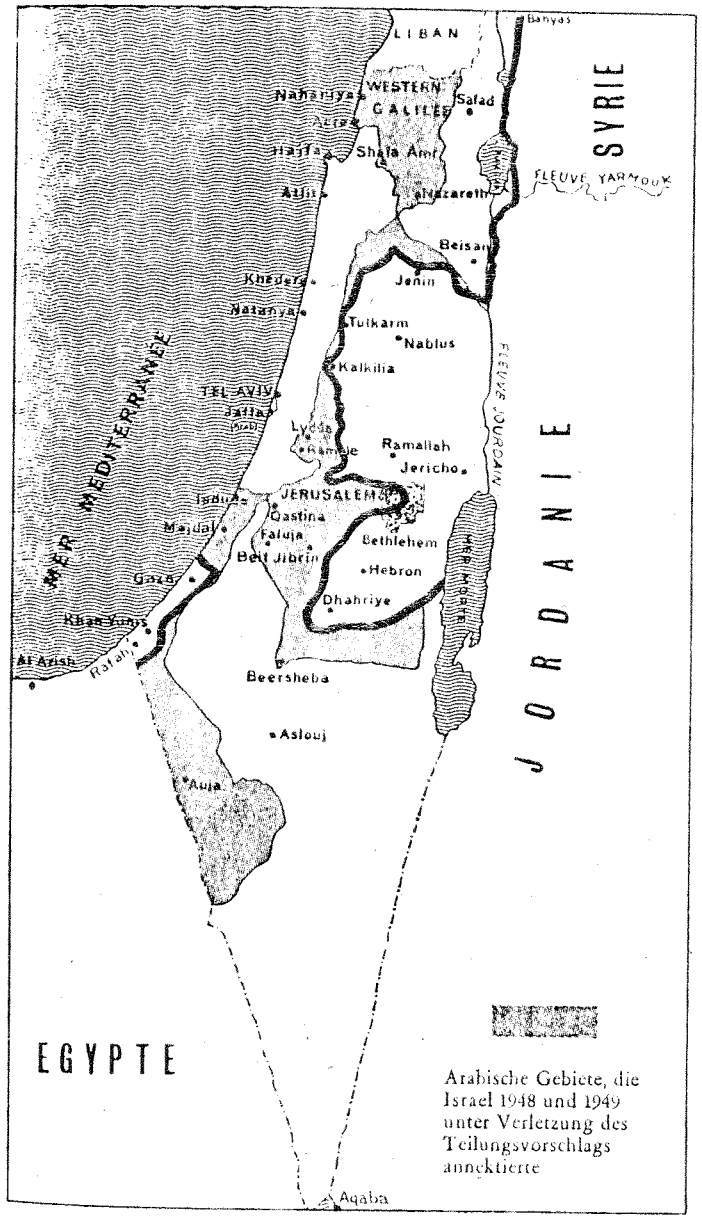
8V/17

Palästina

Karte des Teilungsplanes nach dem UN-Beschluß
vom 29. November 1947

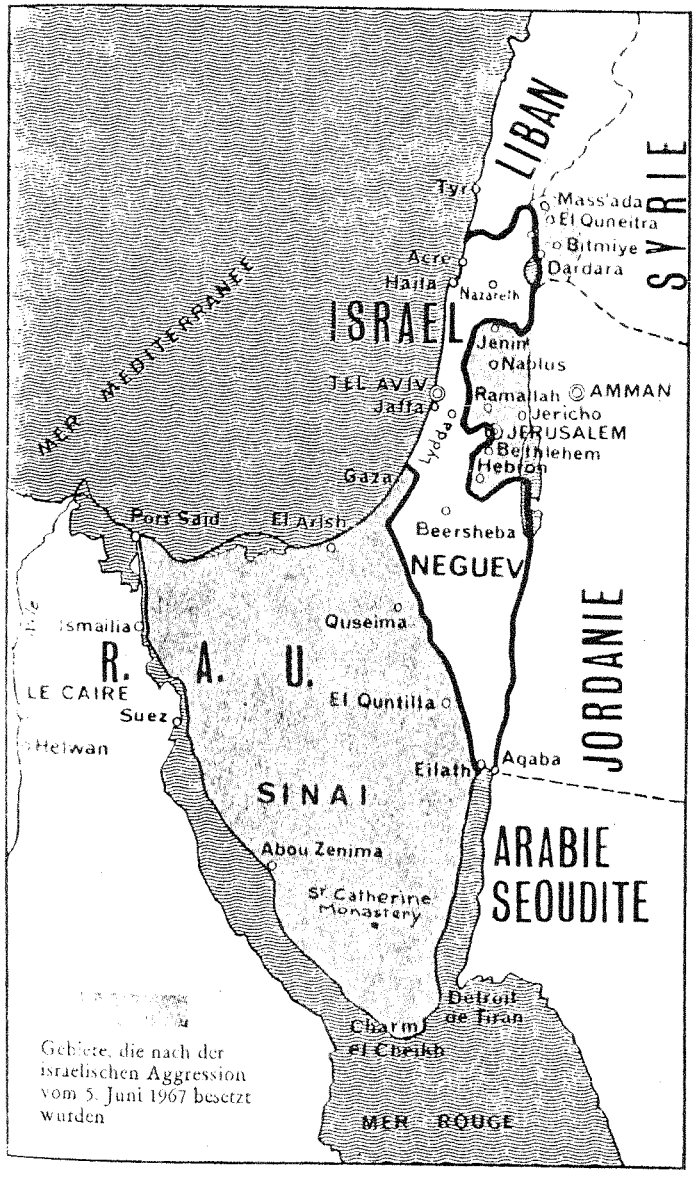


aus: Nahostkonflikt und Menschenrechte, hrg. von der Deutsch-Arabischen Gesellschaft, Bonn, 1981, S. 39



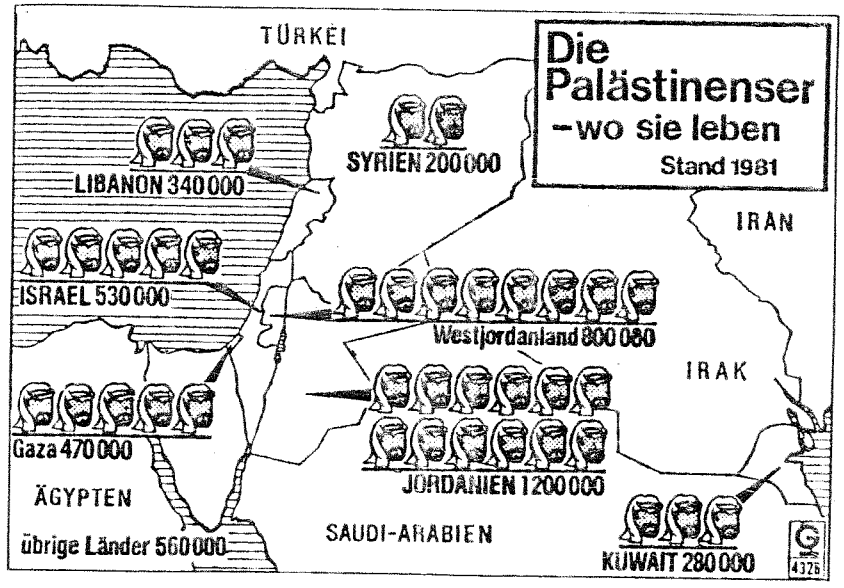
dto., S. 41

6V/17



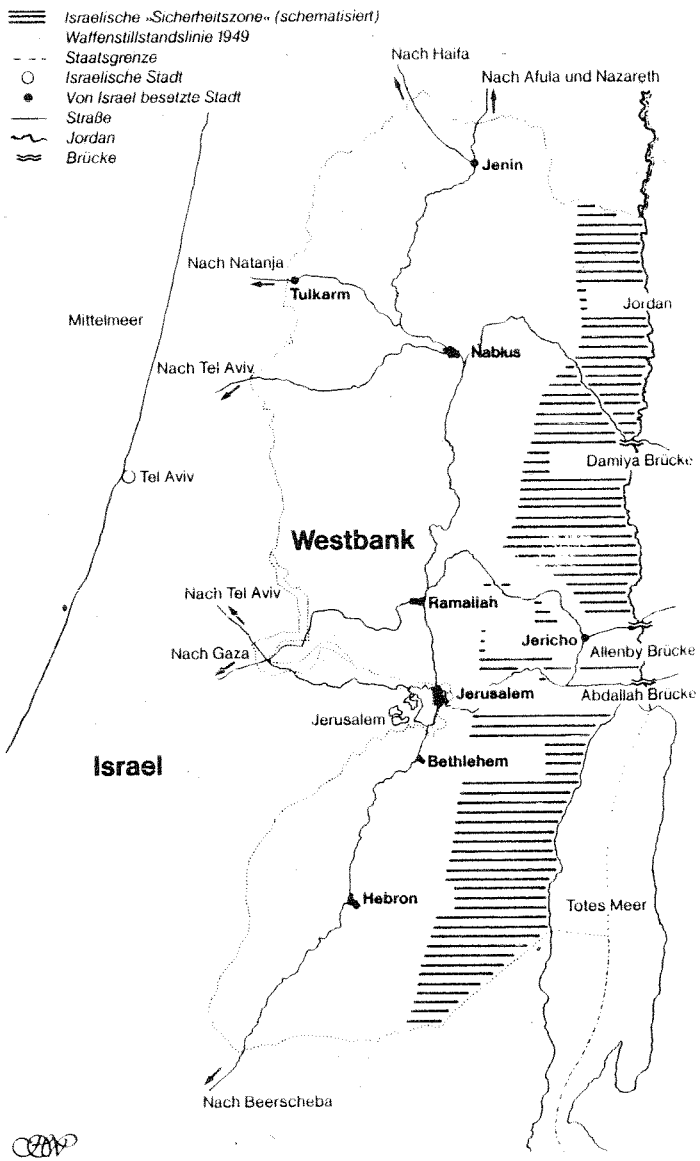
aus: Nahostkonflikt und Menschenrechte, hrg. von der Deutsch-Arabischen Gesellschaft, Bonn, 1981, S. 59

Der Sinai wurde inzwischen an Ägypten zurückgegeben.

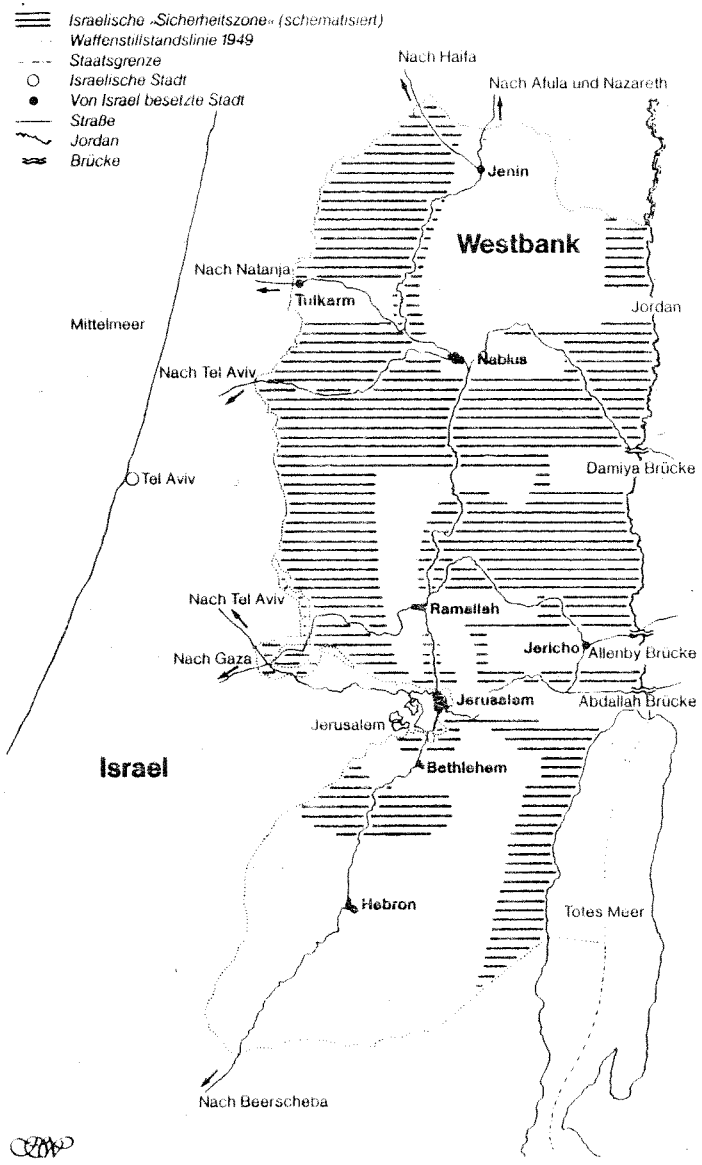


aus: Libanon '82 - Der israelisch-palästinensische Krieg - Eine Dokumentation
Wien o.J., S. 87

Israelischer Siedlungsgürtel nach dem »Allon-Plan«



Israelische Siedlungsgürtel nach dem »Scharon-Plan«



VI/21

aus: J.Metzger/M.Orth/C.Sterzing, Das ist unser Land - Westbank und Gaza-Streifen unter israelischer Besatzung, Bornheim-Merten, 1980, S. 45 u. 49

V/22 Pflasterstrand, 12.1.85

Zwei Kommentare zur peinlichen Nahostreise

Jo Müller /Bonn-

Richtig deutsch, unter der Führung des »Delegationsleiters« Reents, polterte eine Gruppe Grüner durch den nahöstlichen Porzellanladen. Vorher hatte man sich verständigt, zwar seine Vorurteile nicht berühren zu lassen, dafür das Ganze jedoch eine Informationsreise zu nennen. Reents Vorurteile als »Russenknecht«, wieihn Joschka Fischer zu nennen pflegt, sind klar.

Die israelischen Juden können vor seinen deutschen, linksorthodoxen Augen keine Gnade finden, schließlich haben sie die falschen Freunde, die USA und die amerikanischen Juden.

Einseitigkeit war also das Gebot der Stunde.

So forderte man u.a.: Die Israelis sollen sofort den Libanon verlassen (was eine notwendige Voraussetzung für die Befriedung der Region sein mag), die Syrer samt ihren sowjetischen Waffen natürlich nicht.

Als die Syrer jüngst den Krieg der Arafat-Gegner gegen Teile der PLO unterstützten (weil Arafat auch eine politische Lösung im Nahen Osten will), da verstummten unsere Palästinensersolidaristen, da gab es keine Verurteilung der Massaker, die die PLO-Rebellen in den palästinensischen Lagern mithilfe einer syrisch unterstützten Artillerie angerichtet haben.

Selbstverständlich wurde von den Linksorthodoxen auch früher kein zusätzlicher arabischer Staat auf der Westbank gefordert, als beispielsweise Husseins Beduinenkrieger die Palästinenser aus Jordanien gewaltsam vertrieben. Eine solche Forderung hätte einiges für sich, doch daß sie den israelischen Juden nicht frommt, ist einsichtig. Sie vermuten wahrscheinlich zu Recht, daß ein palästinensischer Staat an ihrer Grenze erneut zu einem vernichtenden Zweifrontenkrieg führen könnte. Ihre Bedingung muß also Waffenlosigkeit und Anerkennung des Existenzrechts Israels sein.

In der ersten Nachkriegszeit, als Moskau zwecks Bindung amerikanischer Kräfte im Nahen Osten sein Herz noch nicht für die Araber entdeckt hatte, war das mit Israel noch einfach. Die deutsche Linke war pro-israelisch, und sie hatte aufgrund der gemeinsamen KZ-Erfahrungen gute Gründe dafür.

Die Politik Israels kann man kaum verstehen, ohne die Erfahrungen des verzweifelten Widerstandes der jungzionistischen Juden im Warschauer Ghetto 1944. Dort wurden drei Sachen gelernt:

1. Sei nie mehr der Jude, den sich die Antisemiten und Faschisten wünschen. Sei nicht christlicher als die Christen, halte niemals mehr die andere Backe hin, denn das industrialisierte Pogrom ist von einer neuen Qualität; es ist nicht durch Anpassung und Chuzpe zu überleben.
2. Verlasse Dich niemals auf deine »natürlichen« Bündnispartner, denn die polnischen Widerständler und die Rote Armee haben beide mit ihren Offensiven gewartet, bis der Aufstand zerschlagen war. Die Rote Armee übrigens auch noch, bis der polnische Aufstand durch SS und Wehrmacht erledigt war.
3. Es muß ein Staat her, um den Völkern der Welt gleich und damit anerkannt zu werden.

Soviel von der Geschichte wußten die Jungs und Mädels aus der deutsch-grünen Delegation natürlich nicht. In ihrem ideologischen Eifer, es der vermeintlich richtigen Seite recht zu machen, lancierten sie erst einmal ein Papier, in dem deutlich hervorgehoben wurde, daß es begrüßenswert sei, wenn man gerade **keine** Kontakte zur israelischen Regierung oder deren Parteien aufnimmt, es ist klar, daß der gewählte Zweck damit erreicht wurde! Kaum war das Papier bekannt, wurde wahrscheinlich zwecks Vertuschung der Peinlichkeit erstmalig durch die grüne Fraktion so richtig gelogen. Dies sei nicht das einzige Vorbereitungspapier, wurde verlautbart, ich jedoch frage mich, warum mir und anderen kein einziges anderes Papier bekanntgeworden ist? Sollten hier wirklich die Öffentlichkeit und die Fraktion belogen worden sein, dann haben Reents und Gaby Gottwalds, die beiden Fraktionsantiimpis vom Dienst, die Grünen in einen unnötige Krise getrieben, allein um ihre ideologische Position bei den Grünen durchzusetzen. Nur am Rande sei vermerkt, daß keine der geäußerten Positionen jemals in der Fraktion oder gar in der Partei beschlossen worden ist, aber für ideologisches Eiferertum galt Demokratie schon immer als eine lästige Erscheinung bürgerlicher Dekadenz.

Und nun wundert man sich, daß die israelischen Juden angesichts der einseitigen Stellungnahme zu Gunsten der Feinde Israels den Antisemitismusvorwurf erheben, wenn ausgerechnet eine deutsche Delegation noch nicht einmal das Existenzrecht Israels in gleicher Vehemenz fordert, wie einen Palästinenserstaat. Man muß sich leider ernsthaft fragen, ob an diesem Vorwurf etwas dran ist. Daß Reents und Gottwald die Gnade ihrer Solidarität immer schon nur entlang der Linie der Blockkonfrontationen und der immer als richtig eingeschätzten Seite zuteilkommen ließen, ist verhältnismäßig egal, weil es noch keinen öffentlichen Schaden angerichtet hat. Mit dem Antisemitismusvorwurf ist es etwas anderes, das kann Wasser auf die Mühlen Heiner Geisslers und anderer werden.

Die gemütliche Formel für die deutsche orthodoxe Linke lautet seit dem Schwenk Moskaus: Wir sind antiisraelisch und nicht antisemitisch. Wie sollen die israelischen Juden das eigentlich verstehen können, wenn so eine Formel von jungen Deutschen vorgetragen wird? Denn das »ärgerliche«: ist ja, daß in Israel im wesentlichen Juden wohnen, ja, daß dieser Staat Symbol jüdischer Identität geworden ist. Man mag darüber rechten, ob dieser Weg nicht eine falsche Anpassung an den Nationalismus der europäischen Völker ist, aber da sollte man gerade als Deutscher nicht zu laut meckern. Der Diskurs darüber ist durch das törichte Auftreten der grünen Fraktionsreise nur erschwert worden.

Es ist ja noch nicht so lange her, daß Nasser und die Organisationen der Palästinenser mit der Parole, die israelischen Juden zurück ins Meer zu treiben, in den Krieg gezogen sind. Ein Volk, für das Pogrome und Antisemitismus historische Leidensnormalität war, neigt zu hysterischen Überreaktionen.

Es ist legitim, die vorwiegend aufs Militärische setzende Politik der israelischen Regierung langfristig für selbstmörderisch zu halten. Aber muß es nicht irritieren, daß von Reents hier wieder einmal ein **anderer Jude** gefordert wird, ein nicht aggressiver, der mal wieder die Backe hinhält, der Kulturjude ohne Staat? Ich jedenfalls könnte den Antisemitismusvorwurf leichter zurückweisen, wenn die deutsche orthodoxe Linke sich in gleicher Weise für die Rechte der Schwarzen in Südafrika oder der von allen Blöcken verratenen Eritreanern engagieren würde, oder wenn man die Kolonialisierung Kambodschas durch die Vietnamesen verurteilen würde, — aber selbst die notwendige Solidarität mit der polnischen Freiheitsbewegung gilt bei Reents u.a. bereits als unanständig.

Es wird noch peinlicher: natürlich müssen sich selbst Reents und Gottwald mit der deutschen Vergangenheit auseinandersetzen. Prosemitismus und Antifaschismus sind in der BRD natürlich wohlfeil, — Juden gibt es kaum noch und die Faschisten sind zur Zeit keine relevante Kraft in der BRD. So kann man sich die Vergangenheitsbewältigung so einfach wie möglich machen. Man bereinige sein historisches Gewissen, indem man die Juden Israels mit den Nazis gleichstellt. Diese zynische Ungeheuerlichkeit kommt in der Reents'schen Formel zum Ausdruck: »Die Palästinenser seien Opfer der Opfer«! Was heißt das anderes, als daß die jüdischen Israelis das an ihnen u.a von den Nazis vollzogene Unrecht an die Palästinenser weitergeben würden.

Eine derartige Formel liegt nicht nur faktisch völlig daneben —, die Israelis führen einen Krieg und das ist schlimm genug —, es ist eine Verharmlosung einer zweitausendjährigen Geschichte, die voll ist von Bedrückung und Pogromen, und insbesondere der Gaskammern von Auschwitz und anderer industrialisierter Vernichtungsanlagen.

Dies ist wohl der gröbste Fehler der Nahost-Delegation: Ohne jede Sensibilität für die Geschichte des jüdischen Volkes gereist zu sein — deutscher geht's nimmer!

JO MÜLLER

V/23 Kommune 1/85

Delegation auf Abwegen

In der ersten Wut über die bewußte Einseitigkeit und das bewußt verletzende Auftreten der deutsch-grünen Delegation in Israel war man versucht, genau so einseitig dagegenzuhalten. Man hätte sich dann wenigstens der Illusion hingeben können, einen »Ausgleich« erzielt zu haben. Obwohl diese Wut berechtigt ist, da hier mal wieder eine ideologisch-programmatische Festlegung der Grünen (ungefähr auf der Linie der Palästina-Komitees der 70er Jahre) erfolgen sollte, ohne daß in der Fraktion oder der Partei auch nur eine Möglichkeit des Diskurses gegeben gewesen wäre, hätte man den gleichen Fehler gemacht wie die Delegation von Reents und Gottwald.

Die Vertreibung der Palästinenser bei der Gründung der Republik Israel war ein von Israelis und englischen Kolonialherren vollbrachtes Unrecht, und eine expansionistische Außenpolitik, die dieses Unrecht fortsetzt, verlängert dieses und wird nie zu einem Frieden in der Nah-Ost-Region und zu einem Frieden zwischen dem jüdischen und dem palästinensischen Volk führen.

Eine militaristische Expansionspolitik ist auch für die Republik Israel wahrscheinlich genau so existenzbedrohend wie ein panarabischer Nationalismus, der »die Juden zurück ins Meer treiben« wollte.

Das gegenüber den Palästinensern geschehene Unrecht ist für die betroffenen Palästinenser nicht zu legitimieren durch die jahrhundertelange Verfolgung der Juden in Asien und Europa.

Trotz der unberechtigten Vertreibung von Arabern seit der Zeit der Gründung des Staates Israel kann man heute diesem Staat seine Anerkennung nicht verweigern. Schon Marx hat betont, daß die Beharrung auf historisches Recht oder Unrecht nicht zu einem Frieden zwischen den Völkern führt. Unsere Vertriebenenverbände sind dafür lebendiger Beweis! Israel befindet sich teilweise noch in der Situation der DDR zur Zeit der Hallsteindoktrin. Die Verweigerung dieses Existenzrechts blockiert jede Weiterentwicklung innerhalb Israels und im Nahen Osten. Durch diese Verweigerung wird das historisch und aktuell berechtigte Gefühl der Bedrohung der Existenz des jüdischen Volkes geschürt. Die Erfahrung der Pogrome und insbesondere des letzten deutschen der Massenvernichtung bestimmt selbstverständlich das Bewußtsein und die Politik Israels. Der Zionismus ist eine Antwort auf diese historische Erfahrung.

Wenn man also das an den Palästinensern vollbrachte Unrecht beispielsweise durch die Gründung eines weiteren arabischen Staates auf der Westbank mildern will, — soweit das überhaupt möglich ist —, dann geht das nur, indem dem aufgrund historischer Erfahrungen berechtigtem Sicherheitsinteresse des jüdischen Volkes in Israel Rechnung getragen wird.

Es ist also so, daß gerade eine bewußt vorgetragene antiisraelische Haltung einen Frieden im Nahen Osten und einen Palästinenserstaat mit verhindert. Wenn diese dann noch in belehrender Art von einer deutsch-grünen Delegation vorgetragen wird, dann ist es allerdings kein Wunder, daß die israelischen Juden aus leidvoller Erfahrung mit dem deutschen Wesen mit dem Antisemitismusvorwurf kontern.

Man muß dabei bedenken, daß in dem vorbereitenden »Strategiepapier« schlichtweg festgestellt wird, daß es sich bei der Republik Israel nicht um eine Demokratie handelt. Man mag mit den Ergebnissen nicht einverstanden sein, doch immerhin ist Israel das einzige Land im Nahen Osten, in dem freie Wahlen stattfinden. Wenn dann noch, wie in dem Vorbereitungspapier, festgestellt wird, man solle möglichst alle Kontakte mit offiziellen Organen Israels vermeiden, dann vermuten die Israelis natürlich zu Recht, daß eine Anerkennung des Existenzrechtes Israels vermieden werden sollte.

Ich gehe davon aus, daß es jenseits der gebotenen Solidarität mit den Palästinensern ein besonderes Verhältnis zwischen deutschen und Israelis aufgrund der deutschen Geschichte gibt. Diese zu leugnen, kommt eigentlich der Peinlichkeit eines Kanzlers Kohl in Israel gleich, der dort allein betonte, einer nicht »betroffenen« Generation anzugehören.

Wenn man dann noch erfahren muß, daß unsere Delegation die Gedenkstätte für die Opfer des deutschen Faschismus »Yad-Va-Schem« *nur* aufgrund heftiger Aufforderung von unserem Pressesprecher Heinz Suhr besucht hat, dann fragt man sich, wie diese eifernde antiisraelische Einseitigkeit zu erklären ist.

Vielleicht dadurch, daß die israelischen Juden die »falschen Freunde« haben, nämlich die USA und die amerikanischen Juden, ohne deren Geldspenden Israel wirtschaftlich schwer lebensfähig wäre. Deutlich wird das ganze in der Forderung, daß die Israelis aus dem Libanon abziehen sollen, wogegen nur dann etwas zu sagen ist, wenn man nicht gleichzeitig den Abzug der syrischen Truppen fordert. Aber genau dies wurde von »unserer« Delegation mit gleicher Deutlichkeit nicht getan. Man wollte auch einmal wieder einseitig entlang der Blockkonfrontation Stellung beziehen.

Noch schlimmer allerdings ist es, daß Reents in einer der vielen Presseverlautbarungen die Palästinenser als »Opfer der Opfer« bezeichnet hat. In dieser Formel liegt ein großes Maß an falscher deutscher Vergangenheitsbewältigung, die genau so dumm ist wie die Lobhudeleien der Springerpresse gegenüber der israelischen Politik. In dieser Formel wird suggeriert, als würden die israelischen Juden das deutsche Pogrom der Nazis an die Palästinenser weitergegeben haben. Abgesehen davon, daß die größte Zahl der Opfer des deutschen Antisemitismus nie eine Chance hatte, Israel zu erreichen, sondern u.a. in den Gaskammern von Auschwitz ermordet wurde, ist diese Formel eine Verniedlichung des deutschen Nationalsozialismus. Die israelische Regierung führt einen Krieg und sie legitimiert diesen als Verteidigungskrieg für ihr Volk, dies allein ist schon schlimm genug. Was die deutschen Nationalsozialisten samt ihrer Wehrmacht getan haben, war etwas ganz anderes, es war der industrialisierte Völkermord, vergleichbar allein mit den stalinistischen Säuberungen.

Es stellt sich also die Frage, wieviel Außenpolitik erträgt der ökologisch/soziale Ansatz der Grünen, für den sie gewählt werden. Die Friedenspolitik paßt dazu und war eine richtige Bereicherung, die ständigen Solidaritätsbekundungen und -reisen haben mit grüner Politik immer weniger gemein. Eine originär grüne Außenpolitik sollte neu definiert werden, damit uns der ständige Ärger à la »haust Du meinen Juden, hau ich Deinen Juden« erspart bleibt (fährt Milan nach Afghanistan, muß Reents nach Syrien usw.). Jenseits der programmatisch von den Grünen vorgegebenen Blockfreiheit und Gewaltfreiheit sollten zwei Kriterien gelten, das der Menschenrechte und das der Ökologie.

Die ökologische Krise ist eine weltweite. Es trifft am stärksten und zuerst die armen Völker, wie die Versteppung rund um die Sahelzone zeigt. Wenn es überhaupt so etwas gibt wie grüne Außenpolitik, dann wäre das die Solidarität mit denjenigen Völkern, die so arm sind, daß sich noch nicht einmal die beiden Blöcke für sie interessieren.

Jo Müller

V/24

Anmerkungen zu zwei Artikeln von Jo Müller über unsere Nahost-Reise

Jo Müller hat im Frankfurter "Pflasterstrand" vom 12.1.85 und in der Januar-Ausgabe der "Kommune" zwei Kommentare zu unserer Nahost-Reise geschrieben. Das Ärgerliche an diesen Kommentaren ist nicht, daß er eine Kontroverse über unsere Reise, die auch in den Reihen der Grünen selbst besteht, öffentlich austrägt, sondern w i e er es tut. Auf die inhaltlichen Streitfragen gehe ich an anderer Stelle ein, da Jo in dieser Beziehung keine besonderen Kritiken vorbringt (Einseitigkeit, Existenzrecht Israels, Sensibilität usw.). Eingehen will ich an dieser Stelle nur auf seinen rhetorischen Freistil, bei dem alles erlaubt ist, was auch ohne Argument ein Aha-Erlebnis über unsere Reise bescheren soll: Verdächtigungen, Unterstellungen und Lügen.

1) Jo behauptet, w i r (die Delegation) hätten das Arbeitspapier, das schon vor der Reise für Wirbel sorgte, selbst "lanciert". Unser Motiv dafür sei der "ideologische Eifer" gewesen, "es der vermeintlich richtigen Seite recht zu machen". Düster, düster - eines Beweises bedarf es nicht, ihn kann es auch nicht geben, die Behauptung ist schlicht eine Lüge. Aber manch "Pflasterstrand"-Leser(in) mag sich vielleicht denken: der Jo ist schließlich Fraktionsmitglied, der wird die Internas schon kennen. Wie sollen wir dem eigentlich entgegnen, wenn es offensichtlich weder auf Beweise noch auf Logik ankommt? Daß uns dieses Papier schließlich selbst geschadet hat in Israel, und auch in der Bundesrepublik? Na ja, Tolpatschigkeit, haben sich verrechnet, ist ihnen bei ihrem "ideologischen Eifer" womöglich sogar egal. Uns bleibt das dürftige: Stimmt nicht! - und Jo als vermeintlichem Intimkenner der gnädige Glaube derjenigen, die solchen Leuten, die in Jo's Kommentar als "Fraktionsantiimpis vom Dienst" und "Russenknecht" tituliert werden, sowieso alle möglichen Winkelzüge zutrauen. Die israelische Botschaft in Bonn wird sicher nicht verraten, von wem sie das Papier erhalten hat.

2) Jo behauptet, es wurde "wahrscheinlich" (welch herrliche Einschränkung!) "erstmalig durch die grüne Fraktion so richtig gelogen. Dies sei nicht das einzige Vorbereitungspapier, wurde verlautbart, ich jedoch frage mich, warum mir und anderen kein einziges anderes Papier bekannt geworden ist?" Ja, das muß den "Pflasterstrand"-Leser wirklich mißtrauisch machen - vor allem, wenn er nicht weiß, daß Jo Müller mit den Einzelheiten der Außenpolitik der Fraktion gar nichts zu tun hat, daß es Dutzende und mehr Papiere und Materialien im außenpolitischen Arbeitsbereich gibt, die Jo nicht bekannt sind, so wie es Dutzende und mehr Papiere aus Jo's Arbeitsbereich (Wirtschaft und Finanzen) gibt, die mir nicht bekannt sind, usw. Das Interesse ist erwacht, weil es Krach gegeben hat in den Medien. Dem von Jo geschürten Mißtrauen k ö n n t e man in der Tat begegnen - indem wir jetzt unsere Aktenordner gleich an den "Pflasterstrand" schicken. Aber warum? Ich rege mich nicht darüber auf, d a ß ein Arbeitspapier öffentlich geworden ist, das nur für diejenigen geschrieben war, die mit der konkreten Vorbereitung der Nahost-Reise zu tun hatten, und das in dieser Form gar nicht von der Delegation und vom zuständigen Fraktionsarbeitskreis beschlossen wurde. Das gehört zum diskreten Charme des Journalismus, solche Materialien von uns wie vom anderen öffentlich zu machen - auseinandersetzen darf man sich aber wohl damit, wie dieses Papier gebraucht bzw. mißbraucht wurde. Und: wieso soll aus der Tatsache der Veröffentlichung dieses Papieres eigentlich folgen, daß jetzt auch andere schriftliche Vorschläge und Materialien aus der Vorbereitung der Nahost-Reise auf die Redaktionstische gelegt werden? Weil Mißtrauen gesät wird? Weil wir in die Ecke geboxt wurden? Weil sowieso alles für alle ist? Weil sonst der Verdacht bleibt, man wolle etwas verbergen? - Aber wer hat diesen Verdacht in die Welt gesetzt, und was soll das, wo die Auffassungen von jedem von uns im Zusammenhang mit dieser Reise offen diskutierbar sind? Jo hat mich am 8.1. nach weiteren Vorbereitungspapieren über die Nahost-Reise

gefragt, bei der ersten (Rumpf)Fraktionssitzung nach der Neujahrspause (eine halbe Stunde vor ihm hatten mich bereits israelische Journalisten danach gefragt). Ich habe ihm gesagt, daß er diese bei mir einsehen kann, aber zur weiteren Herausgabe und Veröffentlichung seien sie nicht gedacht. Zu diesem Zeitpunkt lag sein Aufsatz, daß "wahrscheinlich ... erstmalig ... so richtig gelogen" worden sei, schon gesetzt in der "Pflasterstrand"-Redaktion.

3) Jo behauptet, wir hätten die Forderung nach einem Abzug der syrischen Truppen aus dem Libanon "natürlich nicht" erhoben, und wir seien "verstummt" gewesen, als die Syrer "den Krieg der Arafat-Gegner gegen Teile der PLO unterstützten",und hätten damals "keine Verurteilung der Massaker" ausgesprochen. Nichts davon ist wahr.
Den Abzug der syrischen Truppen aus dem Libanon haben wir sowohl im Gespräch mit dem syrischen Außenminister Faruk el-Schara in Damaskus gefordert, als auch auf unserer abschließenden Pressekonferenz am 30.Dezember in Tel Aviv, und wiederholt nach unserer Rückkehr auf der Pressekonferenz am 3.Januar in Bonn. Das kann Jo natürlich nicht wissen, weil er nicht dabei war; und die Presse hat diesen Punkt kaum erwähnt - mit Ausnahme, soweit mir bekannt, der "Süddeutschen Zeitung" vom 31.12. und 4.1., die selbstverständlich nicht jeder liest. Aber wieso stellt Jo einfach diese Behauptung auf, wenn er nichts darüber weiß?
Zum anderen Vorwurf: Auf der Bundesdelegiertenversammlung der Grünen am 19. November 1983 in Duisburg wurde eine Resolution verabschiedet (soweit ich erinnere, die einzige internationalistische Resolution auf dieser Versammlung), in der gefordert wurde, "daß Syrien und Libyen sofort ihre Teilnahme am Vernichtungskrieg gegen die PLO einstellen" sollen. Diese Resolution wurde damals von mir und einem weiteren Mitglied der jetzigen Nahost-Delegation formuliert und eingebracht. Vielleicht war Jo zu diesem Zeitpunkt im Foyer Kaffetrinken und hat sich auch später nicht für alles interessiert, was dieser Parteitag verabschiedet hat - das würde ich auch nicht von ihm verlangen. Ich verlange auch nicht von ihm, daß er weiß, daß ich in der Haushaltsdebatte des Bundestages am 7.12.83 u.a. vertreten habe, "daß ein Rückzug aller fremden Truppen aus dem Libanon - das betrifft sowohl Israel als auch Syrien - stattfinden muß, um dort eine Situation herbeizuführen, die auf der Grundlage eines Waffenstillstands und auf der Grundlage frei von äußeren Interventionen stattfindender Verhandlungen sowohl über den innerlibanesischen als auch über den innerpalästinensischen Konflikt tatsächlich eine Friedenssituation herbeiführen kann" (peinlich, diese niedergeschriebene Manuskriptlosigkeit!). Jo sitzt schließlich noch im Abgeordneten-Wartestand und ist weiß Gott nicht verpflichtet, die Debattenprotokolle nachzulesen. Ich verlange auch nicht von ihm, daß er ein entsprechendes Protestschreiben kennt, das ich seinerzeit an die syrische Botschaft in Bonn geschickt habe - Jo hat ja selbst zu Recht festgestellt, daß ihm nicht alle Papiere aus dem außenpolitischen Bereich der Fraktion bekannt sind. Aber warum stellt er einfach Behauptungen auf, wenn er von all diesen Dingen keine Ahnung hat? Vielleicht einfach deswegen, weil Reents ein "Russenknecht" ist, "wie ihn Joschka Fischer zu nennen pflegt"? (Zitiert Jo dich da richtig, Joschka?)
Damit es in diesem Punkt aber nicht nur bei der Zurückweisung von Unterstellungen bleibt, sei folgendes hinzugefügt: es ist sinnigerweise die Bundesregierung, die bezüglich des Libanon "den Abzug aller fremden Truppen" fordert, "die nicht auf ausdrücklichen Wunsch der libanesischen Regierung im Lande sind" (so Genscher z.B. am 6.9.84 in Hamburg vor dem Nah- und Mittelostverein) - und das meint konkret Israel, und n i c h t Syrien, deren Truppenstationierung im Libanon seit 1976 die Zustimmung der libanesischen Regierung hat. Der syrische Außenminister el-Schara hat sich deswegen auf unseren Vorhalt hin auch schlicht auf die Aussage zurückgezogen: Wir ziehen unsere Truppen dann ab, wenn die libanesische Regierung das will - und man kann bei der Abhängigkeit insbesondere der libanesischen Rechten von Syrien stark daran zweifeln, daß sie das selbst nach einem israelischen Rückzug in absehbarer Zeit will. Aber das macht in der praktischen Politik und in der politischen Vermittelbarkeit auch einen Unterschied aus, der nicht nur mit dem Prinzip "Keine fremden Truppen in fremden Ländern" zu beantworten ist - denn die israelischen Truppen sind im Juni 1982 durch einen

Überfall, durch Invasion in den Libanon eingefallen. Es ist ein ähnlicher Unterschied (man dichte mir jetzt nicht an, daß ich die Situation vergleichen will!), den du, lieber Jo, doch vermutlich machen würdest, wenn du dich zum Abzug der in der Bundesrepublik stationierten amerikanischen Truppen und zum Abzug von sowjetischen Truppen, die die Bundesrepublik überfallen hätten, äußern würdest (ist diese Phantasie nachvollziehbar, Jo?).

4) In der "Kommune" hat Jo der Lüge des israelischen Außenministeriums über unseren Besuch in Yad Vashem, der Jerusalemer Gedenkstätte für die jüdischen Opfer des Nazi-Regimes, noch eine weitere Lüge hinzugefügt. Das israelische Außenministerium hatte am 27.12. nach 13 Uhr, im Anschluß an ein Gespräch zwischen uns und dem Europa-Verantwortlichen Yeshayahu Anug, die Meldung verbreitet, wir würden uns weigern, Yad Vashem zu besuchen. Zu diesem Zeitpunkt hatte unser Besuch in Yad Vashem, dessen Termin wir am 27.12. morgens mit dem dortigen Büro vereinbart hatten, gerade begonnen. Nach Ende dieses Besuchs erfuhren wir gegen 17 Uhr bei unserem Termin im Büro von "Peace now", daß diese Behauptung nachmittags über Rundfunk verbreitet worden sei. Wir haben daraufhin sofort eine Presseerklärung gegenüber dem israelischen Rundfunk abgegeben, mit der wir diese Behauptung zurückgewiesen und richtig gestellt haben. Desweiteren haben wir in dieser Presseerklärung erläutert, daß wir diesen Besuch weder öffentlich noch dem israelischen Außenministerium angekündigt hatten, weil wir ihn nicht als antifaschistische Schau und folglich ohne Pressebegleitung durchführen wollten. Wir waren in der Delegation nämlich der Meinung, daß es reichlich ekelhaft und prostituierend ist, wenn irgendwelche Politiker den Besuch solcher Gedenkstätten immer mit einem Fotografentross veranstalten - und wir hatten selbst in den vorangegangenen beiden Tagen bereits die Erfahrung gemacht, daß die israelischen Journalisten sich emsig bemühten, uns immer auf der Spur zu sein, unseren jeweiligen Aufenthaltsort zu ermitteln und dort massiv mit ihren Fernsehkameras und Fotoapparaten anwesend zu sein (das ist ihr Beruf, ich weiß).
Nach dieser Erklärung von uns gab es in einem Teil der israelischen Medien offene Kritik am Außenministerium wegen dieser Falschmeldung, ein großer Teil der Kommentare versuchte die Sache aber auch so hinzubiegen, daß wir den Besuch in Yad Vashem zwar durchgeführt hätten, aber nur auf Druck des Außenministeriums. Wieweit dies Interpretationen der jeweiligen Kommentatoren selbst waren oder wieweit dies auf eine Vertuschung des Außenministeriums selbst zurückzuführen ist, um angesichts einer offenkundig gewordenen Lüge nicht allzu sehr im Regen zu stehen, konnten wir nicht mit Sicherheit erfahren. Auf letzteres weist zumindest eine Meldung in Jedioth Achronoth am 28.12. hin, in der ein namentlich nicht genannter Sprecher des Außenministeriums mit den Worten zitiert wird, vielleicht hätten wir unsere Meinung infolge des Gesprächs mit Anug und infolge der Fragen von Journalisten geändert. Wir haben diese Vertuschung durch eine Bitte an die deutsche Botschaft, beim Außenministerium zu intervenieren, zu korrigieren versucht, wozu das Außenministerium öffentlich aber nicht bereit war. Der Geschäftsträger der deutschen Botschaft in Tel Aviv, Franz Sikora, ließ uns allerdings von Herrn Anug mitteilen, daß er das alles sehr bedaure und persönlich Sympathie mit der Art und Weise empfinde, in der wir den Besuch durchgeführt hätten. (Der Zweck der Verunglimpfung war allerdings erreicht.)
Jo, wie gesagt, fügt dem jetzt eine neue Lüge hinzu. Er schreibt, wir hätten Yad Vashem "nur (bei Jo unterstrichen!) aufgrund heftiger Aufforderung von unserem Pressesprecher Heinz Suhr besucht". Jo will damit erneut seine Behauptung der "bewußt vorgetragenen antiisraelischen Haltung" unserer Delegation bekräftigen. Da er mit jemandem aus der Delegation nie über diese Frage gesprochen hat (das würde ja auch Interesse an der Wahrheit voraussetzen...), muß Heinz Suhr diese wohlfeile Behauptung über sich wohl auch selbst verbreitet haben (oder fälscht Jo dich auch noch, Heinz?). Die einzige Tatsache ist folgende: Es hat während unseres Aufenthaltes in Amman ein Telefongespräch zwischen mir und Heinz gegeben, in dem Heinz mich nach einem Yad-Vashem-Besuch

fragte, weil er den Termin der Presse mitteilen wolle. Ich habe Heinz seinerzeit bereits in diesem Telefongespräch darauf hingewiesen, daß wir in der Delegation der Meinung seien, k e i n e n Presserummel aus einem solchen Besuch zu machen, und daß wir eine genaue Festlegung über unseren Besuch einer antifaschistischen Gedenkstätte in Israel in Absprache mit unseren Gesprächspartnern in der israelischen Friedensbewegung treffen wollten, da niemand von uns zuvor in Israel war und genau wisse, w e l c h e Gedenkstätte wir am sinnvollsten besuchen sollten. D a ß wir etwas derartiges tun würden, stand nicht in Zweifel. Wir haben diesbezüglich auch in Israel mit Uri Avnery von der Progressiven Liste, Gideon Spiro von "Yesh Gvul" und einem Mitglied von Aktion Sühnezeichen gesprochen und uns informiert, welche Gedenkstätte für einen Besuch in Frage kommt. Weil w i r es wollten.

5) Jo behauptet, erfindet und unterstellt noch einige Dinge mehr: daß die Teilnehmer der Nahost-Delegation "natürlich nicht" soviel von der Geschichte des verzweifelten Widerstands der Juden unter dem Nazi-Regime wissen, wie er mal eben auf die Schnelle in 23 Zeilen seines einseitigen (lies: eine Seite umfassenden) Artikels hinschreibt; daß die "Linksorthodoxen" (das sind die Mitglieder der Delegation) vor 14 Jahren, im September 1970, als Husseins Beduinenkrieger die Palästinenser aus Jordanien gewaltsam vertrieben, oder vielleicht meint er auch vor 34 Jahren, 1950, als Jordanien die Westbank annektierte, "selbstverständlich" nicht einen palästinensischen Staat gefordert hätten; daß wir uns nicht "in gleicher Weise für die Rechte der Schwarzen in Südafrika oder der von allen Blöcken verratenen Eritreanern engagieren" und "die Kolonialisierung Kambodschas durch die Vietnamesen verurteilen" würden; daß "selbst die notwendige Solidarität mit der polnischen Freiheitsbewegung ... bei Reents u.a. bereits als unanständig" gilt. Das alles erspare ich mir nun im einzelnen zu erörtern und zu widerlegen - Jo Müller kommentiert wie gesagt bedenkenlos im Freistil und handelt mit Gemischtwaren. Er malträtiert den Verstand seiner Leser mit diesem Losbuden-Angebot zur Aufnahme eines Satzes, den er geradezu zurückhaltend formuliert: "daß Reents und Gottwald die Gnade ihrer Solidarität immer schon nur entlang der Linie der Blockkonfrontationen und der immer als richtig eingeschätzten Seite zuteilkommen ließen". Merke nochmals: die "Russenknechte" haben Schaden angerichtet. Zu diesem Häkelmuster von Jo's Auseinandersetzung fällt mir eigentlich nur noch ein, was einer der geschwätzigsten Polemiker unserer Fraktion mal zu Anfang und Ende eines Kommentars schrieb: "Richtig deutsch ... deutscher geht's nimmer!"

Ulrich Tilgner Januar 1985

Im Mittelpunkt der durch das Arbeitspapier und die Reise ausgelösten Debatte steht derzeit das Verhältnis Grüne - Israel. Als Erweiterung ist bereits die Thematisierung des Antisemitismus in die Debatte gebracht.
Die Reise zu beginnen, obwohl sie durch die nahezu einhellige Kritik an meinem Arbeitspapier schwer vorbelastet war, zeigt Naivität und verrät auch ein Stück Geschichtslosigkeit der Mitglieder der Delegation. Guter Wille und subjektiv antifaschistisches Bewußtsein reichen eben nicht aus, wenn im Zentrum einer solchen Reise die Kritik an der Außenpolitik des Staates Israel steht.

Es sei die These gewagt, daß im Chor der Kritiker - vor allem aus den Reihen der Grünen - auch die Stimmen vieler zu hören sind, die ein solches Problembewußtsein auch erst in der Auseinandersetzung mit der Reise entwickelt haben - nach dem Motto "Haltet den Dieb" - oder die sich der Auseinandersetzung mit der israelischen Außenpolitik entziehen wollen.
Diese Kritiker müssen aber auch zur Kenntnis nehmen, daß die schroffe Ablehnung und Verurteilung der Delegation nicht nur in den Inhalten des Arbeitspapieres und den politischen Aussagen während der Reise begründet liegen, sondern auch auf einer gewissen bereits vorher existierenden Skepsis und Ablehnung grüner Politik basieren.
Die Bahro-Äußerung von Hamburg (in der er Ähnlichkeiten im politischen Stil von grüner und faschistischer Bewegung behauptete), das exponierte Auftreten alter Nazis (wenn auch in absoluten Ausnahmefällen), der Werte-Konservatismus (als eine der Wurzeln der Grünen Partei), Romantizismus und naive Industrialisierungskritik sowie neonazistische Unterwanderung sind ja auch nicht ein Zeichen, daß die deutsche Vergangenheit jetzt auch die Grünen eingeholt hat, sondern belegen, daß alle politischen Kräfte der BRD - wenn auch in sehr unterschiedlicher Weise - kulturpolitischen Zusammenhängen ausgeliefert sind, die auch von faschistischer Tradition geprägt sind. Momente, die in Israel natürlich genau beobachtet werden. Was den Hintergrund dafür bildet, daß die Grünen seit Beginn ihrer Entwicklung besonders unter diesem Aspekt beobachtet werden und auch eine Reihe von Urteilen und Vorurteilen gegen sie bestehen.
In dieser Situation kann es nicht nur darum gehen, sich mit den Greueltaten des Faschismus auseinanderzusetzen, indem man den Antifaschismus für sich reklamiert, sondern müssen vor allen Dingen in der täglichen politischen Auseinandersetzung auch die latenten Formen des Antisemitismus und Rassismus sowie des Militarismus und der autoritären Herrschaft aufgedeckt und bekämpft werden.

Und gerade in der radikalen Form dieser Auseinandersetzung und der Tatsache, daß sie in den eigenen Reihen geführt wird, sollten sich die Grünen von den alten Parteien unterscheiden. Denn auch auf diese Weise können sie real die Fortsetzung der antifaschistischen Bewegung verkörpern.
Und so ist natürlich zu fragen, ob Auftreten und Aussagen der Delegation von "linkem Antisemitismus" geprägt waren. Dabei besteht das Problem nicht als ein vordergründiges. Denn es gehört schon - bei deutschen Kritikern - böser Wille dazu, den Eindruck zu erwecken, die Delegationsmitglieder würden bei Kriegen, militärischer Besetzung und Unterdrückung von Minderheiten an anderen Orten der Welt die Augen schließen und seien Israel gegenüber mit einer besonderen Kritik aufgetreten. Auch wurde gerade bei der Kritik der israelischen Besatzungspolitik im Libanon die Nutzung der den deutschen Faschismus charakterisierenden Begrifflichkeit kritisiert. Und dies geschah nicht aus Gründen der Opportunität, sondern jeweils mit der konkreten Begründung, daß militärische Expansions- und Besatzungspolitik etwas völlig anderes als faschistische Vernichtungspolitik ist.
Die inhaltliche Debatte muß ergeben, inwieweit politische Einschätzungen falsch und diese Fehler Ausdruck einer antisemitischen Haltung sind.
Aber gerade diese Diskussion sollte nicht auf dem Hintergrund der Reduzierung der Auseinandersetzung mit dem Staat Israel und seiner Politik auf die ausschließliche Betonung des Existenzrechtes dieses Staates und der Ausklammerung der Kritik des israelischen Expansionismus erfolgen. Hinter dieser Haltung steckt vielfach der Versuch, sie selbst schon als Vergangenheitsbewältigung auszugeben.
Politisch bedeutet dies nichts anderes als die Entsolidarisierung mit den Palästinensern. Als ob es heute im Nahen Osten eine Alternative zwischen dem Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser und der Israelis gebe.
Die radikale Forderung an Israel, die besetzten Gebiete zu räumen und den Palästinensern das Selbstbestimmungsrecht zu gewähren, ist ohne Alternative.
Vergangenheitsbewältigung heißt auch eine Auseinandersetzung mit dem Problem der neonazistischen Unterwanderung eines Landesverbandes mit mehr als nur organisatorischen Mitteln. Radikalität bei der Kritik an Kritikern israelischer Politik bei gleichzeitiger Sorglosigkeit oder Verdrängung der Auseinandersetzung mit den braunen Flecken an der eigenen Weste, sind ein in der Bundesrepublik zwar beliebtes, aber eben auch untaugliches Mittel, Gegenwart zu bewältigen.
Und wenn eine Antisemitismus-Debatte ihren Ausgangspunkt an einer oberflächlichen Kritik einer Israel-Kritik nimmt, können ähnliche Mechanismen im Spiele sein.

Protokoll der Diskussion über die Nahost-Reise
auf der Fraktionssitzung vom 5. Februar 1985

Einleitung von Antje Vollmer:

Antje weist darauf hin, daß es an dieser Reise viel Kritik gegeben hat und daß sich die GRÜNEN viele Probleme selber eingebrockt haben.
Die folgende Debatte sollte nach GRÜNER Manier geführt werden, das heißt:

1. Zeit zu geben für die Debatte, um sich vorzubereiten,
2. nur ja keinen Streit zu vermeiden,
3. Kritiker mit heranzuholen, um von ihnen zu lernen,
4. Klarstellungen: a) es war keine Israel-Reise, sondern eine Nahost-Reise, b) sie ist von der Fraktion legitimiert gewesen, c) es gibt keine GRÜN programmatischen Aussagen zum Nahostkonflikt und d) die Reise sollte als eine Reise von Mitgliedern der Fraktion gewertet werden.

Zum Vorgehen:

Die Delegation sollte zuerst von der Reise berichten und dann die Fraktion Stellung nehmen, wobei die Gäste an den für sie geeignet scheinenden Stellen ihren Beitrag einbringen sollten.

Die Gäste sind:

1. Herr Bernstein vom deutsch-israelischen Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten,
2. Jörn Böhme, Aktion Sühezeichen,
3. Dan Diner, Nahostexperte und Publizist,
4. Herr Wagner und Herr Wieseler, Vorstandsmitglieder der Bonner jüdischer Gemeinde,
5. Leshem Stein, Israelische Botschaft.

Antje fügt eine persönliche Bemerkung ein, daß auf der Pressekonferenz nach der Nahost-Reise die GRÜNEN gefragt wurden, ob sie schon mal in Auschwitz gewesen seien; diese Frage mußten sie mit Nein beantworten. Das hat zum Nachdenken geführt und zu dem Beschluß, eine GRÜNE Delegation am 8. Mai dorthin fahren zu lassen.

Jürgen Reents' Bericht:

Jürgen schildert die Lage im Libanon, in dem seit 10 Jahren Krieg herrscht (auch nachzulesen in der Dokumentation). Er weist darauf hin, wie wichtig es ist, Hilfe beim Wiederaufbau zu leisten, was teilweise schon angegangen ist wie in einem GRÜNEN Antrag zum Haushalt.

Zwei Bemerkungen:

1. Die Delegation hat auf allen Stationen der Reise nicht nur den Truppenrückzug der Israelis gefordert, sondern auch den der Syrer (wie diese Forderung bereits auf dem Parteitag der GRÜNEN in Duisburg erhoben wurde).
2. Zur Frage, warum sich die Grünen in dieser Frage engagieren:
   Weil in der Bundesrepublik wenig über das Palästinenserproblem gesprochen wird. Trotz starker Friedensbewegung in der BRD hat es kaum größere Protestaktionengegen den israelischen Überfall auf den Libanon gegeben.

Zur Frage Palästina - Israel:
Die Delegation ist nicht mit der Meinung in den Nahen Osten gefahren, grüne Friedensvorschläge vorzutragen, andererseits ist sie auch nicht mit leeren Köpfen dorthin gefahren, sondern mit der "Standartausrüstung" GRÜNER Politik.
Das heißt: Die Forderung nach Truppenrückzug aller fremden Truppen und dem Selbstbestimmungsrecht für alle Völker.
Diese Aussagen wichen nirgendwo von GRÜNER Politik ab.

Zur aktuellen Lage:
Es ist schwer, politische Lösungen für die Region zu erkennen, die in absehbarer Zeit realisiert werden können. Die seit 1967 von Israel besetzten Gebiete blockieren eine friedliche Lösung, besonders, weil diese israelisch besiedelt worden sind.
Nur ein Teil der israelischen Friedensbewegung akzeptiert die Forderung nach einem eigenen palästinensischen Staat auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser bei gleichzeitiger Anerkennung Israels.
Die Delegation ist mit Auffassungen aufgetreten, die auf eine Unterstützung des jüdisch-palästinensischen Dialogs und des gemeinsamen Lebensrechts von Juden und Palästinensern in der Region zielen.

Abschließende Bemerkungen:
Auch wenn es Dinge gegeben hat, bei denen die Delegation unsensibel vorgegangen sein mag, sollte aber die Diskussion das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser an der Seite Israels nicht in Frage stellen, sondern bekräftigen. Dann wird die Diskussion fruchtbar.

Verwirrung hat das Vorbereitungspapier gebarcht. Es ist nicht Auffassung des Arbeitskreises der Fraktion und nicht der Delegation.
Die Diskussion hier sollte nicht um das Papier gehen, sondern um das reale Auftreten der Delegation bei der Reise.

Dan Diner hat ein Statement vorbereitet, das folgende Punkte enthält:

- Er selbst vertritt, daß die Rechte der Palästinenser anzuerkennen sind
- bezieht sich auf das Papier und die Methode des Papiers, im Papier ist eine vorgefaßte Meinung festgelegt, es ist die Position der Gruppe um Habbasch festgelegt;
- bei der momentanen Diskussion geht es um die Frage des Verhältnisses zwischen Juden und Deutschen
- eine Reise nach Israel bedeutet auch eine Reise in die Vergangenheit, es bedeutet auch das Verhältnis der Deutschen zu ihrer Geschichte, bedeutet auch eine Reise nach Auschwitz
- Es geht um die Frage, ob man als Deutscher in diesem Konflikt objektiv sein kann, es geht um die Haltung, sich Objektivität anmaßen zu können
- Der Vorwurf an Kohl ist hier genauso zu stellen, nur daß die Delegation in ihren Ausführungen beredter ist.
- Er findet es gut nach Auschwitz zu fahren;
  bei Auschwitz ging es um die Vernichtung der Vernichtung wegen, ging es um die Zerstörung der Juden;
  Was in Auschwitz passiert ist, entbehrt jeglicher Rationalität;
  Die Grünen sind auf dieses Bewußtsein gestoßen mit dem Vehalten des moralisch Sauberen.
- Er gibt den Spruch zu bedenken: "Gemordet hast Du und nun erbst Du auch"
- - bzgl. des Spruchs von Jürgen Reents "der Opfer der Opfer" erklärt er folgendes,
  die Palästinenser und Israelis sind mit zwei Ringkämpfern zu vergleichen, die Palästinenser sind in diesem Kampf die Schwächere sie sind aber die historisch Starken, die Israelis sind im Kampf die Starken, aber historisch die Schwächeren
- Er sieht das Problem der Innenpolitik der BRD,
  in der BRD ist die Sehnsucht nach Normalem, dahinter steckt aber immer noch das Bedrohliche, das Auschwitz,
- die Grünen müssen sich die Frage stellen, was getan werden kann, um die Palästinenser zu unterstützen,
  er sieht als Möglichkeit der Politik aus Deutschland, daß diejenigen Kräfte unterstützt werden, die die Selbstständigkeit beide Staaten wollen

Abschließend stellt Dan Diener noch die Frage an Ulli Tilgner, warum in der taz nichts über die von den Grünen initiierte Veranstaltung im Oktober 84, wo ein Dialog zwischen Israelis und Palästinenser begonnen hat, gestanden hatte, obwohl Ulli versprach, dies zu veranlassen.

Ulli Tilgner geht direkt auf die Frage ein:
Er habe wochenlang bei der taz versucht, einen Artikel durchzusetzen. Sie haben es ihm auch versprochen, doch anscheinend dieses Versprechen nicht gehalten.

Bernhard Bernstein hat ebenfalls ein Statement vorbereitet, das folgende Punkte enthält:

(hier ist es mir sehr schwer gefallen, alles mitzuprotokollieren, da sehr viele verschiedene Gedanken und nicht sehr einfach von der Sprache her. - die Protokollantin)

Bernhard Bernstein:

- er möchte als Deutscher zu Deutschen sprechen, er spricht für sich, er ist SPD-Mitglied
- er sieht den Hinweis von den Linken auf die Position des Antisemitismus als zu stereotyp an
- er selbst beschäftigt sich mit dem Problem der jüdischen Geschichte und mit der Nahostpolitik
- er sieht die Politik Israels gegenüber den Palästinenser aus einer zionistischen Perspektive als selbstmörderisch an
- es geht um die Frage der Einbettung der Palästinenser in den Nahostraum
- die Grünen sind in den Nahen Osten gefahren, als die Grünen den Nahen Osten gerade entdeckten
- die Deutsche Politik ist kein historisch Gewachsenes, die politische Beziehungen der Deutschen zu anderen Staaten kommen von ihrer Geschichte nicht los
- der Nahe Osten ist nicht Europa,
  das Scheitern der Deutschen Linken bzgl. des Nahen Ostens ist durch ihre Dogmatik bestimmt,
- das Beharren auf die besetzten Gebiete hat Israel in eine Zwangslage gebracht,
  die konzentrierte Aufmerksamkeit darauf, ob und wie sich Israel zurückziehen soll, vereinfacht den Konflikt
- die Kritik an der Politik Israels kann nicht an den Deutschen Kräften des Zionismus vorbeigehen,
  wer heute zur Tagesordnung übergeht, verliert das Recht, sich mit dem Zionismus auseinanderzusetzen
- er sieht es als Zeichen von Hilflosigkeit an, wenn jüdische Intellektuelle wie Erich Fried als Kronzeugen benutzt werden,
- er stellt die Frage der Legitimität Deutscher Politik,
  auf die Frage von Jürgen, ob Kritik an Israel erlaubt sei, geht er damit ein, daß Kritik an Israel Kritik an der Staatlichkeit Israels bedeutet und damit auch Kritik an der STaatlichkeit der Deutschen
- die Forderung nach Recht auf Kritik assoziiert etwas Psychotisches, etwas Zwanghaftes,
- er fordert die Fraktion auf, stärker als bisher mit Israelis und Palästinenser zusammenzuarbeiten zur Anerkennung beider Staaten

Jörn Böhme trägt ebenfalls vorbereitetes Papier vor, hat dieses aber auch verteilt.
Er stellt 5 Thesen auf (siehe auch ausgearbeitetes Papier):

1. Die Auseinandersetzung mit der Situation im Nahen Osten ist die Zumutung, Konflikte einzugehen, die nicht einfach lösbar sind
2. Die Deutsche Vergangenheit darf weder abgehackt noch instrumentalisiert werden
3. Es ist nötig die Geschichte beider Staaten zu sehen
4. Die Geschichte zwischen Deutschen und Juden fordert weder Schweigen noch Normalität, bei der Kritik darf das Existenzrecht des jüdischen Staates nicht in Frage gestellt werden
5. Die Nahostpolitik jeder Partei hat Auswirkungen im Nahen Osten und im eigenen Land

Ein Vertreter der Palästinenser:

- er will sich aus der Beziehung zwischen Juden und Deutschen heraushalten,
- er hält den Vorschlag nach Auschwitz zu fahren für sehr gut, fand es aber auch gut, daß sie nach Sabra und Chatila gefahren sind

- er ist den Grünen dankbar, daß diese Reise stattgefunden hatte, weil sie den Deutschen wie den Juden und Palästinensern dienen wird
- die Reise hat deshalb große Aufregung erzielt, weil die Anerkennung der PLO gefordert wurde;
  die Forderung nach Selbstbestimmung ist wohl in aller Leute Munde, doch nur als abstrakte Forderung,
  solange nicht die Forderung nach Anerkennung der PLO die Folge ist, solange hat die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht auch keine Auswirkungen,
  solange werden die Palästinenser, die die PLO unterstützen weiterhin verhaftet
- Es geht um die nationalen Rechte beider Völker,
  die Dtscherkommen nicht daran vorbei, eine Synthese der Rechte der Juden und Palästinenser zu erreichen;
  die Grünen können einen wichtigen Beitrag zur Herstellung des Dialogs zwischen Juden und Palästinensern leisten

Antje entschuldigt sich bei den Palästinensern, daß sie diese nicht begüßt habe, aber die anderen, die sie vorstellte wurden eingeladen, von den Palästinensern wußte sie nichts

Herr Wagner der Synagogengemeinde Bonn:
- wie sich die Grünen bzgl. der Reise darstellten hat ihn erschreckt, vielleicht auch deshalb weil es mit der Zeit zusammenfiel, wo in Bonn eine Erinnerungsstätte erichtet werden sollte, zum Gedenken der Opfer und deutschen Soldaten (Täter).
- die Synagogengemeinde war überrascht, Anklänge bei den Grünen zu vernehmen, die an alte Zeiten erinnern
- er freut sich, daß die Palästinenser vom jüdischen Volk sprechen
- das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser ist bei ihnen kein Thema mehr, es geht nur um das wo und wie der Selbstbestimmung

Herr Wieseler der Synagogengemeinde trägt Fakten vor, die an alte faschistische Strukturen bei den Grünen erinnern:
- Problem August Haußleiter und Werner Vogel
- die starke antiamerikanische Einstellung der Grünen
- die Untersuchung in Baden-Württemberg der dortigen Grünen über faschistische Tendenzen in den Grünen
- die Seite 10 des Berichts von Jürgen Reents
- die Verteilung 1982 von Kalendern an die Grünen Landesverbände, wo Israel als kriminelle Vereinigung beschrieben wird, und die Juden als die Mörder Jesus dargestellt werden
- in einem Grundsatzprogramm der Grünen wird es abgelehnt, Frauen in die Bundeswehr zu schicken, dabei ist ein bild abgelichtet, wo eine israelische Soldatin zu sehen ist
- 1982 wurden in der taz einige Artikel über den Einmarsch in den Libanon veröffentlicht, als einer diese Artikel kritisierte, stand am nächsten Tag "jüdisches Schwein" an seiner Haustür und er glaubt nicht, daß das Neonazis waren

Er will nicht behaupten, daß die Grünen Nazis wären, doch es gibt einige Tendenzen innerhalb der Grünen, die wasser auf die Mühlen sind, den Judenhaß weiter zu schüren

Heinz Suhr:
- Es gibt keine andere Partei, wo eine so offene Diskussion über bestimmte Tendenzen möglich ist,
  diese Tendenzen sollen diskutiert werden, und es wird dann auch versucht diese zu eliminieren
- zu den Kalendern meint er, daß er diese Kalender nicht bei den Grünen gefunden hat.

- bzgl der Reise sieht er keinen Widerspruch, was die Forderung nach Selbstbestimmungsrecht für beide Völker betrifft, es gibt viele Konflikte innerhalb der Länder, die jedoch nicht von außen zu lösen sind,
- bzgl der Außenpolitik der Grünen stellt er fest, daß ökologische Kriterien bisher überhaupt keine Rolle gespielt haben
- Er stellt die Frage, wieso Ulli Tilgner eingestellt wurde und ob nicht anstatt von Ulli ein ökologischer Außenpolitikexperte eingestellt werden soll
- der Kontakt zu Israel ist nicht von unserer Geschichte zu lösen, er selbst war 1983 in Israel und hat sich daruaf beschränkt zuzuhören, war dann auf der Westbank im Kibbuzz und in einem Flüchtlingslager und erhat dort kleine Schritte an Kontakten geschaffen,
- er stellt die Frage wie Grüne Politik aussehen könnte, z.B. sollten Projekte der Koexistenz angeschaut werden, auch über Projekte kann eine Anerkennung erreicht werden, die Grüne Politik sollte im sinne von "fact-finding-missions" sein
- es tut ihm leid, daß nicht die Gelegenheit da war, vorher politisch über die Reise zu diskutieren.
- zu dem Papier: es existiert eine Verleumdungskampagne über die Grünen, die wird solange existieren, solange keine anderen Vorbereitungspapiere nachgewiesen werden
- eine so dilletantische Vorbereitung kann nur bei den Grünen passieren
- er zitiert einen jüdischen Freund, der sagte " diese Delegation tat fast alles, um es dem Etablishment zu erleichtern"
- er ist der Meinung, daß mehr Gespräche mit jüdischen Gruppen geführt werden müssen und auch mit den Palästinensern

Jo Müller:
- was über die Medien rübergekommen ist und wenn das Echo bzgl. der Reise so schlecht war, müssen auch Fehler passiert sein
- nach dem Tilgnerpapier hätte die Reise verhindert werden sollen
- an dem Vorwurf des Antisemitismus ist was dran, es hat keine Aufarbeitung des Antisemitismus gegeben
- Kritik an dem Papier: hier wird nur die Unterstützung des nichtzionistischen Teils der Friedensbewegung angesprochen
- beim Einmarsch in den Libanon wurde oft der Vergleich mit den Nazis gebracht, wenn Jürgen Reents in seinem Papier vom 6-Tage-Krieg als Blitzkrieg spricht, verbindet er das mit dem Begriff für den Einmarsch nach Rußland
- die Äußerungen und die Reise hat gerade denjenigen genutzt, die in Israel aufrüsten wollen und die die Palästinenser ablehnen, die Reise hat faktisch der Friedensbewegung dort geschadet

Joschka Fischer:

- Vorbemerkung an die Synagogengemeinde, die nicht nur die negativen Seiten aufzählen sollten, sondern auch die Positiven, z.B. einige Reden im Bundestag, versteht auch nicht, daß die Grünen ausgeladen wurden, wo die Israelis sich mit Personen wie Hernn Kohl an einen Tisch setzen
- Jürgen hat hier einen Bericht formuliert, der in sich stimmig ist, doch die verschiedenen Presseäußerungen zeigen etwas anderes auf
- bei der Forderung "raus aus dem Libanon" fürchtet er, daß es danach auch nicht besser wird und immer noch nicht Frieden ist
- im Bericht sind sehr wohl Schilderungen von Israel, die anzugreifen sind, außerdem wird nur kurz am Schluss auf Syrien verwiesen, gibt es da nichts zu kritisieren?
- der Vorwurf, Israel sei expansiv ist richtig, doch Israel ist nicht das einzige land in dieser Regien

- Leute, die eine Reise machen, sollten ihre Optik auf 180° einstellen und nicht nur auf 95°, dies ist jedoch bei der Reise nicht geschehen
- beim Kampf um das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser besteht kein Disenz
- auch ist klar, daß das Herangehen an die Palästinenser auch ein Herangehen an die PLO bedeuten muss, es sei denn die PLO macht sich selbst kaputt durch innere Streitigkeiten

fertig zu machen. Sie habe es sich nicht so schlimmm vorgestellt, wie sie es dort erlebt habe. Sie habe sich auch gefragt, was für ein Verhältnis jene Israelis, die im Gebiet der Palästinenser wohnen, zu diesen haben mögen, wo sie dort vom Militär bewacht, in regelrechten Festungen leben.
Weiter berichtet G. von den Vorgängen in der Knesset : sie habe es nicht ertragen können, daß ein Abgeordneter einer rechten Partei sie als grüne"Braune"beschimpft habe; deshalb sei sie rausgegangen.
In den Gesprächen mit israelischen Linken sei ihr bestätigt worden, daß Kritik am Staatshandeln in keiner Weise möglich ist. Jede Kritik an der israelischen Politik werde mit dem Vorwurf des Antisemitismus abgewürgt.
Der Vorwurf, die Delegation habe nur Kontakte mit der progressiven Liste gehabt, sei nicht zutreffend. Sie hätten auch mit Shelli (u.a. s. Pressemitteilung) Gespräche geführt.
Zur Frage : Wie gehen wir mit unserer Vergangenheit um?
Sie vertrete nicht die Auffassung, daß keine Kritik an Israel geübt werden dürfe. Es gehe hier in erster Linie darum zu differenzieren:
- eine Sache sei unser Verhältnis zu den Juden;
- eine andere unsere Kritik am Expansionismus Israels (und seiner Zusammenarbeit mit Staaten wie Südafrika, Guatemala u.a.), seiner aggressiven Siedlungspolitik und den Rechtstrends in Israel.

Wer von Sensibilität gegenüber den Juden spreche, müsse sich auch fragen, was Sensibilität gegenüber den Palästinensern bedeute. Man dürfe nicht nur das Sicherheitsbedürfnis der Juden, sondern müsse auch die Situation der Palästinenser sehen.

Vertreter der Synagogengemeinde
Antwortet auf die Vorrede mit :"Du sollst kein falsches Zeugnis geben" (und bezieht sich damit explizit auf die Schilderungen in den Lagern der Israelis und auf die Panzerinvasion in libanesische Dörfer).
Israel stelle eine Sicherheit, ja eine Lebensfrage, für alle Juden dar; auch für diejenigen, die im "Exil" leben ("kann uns jederzeit aufnehmen").

Ali
stellt fest, daß in der Diskussion verschiedene Elemente vermischt werden (Nationalsozialismus - grün-interne Widersprüche - Situation im Nahen Osten).

Zur Kritik aus den eigenen Reihen: die Delegation sei zwischen die politischen Interessen des palästinensischen Volkes und der israelischen Politik geraten.
A. wiederholt nochmals die Kritik an Israel, an seiner Besatzungs- und Besiedlungspolitik, an der Verletzung der Menschenrechte und am israelischen Expansionismus (Grenzen nicht definiert!).
Zur deutschen Vergangenheit ständen die Grünen durch ihr antifaschistisches Engagement. Aber mit derselben Ehrlichkeit sollten sie auch darum bemüht sein, sich mit dem auseinanderzusetzen, was im Nahen Osten vorgeht. Die an einer friedlichen Lösung im Nahen Osten interessierten Kräfte hätten gegenüber den Grünen die Erwartung, daß sie den Dialog zwischen den Palästinensern und jenen Kräften in Israel fördern, die den Dialog wollen.Und auch, daß sie den Dialog in der Bundesrepublik weiterbrächten, statt ihn zu verdrängen.

Ursula
Sie spricht als Grüne und als Tochter einer Mutter, die im KZ (Theresienstadt) war.
Sie wolle den Deutschen nicht vorschreiben, wie sie sich zu Israel zu verhalten hätten. Zu ihren eigenen Erfahrungen : nach dem Krieg habe sie sich wie viele zunächst von den Amerikanern befreit gefühlt. Durch ihre Beschäftigung mit den Ländern der 3. Welt sei sie jedoch zu einer antiamerikanischen Haltung gelangt, da die Amerikaner dort diktatorische Regime unterstützten, die man als faschistisch bezeichnen könne. So versteht sie ihre Dritte-Welt- Arbeit auch in dem Sinne: "wir wollen keine KZ's" mehr!"
In Bezug auf die Israel-Reise der Grünen bemängelt sie, daß die dortige Friedensbewegung nicht in ihrer Gesamtheit akzeptiert werde.
Für die Linken in Deutschland sei der Zionismus etwas anderes als für die Juden. Sie plädiert für eine differenziertere Betrachtungsweise der israelischen Verhältnisse. Ihrer Meinung nach hätten die Grünen erst mal privat nach Israel reisen und die Reise besser vorbereiten sollen.

Nabib (aus Libanon)
Die Kritik in der Presse sollte inhaltlich diskutiert werden. Dabei wirft er folgende Fragen auf:
Wann hört es endlich damit auf, daß Kritik an Israel durch Ausschwitz unmöglich ist?
Wieso betonen die Israelis immer ihr Sicherheitsbedürfnis gegenüber

den Palästinensern?
Wer hat bestimmte Mechanismen der Verunsicherung in der Region eingeführt?
Wo immer es Unterdrückung gebe, müsse diese angeprangert werden. Genauso wie die sowjetische Aggression in Afghanistan von den Grünen verurteilt worden sei, müsse auch Israel kritisiert werden.

Mohammed
Seiner Meinung nach basiert die gesamte Kritik an der Nahost-Reise innerhalb der Fraktion nicht auf objektiven Kriterien und entbehre einer folgerichtigen Argumentation.
Als Kritikpunkte an Israel führt er an:
- das Verhältnis Israels zur westlichen Welt - Israel als Stützpunkt der Nato-Politik;
- den täglich erlebbaren Rassismus in Israel;
- die faschistischen und expansionistischen Tendenzen in Israel (Zwischenruf (Antje) warnt vor inflationärem Gebrauch des Faschismusbegriffes);
- die Rolle Israels als Waffenversorger für das Regime in Südafrika.

Ein israelischer Staat, der mit seinen arabischen Nachbarstaaten in Frieden zusammenzuleben gewillt sei, könne akzeptiert werden. Aber solange der israelische Staat seine zionistische Politik betreibe, werde es keinen gleichberechtigten Frieden im Nahen Osten geben.

Otto
Das "Papier" reflektiere nur die Vordiskussion innerhalb der Delegation, wobei man sich frage müsse, ob die Delegation richtig zusammengefügt gewesen sei.
Da es sich um eine Reise mit historischer Dimension gehandelt habe, hätte man besondere Aufmerksamkeit auf die eigene Handlungsweise legen müssen.
In Bezug auf die NS-Vergangenheit könne man in der Bundesrepublik (seit 1945) ein zweifaches Entlastungsmuster ausmachen:
- eine Variante von rechts, die in dem militanten Juden (des Blitzkrieges) den "guten Juden" sehe und den israelischen Staat als westlichen Vorposten im Nahen Osten betrachte;
- eine Variante von links, die in Israel die Speerspitze des US-Imperialismus sehe (dabei falle der Feudalismus der arabischen Staaten ebenso unter den Tisch wie demokratische und sozialistische Ansätze in Israel so z.B. die Kibbuz-Bewegung).

So wie die erste Variante schlimm sei, stelle jedoch auch die zweite kein glückliches Erklärungsmuster dar.
Zur Reise selbst: man solle nicht nur aus politischen Unfällen lernen. Man hätte vor Antritt der Reise eine intensivere interne Auseinandersetzung führen müssen.

Mustaffa (Vertreter der PLO)
Er habe eine solidarische Kritik erwartet und statt dessen eine akademische Auseinandersetzung erlebt. Die Delegation habe versucht so viele Informationen wie nur möglich zu sammeln. Sie habe sowohl an die Betroffenen als auch an die offiziellen Stellen die richtigen Fragen gestellt. Die Grünen müßten eine Plattform für ihre Außenpolitik erst entwickeln. In dem vorliegenden Falle sei es jedoch weniger von Bedeutung, wie die Presse darauf reagiert habe, als die Frage, ob die Reise der grünen Delegation von den Völkern im Nahen Osten als ein Beitrag zu einer friedlichen Verständigung betrachtet werden könne.

Jürgen
Weist nochmals den Vorwurf zurück, die Delegation habe nicht mit dem gesamten Spektrum der israelischen Friedensbewegung diskutiert (Bericht lesen!) Er fragt sich, was von der Diskussion übrig bleibt außer Wertungen wie:die Reise sei ein "Fiasko" gewesen oder, milder ausgedrückt, ein "Unfall"; die Delegation sei "undiffernziert" und "geschichtslos" vorgegangen ...
Aus der Diskussion sei nicht hervorgegangen, welche Auffassung die Fraktion vertrete und wie man hätte auftreten müssen, wie man nicht "geschichtslos" und "unsensibel" gewesen wäre. Jedenfalls könne das nicht bedeuten, daß an Israel keine Kritik geübt werden dürfe.

Antje
Auch A. ist der Meinung, daß man vor der Reise mehr diskutieren hätte müssen. Nicht jede Kritik könne als Machwerk der Presse abgetan werden. Einer grünen Delegation könne in Israel nicht Gerechtigkeit widerfahren. Die Diskussion habe gezeigt, daß das Thema die politische Kraft der Grünen überstiegen habe.
Frage: Welche Position können die Grünen im Konflikt zwischen Israeli und Palästinensern einnehmen, wenn man von den Grundgedanken grüner Politik (Antimilitarismus, Gewaltfreiheit, Selbstbestimmungsrecht der Völker) ausgeht?

Antje verweist in diesem Zusammenhang darauf, daß das Selbstbestimmungsrecht auch von rechter Seite okkupiert werden könne, wie die derzeitige Schlesierdebatte zeige. Es sei also nicht eine unzweifelbare Waffe für alle Situationen.
Sie stellt eigenartige Parallelen zwischen der Bundesrepublikanischen und der israelischen Politik fest: auch die Bundesrepublik habe (gegenüber der DDR) lange eine Politik der Nichtanerkennung betrieben; außerdem sei auch die Bundesrepublik ein Land, dessen Grenzen als nicht feststehend hingestellt würden; hier gebe es ein geteiltes Berlin, dort ein geteiltes Jerusalem.
Als resümee der Diskussion hält sie fest: Wir geben uns ziemliche Mühe, den Dingen auf den Grund zu gehen. Wir wollen eine Partei sein, die dem Frieden in der Welt und auch im Nahen Osten dient.

DOKUMENTE ÜBER DIE ANSICHTEN IN DER ISRAELISCHEN FRIEDENSBEWEGUNG UND ZUM ISRAELISCH-PALÄSTINENSISCHEN DIALOG

---

1. Gespräch mit Haim Hanegbi über Motivation und Ziele der israelischen Friedensbewegung (taz, 19.7.82) VI / 2

2. Gespräch mit Uri Avnery, Progressive Liste und Herausgeber der Ha'Olam Haseh (Al-Rabita, Juli 1982) VI / 4

3. Interview mit Gideon Spiro, Yesh Gvul (MOZ 12/83) VI / 7

4. Shelli - wer sind wir? (Selbstdarstellung) VI / 11

5. Peace now (Selbstdarstellung, engl. Original) VI / 14

6. Gespräch mit Dan Diner über die Entwicklung der israelischen Opposition (Arbeiterkampf, 23.8.82) VI / 20

7. Interview mit Yasser Arafat (Le Monde, 10.8.82) VI / 22

(Die Dokumente 1, 2, 6, 7 sind als Nachdrucke entnommen aus: Libanon '82 / Der israelisch-palästinensische Krieg - Eine Dokumentation; hrg. v. Israel-Palästina-Komitee Wien, o.J.)

Der Bruch des Nationalen Konsenses

Gespräch mit Haim Hanegbi über Motivation und Ziele der israelischen Antikriegsbewegung

Sechs Wochen bereits dauert der israelische Krieg im Libanon. Während man von Protesten in arabischen Nachbarländern wenig bis nichts hört, hat sich in Israel überraschend eine Protestbewegung formiert, die umso größer wird, je länger der Krieg dauert Am 26. Juni demonstrierten 20.000 Menschen gegen den Krieg, eine Woche später gingen schon fünfmal so viele auf die Straße. Die taz sprach mit Haim Hanegbi, einem Vertreter dieser neuen israelischen Friedensbewegung.

TAZ: Wie beurteilst du diese in der israelischen Geschichte einmaligen Anti-Kriegsdemonstrationen? Wie kam es zu den Protesten? Wieso gab es die Proteste nicht eher? Weil der Krieg über das ursprüngliche Kriegsziel hinaus, eine Sicherheitszone im Südlibanon zu schaffen, ausgedehnt wurde? Weil der Krieg länger dauert als erwartet, weil die Opfer so zahlreich sind, weil Israels Ansehen leidet?

HAIM HANEGBI: Die Öffentlichkeit war überrascht von der Größe der Demonstration und die Demonstranten waren es auch. Die Demonstration der 20.000 wurde von einer neuen Organisation, dem „Komitee gegen den Krieg im Libanon" geplant und durchgeführt, einer Koalition von Gruppen, die aus dem „Solidaritätskomitee für die Bir Zeit-Universität" hervorgegangen ist. Dennoch darf man sich nicht der Illusion hingeben, daß die Demonstration der 20.000 eine propalästinensische war. Die Beweggründe der Demonstranten waren unterschiedlich. Wachsenden Teilen der israelischen Bevölkerung ist klar geworden, daß Israel diesen Krieg begonnen hat, ohne daß es bedroht war. Ein weiterer Grund ist, daß die Regierung diesen Krieg nicht als Krieg proklamiert hat, sondern als begrenzte Operation, um eine Pufferzone von 40 bis 45 km zu schaffen. Mit anderen Worten, einen Blitzkrieg. Drei Wochen nach Kriegsbeginn erkannten viele Israelis, daß man sie an der Nase herumgeführt hat. Natürlich haben viele auch deshalb demonstriert, weil für israelische Verhältnisse die Zahl der Opfer sehr hoch ist.

Mit Sicherheit kann ich sagen, daß ein Teil der Leute aus politischen Beweggründen demonstrierte. Es gab eine Parole „Wir haben keine Zukunft auf den Gräbern der Palästinenser". Es gab Sprecher, die öffentlich das Selbstbestimmungsrecht für Palästinenser und Verhandlungen mit der PLO forderten. Eine Woche nach der Demonstration der 20.000 gingen 100.000 Menschen auf die Straße. Zu dieser Demonstration hatte die „peace now"-Bewegung aufgerufen. Auch in der Woche zwischen diesen beiden Demonstrationen hat sich in Israel etwas verändert: Zahlreiche Soldaten, Offiziere und Unteroffiziere, die vom Libanonfeldug zurückgekehrt waren, haben sich öffentlich gegen den Krieg geäußert — öffentlich, in der Presse, in sit-ins. Wichtig ist, daß die Soldaten spüren, daß dieser Krieg anders als vorangegangene Kriege ist. Die anderen Kriege wurden gegen arabische Staaten, gegen normale Armeen geführt. Dieser Krieg jedoch richtet sich gegen das palästinensische Volk. Die ganze Maschinerie der drittstärksten Armee der Welt wird gegen ein paar tausend palästinensische Kämpfer eingesetzt. Die Soldaten haben von Verwüstungen berichtet, in Thyrus, in Sidon, die sie an Bilder aus dem 2. Weltkrieg erinnerten. Die Soldaten haben Palästinenser gesehen, die nun zum zweiten oder dritten Mal vertrieben werden. Darüber waren die Soldaten schockiert.

Der Bruch des Nationalen Konsenses berührt nicht das Establishment

TAZ: Ist der nationale Konsens gebrochen, der die verschiedenen politischen Strömungen innerhalb Israels durch die Furcht vor einer äußeren Bedrohung bis jetzt zusammenhielt?

H.H.: Der nationale Konsens besteht auf zwei Ebenen, der Form und dem Inhalt nach. Zur Form, zum Verhalten der Leute also, kann man sagen: Bis jetzt haben die Israelis während eines Krieges alle Streitigkeiten, Probleme, Diskussionen beiseite gelassen, bis der Krieg zu Ende war. In diesem Sinne wurde der nationale Konsens gebrochen. Man hat während des Krieges gegen den Krieg demonstriert.

Inhaltlich besteht der nationale Konsens aus mehreren Elementen: keine Rückkehr zu den Grenzen von 1967, keine Anerkennung der PLO, kein Palästinenserstaat, in welcher Form auch immer. Durch die Parolen und Forderungen der Demonstranten wurde der nationale Konsens auch inhaltlich gebrochen. Das heißt aber noch längst nicht, daß die Bevölkerung Israels in zwei Lager gespalten worden sei. Wenn ich eine Prognose riskieren würde, würde ich sagen: wenn jetzt Wahlen stattfänden, würde

Parlaments stattgefunden. Im Establishment merkt man davon noch nichts. Der Unterschied zwischen dem regierenden Likud und der Arbeiterpartei besteht darin ,daß die Arbeiterpartei Verteidigungsminister Sharon auffordert: „Bitte geh nicht nach Beirut!" Und das nicht aus einer grundsätzlichen politischen Erwägung heraus. Die Arbeiterpartei erkennt die PLO nicht an. Sie fürchtet aber, daß der Krieg Israel noch mehr Opfer kosten wird, und die Weltöffentlichkeit das nicht ohne weiteres hinnehmen würde. Politisch hat sich der Bruch des nationalen Konsens noch nicht ausgewirkt.

„Peace Now": Keine Stellungnahme zur Palästinenserfrage

TAZ: Wie versteht sich die „peace now"-Bewegung? Wie entstand sie? Hat sich ihr Meinungsbild durch den Libanonkrieg verändert?

H.H.: Die „peace now"-Bewegung entstand vor dem Hintergrund eines möglichen Friedens zwischen Ägypten und Israel. Zwischen dem Besuch Sadats in der Knesset und dem Camp David-Vertrag hatte die „peace now"-Bewegung ihre beste Zeit, sie bekam damals 100.000 Leute auf die Straße. Charakteristisch war, daß sie überhaupt nicht Stellung zur Palästinenserfrage bezog. Es ging ihr ja um einen Frieden mit Ägypten, und das war eine Sache zwischen Staaten.

Du mußt aber betonen und auch schreiben, daß für alle Leute in Israel, auch wenn das nirgends geschrieben steht, das Hauptproblem die Palästinenserfrage ist. Bis jetzt hat die peace now-Bewegung dazu nichts gesagt. Nach Camp David hatte man den Eindruck, daß die peace now-Bewegung politisch am Absterben war. Keine Demonstration, keine Stellungnahme.

Die peace now-Bewegung ist nicht wie eine Partei, es gibt keine Institution, keine Büros, keine Verantwortlichen. Es gibt Führer, die nicht gewählt sind, die man aber akzeptiert. Diese Führer haben zu Beginn des Krieges gesagt: „Solange Krieg ist, äußern wir uns dazu nicht". Sie waren also Teil des nationalen Konsenses. Sie wollten den kämpfenden Soldaten nicht in den Rücken fallen. Erst als sie sahen, daß die Soldaten selbst den Krieg kritisierten, sahen sie sich gezwungen, zu einer Demonstration aufzurufen. Die Parolen der Führer der „peace now"-Bewegung sind stets viel gemäßigter als die Meinung der Demonstranten. „Kein Krieg wie dieser", war eine Parole der großen Demonstration. D.h., sie sind nicht prinzipiell gegen Kriege. Sie haben ständig Angst, an den Rand der Gesellschaft gedrängt zu werden, wenn sie radikaler argumentieren. Man kann aber annehmen, daß die „peace now"-Bewegung ihr Programm jetzt partiell ändern und zur Palästinenserfrage Stellung beziehen wird.

Das „Komitee gegen den Krieg im Libanon". Anerkennung der PLO

TAZ: Wie versteht sich das „Komitee gegen den Krieg im Libanon"? Welche Gruppen und Meinungen sind dort vertreten?

H.H.: Das Komitee ist eine Koalition aus den alten traditionellen Linken und Studenten und Intellektuellen, die keiner Partei angehören. Die größten Gruppen sind die Rakach und Sheli. Rakach ist eine stalinistisch orthodoxe Partei. Sheli kann man als linskzionistisch bezeichnen. Was einmal die Hauptströmung der zionistischen Bewegung war und danach verschwand, die Vorstellung nämlich, daß Sozialismus und Zionismus sich verbinden könnten, ist bei Sheli stark vertreten. Außer diesen großen Parteien gibt es viele kleinere Gruppen, die entweder nicht-zionistisch oder antizionistisch wie Mazpen sind.

Im Gegensatz zur peace now-Bewegung haben alle Gruppen des Komitees eines gemeinsam: die Forderungen Rückzug auf die Grenzen von 1967, Anerkennung der PLO und Anerkennung eines palästinensischen Staates. Widersprüche zwischen den Gruppen des „Komitees gegen den Krieg im Libaon" sind irrelevant, weil die Frage für die israelische Bevölkerung nicht ist, Sozialismus ja oder nein, sondern Anerkennung der PLO oder nicht, Palästinenserstaat ja oder nein.

Das Komitee entstand, weil durch das Schweigen der peace now-Bewegung ein politisches Vakuum entstanden war. Es wirkte aber auch als Katalysator insofern, als die peace now-Bewegung zu einer Stellungnahme gegen den Krieg gezwungen wurde.

Die europäische Linke kann uns dabei helfen, eine gemeinsame Position zu entwickeln, z. B. durch Konferenzen und Treffen der verschiedenen israelischen Gruppierungen mit Palästinensern. Ich denke, daß das Treffen zwischen Arafat und Uri Avneri der Beginn einer neuen Phase sein kann, in der Palästinenser und Israelis miteinander reden und auch gemeinsam handeln werden.

Das Gespräch führte Brigitte Heinrich
(Aus taz. 19. 7. 1982) (Wien)

In diesem Krieg geht es um die Westbank ...

Uri Avneri:

Dem israelischen Journalisten Uri Avneri, einem der prominentesten Vertreter der „Peace-Now"-Bewegung, droht das israelische Establishment derzeit mit einer „Anklage wegen Hochverrates". Grund dafür ist das jüngste Treffen des Herausgebers der Zeitschrift „Ha'Olam Haseh" und jahrelangen Knessethabgeordneten mit PLO-Chef Arafat im belagerten Westbeirut.
Wir bringen im folgenden Auszüge aus einem Interview der palästinensischen Zeitschrift Al-Fajr (15. Juli 1982) mit dem israelischen Friedenskämpfer:

AL-FAJR: *Welche Wirkung zeitigte Ihr Gespräch mit Yassir Arafat in Israel?*
AVNERI: Es hatte eine extrem starke Wirkung. Nichts während meiner 32-jährigen Tätigkeit bei „Ha'Olam Haseh" hatte jemals eine derartige Wirkung. Jedermann erkennt die historische Bedeutung. Einige verabscheuten meinen Schritt, andere begrüßten ihn. Mehr Menschen, als ich erwartete, begrüßten ihn. Jene, die die PLO und die Araber hassen und das palästinensische Volk zerstören wollen, verabscheuten mein Interview. Die, die einen Ausweg suchen, lasen es wahrscheinlich mit größtem Interesse. Yassir Arafat hat die unmißverständlichsten Erklärungen abgegeben, die er jemals machte — er ist bereit, Israel anzuerkennen und einen Palästinenserstaat in einem Teil von Palästina zu gründen. Daß er bereit war, mich überhaupt zu treffen, ist bereits ein Anzeichen von größter Wichtigkeit. Es war das erste Mal, daß Arafat einen Israeli empfing.
AL-FAJR: *Meinen Sie, daß dies die israelische Friedensbewegung veranlassen wird, ein für alle Male die Position der PLO anzuerkennen?*
AVNERI: Es gab da eine Reihe von Vieldeutigkeiten über die PLO. Ich meine, daß es als Resultat meines Interviews weniger geben wird. Die 100.000 Leute bei der „Peace-Now"-Demonstration (3. Juli 1982) versammelten sich eine Stunde nachdem der israelische Rundfunk verlautbart hatte, daß mich Yassir Arafat empfangen hat. Wir wissen nicht, wieviele deswegen gekommen sind.
FRAGE[1]: *Hatten Sie mit der Regierung Kontakte über das Gespräch?*
AVNERI: Keine. Niemand, weder von der Opposition, noch von der Regierung, hat mich kontaktiert. Ich sage dies mit großem Bedauern, weil es den totalen Mangel an Friedensinteresse, sowohl bei der Regierung als auch bei der Arbeiterpartei, zeigt. Die Arbeiterpartei hat sich während des Krieges erbärmlich und unehrenhaft verhalten. Shimon Peres erwies sich nicht nur als ein Sprecher Begins, er war auch sein bedeutendster Lügner. Er hat alle jene Lügen verbreitet, die sich innerhalb von 24 bis 48 Stunden als totale Lüge herausgestellt haben.

Der erste dramatische Akt!
AL-FAJR: *In Anbetracht Ihrer Meinung über die Arbeiterpartei — was sind die Parameter der neuen Friedensbewegung?*
AVNERI: Es wird zwei Hauptpositionen geben. Ich glaube, dieser Krieg hat eine ganz einfache Position für die Gesamtbewegung geschaffen — entweder ist man für oder gegen den Krieg. Jeder, der sich noch nicht gegen den Krieg ausgesprochen hat, ist unwürdig, unnütz und völlig verächtlich. Tatsächlich existieren diese Leute für mich überhaupt nicht mehr.
Innerhalb der großen Gruppe (der Friedensbewegung) gibt es jene, die eine klar umrissene Position haben, die einen palästinensischen Staat in der Westbank und im Gazastreifen akzeptieren wollen — das ist der Kern der Friedensbewegung. Es ist unsere Aufgabe, die breiten Massen in die erste Gruppe zu bringen, und jene in der ersten Gruppe in die zweite. Das ist möglich, wenn diesem ersten Schritt Arafats nun weitere Schritte folgen. Ich war immer der Meinung, daß man Positionen nicht durch diplomatische, sondern durch dramatische Schritte ändern kann. Der erste dramatische Akt wurde nun unternommen ...
FRAGE: *Kann es eine Annäherung zwischen der Friedensbewegung und der Bevölkerung in den besetzten Gebieten geben?*
AVNERI: Im Moment gibt es wirklich wenig Kontakt. Ich meine, daß die Bevölkerung in der Westbank mit einer schrecklichen Gefahr konfrontiert ist, denn in diesem Krieg im Libanon geht es nicht um den Libaon — es geht um die Westbank. Das

wichtigste Ziel des Krieges war es, die PLO zu zerstören und den Weg für eine Annexion der Westbank und des Gazastreifens vorzubereiten. Ich glaube das nicht, ich weiß das. Ich habe die Pläne über diesen Krieg vor Monaten publiziert, in den genauesten Details, und ich habe damals nicht geraten, ich wußte es.
AL-FAJR: *Sie wußten es durch Intuition; oder hat es Ihnen jemand gesagt?*
AVNERI: Es gab keine Intuition ... ich wußte es.

Sharons Ziel: Töten!
AL-FAJR: *meinen Sie, daß der Beschluß der (israelischen) Armee, Westbeirut abzuriegeln, mit Ihrem Besuch in Zusammenhang steht?*
AVNERI: Ehrlich gesagt, ich habe daran gedacht ... Was Westbeirut betrifft, so ist das eine große Stadt, größer als Tel Aviv. Es ist eine große, funktionierende Stadt. Menschen leben, arbeiten dort — man sieht Kinder, die in den Straßen spielen. Wir gingen an Schulhöfen vorbei, wo die Schüler Fußball und Basketball spielten. Zur gleichen Zeit ist die Stadt voll von Soldaten. Es gibt mehr als 8000 Palätinenser, 2000 Libanesen (Nationale Bewegung) und einige syrische Elemente, die sich alle verschanzen und auf den Endangriff vorbereiten.
An dem Tag, als ich dort war, bestand Hoffnung auf ein Übereinkommen. Aber niemand glaubt wirklich, daß Ariel Sharon das durchläßt. Die Stimmung ist fatalistisch. Die Soldaten waren in jener Stimmung, die man kennt — wenn sie wissen, daß es auf sie ankommt. Da war ein Gefühl, über das man nicht sprach — aber es lag in der Luft —, daß die ganze Sache dazu verurteilt sein könnte, eine schreckliche Katastrophe zu werden.
In der Wohnung, wo ich Yasser Arafat traf, gab es Kinder. Ich konnte nicht umhin, mich zu fragen, was geschehen würde, wenn der ganze Ort zu einem Schlachtfeld würde. Sie sind bereit zu einer politischen Lösung, aber sie glauben nicht wirklich, daß sie eine bekommen werden. Es gibt nicht den geringsten Zweifel daran, daß das wirkliche Ziel Ariel Sharons ist, sie alle umzubringen.
FRAGE: *Sehen Sie irgendeine Lösung?*
AVNERI: Hmm ... Möglich ... Der Druck der Friedensbewegung, plus amerikanischem Druck — plus, vielleicht, saudiarabischem Druck ... plus, möglicherweise, die Berücksichtigung der Gefallenenzahlen — es könnte sein, daß das einen Endsturm verhindert. Könnte sein, daß diese Dinge eine Lösung möglich machen.

Verpaßte Chancen
AL-FAJR: *Welche Bedeutung gewinnt dieses Treffen zwischen Ihnen und Yassir Arafat zu diesem zeitpunkt?*
AVNERI: Es mußte heute sein, nicht morgen. Wenn Yassir Arafat und alle Palästinenser Beirut verlassen, wohin sollen sie gehen? Sie könnten in einen anderen arabischen Staat abgedrängt werden und ihre Unabhängigkeit verlieren. Jetzt ist die richtige Zeit, um Frieden zu schließen — nicht weil die Palästinenser schwach sind, sondern weil sie unabhängig sind. (...)
Ich sagte es so zu ihm (Arafat): „Wenn die israelische Regierung heute zu Ihnen käme und sagte: ‚O.K., wir haben einen Krieg. Wir haben tapfer gekämpft, laßt uns Frieden schließen, auf der Basis gegenseitigen Repekts der Kämpfer beider Seiten, ihr in einem palästinensischen Staat, und wir im Staat von Israel — laßt uns in Frieden leben.' Was würden Sie tun?" Er antwortete: „Wir haben dazu immer eine positive Antwort gehabt."
Aber, natürlich, wir haben Begin und Sharon, und diese Gelegenheit wird wie viele zuvor versäumt werden. Während des Sechstage-Krieges — am 5. Tag — schrieb ich einen offenen Brief an den Ministerpräsidenten, Levi Eshkol, und schlug ihm vor, den Palästinensern einen palästinensischen Staat in der Westbank und im Gazastreifen anzubieten. Heute erkennen wir, daß das damals eine große Chance war. Vielleicht wird man in 15 Jahren dasselbe über heute sagen.
Der ganze Krieg konzentriert sich auf die Westbank und den Gazastreifen.
(Uri Avneri führt aus, daß angesichts des Versagens der israelischen Arbeiterpartei „neue politische Formen" gefunden werden müssen. Dazu erklärt er:)
Meine tiefste Überzeugung ist, daß es keine gültige, effektive israelische Friedensbewegung ohne direkten und täglichen Kon-

takt mit den Friedenskräften des palästinensischen Volkes und der PLO geben kann. Dieses Treffen zwischen mir und Yassir Arafat öffnete ein Tor, nicht nur für heute, für immer. Nun wurde den Menschen in der Westbank durch Yassir Arafat ein grünes Licht gegeben. „Ihr könntet und müßt mit der israelischen Friedensbewegung zusammenarbeiten" ... das ist ganz deutlich das Signal, das Yassir Arafat setzen wollte.

Gemeinsame Friedenskomitees

AL-FAJR: *Eine letzte Frage. Jedermann akzeptiert wohl, daß ein neuer israelischer Angriff in den besetzten Gebieten unvermeidlich ist. Kann die Friedensbewegung etwas tun, um das zu verhindern?*

AVNERI: Ich glaube, wir können und müssen. Angesichts der Gefahr, die ein Angriff für das palästinensische Volk und für das israelische Volk bedeutet ... müssen wir. Wie ich auch Yassir Arafat gesagt habe: „Wir tun das für uns, nicht nur für die Palästinenser ..."

Wir müssen jetzt eine gemeinsame palästinensisch-israelische Friedensbewegung gründen. Gemeinsam auf allen Ebenen: gemeinsame Akademikerkomitees, um akademische Institutionen zu verteidigen. Gemeinsame Journalisten-Komitees, um die Presse vor Zensur zu schützen; gemeinsame juristische Komitees; gemeinsame Lehrerkomitees, um die Einsickerung eines faschistischen Geistes in unseren Schulen zu verhindern. Auf allen Ebenen. Überall. Das sind absolute Notwendigkeiten.

Die Menschen müssen die schreckliche Gefahr, die der Westbank droht, begreifen. Denn Ariel Sharon und Leute wie er werden denken, daß die Westbank-Bevölkerung nun vollkommen hilflos ist, sie werden Annexionswellen auslösen, wie wir sie niemals vorher gesehen haben. Nur eine stärkere, und immer stärkere Friedensbewegung kann das verhindern.

1 Eine französische Journalistin beteiligte sich an dem Interview.

(Aus: Al-Rabita, Juli 1982) (Wien)

Interview mit Gideon Spiro

Am Rande der UNO-Konferenz über Palästina, die Anfang September in Genf stattfand, haben Jürgen Reents und Reinhard Hesse für die taz und die MOZ ein Interview mit Gideon Spiro vom „Komitee Solidarität mit Bir Zeit/Komitee gegen den Krieg im Libanon" geführt. Spiro ist früher Elitesoldat der israelischen Armee gewesen und hat nun den Kriegsdienst im Libanon verweigert.

MOZ: Gideon, Du bist israelischer Armeereservist und hast Dich geweigert, am Libanon-Krieg teilzunehmen. Warum?

Gideon Spiro: Ich bin der Meinung, daß ein Soldat mit demokratischem Bewußtsein — besonders in einem Staat, der vorgibt, ein demokratischer Staat zu sein — sich nicht hinter der Formalie eines Befehls verstecken kann. Ich trage auch in der Armee eine große persönliche Verantwortung. Ich glaube, daß dieser Krieg ein verbrecherischer Krieg ist, daß dieser Krieg nichts mit der Verteidigung meines Landes zu tun hat, und deshalb halte ich es für meine Pflicht, nicht in den Krieg zu gehen. Insbesondere nicht, wenn meine Regierung erklärt, dies sei ein Krieg, den sie aus freien Stücken angefangen hat. Es gab keinerlei Zwang, diesen Krieg zu führen.

Zum anderen haben die Ziele dieses Krieges nichts zu tun mit dem Eid, den ich bei Eintritt in die Armee geleistet habe. Mein Eid lautete, das Land zu verteidigen, aber nicht, eine neue Ordnung im Nahen Osten herbeizuführen; nicht, einen Präsidenten der faschistischen Falangisten in Beirut einzusetzen; und nicht, palästinensische Bewegung zu zerschlagen. All das waren klar erklärte Kriegsziele, die ihnen helfen sollten, jetzt die besetzten Gebiete leichter annektieren zu können.

Drittens: In diesem Krieg sind ganz eindeutig Kriegsverbrechen verübt worden. Drei Monate täglicher Bombardierung von Beirut, mit Hunderten und Tausenden ziviler Opfer, das war in meinen Augen ein Kriegsverbrechen. Es gibt heute keinen Zweifel mehr, daß man Krankenhäuser und Schulen bombardiert hat.

MOZ: Wie ist auf Deine Befehlsverweigerung reagiert worden?

G.S.: Ich bin vielleicht in gewisser Hinsicht ein Ausnahmefall, weil ich eine sehr respektable Armee-Karriere hinter mir habe. Ich gehörte 1956, im Sinai-Feldzug, zu der Fallschirmjägereinheit, die hinter den feindlichen Linien abgesprungen ist. Das war das einzige Mal, daß Fallschirmjäger im Kampf eingesetzt wurden — schon eine kleine Legende. Um uns herum entstand der Mythos von den „Helden des Mitla-Passes". General Eytan, der während des Libanon-Krieges Stabschef war, war damals mein direkter Kommandeur, und der jetzige Stabschef, Moshe Levi, war Soldat in meiner Einheit. Ich kenne beide sehr gut, und ich bin wahrscheinlich der einzige aus dieser Einheit, der sich so radikal nach links orientiert hat.

Ich habe in einem Offenen Brief an Eytan, und später an Levi, begründet, warum ich nicht nur nicht in den Krieg im Libanon gehen werde, sondern auch, daß ich keinen Dienst in den besetzten Gebieten tun werde. Dieser Brief ist in der Presse veröffentlicht worden, und einen Tag vor meiner geplanten Einberufung wurde der Befehl annulliert. Sie haben sich wohl gefragt, ob sie mich ins Gefängnis werfen sollen, aber das hätte der Bewegung der Kriegsdienstverweigerer mehr Zulauf verschafft.

]MOZ: Nun hat es ja außer Deiner noch mehrere Verweigerungen gegeben. Wieviele waren das und was ist in diesen Fällen geschehen?

G.S.: Das hat angefangen mit einer Petition an (den damaligen Premier) Begin und (den da-

naligen Verteidigungsminister) Sharon, in der wir als Reservisten darum gebeten haben, nicht in den Libanon geschickt zu werden. Sie wurde bis heute von ungefähr 2.000 Soldaten unterschrieben. Diese Bewegung nennt sich „Yesh Gvul", d.h.: „Es gibt eine Grenze!"

Die Armeeführung hat uns dennoch zum Krieg einberufen. Diejenigen von uns, die dem Dienst nicht auf andere Weise entgehen konnten, sind in den Libanon geschickt worden und haben verweigert. Bis heute hat man dafür 85 Soldaten ins Gefängnis gesteckt.

Diese Bewegung hat eines der heiligen Prinzipien der israelischen Gesellschaft gebrochen: Die Armee, die angeblich das gesamte Volk repräsentiert und über der politischen Diskussion steht — das ist eine heilige Kuh. Die Verweigerungen haben in der israelischen Gesellschaft als Schock gewirkt. 2.000 Leute, die diese Petition unterschrieben haben, das ist eine sehr respektable Zahl. Aber es reicht nicht, den Krieg zu beenden: das hat keine Ausmaße, wie etwa die Vietnam-Bewegung in den USA, wo die Regierung im Begriff war, Volk und Armee zu verlieren — die Gesellschaftsordnung war damals in Gefahr. Das ist bei uns nicht der Fall. Viele Leute, die ihre Kritik an diesem Staat haben, sind nicht bereit, einen solchen Schritt zu tun, wie wir ihn getan haben.

MOZ: Wie entwickelt sich jemand von einem Elite-Fallschirmjäger 1956 zu einem Verweigerer 1982? Gab es da einschneidende Momente in Deiner politischen Biographie?

G.S.: Mein Bruder ist Rabbiner in Kapstadt. Ich empfinde das als eine große Schande, daß ein jüdischer Rabbiner bereit ist, ins rassistische Südafrika zu gehen und dort als Mitglied der herrschenden weißen Minderheit zu leben und alle Privilegien, die er wegen seiner Hautfarbe dort hat, in Anspruch zu nehmen. Mir ist es ganz anders ergangen, das kommt in den besten Familien vor.

Meine Familie ist vor dem Rassismus geflohen. Meine Eltern kommen aus Deutschland, sie sind nach 1933 aus Deutschland emigriert. Das hat auf mich eine nachhaltige humanistische Wirkung gehabt. Die Ablehnung des Rassismus prägt mich sehr stark, ich bin da sehr empfindlich gegenüber der Realität in Israel: Zum Beispiel ist die hebräische Sprache heute voll mit rassistischen Ausdrücken über Araber. Nimm an, zwei Israelis unterhalten sich über die schlechte Arbeit eines Dritten, eines Juden — dann sagen sie: „Das ist eine arabische Arbeit". Das ist identisch mit vielen antisemitischen Wendungen, unter denen wir Juden gelitten haben, und die ich in verschiedensten Variationen der deutschen Sprache gehört habe.

Wenn General Eytan die Palästinenser als „besoffene Kakerlaken" bezeichnet, ist das dieselbe Art von Ausdrücken, die man in Deutschland gegenüber Juden benutzt hat. So hat man meine Eltern beschimpft. Ich kann mich damit nicht einverstanden erklären, daß der Staat, der eine Heimstatt für Opfer des Rassismus sein sollte, für Opfer der Diskriminierung, daß dieser Staat jetzt dasselbe gegenüber anderen praktiziert.

Was mich darüber hinaus sehr beeinflußt hat, war mein Aufenthalt als Journalist in den USA, bei der UNO, 1967/68. Das war die Zeit der großen Bewegung gegen den Vietnam-Krieg. Ich habe als Journalist am „Marsch aufs Pentagon" 1968 teilgenommen — das waren gut eine halbe Million Leute. Eine halbe Million Leute, die zum Herzen des amerikanischen Militärkomplexes gegangen sind und gesagt haben: „We won't go". Das hat mir sehr imponiert — Leute, die nicht bereit sind, in einem Krieg zu kämpfen, an den sie nicht glauben.

Das dritte Element, das mich sehr bestimmt hat, war die Entwicklung Israels nach 1967 — der Effekt der Okkupation auf die israelische Gesellschaft. Ich habe den Prozeß beobachtet, in dem ein Volk eine kolonialistische Mentalität entwickelt. Ich habe gesehen, wie aus der militärischen Beherrschung eines anderen Volkes heraus, aus der Unterdrükkung seiner Freiheit, die Ideologie von den „Untermenschen", von den „Arabern" entsteht. Für andere sind es die „Primitiven" oder, die etwas „gebildetere" Variante: Menschen, die nach dem Willen Gottes beherrscht werden müssen, alles stehe ja schon in der Bibel geschrieben. Wir haben es mit einem Gemisch aus Populismus, Rassismus und Faschismus zu tun — angereichert um die ökonomische Dimension: billige Arbeitskräfte, die Araber bauen die Siedlungen, die sie von ihrem Land vertreiben. Das ist „Zionismus '83": Araber schuften, Juden kämpfen.

Diese Entwicklung habe ich die ganze Zeit über kritisch gesehen, und ich habe schon Anfang der 70er Jahre in einem Interview mit einer amerikanischen Studentenzeitung gesagt: Ich habe Bedenken, in der israelischen Armee zu dienen.

MOZ: Aber Du hast im 1973er Krieg gekämpft?

G.S.: Das war im Sinai. Wir wurden angegriffen.

MOZ: Du bist Angehöriger des „Komitees gegen den Krieg im Libanon". Was sind die politischen Zielsetzungen dieses Komitees?

G.S.: Das Komitee hat zwei Namen, es ist das „Israelische Komitee der Solidarität mit der Bir-Zeit-Universität/Komitee gegen den Krieg im Libanon". Das Komitee hat als Solidaritätskomitee angefangen, als die Armee in den 70er Jahren erstmal die palästinensische Universität von Bir Zeit auf der Westbank für drei Monate geschlossen hat. Der Anlaß waren Studentenunruhen gewesen. Dagegen haben israelische Studenten, Akademiker und andere Personen, die sich auf die akademische Freiheit — in den Grenzen der Besetzung — beriefen, die Wiedereröffnung der Universität verlangt. So hat es angefangen, und mit der Zeit ist diese Solidaritätsgruppe ein Komitee gegen die Besetzung geworden. Dabei sind Organisierte — z.B. von der Kommunistischen Partei oder von den verschiedenen radikal-sozialistischen Gruppen wie „Matzpen" oder weniger bekannten Gruppen wie „Schassi", den „Israelischen Linkssozialisten", ein paar Mitglieder der „Shelli-Partei" — wie auch Individuen, die wie ich keiner Partei angehören, unabhängige Linke und andere. Wir haben uns zusammengefunden, um uns auf Aktivitäten gegen die Besetzung zu konzentrieren. Unser Komitee ist weder zionistisch noch anti-zionistisch, unter den Mitgliedern sind beide Gruppen vertreten. Wir haben uns auf einige Prinzipien geeinigt: wir sind gegen die Besetzung der Westbank, für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser, gegen die Siedlungspolitik und gegen die Siedler; wir sind für die Anerkennung der PLO als Vertretung des palästinensischen Volkes, für Dialog, für Verhandlungen mit der PLO. Außerdem vertreten wir das Prinzip von zwei Staaten: Israel soll sich auf die Grenzen vor 1967 zurückziehen und einen Palästinenserstaat auf der Westbank und im Gazastreifen anerkennen. Durch den Krieg im Libanon hat sich das Komitee auch zu einer Organisation gegen diesen Krieg entwickelt.

MOZ: Was hältst Du für die Motive dieses Krieges?

G.S.: Dieser Krieg war das Ergebnis imperialen Denkens: der Idee, Israel sei eine Weltmacht, das mit seiner Armee alle Probleme der Region lösen könne. Er ist befohlen worden von einer Führung, die sich an ihren immensen Arsenalen modernster Waffen berauscht hat, die besoffen war von ihrer eigenen Macht, und die, wie die kleinen Kinder, nach einer Möglichkeit suchte, diese „Spielzeuge" auszuprobieren. Das ist ein Teil der israelischen Gedankenwelt, die sich nach 1967 entwickelt hat. Der schnelle Sieg 1967, dieser „Blitzkrieg", hat eine Art „nationalen LSD-Rausches" hervorgerufen; die Leute waren regelrecht „high". Wir sind die neuen Her des Nahen Ostens, haben sie gedacht. Der Krieg von 1973 erschien als „Betriebsunfall", aus dem man keinerlei Konsequenz gezogen hat. In den ersten Tagen des Libanon-Krieges hat Begin erklärt: „Wir haben den Komplex von 1973 ausradiert." Sie haben vergessen, daß Israel mit 3 Millionen Einwohnern Grenzen hat, daß es keine Weltmacht ist, daß diese Militärmacht zum großen Teil eine geborgte Macht ist, daß sie diese Macht verlieren können, wenn sie damit Mißbrauch treiben, d.h. sie anders als zur Verteidigung einsetzen. Aber diese Leute, motiviert von einem wahnsinnigen religiösen Fanatismus, haben gedacht, die könnten mit einem Schlag den Palästinensern zeigen, wer die Macht hat.

Sie wollten die Palästinenser und ihren Widerstand zerbrechen und haben eine Legende geschaffen: 3 Monate haben die Palästinenser in Beirut ausgehalten, sich bewährt als tapfere Kämpfer. Vom Standpunkt der israelischen Führung eine bodenlose Dummheit! Schließlich stand dieser Krieg unter dem Mot „Frieden für Galiläa". Das war vom ersten Tag an eine Lüge. Galiläa war seit einem Jahr ruhig gewesen. Es gab ein Abkommen zwischen Israel und der PLO, einen Waffenstillstand, den die PLO strikt eingehalten hat. Israel konnte nicht vertragen, daß die PLO ein Abkommen einhält. Das verschafft der PLO Respekt, macht sie zum Partner für Verhandlungenn, lief der israelischen Politik zuwider, die PLO als Terroristenorganisation darzustellen.

MOZ: Du hast bei den Zielen des „Komitees gegen den Krieg in Libanon" die Anerkennung der PLO, den Eintritt in Verhandlungen mit der PLO und die Anerkennung der nationalen Unabhängigkeit des palästinensischen Volkes genannt. Welche Basis haben diese Forderungen in Israel?

G.S.: Eine sehr schmale. Selbst bei den „Friedenskräften" ist die Lage eher verschwommen. Nehmen wir als Beispiel „Peace Now", die „Frieden jetzt"-Bewegung: Die sind erheblich größer als wir, sie können 100.000 Leute auf eine Demonstration bringen. Peace Now hat absichtlich kein klares Programm

zum Palästinaproblem. Sie sagen, Besetzung sei nicht gut, ein anderes Volk beherrschen sei nicht gut, die Siedlungen seien nicht gut — aber sie sagen nichts Konkretes. Sie sagen nicht: wir müssen mit der PLO sprechen; sie sagen nicht, daß ein Palästinenserstaat notwendig ist. Deswegen können sie auch so viele Leute mobilisieren. Wir dagegen beziehen klar Stellung: Wir sagen Ja zur PLO, Ja zum Palästinenserstaat, Zurück zu den 1967er Grenzen ohne Wenn und Aber. „Peace Now" ist für einen israelischen Rückzug, aber sie sagen nicht, zu welchen Grenzen. Sie wollen ein ungeteiltes Jerusalem, während wir für einen geteilten Status sind: ein palästinensisches und ein israelisches Jerusalem. Ostjerusalem soll Hauptstadt des Palästinenserstaates werden, fordern wir. Das sagt in Israel niemand, das ist äußerst unpopulär.

Aber wir ziehen „Peace Now" sehr häufig mit zu Aktionen, auch wenn wir klein sind. Als die Palästinenser in Hebron im Juni einen Siedler getötet haben, haben die Siedler auf dem Marktplatz von Hebron ein Pogrom veranstaltet. Danach kam das Massaker an der moslemischen Universität von Hebron. Nach dem Pogrom und noch vor dem Massaker haben wir auf dem Platz gegenüber dem Sitz des Militärgouverneurs von Hebron ein Zelt aufgeschlagen und 24 Stunden am Tag gegen die Siedler, gegen die Okkupation demonstriert. Als „Peace Now" gesehen hat, daß uns nichts geschehen ist, haben sie auch eine Demonstration gemacht. So können wir sie manchmal mitziehen.

Aber im Großen und Ganzen sind wir klein, weil wir klare Positionen beziehen. Besonders das Palästinaproblem ist in Israel sehr emotional besetzt. Die PLO gilt vielen als schlimmster Feind der Juden. Israel manipuliert dieses Gefühl — wer Israel kritisiert, wird gleich als Antisemit bezeichnet, und das treibt auch im Ausland viele Leute in die Defensive, denn wer will schon gern als Antisemit bezeichnet werden?

MOZ: Du hältst das für Manipulation?

G.S.: Die Wahrheit sieht gegenteilig aus: Ohne die Unterstützung durch die halbe Welt könnte Israel nicht tun, was es tut. Die israelische Führung verbreitet, alle Welt wäre gegen uns, alle wären Antisemiten, man müsse nur ein wenig unter der Oberfläche kratzen, denn in jedem Nicht-Juden stecke ein Antisemit. Das ist ein Märchen. Es gibt keinen zweiten Staat auf der Welt, der so ausgehalten wird wie Israel. Israel erhält über 30 % der US-Auslandshilfe, bekommt Milliarden aus der Bundesrepublik usw. Wir 3 Millionen Leute bekommen mehr als Indien mit 800 Millionen — in absoluten Zahlen!

Wie kann Israel einen Krieg führen, die Besetzung aufrechterhalten, 140 %ige Inflation verdauen und nicht schlecht dabei leben? Jahr für Jahr fahren 800.000 Israelis ins Ausland, jeder nimmt zwischen 3. und 10.000 Dollar mit. Wo kommt das ganze Geld her, auch das Geld für den Krieg? Es ist alles Auslandshilfe. Meiner Meinung nach kann nur die Welt Israel wieder zur Besinnung bringen. Solange der Israeli sich alles leisten kann — sowohl Krieg als auch ins Ausland fahren, sich eine Video-Anlage kaufen und ein Auto haben, ein Chauvinist zu sein und im Luxus zu leben — wird sich nichts ändern. Nur wenn der israelische Bürger begreift, daß er für die Taten seiner Regierung zahlen muß, muß er sich entscheiden: entweder Siedlungen oder Auto. Darum ist es auch so wichtig, daß mindestens Amerika einmal sagt: wenn ihr Krieg führen, Land annektieren wollt, macht es auf eure Kosten. Denn Israel gefährdet heute nicht nur sich selbst, nicht nur den Nahen Osten, sondern den gesamten Weltfrieden. Israel ist eine Atommacht, hat Atombomben und Atomraketen. Diese Waffen, zusammen mit den nationalfanatisch-religiösen Gedanken derer, die über ihren Einsatz befehlen, stellen eine immense Gefahr dar. Israel hat den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet, und die Welt schweigt dazu.

MOZ: Du sagst, Eure Basis in der israelischen Gesellschaft sei schmal. Teilst Du die Meinung einiger israelischer Oppositioneller, daß die PLO durch ein Entgegenkommen, durch bestimmte politische Signale — etwa die Erklärung der Anerkennung Israels — daran etwas ändern könnte?

G.S.: Ja. Ich habe das einigen Freunden von der PLO auch gesagt. Aber ich kämpfe — unbeachtet des Standpunktes der PLO — für meine politischen Überzeugungen. Natürlich, wenn die PLO morgen klar und deutlich erklären würde, daß sie die Koexistenz zwischen beiden Staaten — einem palästinensischen und dem israelischen — wünscht, wäre das eine große Hilfe für die Friedenskräfte in Israel. Ich habe Verständnis dafür, daß die PLO das nicht tut. Aber wenn sie es täten, wäre das ein großer Aufschwung für die Friedenskräfte in Israel.

MOZ: Aber Du akzeptierst es, daß die PLO keine solche Erklärung abgibt ...

G.S.: ... sicher. Sie wissen ja nicht einmal, wie Israel reagieren würde. Es kann doch sehr gut sein, daß die PLO mit einer sehr schönen, klaren Erklärung herauskommt, daß sie zwei Staaten in Frieden und Koexistenz zum Ziel hat. Wir als Friedenskräfte würden uns sehr freuen, aber das offizielle Israel würde nur lachen und sagen: Ihr glaubt diesen Banditen, die wollen doch nur die Weltmeinung manipulieren. Begin hat doch klar und deutlich gesagt, er werde nie mit der PLO verhandeln — egal, was sie erklärt.

MOZ: Wenn Du diese Haltung der PLO akzeptierst — und die PLO hat ja keinen Zweifel daran gelassen, daß sie bei Verhandlungen Israel anerkennen würde, wenn man ihr einen Palästinenserstaat zugesteht —, was sollte Deiner Auffassung nach dann zwischen Israelis und Palästinensern geschehen, um zur Koexistenz, die Ihr fordert, zu kommen?

G.S.: Ich habe hier in Genf zwei palästinensischen Zeitungen Interviews gegeben — das ist eine Revolution! Die Zeitung der PFLP (Volksfront zur Befreiung Palästinas, geführt von George Habbash) hat ein Interview mit mir gemacht, und der Mann hat mir gesagt: Das ist das erste Mal, daß er mit einem Israeli spreche, bislang habe er nur gegen sie gekämpft. Das zweite Interview war mit der Zeitung der DFLP (Demokratische Front unter Nayef Hawatineh), und sie haben eine Frage gestellt, die für mich schon eine Revolution darstellt: Was können **wir** machen, hat er mich gefragt, um die Friedenskräfte in Israel zu stärken?

MOZ: Wie steht es denn praktisch um die Zusammenarbeit zwischen Initiativen wie der

Eurigen — oder der israelischen Linken im allgemeinen — und Palästinensern in Israel und in den besetzten Gebieten?

G.S.: Wir leisten eine sehr wichtige Arbeit, was die Kontakte mit den Palästinensern in den besetzten Gebieten angeht. Wir haben eine sehr gute Zusammenarbeit mit Bir Zeit und den anderen (arabischen) Universitäten, denen in Nablus, Bethlehem, Hebron. Wir haben begonnen, mit der Führung der palästinensischen Flüchtlingslager zu kooperieren. Wir haben eine gemeinsame Demonstration geplant — was auch eine Art Revolution ist, denn vor gar nicht allzu langer Zeit waren sie überhaupt nicht bereit, so etwas mit uns zu machen. Daheyshe zum Beispiel, das gilt als das radikalste Flüchtlingslager neben Bethlehem. Die Führung dieses Lagers gehört insgesamt zur sogenannten „Ablehnungsfront" (inzwischen aufgelöster Zusammenschluß von PLO-Gruppen, die gegen Verhandlungen um einen palästinensischen Teilstaat waren, d.Red.). Wir haben uns mit ihnen getroffen und sie waren sehr angetan. Sie waren bereit, mit uns zu demonstrieren, obwohl sie sehr genau wußten, was unsere Parolen sind. So fordern wir die Zweistaatlichkeit, sie haben gesagt, das sei kein Problem.

Wißt Ihr, was in Hebron passiert ist, als wir dort zum Protest unser Zelt aufgebaut haben? Die Menschen von Hebron sind zu uns gekommen, jeden Tag, und haben gefragt, was sie für uns tun können, was wir brauchen. Sie haben uns Brot, Wasser angeboten, uns zu sich nach Hause eingeladen. Sie haben sich dermaßen gefreut, daß es solche Aktivitäten überhaupt gibt. Sie haben gesehen, wie die Siedler von Kiryat Arba uns Prügel angedroht haben. Wir hatten Parolen in Arabisch ausgehängt — eine schwere Provokation für die Siedler, daß wir in den besetzten Gebieten arabische Parolen in arabischer Sprache gegen die Siedler, gegen die Okkupation, für die Rechte der Palästinenser verbreiten. Als die Militärbehörden den Bürgermeister von Hebron abgesetzt haben, hat eine Delegation unseres Komitees ihn sofort bei sich zu Hause besucht. Wir sind mit dem Bus dorthin gefahren, man hat den Bus gestoppt, wir haben gleich eine Demonstration gemacht ...

Nur, eines muß klar sein: Es ist sehr einfach für uns, in den besetzten Gebieten zu arbeiten. Wir sind sehr populär dort. In Israel müssen wir arbeiten, das ist unser Publikum. Dort ist es viel schwieriger. Dort beschimpft man uns, daß wir den Dolch in den Rücken der Nation stoßen würden, daß wir PLO-Agenten seien, Kommunisten, daß wir nach Moskau gehen sollten ... Die Palästinenser in der Westbank brauchen wir nicht zu überzeugen. Es ist wichtig, ihnen zu zeigen, daß es auch andere Kräfte in Israel gibt. Es ist wichtig, daß wir gemeinsame Aktionen machen, damit die israelischen Behörden sehen, daß Palästinenser und Israelis zusammen gegen Verletzungen der Menschenrechte aufstehen, daß Israelis dagegen protestieren, wenn Palästinenser gefoltert werden. Aber wir dürfen nie vergessen, daß unser Ziel ist, die israelische Bevölkerung zu überzeugen.

MOZ: Eine letzte Frage: Meinst Du, daß die deutsche Linke sich mit ihrer Kritik an Israel zurückhalten sollte — aus der historischen Erfahrung der Vernichtung von Juden durch Deutsche heraus?

G.S.: Die Frage freut mich sehr. Ich habe lange über dieses Problem nachgedacht. Deutschland interessiert mich als ein politisches Phänomen, ich war mehrmals dort, eine Weile auch als Korrespondent. Ich glaube, daß die deutschen Linken, die deutschen Humanisten und Demokraten sich nicht nur keine Zurückhaltung auferlegen dürfen, sondern im Gegenteil: daß sie eine besondere Verpflichtung zur Kritik haben. Man muß nur den richtigen Weg finden. Die historische Verantwortung der Deutschen gegenüber Israel muß auf drei Schienen gesehen werden: Die eine Schiene ist die der Existenz Israels. Das darf keine Frage sein. Die andere Schiene ist, in der deutschen Gesellschaft gegen jede faschistische, rassistische und antisemitische Haltung zu kämpfen. Die dritte Schiene ist, daß, wenn in Israel rassistische, antidemokratische, oder gar faschistische Tendenzen sichtbar werden, daß Ihr sagt: Wir Deutsche haben auch und gerade die Verantwortung, dagegen zu kämpfen; wir dürfen nicht, der Vergangenheit wegen, die Juden gegen Kritik immunisieren. Im Gegenteil, Ihr müßtet sagen: Diese Juden, die heute diese Politik in Israel vertreten, mit diesen Anschauungen, hätten ohne weiteres Anhänger der Faschisten in den 30er Jahren sein können — wenn sie nicht eben Juden wären.

Eine der Lehren, die man aus dem Faschismus ziehen muß, ist meiner Meinung nach, gegen jeden Rassismus zu kämpfen. Das ist die Lektion, die Israel nicht gelernt hat. Die Israelis sagen: Rassismus sei nur von Bedeutung, wenn er sich gegen Juden richtet — wenn er gegen Neger geht, ist er unwichtig. Apartheid in Südafrika? Nicht Israels Problem! Die Juden leiden nicht darunter. Es gab auch Zigeuner, die Opfer des Holocausts wurden. Die haben keinen Staat bekommen, keine Wiedergutmachung. In Argentinien oder Chile werden die Menschenrechte verletzt? Geht Israel nichts an — wir verkaufen dorthin Waffen. Das Paradoxon ist so groß, daß, als vor ein paar Jahren der Premierminister von Südafrika auf Staatsvisite nach Israel kam, man ihn nach Yadwashem, zur Gedenkstätte für die Opfer des Holocaust, geführt hat. Eine glatte Beleidigung für alle Opfer des Faschismus! Man kann gegen eine Kritik der deutschen Linken nichts sagen, wenn sie gegen Rassismus in Israel kämpfen, gegen Verletzung der Menschenrechte überall, auch wenn es Juden sind, die die Menschenrechte verletzen — wenn sie gleichzeitig gegen den Rassismus in Deutschland kämpfen.

Wenn ich heute in Deutschland bin und so viele schrille Töne gegen die Türken höre, dann besteht doch die Gefahr, daß die Türken heute die Juden vom Ende der 20er Jahre werden. Es ist sehr wichtig, daß die deutschen Linken dagegen auftreten. Und als die deutsche Linke gegen die Maydanek-Urteile protestiert hat, war das gut. Wenn es dieselben Linken sind, die gegen die Maydanek-Urteile protestiert haben — dann sollen sie auch Kritik an der Politik Israels üben, besonders, weil Israel von der Bundesrepublik massive finanzielle Hilfe verlangt und bekommt. Es wäre sehr gut gewesen, wenn deutsche Linke gegen die Besuche von Ex-Nazis in Israel protestiert hätten. Leider haben sie es nicht gemac Als Schröder, ein ehemaliger SA-Mann und späterer Außenminister, als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses nach Israel kam, hätte die deutsche Linke protestieren müssen. Oder sie hätte fragen müssen, wie es sein kann, daß Israel einem Mann wie Axel Springer so viel Ehre erweist.

Kritik an Israel ist nicht nur möglich, sondern nötig. Aber sie muß im richtigen Zusammenhang stehen.

SHELLI – wer sind wir?

Einleitung

Shelli sind die hebräischen Anfangsbuchstaben für "Friede und Gleichheit in Israel".
Shelli ist eine israelische Bewegung, die in sich israelische Bürger aller Religionen und Nationalitäten vereinigt. Sie tritt für den demokratischen, humanen Sozialismus ein und strebt nach einer Friedensregelung mit den arabischen Völkern und dem palästinensischen Volke auf der Grundlage der gegenseitigen Anerkennung des Rechtes aller Völker auf Selbstbestimmung und auf einen souveränen Staat. Das langfristige Ziel Shellis besteht in der Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft der arbeitenden Menschen, in der es keine privilegierten Gruppen gibt und in der Gleichheit, Demokratie sowie soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit herrscht.
Shelli widersetzt sich jeglicher nationaler, ethnischer, klassenspezifischer, religiöser oder geschlechtlicher Diskriminierung.
Bei den Parlamentswahlen 1977 erhielt Shelli 2 Mandate (von insgesamt 120). Aufgrund des Rechtsrutsches bei den letzten Wahlen ist Shelli seit 1981 nicht mehr im Parlament vertreten. Dennoch setzt sie ihren Kampf gegen die starken nationalistischen Tendenzen in der israelischen Gesellschaft fort und gilt in der israelischen Öffentlichkeit als dritte ideologische Kraft, alternativ zu dem herrschenden nationalistischen Konservatismus, und zu der, eine sehr inkonsequente und schwache Opposition zur Regierung darstellende, Sozialdemokratie.
Shelli ist mit drei Delegierten im Gewerkschaftsparlament (das auf Parteibasis, wie das normale Parlament, gewählt wird) vertreten. Dort führt sie einen hartnäckigen Kampf für die Rechte der Arbeiter. Ausserdem ist Shelli in einigen Betriebsräten und örtlichen Arbeiterkomitees beteiligt.
Derzeitiger Vorsitzender der Partei ist Ran Cohen, 43 Jahre alt und Mitglied d. Kibbutz Gan-Shmuel.
Die Mitglieder der Shellipartei nehmen aktiven Anteil an den Widerstands– und Protestbewegungen, die zu einem Friedensabkommen mit unseren Nachbarn und zu einem Rückzug aus den besetzten Gebieten beitragen. Unsere Mitglieder sind in "Peace Now", "Es gibt eine Grenze", "Soldaten gegen das Schweigen", "Eltern gegen das Schweigen" und in anderen Bewegungen organisiert.

1. Shelli und das sozial-wirtschaftliche System in Israel

1.1. Das Gesellschaftssystem

Shelli tritt für einen demokratischen und humanen Sozialismus ein, der die Menschenrechte respektiert. Als sozialistische Bewegung strebt Shelli die Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft ohne Ausbeuter und Ausgebeutete an, in der die Produktionsmittel, die Investitionsquellen, der Boden und die Naturschatze sozialisiert sind. Eine Gesellschaft, in der völlige Demokratie herrscht, die optimale Bedingungen für die Planung und die Weiterentwicklung der Wirtschaft, für materiellen Wohlstand, für soziale Gleichheit, für kulturelle und wissenschaftliche Entfaltung und für einen hohen moralischen Standard ihrer Mitglieder schafft. Shelli kämpft für den Aufbau einer Gesellschaft, in der der Mensch von Armut, Angst, Ignoranz, Ausbeutung und Entfremdung befreit sein wird.
Shelli ist sich der Tatsache bewusst, dass die Korruption der sozialistischen Ideale durch den bürokratischen sowjetischen Apparat und die Erschütterung der Perspektive der Arbeiterklasse durch den Reformismus einiger sozialdemokratischen Parteien im Westen, Unglauben in die Möglichkeit der Erfüllung der sozialistischen Ideen säten. Deshalb sind wir überzeugt, dass es kein wahres gesellschaftliches Eigentum ohne Selbstverwaltung der Arbeiter und ohne die Sicherung der demokratischen Rechte der Meinungs– und Organisationsfreiheit geben kann. Shelli tritt auch für die Dezentralisierung der Herrschaft in kleine Zellen und Organisationen und für die Beteiligung aller Mitglieder bei allen relevanten, für die Gesellschaft wichtigen, Entscheidungen ein.
Das Sozialnetz, das der kapitalistische Staat den niedrigen sozialen Schichten gewährt, stellt keine Alternative zu Erfüllung des Ideals einer sozialistischen Gesellschaft dar.

1.2. Die Wirtschaft

Shelli versteht sich als integraler Teil der Arbeiterbewegung. Sie widersetzt sich dem kapitalistischen System in Israel, welches das Privatkapital, die klassenspezifische Ausbeutung und die nationalistische Diskriminierung fördert. Dieses System ist durch eine Reihe von grundlegenden Auswüchsen und Verzerrungen, wie der Vertiefung der Kluft zwischen der Schichten, den steigenden Bereicherung von Wenigen, des Ansteigens der Bürokratie und Korruption, der wachsenden wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten und des Akzeptierens des "unvermeidlichen Schicksals" von sich wiederholenden Kriegen gekennzeichnet.
Shelli strebt die Änderung der Wirtschaftsstruktur an, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel auf der Grundlage der Selbstverwaltung der Arbeit in einer Gesellschaft, die über ihre Mittel herrscht und sie zum Nutzen aller anwendet.

Shelli bemüht sich, in ihrem Kampf, die Bedürfnisse der sozial schwachen Schichten, der Arbeiterklasse und aller Lohnabhängigen auszudrücken. Trotz ihrer Überzeugung, dass innerhalb des bestehenden kapitalistischen Systems keine soziale Gerechtigkeit möglich und die grundlegende Lösung des sozialen Notstandes nur im Rahmen einer sozialistischen Gesellschaft zu erreichen ist, räumt Shelli dem tagtäglichen sozialen Kampf einen grossen Stellenwert ein. Sie kämpft z.b. 1. für die Sicherung von minimalen sozialen Bedingungen, die jedem ein ehrbares Dasein ermöglichen; 2. für die Verteidigung des Lebensstandards der Lohnabhängigen und die Vergrösserung ihres Anteils am nationalen Einkommen auf Kosten der Verdienste der Kapitaleigentümer; 3. für die Verkleinerung der sozialen und ethnischen Kluft; 4. gegen die Konzentration der finanziellen und wirtschaftlichen Macht in den Händen grosser, mächtiger Kapitalgruppen; für die Stärkung der Gewerkschaft und ihrer Demokratisierung, damit sie loyal die Interessen der Arbeitenden vertritt, sowie die Umstrukturierung der gewerkschaftseigenen Firmen zum Motor der sozialistischen Idee in unserer Gesellschaft; 6. für die Entwicklung und Industrialisierung der arabischen Dörfer und Städte in Israel und ihre Angleichung an den Standard im jüdischen Bereich.

1.3. Lebensqualität und Ökologie

Shelli tritt für die Verbesserung der Lebensqualität ein und widersetzt sich zerstörerischer Akte, die der Natur und dem Menschen schaden. Shelli kämpft gegen die negativen Tendenzen, die die industrielle Entwicklung und die Urbanisierung in unserer Gesellschaft begleiten und gegen die Entstehung einer verzerrten Konsumgesellschaft. Der Grund für diese Auswüchse liegt in der Tatsache, dass sich engstirnige Profitinteressen über soziale und gesundheitliche Erfordernisse der Gesamtbevölkerung durchsetzen.
Shelli fordert die Einrichtung eines obersten Gremiums für Lebensqualität, das gegen die genannten zerstörerischen Tendenzen kämpfen soll. Shelli tritt für die Verabschiedung eines Gesetzes ein, das Industrielle und Geschäftsleute verpflichtet, einen bestimmten Prozentsatz ihrer Gewinne für Mittel zur Förderung des Umweltschutzes, abzugeben.
Shelli kämpft für die Herstellung von Bedingungen, die die Entstehung und Entfaltung der Freizeitkulter ermöglichen.

1.4. Erziehung

Shelli setzt sich für eine radikale Änderung in der Erziehung ein. Sie betont die Erziehung, die auf allgemeinhumanen Werten, wie sie in der jüdischen Kultur aller ethnischen Gruppen und in den Kulturen verschiedener Völker zum Ausdruck kommen, basiert und wendet sich gegen nationalistische Richtungen. Die Erziehung soll die Entfaltung eines selbstständigen, kritisch denkenden Menschen anstreben, der kreativ, verantwortungsbewusst, solidarisch und aufnahmebereit für die Meinung anderer ist.
In diesem Rahmen tritt Shelli unter anderem ein für 1. kostenlose Erziehung vom Kindergarten bis zur Beendigung der Universitätsausbildung; 2. die Ganztagsschule; 3. Pflichterziehung bis zum 18. Lebensjahr; 4. Verbesserung des Niveaus der Lehre; 5. Ansporn für Erwachsenenbildung; 6. die Möglichkeit, dass arabische Staatsbürger ihre eigene Sprache und Kultur erlernen können; 7. für die Mitbestimmung von Lehrern, Studenten und Schülern bei der Verwaltung und bei Entscheidungen in ihren erzieherischen Institutionen.

1.5. Gesundheit

Bis heute wurde in Israel die Präventiv–, die Rehabilitationsmedizin und die Behandlung chronisch Kranken vernachlässigt. Shelli setzt sich für die Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung auf diesem Gebiet ein. Sie kämpft für die Verbesserung des gesundheitlichen Niveaus der Bevölkerung und insbesondere der schwächeren Schichten. Dies soll durch einen kostenlosen öffentlichen Gesundheitsdienst, durch Gemeindemedizin, durch grössere Autonomie und Entscheidungskraft des lokalen Gesundheitsnetzes, durch die Stärkung der Position der medizinischen und paramedizinischen Berufe und durch den Abbau der Hierarchie im Gesundheitswesen erreicht werden.

1.6. Die Lage der Frau

Shelli sieht das Eintreten für die Stärkung der Stellung der Frau als Teil des Prozesses des Kampfes der benachteiligten Schichten für wirtschaftliche, gerichtliche, berufliche und persönliche Gleichstellung. Im Rahmen dieses Kampfes tritt Shelli unter anderem für die folgenden Grundsätze ein: 1. Verabschiedung des Gesetzes für Chancengleichheit; 2. Sicherung gleichen Lohnes für gleiche Arbeit; 3. die Annullierung der Begrenzung füf Frauenarbeit; 4. die Aufstellung weitläufiger Rahmen zur Kinderversorgung; 5. ein Entgelt fur Hausarbeit und Kinderbetreuung für die Mutter (oder jeden Vater), die bis zum zweiten Lebensjahr des Kindes eine Vollzeitarbeit zu Hause leisten; 6. die Anerkennung der Hausarbeit als Arbeit, wie jede andere auch; 7. die Sicherung des Einkommens für Familien mit einem Elternteil (z.B. Geschiedene, Verwitwete, alleinstehende Mutter); 8. die Sicherung des Rechtes jeder Frau, eine Abtreibung nach ihrem freien Willen durchzuführen; 9. die Einführung von Beratungsstellen für Familienplanung; 10. die Stärkung der Verteidigung der Frau fur Gewalt; 11. die Verbesserung ihres Rollenverständnisses in der Erziehung.

1.7. Religion

Shelli unterstützt die Trennung von Staat und Religion. Sie ist für gegenseitige Toleranz zwischen Religiösen und Nicht-Religiösen, sowie der Gleichstellung aller Religionen und aller Strömungen im Judentum. Shelli tritt für die Einführung von Zivilheiraten und Zivilscheidungen parallel zu den religiösen Verfahren ein, wobei jedes Paar das Recht haben soll, sich seinen Weg zu wählen.

2. Shelli und der Frieden Einleitung

Die Herstellung des Friedens zwischen Israel und den Völkern dieser Region – vorallem dem palästinensischen Volk – stellt das Grundbekenntnis von Shelli dar. Dieser Frieden wurde bis jetzt wegen der Auseinandersetzung zwischen der nationalen, jüdisch-zionistischen und der nationalen, arabisch-palästinensischen Bewegung nicht erreicht. Beide Bewegungen fordern für sich das gleiche Gebiet, in dem sie mit Recht ihre Heimat sehen.
Es steht für uns ausser Zweifel, dass in demselben Masse, indem der Staat Israel den Rahmen für Verwirklichung der nationalen Rechte und der Sicherung der Existenz des jüdischen Volkes darstellt, das palästinensische Volk das Recht auf Selbstbestimmung besitzt.
Die Reihe von Kämpfen, Auseinandersetzungen, Kriegen, sowie Bestrebung eines Volkes, ein anderes zu beherrschen, waren, sind und können keine Lösung sein. Die einzige praktische, politische und moralische Lösung ist ein Einverständnis, in dessen Rahmen ein unabhängiger palästinensischer Staat an Seite Israels entsteht, und beide Völker die gegenseitigen nationalen Rechte anerkennen.

2.1. Grundlinien in der Friedensfrage

Shelli sieht in der Erreichung des Friedens zwischen Israel und den arabischen Staaten und insbesondere den Palästinensern das höchste Ziel Israels in dieser Generation. Solange kein Frieden zwischen Israel, den arabischen Staaten und den Palästinensern besteht, kann nicht davon ausgegangen werden, dass die Zukunft und Sicherheit von Israel als unabhängiger, souveraner Staat garantiert ist. Unsere Sicht der Lösung des israelisch-arabischen Konflikts basiert auf unserem grundlegenden Streben nach Frieden in der Welt, auf dem Recht der Völker auf Selbstbestimmung und auf unserem Widerstans gegen atomare Rüstung und dessen Einführung in den Nahen Osten.
Shelli tritt für ein Beenden des Wettrüstens in unserem Gebiet und der ganzen Welt ein, und unterstützt den weltweiten Kampf der Friedenskräfte dafür.
Shelli widersetzt sich der Teilung der Welt in Einflussgebiete und der Hegemonie der grossen Militärblöcke. Sie will ein souveränes und neutrales Israel. Sie wendet sich gegen die neokolonialistische Ausbeutung ehemaliger Kolonialländer, denen diktatorische Regimes aufgezwungen werden, und der Benachteiligung der "Dritten Welt".
Shelli kämpft gegen jeden Ausdruck des Rassismus und der Verletzung von Menschenrechten.
Shelli sieht in allen Kräften in der Welt, die diese Ziele verfolgen, ihre Partner.

2.2. Die Lösung des israelisch-arabischen Konfliktes

Shelli sieht im Konflikt im Nahen Osten, und unter anderem im israelisch-palästinensischen Konflikt, einen Streit zwischen zwei nationalen Bewegungen, denen das gleiche Land als Territorium dient. Jedes Bestreben, bei dem ein Volk über das andere herrscht, widerspricht der Sicherheit beider Völker. Die Idee eines "Grossisrael" und die Idee "der Befreiung ganz Palästinas" (auch in der Art eines "sekulär-demokratischen Staates") sind für beide Völker gleichermassen gefährlich und zurückzuweisen. Der israelisch-palästinensische Konflikt hat keine militärische Lösung. Die politische Lösung muss auf der gegenseitigen Anerkennung der nationalen Rechte beider Völker basieren. Die Erzielung des Friedens wird enorme menschliche und wirtschaftliche Mittel freisetzen. Dies wird dem Kampf um Fortschritt der Völker der Region in Richtung wirtschaftlich-politische Unabhängigkeit, Loslösung von der Einmischung fremder Mächte, der Entwurzelung von Armut, Krankheiten, Ignoranz, und der wirtschaftlich-sozialen Entfaltung zugute kommen.
Shelli ist für Frieden auf folgender Grundlage:
1. Der Staat Israel erkenat das Recht der Selbstbestimmung des arabisch-palästinensischen Volkes und sein Recht auf einen Staat an der Seite Israels an; die palästinensische Führung, in deren Zentrum heute die PLO steht, erkennt den Staat Israel an; die Annullierung des beiderseitigen Terrors und Eintritt in Verhandlungen um einen vollen und endgültigen Frieden.
2. Im Rahmen eines Friedenvertrages erklärt sich der Staat Israel bereit, alle im Sechstagekrieg von 1967 eroberten Gebiete in der Westbank und im Gazastreifen, den Palästinensern zurückzugeben, damit sie dort ihren Staat errichten können. Ostjerusalem ist in diesen Gebieten beinhaltet, wobei jedoch die munizipale Einheit der Stadt gewahrt wird. Die Stadt wird fur alle Völker und Religionen offenstehen. Die Möglichkeit leichter Grenzkorrekturen im Einverständniss beider Seiten wird bewahrt.
3. Im Rahmen eines Abkommens werden Sicherheitsvorkehrungen getroffen, die den Bedürfnissen der beteiligten Staaten entsprechen. Diese Regelungen müssen im Einverständnis aller Seiten entstehen.
4. Im Rahmen eines Friedensvertrages mit dem Staate Israel wird das palästinensische Volk und seine Führung selbstständig über seine Haltung und Verbindung zu Jordanien beschliessen, einschliesslich der Möglichkeit der Errichtung einer Konföderation mit ihr. Israel wird jede Entscheidung respektieren.
Israel wird danach streben, den Friedensvertrag mit gemeinsamen Projekten zu verbinden, um die Beziehungen zwischen den Vertragspartnern positiv zu gestalten, was die Sicherheit und die Erhaltung des Friedens stärken wird.
5. Das Problem der palästinensischen Flüchtlinge wird grösstenteils durch ihre Rehabilitation im palästinensischen Staat gelöst werden, falls das palästinensische Volk entscheidet, einen zu gründen. Israel wird dabei Unterstützung leisten.
6. Die palästinensische Führung wird der Erfüllung der spezifisch-zionistischen Aufgaben Israels, den Selbstbestimmungsprozess des jüdischen Volkes zu fördern, die Verbindungen zur jüdischen Diaspora zu intensivieren und die jüdische Einwanderung nach Israel fortzusetzen, keine Steine in den Weg legen. Gleichermassen wird Israel das Streben des palästinensischen Volkes nach seiner nationalen Befreiung und seine Verbindungen mit den im Ausland lebenden Palästinensern respektieren, sowie bei der Lösung des palästinensischen Flüchtlingsproblems helfen.
Die arabische Minderheit in Israel gehört nach ihrer Staatsangehörigkeit zum Staat Israel und nach ihrer Nationalität zum palästinensischen Volk. Sie kann eine Brücke des Friedens zur historischen Versöhnung zwischen beiden Völkern darstellen. Je mehr sie in echter Gleichheit leben und ihre kulturellen, wirtschaftlichen und demokratischen Rechte innerhalb Israels gewährt werden, desto stabiler wird diese Brücke sein.
7. Die Fortsetzung des Friedensprozesses mit den anderen arabischen Staaten, Syrien, Jordanien und Libanon, wird auf der Rückgabe der besetzten Gebiete und auf adequatem Sicherheitsregelungen basieren.
8. Ein Friedensabkommen mit dem Libanon wird nach Israels Rückzug aus dem Libanon unterzeichnet und auf keinem Fall dem Libanon durch die israelische Armee aufgezwungen werden. Shelli lehnt jede Politik, die offen

oder verdeckt auf eine Aufteilung Libanons zwischen Israel und Syrien hinausläuft, ab. Shelli warnt vor der weiteren Schwächung Israels Ansehen, die solch eine Politik zur Folge hätte.

9. Shelli widersetzt sich der Annexions- und Siedlungspolitik und der Verletzung der Rechte des palästinensischen Volkes. Sie fordert, sofort jede jüdische Besiedlung in den besetzten Gebieten zu stoppen. Die bestehenden Siedlungen sind Teil der augenblicklichen Realität in den Gebieten und dürfen keinesfalls ein Hindernis für den Friedensprozess darstellen.

10. In ihrem Kampf wird Shelli versuchen, soviele Kräfte wie möglich zu vereinigen und Sektantentum zu verhindern.

3. Shelli und der Zionismus

Die jüdischen Mitglieder Shellis gehören der zionistischen Bewegung an, die die Nationalbewegung des jüdischen Volkes ist. Diese Bewegung entstand und formierte sich Ende des 18. Jahrhunderts, als die religiösen Anschauungen, die bis dahin in der menschlichen Gesellschaft herrschten, von einer sekulären Anschauung, in deren Zentrum der freie und für sich selbst verantwortliche Mensch (im philosophischen Sinne) stand. Abgelost wuralem Innerhalb kürzester Zeit stellte sich heraus, dass die Erfüllung der Menschenrechte der Entfaltung einer spezifischen Heimstätte fü jedes Volkes bedarf. Jedoch wird dieser nationale Faktor von einer universalen Grundlage genährt, weshalb der Zionismus Shellis zwar die Entfaltung der historisch-politischen, kulturellen und sozialen Rechte des jüdischen Volkes anstrebt, dabei aber allen Völkern und vor allem dem palästinensischen Volk die gleichen Rechte zuspricht. Deshalb sieht Shelli keinen Widerspruch zwischen dem Staat Israel, als Rahmen der souveränen Existenz des jüdischen Volkes, und der Erfüllung der historischen Rechte des palästinensischen Volkes im Rahmen seines eigenen Staates. Shelli kämpft gegen die nationalistischen Strömungen innerhalb des Zionismus, die die Herrschaft über ein anderes Volk anstreben und gegen die reaktionären Kräfte, die sich der Errichtung einer Gesellschaft, in der soziale, wirtschaftliche, politische und kulturelle Gleichheit herrscht, widersetzen.

Der Zionismus Shellis kämpft für die Existenz, Stärkung und dem Wohlergehen des jüdischen Volkes innerhalb der Völkerfamilie. Dafür muss er:

1. Die Stärkung der politischen und sozialen Souveränität Israels durch Erlangen des Friedens mit all seinen Nachbarn, und vor allem dem palästinensischen Volk, anstreben.

2. Israel zum kreativen, sozialen und kulturellen Zentrum des jüdischen Volkes umgestalten.

3. Auf die Annahme verzichten, dass es keine jüdische Existenz in der Diaspora geben wird. Heute bestehen in der Welt (v.a. im Westen) starke und lebendige jüdische Gemeinden. Der Staat Israel und die Diaspora müssen sich gegenseitig unterstützen, wobei die Solidarität der Juden in der Diaspora mit Israel die Grundlage für die Existenz des jüdischen Volkes, innerhalb und ausserhalb des Landes, darstellt. Israel sollte einen echten Dialog mit dem Diasporajudentum anstreben.

Wir glauben, dass es das Ziel des Zionismus sein muss, die Existenz des jüdischen Volkes innerhalb und ausserhalb Israels zu sichern; einem gerechten, sich erfüllenden, unabhängigen, attraktiven Israel, das in Frieden mit seinen Nachbarn lebt.

4. Shelli und die Linke der Welt

Shelli wird die positive Tradition internationaler Solidarität, durch ihre Unterstützung der Kämpfe für Freiheit und Fortschritt in der ganzen Welt und durch ihre Sympathie für die nationalen Kämpfe der unterdrückten Völker, die sich noch unter Fremdherrschaft befinden, weiterentwickeln.

Shelli wird freundschaftliche Beziehungen und die Zusammenarbeit mit verschiedenen fortschrittlichen Kräften im Ausland und mit linken jüdischen Kreisen pflegen und deren Denkweise und Haltung zu verstehen versuchen.

Shelli sympathisiert mit den linken Flügeln der Arbeiterbewegungen verschiedener Länder und mit den demokratischen und humanistischen Strömungen in der kommunistischen Bewegung.

5. Shelli und die Menschenrechte in Südamerika

Shelli solidarisiert sich mit den jüdischen und nichtjüdischen Gruppen, die für Menschenrechte in Lateinamerika, gegen die Militärregimes, die ihre eigenen Völker terrorisieren und unschuldige Bürger ermorden, kämpfen.

Shelli ruft die israelische Regierung und das israelis Parlament auf, den Handel und vor allem den Waffenha...del mit diesen Regimes einzustellen, solange sich die dortige Situation nicht ändert.

Shelli ruft die israelische Bevölkerung auf, auf jedem möglichen Wege gegen die Zustände, die in den meisten Ländern Lateinamerikas herrschen, zu protestieren.

SHELLI PARTY
For peace and equality
Executive Offices:
P.O.Box 46109
Tel-Aviv 61460,
Israel
Tel. 284733

PEACE IS GREATER THAN GREATER ISRAEL

PEACE NOW

June 1984

Peace Now — P.O.B. 24288, Jerusalem

Why a Peace Movement?

Thousands of Israelis believe that Israel's pursuit of peace must advance by means of diplomacy and negotiations. They believe that the reliance on military force as the principal instrument of regional policy guarantees years of endless strife. They believe that only an Israel which can translate the strength of arms into the strength to compromise will ultimately bring peace to a free, democratic, and Jewish state. And since 1978, they have come together in a mass-based peace movement known as Peace Now.

Peace Now in Israel's Democracy

The peace movement in Israel is an outgrowth of the humanistic, democratic and Jewish foundations upon which the State of Israel was established.

Since 1967 Israelis have been engaged in a fundamental debate over the nature and direction of the Zionist venture. For many, the population and territories Israel acquired during the Six Day War (1967) constituted a bargaining card to be utilized in the pursuit of a lasting settlement of the Arab-Israeli conflict. For others, they constituted an opportunity to realize nationalist ambitions by extending Israel's borders, thereby ignoring the rights, claims, and aspirations of the indigenous 1.3 million Arab inhabitants of these areas.

The policies pursued by the Likud government over the last few years, if continued, will have irreversible adverse consequences for Israel, Zionism, and the Jewish people. The ideology that guided the government's policy during this period was destructive and dangerous in several ways: it staked Israel's security solely on the expansion of Israel's borders; it disregarded the danger to Israel posed by a hostile population under occupation; it preferred military might to a quest for accommodation; and it deepened Israel's isolation in the international community.

A growing number of Israelis find these policies unacceptable. Not only do they endanger Israel's security, but they also betray the essence of the Zionist vision. The pace of political events in the region accentuated the need for a nationwide movement that could present an alternate course.

Peace Now was established in 1978 as a rallying point for all those Israelis who could not in good conscience support the hazardous course pursued by the Likud administration. By operating outside the traditional party framework, it has transcended the facionalism and avoided the competitiveness of party politics. It has become an umbrella structure for diverse groups which despite their differences on other matters, are united in their commitment to the vision of an Israel living in security and peace with all its neighbors.

Peace Now's principal roles include monitoring government behavior, sensitizing fellow Israelis to the dangers inherent in the course set by the Likud government, lobbying officials, shaping public opinion, and proposing other directions for policy initiatives.

Peace Now represents an Israel which is committed to seizing any opportunity to advance the peace process, an Israel which has not lost sight of the humanism and universalism of the Zionist vision, and will not accept in their place a dangerous and unrealistic worship of territory, a narrow chauvinism, and an indifference to the rights of another people.

Peace Now and the Quest for a Just Peace

The position of Peace Now was first enunciated by 350 reserve officers and soldiers in the letter they sent to the then-Prime Minister, Menahem Begin, in the spring of 1978:

"We write to you out of the deepest concern. A government that would prefer an expanded Israel to an Israel at peace with its neighbors arouses in us grave misgivings. A government that would prefer to establish new settlements across the 'green line' [the 1967 boundary] to ending the historic conflict and to establishing a system of normal relations raises questions about the justice of our course. A government policy that would lead to the continued rule over one million Arabs is liable to damage the Jewish democratic character of the State, and would make it difficult for us to identify with the basic direction of the State of Israel.

We are fully aware of the security requirements of the State of Israel and the difficulties that lie in the path to peace. Nonetheless, we know that true security will be achieved only with the advent of peace. The strength of the Israel Defense Forces lies in the identification of its soldiers with the direction of the State.

We call upon you to choose the path of peace and to strengthen our faith in the justice of our cause."

Since the signing of the peace treaty with Egypt, a major step in the quest for a comprehensive peace settlement, Peace Now activities have concentrated on keeping the peace process at the forefront of the public agenda. The prospects of finding partners in the Arab world willing to join in a common search for a just and equitable resolution to the Arab-Israel conflict still seem remote. At this moment, however, more than ever before, it is essential that Israel keep the door open to a course of negotiation and compromise.

Five Guidelines for Negotiations

(1) Both sides must accept the principle of **territorial partition** as the only arrangement capable of insuring peace over the long term. Both sides will have to reinterpret historic rights in the light of current realities. Both sides will need to speak the language of mutual accommodation, rather than the rhetoric of historic rights.

(2) No resolution of the conflict can commence without the recognition by all the peoples of the region, including the Palestinians, of *Israel's right to a sovereign existence within secure and mutually acceptable boundaries.* Such an acknowledgement would entail abandonment of all terrorism and armed struggle against Israel.

(3) Israel, in turn, should recognize *the right of the Palestinian people to a national existence,* which will be realized in a manner to be agreed upon by the parties concerned.

(4) *Israel's security* should be assured in any peace agreement. Such arrangements need not involve major territorial adjustments.

(5) *Jerusalem, the capital of Israel, must not be redivided.* A united Jerusalem should also reflect the city's special status in the Moslem and Christian worlds, and give proper expression to the national affinities of its Arab inhabitants.

The government of Israel should declare its readiness to enter into discussions with those representatives of the Palestinian people who recognize negotiation as the only path towards resolution of the conflict. It is also vital that Israel strive to engage Jordan, and any other Arab state willing to play a constructive role, in the peace process. By fostering peaceful relations with Egypt, and by actively seeking partners for dialogue with the Arab world, Israel can maintain the dynamic begun with Anwar el Sadat's historic visit to Jerusalem in November 1977.

Peace Now's Stance on the Issues

The Price of Occupation

The creeping annexation of the West Bank supported by the Likud administration is antithetical to the pursuit of peace in the region and undermines the effectiveness of the Camp David accords as the basis for negotiation. It forecloses options for compromise and perpetuates the antagonism between Arab and Jew.

In our view, the continuing rule over another people inevitably leads to acts which violate universal and Jewish ethics. The occupation of the West Bank and Gaza changes the demographic balance and alters the nature of Israel as a Jewish state. Control over another people leads to the corruption of the fabric of Israeli society and undermines its democracy. It has created deep cleavages within Israel and eroded the national consensus. The prolonged occupation imposes on the Israel Defense Forces police duties and political tasks which distort its character as an army of national defense. It also unnecessarily complicates Israel's relations with Jews abroad and isolates Israel from its friends in the international community. And above all, the retention of territories by force escalates the struggle in the West Bank and Gaza, causes bloodshed, and increases the danger of war.

The core issue of the Arab-Israel conflict is the need to resolve the Palestinian question in order to establish a basis for coexistence between Arab and Jew in the Middle East. The occupation precludes any possible resolution of the issue.

Peace Now has repeatedly called on the government to take the first step by declaring its willingness to support territorial compromise in exchange for guarantees for Israel's security. We have asked for a moratorium on any further settlement and expropriation of land in the West Bank. Peace Now has pressed for the recognition of the right of the residents of the West Bank and Gaza to manage their own affairs and to maintain their own institutions. We call for the removal of all restrictions on the Arab population not clearly required for security reasons. The well-being, property, and dignity of the residents of the territories currently under Israeli control should be stringently safeguarded.

The Price of Settlements

The future of the West Bank and the Gaza Strip is integrally linked to the pace, extent, and intensity of Jewish settlement in these areas. Peace Now opposes any settlement of Jews in the administered territories. The settlements complicate the peace process and constitute an unnecessary provocation against the Arab inhabitants of the West Bank and Gaza.

By the end of 1983 over 30,000 Jews had settled on the West Bank in approximately 80 settlements. Nearly 6,000 housing units were already occupied and another 5,000 awaited new residents.

Direct and indirect Israeli investment in settlements has averaged between $400 and $800 million dollars per annum during the past few years (this does not include such items as military expenditure on civilian settlement projects, extending Israel's electricity grid, communications and other hidden costs).

In order to facilitate the establishment of new settlements, the Likud government has expropriated lands ostensibly for security purposes and then allowed the civilianization of military outposts. It simplified the process of land acquisition by investors and speculators by putting the burden of proof of ownership on the local inhabitants, and it permitted direct purchases by Israeli contractors. In these various ways, almost half of the land on the West Bank has been taken over by Israelis. To further solidify the network of Jewish settlements the Ministry of Housing offers incentives to Israelis willing to reside across the Green Line. It offers the average Israeli a high standard of living at prices 50-70% lower than those within Israel. The government has also supported the construction of a complex network of roads to link Jewish settlements to each other and to major urban areas within the Green Line.

The plan outlined by the government in 1983 called for settling 100,000 Israelis on the West Bank by 1988, i.e. an increase of about 20,000 Israelis per year above those already living in the territories. All of this may be summed up as a conscious policy of de facto annexation.

In order to settle 100,000 Israelis in the West Bank, the government will be forced to invest at least $3 billion (at 1983 prices) in the next few years. The effects of that policy are already being felt. The government has virtually abandoned the development of the Negev, the Arava, and the Galilee. It has woefully neglected Israel's development towns and border settlements; some settlements are on the verge of collapse. The creation of a Jewish minority on the West Bank will thus ensure the perpetuation of a Jewish minority in the Galilee.

Israel's resources are, after all, limited: the priority given to allocations for the West Bank necessarily leads to stagnation and the deterioration of the truly important settlement areas within Israel. This process is already manifesting itself: the Director General of the Shikun Ovdim Company announced in January 1983, that during 1982 there was a 60% reduction in the urban construction in the Galilee.

The settlement of 100,000 Jews on the West Bank entails forfeiting the possibility of any eventual political agreement with Israel's Arab neighbors. The settlements are being strategically deployed in a manner calculated to disrupt the territorial contiguity of the heavily populated Arab areas and to stifle the natural growth of Arab villages.

It is important to remember that the Israeli government, in the process of implementing the peace treaty with Egypt, was confronted with serious difficulties in its efforts to remove 6,000 residents from the 12 communities in the Yamit area bordering Sinai. The dispossession and transfer of 100,000 residents from 150 settlements would be, without doubt, an impossible task. Jewish settlement thus precludes all political options based on territorial compromise.

The settlement of 100,000 Jews on the West Bank cannot be justified as a strategic or military necessity. A number of Israel's most prominent strategists have pointed to various possible solutions to Israel's security needs which leave open the possibility of territorial compromise. Rather than providing security, 100,000 Jews on the West Bank constitute a security risk; as targets of Arab attack, they would have to be defended by the Israeli army. An overall defense strategy is based on many different elements. Over-emphasis on the territorial components in an era of long-range artillery and missiles is narrow in scope and misleading. Peace and diplomatic relations with neighboring states must be the primary factors in any strategic configuration.

100,000 Jewish settlers on an annexed West Bank will perpetuate the Arab-Israel conflict for generations to come. The intention of settling Israelis on the West Bank, in order to realize the goal of territorial annexation, derives from the idea of a "Greater Israel," which maintains that only one people can be sovereign in the land of Israel and which perceives the Arab-Israel conflict as a head-on clash with no room for compromise. The settlement of 100,000 Jews on the West Bank would turn this chauvinistic philosophy into a self-fulfilling prophecy; the conflict would intensify as each side fought for absolute control. The exposure of a Jewish terrorist organization has highlighted, in dreadful detail, the dangers inherent in such an approach, which deliberately ignores the presence of over 1.3 million Arabs in this region. *De facto* annexation necessarily involves the creation of an apartheid state with all of its political, social, and moral ramifications. It has already led to a dual legal system in the territories; Jewish settlers enjoy the protection of Israeli law while the Arab population is subjected to military rule. It spells the end of Israeli democracy and the demise of humanitarian Zionism.

De jure annexation – which would entail the offer of citizenship to all Arab residents – would mean the demise of Zionism in another sense. With 40% of the seats in Knesset held by Arab representatives, Israel would become a binational state.

The policy of the Likud government is to place the unity of land above the unity of the people. Although most of the Israelis moving to the West Bank are motivated by economic incentives, their settlement in large numbers contributes to the fulfillment of an ideology which many Israelis vehemently oppose.

The Task of Halting Settlement and Annexation Is a Matter of Sheer Survival

The War in Lebanon

The Israeli invasion of Lebanon on June 6, 1982 was not an isolated event. It was not necessary for Israel's defense and could, in fact, do little to further Israel's legitimate security interests. It was, rather, yet another expression of the retrogressive, confrontationist policy pursued in the occupied territories.

The proclaimed objectives of the war, as elaborated over a period of time by government spokesmen, were found to be unacceptable to a large segment of the Israeli population.

The first declared aim of the war was to eliminate the PLO infrastructure in southern Lebanon and free the Galilee from the threat of terrorist attack. Yet, during the year prior to the commencement of hostilities, a cease-fire had been in force which effectively maintained quiet on Israel's northern frontier. The invasion was therefore not essential for the protection of the population in the Galilee. More to the point, the elimination of the military arm of the PLO did not eliminate the PLO as an effective political force, nor did it avert the likelihood of terrorist activities in the future. In fact, terrorist activities within Israel have continued unabated.

The second explicit goal of the war was to institute a new political order in Lebanon. The shaky Lebanese state had undergone considerable internal turmoil since the departure of the French colonial administration in 1944. Israel's intervention in the internal affairs of Lebanon has involved Israel in a deep political quagmire. This interference has absolutely no justification in terms of Israel's national interests.

The third proclaimed objective of the war was to arrive at a peace treaty with a newly constituted Lebanese government. The utilization of force to fulfill political aims, has, however, backfired. The May 17, 1983, accord with the Amin Jemayel government, never ratified by the Lebanese parliament, was unceremoniously abrogated at the end of February, 1984. The Lebanese escapade has underlined, once again, the futility of employing military means to achieve political concessions.

The fourth ostensible purpose of the war was to counteract Syrian influence in Lebanon. The deliberate engagement of Syrian forces did not, however, serve any immediate defense need. In retrospect, rather than diminishing Syrian military might, the war has strengthened the Syrian army and has contributed directly to Syrian retrenchment in Lebanon.

The Lebanese invasion was an indefensible act of brute force. For the first time in our history, we became involved in a non-defensive war that could not be justified either on moral, military or political grounds.

The war was conducted in a way unacceptable to a growing number of Israelis. The government misled the citizens of Israel about the true cost of the war, about its political and international ramifications, and about its moral implications. During the ongoing war in Lebanon, the government has flagrantly violated the principle of public accountability and undermined the foundations of democratic rule in the country.

The incursion into Lebanon set in motion a series of processes over which Israel has lost control. Superpower rivalry in the Middle East has intensified. Civil strife in Lebanon has been exacerbated. And our soldiers are still deeply enmired in the Lebanese quicksand; hard-

ly a day passes without another casualty.

Ironically, the war which was intended to manifest Israeli supremacy in the region, has left Israel and Israeli society weaker, more divided, and more confused than ever before. National consensus on security matters has been shattered. The economy has suffered irreparable damage. The rift within Israeli society has grown. The credibility of the government has been called into question. Two years after the war was launched, nearly 600 Israelis have been killed and over 2,000 have been permanently disabled in this tragic misadventure. And, despite the sacrifice in lives, the war in Lebanon has not brought Israel any closer to achieving an understanding with its neighbors.

The Lebanese adventure, with its emphasis on the use of force to promote political change, has highlighted once again the bankruptcy of such an approach. The lesson of the war in Lebanon is clear: coercion is not a substitute for deliberation and military undertakings cannot replace negotiations as a means of resolving the Arab-Israel conflict.

Domestic Issues

Peace Now follows in the footsteps of the founders of Israel who always placed the quality of Israeli society above any preoccupation with concern for territorial expansion. Peace Now has demonstrated this concern in several spheres in recent years.

1. The Debate Over National Priorities

Government expenditures in the territories have drained resources from vital projects within Israel. Infrastructural progress has been affected. Development towns have been neglected, and agricultural gains have been curtailed. One out of every eight Israelis lives below the poverty line. Peace Now has repeatedly called for a constructive reordering of priorities that would place domestic development before settlement across the Green Line. During the past year activists from the poverty sticken areas of Israel have joined together with members of Peace Now to place the question of urban renewal at the forefront of the national agenda. We have called for a reaffirmation of the traditional Zionist values of dignity of labor, self-reliahce, productivity, and egalitarianism. The neglect of these principles has rendered Israel more dependent on foreign labor and capital and less capable of generating significant growth.

2. Democracy and Tolerance

The polarization within Israeli society has bred many painful incidents of verbal and physical violence in the country. We have advocated tolerance and moderation in opposition to the proliferation of abuses of the rule of law.

The movement's involvement in the campaign against discrimination and intolerance has been pursued both to protect the civil rights of all citizens and to preserve the democratic basis of the society. Democracy in Israel cannot be sustained as long as Jews rule over Arabs. Democracy in Israel cannot thrive as long as some groups openly flout the law of the country and, with government protection, take justice in their own hands in the West Bank. Democracy in Israel cannot prevail as long as the government berates its opponents and denies their right to criticize its policies.

Peace Now sees an integral relationship between its commitment to a democratic Jewish state and its concern with these social issues. It is only through long-term investment in education for self-reliance, tolerance, and coexistence that Israel can realize the Zionist vision. The government's preoccupation with short-term material gains and territorial concerns threatens to undermine the realization of the Zionist ideal.

How Peace Now Works

The Structure of Peace Now

Peace Now is an all-volunteer organization. It has no central office, no membership cards, and no dues. It relies on the commitment and contributions of its supporters to further its objectives and to mobilize support. The organization of Peace Now is therefore dependent entirely on the voluntary efforts of its activists and sympathizers throughout the country.

Decision-making in Peace Now is decentralized; each branch of Peace Now holds regular meetings for the expression of opinion and the exchange of ideas on tactics and policy positions. The national forum, composed of representatives of the local branches, convenes frequently to assess the mood of its members and to decide on a course of action. The national leadership is also charged with relaying Peace Now's positions to government officials and the media.

The mobilization of support for the movement's stance is carried out by local groups and by an expanding outreach program. Hundreds of thousands of Israelis have expressed approval of Peace Now's activities, signed petitions initiated by the movement, or participated in Peace Now sponsored symposia, marches and demonstrations.

The voluntary basis of Peace Now membership and the collective mode of decision-making have transformed the movement into a vital mechanism for political communication and action.

The Activities of Peace Now

Peace Now activities include holding public forums, youth conferences and neighborhood meetings, staging demonstrations, vigils and marches, publishing educational materials, and organizing petition drives directed to the cabinet and the Knesset.

In the spring of 1978, the Peace Now movement organized the first massive peace demonstration in the history of the country. Tens of thousands of Israelis called on Prime Minister Begin to exercise moderation in the negotiation of the Camp David accords.

Throughout 1979, 1980, and 1981 Peace Now sponsored protests and assemblies calling for a halt to settlement on the West Bank. Peace Now activists attempted to delay the civilianization of military outposts in the West Bank and campaigned against settlement expansion schemes.

In April 1982, Peace Now applauded the government's insistence on the return of the Sinai to Egypt and supported the moves of the government to implement the Israeli pullback to the international boundary.

In June 1982, with many of its members and leaders fighting in the front lines in Lebanon, Peace Now spearheaded the growing public protest of Israel's involvement in Lebanon. On July 3, 1982 a Peace Now-organized mass rally of 100,000 people in Tel Aviv vigorously protested the war and its aims. Speakers called upon the government to turn to the Palestinians and initiate negotiations aimed at resolving the problems of the West Bank and Gaza.

When President Reagan offered his policy initiative that September, Peace Now rallied to protest Prime Minister Begin's outright and hasty rejection of the plan.

The day after the massacre of Palestinians in Sabra and Shatilla by Christian militiamen, Peace Now staged a demonstration outside the Prime Minister's house. During the next ten days, the traditional Days of Awe between Rosh Hashanah and Yom Kippur, the movement organized and led a series of meetings, rallies, and demonstrations throughout the country giving expression to the general sentiment of horror and anger. We demanded that a judicial commission of inquiry be established to investigate the events leading up to the killings. Further, Peace Now called for the resignation of those responsible for the decision to invade West Beirut and to allow the Christian militia to enter the refugee camps.

On September 25, 1982, the largest rally in Israel's history was held in Tel Aviv, organized by Peace Now, the Labour Party, Mapam, the Civil Rights Movement, and Shinui. Four hundred thousand Israelis gathered to express sympathy for the victims of the massacre and to press for the establishment of a commission of inquiry. Speakers denounced the Begin-Sharon course of war which had caused needless bloodshed on all sides, which had led Israel into a political morass, and which had alienated Israel's friends in the United States and Europe. The demonstration called for a new policy grounded in negotiations as the only way to resolve the Israel-Palestinian conflict.

Upon the publication of the Kahan Commission report in February 1983, Peace Now called on the government to implement the recommendations of the commission in their entirety. A march was organized on February 10, 1983 to emphasize this point. As the rally, marked by continous harassment, dispersed outside the Prime Minister's office, a grenade was thrown into the crowd. Emil Grunzweig, a Hebrew University graduate student, was killed and several Peace Now members were wounded.

Since the murder of Emil Grunzweig, Peace Now has sponsored activities aimed at promoting tolerance within Israel and facilitating communication among Israelis of diverging views.

The many activities sponsored by Peace Now all have a common purpose: the generation of an atmosphere within Israel conducive to the peaceful settlement of its dispute with its neighbors.

Support for Peace Now

Peace Now is engaged in a fundamental struggle over the character of the state of Israel in the years to come. We appeal to Jews everywhere to join efforts to strengthen the fabric of Israeli society and to promote its quest to live in peace in the Middle East. Israel is the homeland of the Jewish people. What happens in Israel therefore directly affects Jewish communities throughout the world.

Silence on the part of Jews abroad has been interpreted by government spokesmen as support for its policies. Diaspora Jews who disagree with current policies but have been reluctant to express criticism lest those hostile to Israel use that criticism for their own purposes should know of the dangers inherent in their silence. It is not the peace movement, but misguided governmental policies that furnish Israel's enemies with their best ammunition.

Participation of Jews abroad in the current debate in Israel is both legitimate and necessary. The destiny of Jews in Israel and in the Diaspora is inextricably intertwined. By exercising their inherent right to take part in the determination of the future course of Israel, Jews throughout the world have an opportunity to shape their own fate. By extending their counsel and voicing their opinions on the key questions confronting Israelis today, they can help to mold a more enlightened Israel in which they can justly take pride.

In the words of Israeli writer Amos Oz, delivered at the convocation memorializing the slain Emil Grunzweig, Peace Now issues three appeals:

"First, a few words to the Palestinian people. The paths of violence and terror, extremism and destruction have for decades brought you nothing but tragedy upon tragedy. Your hatred for us has given birth only to counter hatred. Your extremism begets counter extremism. We have both paid more than enough. Our comrade Emil fought you on the field of battle and returned home to fight to his last breath for reconciliation with you. We call on you, the Palestinians, to turn now to the path of peace, of compromise. Answer our unceasing plea with your own – let us have peace now.

And a few words to our political rivals at home, who, apart from a Greater Israel, still cherish other kinds of greatness. Look again at the path you have chosen. Ask yourselves once more whether it is right, and worthy, and worthwhile to tear this nation to pieces in the effort to extend its borders. Where is this idolatrous fire that you have kindled taking us? Into what abyss is the path you have chosen leading us? What good will it do us to retain the "whole land of Israel," when the soul of the nation is torn in two, when the chasm between us threatens to engulf all that has been built here with the blood and sweat of four generations?

And finally a word to ourselves: Years ago our fathers used to sing, 'We have come to this land to build and to be rebuilt' or another song, 'in the land of our fathers' yearnings we shall realize our dreams of a life both pure and free.' Theirs was a dream that we shall never abandon. Never shall we let ourselves answer hatred – no matter from whence it come – with hatred.

Our problem is not how to protest more noisily, nor is it how to strike back, nor how to avenge that which cannot be avenged. Our problem was, and remains, how to open more ears, how to enlist more people, and how to persuade the unpersuaded that ours is a just cause. This we shall not achieve by shouting louder, nor by rage. Our purpose can be achieved by one path alone: by the tenacity and courage of our convictions, by the voice of reason, moderation, and wisdom."

Gespräch über die Entwicklung der israelischen Opposition

Gibt es einen Bruch des „nationalen Konsensus"?
Dany Diner: Es ist keine Frage, daß die Mehrheit derjenigen, die gegen die Kriegspolitik der gegenwärtigen Regierung oder gegen diesen Kriegsstil demonstriert haben, zweifellos bereit ist, ihr staatliches Gemeinwesen weiterhin zu verteidigen gegen jeden Angriff, der von außen kommt. In dieser Hinsicht kann man zweifellos nicht von einem prinzipiellen Bruch sprechen, der eine den Konflikt transzendierende Perspektive anbieten würde. Daran Hoffnungen zu knüpfen, wäre verfehlt, auf alle Fälle verfrüht. Andererseits muß man verstehen und begreifen, daß in der israelischen Gesellschaft — wo die Loyalitäten sehr, sehr eng geknüpft sind, wo die Bereitschaft existiert, allein durch die bloße Anwesenheit oder durch das Leben an diesem Ort an der Aufrechterhaltung dieses Gemeinwesens teilzuhaben — ein solcher Protest, wenn auch nicht bewußt, so zumindest einen Bruch andeutet. Es ist ein Bruch, der psychisch viele dieser Demonstranten sehr tief getroffen hat. Sie haben Bilder gesehen, die sie mit ihren moralischen Ansprüchen nicht vertreten können. Das ist zwar noch kein politisches Konzept, aber immerhin ein Einschnitt, der meines Erachtens so tief geht, daß man darauf bauen kann. Ein Einschnitt, der im Laufe der weiteren Diskussion, der weiteren Auseinandersetzungen innerhalb der israelischen Gesellschaft, der palästinensischen Gesellschaft und innerhalb der palästinensischen Organisationen so etwas vorbereiten könnte wie ein Begreifen, ein gegenseitiges Verstehen, wodurch diese Konflikte entstanden sind und wie sie letztendlich im Sinne beider Völker aufzuheben sind.

Welche Rolle spielen sogenannte Linkszionisten?
Dany Diner: Ich würde mal sagen: Die Leute, die sich als „Linkszionisten" empfinden, haben eine Vorstellung davon, daß es sowas gibt. Das muß man einfach akzeptieren. Andererseits ist es natürlich undenkbar, daß im Sinne sozialistischer Vorstellungen, die zumindest davon ausgehen, daß Menschen gleich behandelt werden sollen, eine linke zionistische Perspektive jemals möglich gewesen wäre. Oder auch möglich sein könnte. Das ist undenkbar.
Eine sozialistische oder sogar demokratische Vorstellung ist mit Zionismus, welcher Spielart auch immer, in Israel oder in diesem Gebiet nicht zu vereinbaren. (Übrigens sind die Einzigen, die eine tatsächliche Theorie vom Zionismus haben, Antizionisten und seine fundamentalsten Kritiker.)
Trotz der realen historischen und theoretischen Evidenz, daß dies undenkbar ist, gibt es aber ein Dilemma dabei: Nämlich was heißt das praktisch-politisch? Ich würde meinen, daß die Diskussion um den Zionismus vermutlich in der israelischen Gesellschaft erst die zweite Stufe sein wird. Die erste Stufe ist, daß sich heute soviel Potential ansammelt, das erstmal aufgrund moralischer Bedenken — und meinetwegen auch aufgrund realpolitischer Überlegungen — Rechte der Palästinenser, einen palästinensischen Staat oder die Selbstbestimmung der Palästinenser akzeptiert — aber noch nicht versteht, daß die Aufrechterhaltung eines jüdischen Staates mit Gleichheits-Vorstellungen nicht zu vereinbaren ist. Dennoch bilden diese Leute das Potential, das den Bruch vollziehen kann. Nicht die Theorie, nicht die Einsicht, sondern die politische Bewegung vollzieht diesen Bruch. Es bedeutet, daß man jetzt politisch argumentiert, und es geht nicht darum, vor allen Dingen theoretisch oder ideologisch jetzt jeden Einzelnen zu befragen, wie er zum lieben Gott bzw. zum Zionismus stünde. Es kommt darauf an, was er tut. Für mich ist das dann konkret-politisch unerheblich, wenn er sagt: „Aber ich bin auch Zionist", solange er gleichzeitig sagt: „Ich bin bereit, das und das und das zu akzeptieren". Obwohl er immer noch in einer zionistischen Geschichtsphilosophie, in einer zionistischen Geschichtsmythologie steht, und in welchen psychisch-kollektiven Einbindungen er auch immer stehen mag.

Das zum einen. Das ist die innerisraelische Diskussion. Dann gibt es noch etwas anderes. Du hast den Namen Uri Avneri erwähnt. Uri Avneri war einer der ersten und bekanntesten, die immer von sich behauptet haben: „Ich bin kein Zionist". Sein bedeutendstes Buch heißt immer noch „Israel ohne Zionisten". Uri Avneri hat seine Meinung im Laufe der letzten Jahre nicht prinzipiell geändert, sondern genau in dem Sinne, wie ich das meinte: Um in der zionistischen Gesellschaft überhaupt wirken zu können, hat er behauptet, Zionist zu sein. Die Zionisten wissen ganz genau, daß er keiner ist. Das kann er tausendmal behaupten. Wenn er gleichzeitig bestimmte Vorstellungen verfolgt, nämlich: Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser und Gleichheit der Bürger bzw. der Palästinenser in Israel — dann wissen sie es. Uri Avneri (das ist meine Deutung) hat auch verstanden, daß auf Seiten der Araber und der Palästinenser die Bedeutung des Wortes „Zionismus" eine ganz andere ist. Das ist m.M. die Crux der ganzen Debatte. Die Araber gehen (in ihrer überwiegenden Mehrheit) davon aus, und dies hat mit ihrer Kultur, mit der Kultur des Islam und überhaupt des Orients zu tun, daß die Juden eine Religion sind. Nun ist es so, daß die Juden zwar auch eine Religion, aber nicht nur eine Religion sind. Bei allen Völkern des Ostens fällt Religion und nennen wir es mal: Identität zusammen — bei den Armeniern, bei allen Minoritäten und nicht zuletzt sogar bei den Griechen.
Wenn Uri Avneri sagt (und da folge und verstehe ich ihn — argumentiere selbst aber anders): „Ich möchte von den Palästinensern als Zionist akzeptiert werden" dann bedeutet es für ihn (und für die, die mit ihm einer Meinung sind), daß er als solcher für ein nationales Recht der Israelis ist, als israelische Nation in Palästina zu leben. Das akzeptieren viele nicht. Wenn er also sagt: „Ich bin Zionist", versucht er, in ihrer Sprache zu sprechen und ihnen mitzuteilen: „Aber das müßt ihr akzeptieren." Ich bin anderer Auffassung. Ich versuche anders zu argumentieren, indem ich von einer jüdisch-israelischen Nationalität ausgehe. Indem ich den Zionismus als eine politische, rechtliche und herrschaftliche Struktur definiere, die er auch tatsächlich darstellt. Und dagegen läßt sich vorgehen. Verfassungen und reale Verhältnisse lassen sich ändern. Das ist gar keine Frage! Dann entsteht ein anderes Gemeinwesen im Raum zwischen Mittelmeer und Jordanfluß. Dann geht es darum, konkret zu bestimmen, daß alle Menschen gleich sind. Daß diese beiden Kolektive auch gleich sind.
Das Wort Zionismus schillert in den verschiedensten Farben. Für alte Marxisten-Leninisten kommt das Wort Zionismus aus einer ganz anderen Debatte. Was Lenin und Trotzki damals dazu gesagt haben, ist für die Palästina-Frage unerheblich. Das kann auf kultureller Ebene und in der innerjüdischen Diskusison etwas bedeuten, was mit Palästina nichts zu tun hat. Für die Palästinenser ist es freilich in einem anderen Sinne etwas ganz anderes: Diskriminierung, Unterdrückung und Vertreibung. Deswegen ist die Diskussion um den Zionismus eine so schwierige; und wenn alle aufeinander prallen, ohne sich überhaupt austauschen zu können, wird sie irrational.

Und die antizionistischen Gruppen?
Dany Diner: Die Gruppen, die es immer in Israel und auch während des Mandats gab, die den Zionismus bekämpften, waren bislang immer sehr marginal. Heute haben sie einen Stand erreicht, den man als minoritär bezeichnen kann. Das ist ein großer Fortschritt. Diesen Stand haben sie nicht als Organisation erreicht — als Organisation haben sie m.E. keine große Bedeutung — aber als Ferment innerhalb der Entwicklung heute haben sie eine überragende Bedeutung gewonnen.
Entscheidend ist bei Matzpen gewesen, daß sie die einzige Organisation, die einzigen Individuen waren, die wirklich eine Theorie des Zionismus im Lande selbst hatten. Das ist eigentlich ihre immense Stärke. Ihre Vorstellungen, ihre Form der Kritik fließen jetzt auch in die Bewegung mit ein. Ohne daß man sagen könnte, daß sie bereits angenommen wären, aber das ist der Prozeß. Je weniger sie sich organisiert verhalten — das heißt in unserer Sprache: je weniger sektiererisch — um so größer ist ihre Wirkung. Sie nehmen an den verschiedenen Solidaritäts-Komitees teil, an bestimmten Aktionen, sei es in der israelischen Presse, sei es in Form von Demonstrationen. Je stärker sich dieser Bruch erweitert, desto größer wird ihre sinngebende Bedeutung sein. Denn die meisten der Leute, die heute protestieren, wissen gar nicht, wie weit sie in ihrem Protest gegangen sind. Erstmal wollen sie ihre Abscheu über die Art, über die Form des Krieges, über die Führung des Staates zum Ausdruck bringen, nicht über diese Politik prinzipiell.
Das ist aber sozusagen das Tor, wo das Ferment der Erkenntnis überhaupt eingehen kann. Wenn man vom Bruch des nationalen Konsenses in Israel spricht, hat das eine ganz praktische Bedeutung. Es bedeutet nicht den Bruch mit der Begin/Sharon-Regierung. Es bedeutet etwas ganz anderes, was weniger ausgesprochen wird, aber gemeint ist: Es bedeutet für die Leute, die demonstrieren, den Bruch mit der Arbeiterpartei. Mit der Arbeiterpartei, die nicht als Opposition aufgetreten ist, die diese Regierungspolitik vertreten hat mit der Metapher der 40 Kilometer. Obwohl jeder, der von militärischen Dingen was versteht, ganz genau weiß, daß man nach 40 km nicht einfach halten kann, sondern die Schlacht zu Ende führen muß — man kann nicht einfach auf einer schiefen Ebene stehen bleiben. Die Metapher der 40 km bedeutet: Man unterstützt das eigentlich, möchte aber politisch „sauber" bleiben.
In diesem Sinn ist der Bruch des nationalen Konsenses Bruch mit der Arbeiterpartei. Das ist eigentlich das Neue in Israel. Und dafür gibt es heute noch kein politisch-organisatorisches Auffangbecken; das wäre noch zu früh, heute zu sagen, dies oder jenes ist richtig oder falsch. Diesen Prozeß gilt es weiter anzutreiben, zu beschleunigen. Man kann aber heute noch nicht einfach sagen, in welche Organisationsformen er einmünden könnte.

Welche Bedeutung haben die jüngsten Erklärungen Arafats für die Entwicklung der israelischen Opposition?
(Le Monde 10.8.1982, an anderer Stelle dieser Broschüre abgedruckt.)
Ich sehe das Interview sehr, sehr positiv. Vielleicht ist es vermessen, die Absichten eines anderen zu deuten — zumal er in einer solchen schwierigen Lage ist. Ich nehme an, daß die Demonstrationen in Israel während des Krieges, die ja wirklich die einzigen Demonstrationen für die Palästinenser im Nahen Osten gewesen sind — oder sagen wir das mal weniger prätentiös: gegen den israelischen Krieg gegen die PLO und damit natürlich für die PLO — einen enormen Eindruck auf die Palästinenser gemacht haben könnten. Denn damit ist eigentlich das monolithische Bild von Israel zumindest in Frage gestellt worden. Ich kann mir vorstellen, daß dies bei den Palästinensern das Verständnis dafür erleichtern könnte, daß es sowas gibt wie ein jüdisch-israelisches Kollektiv mit dem man sich in irgendeiner Weise wird arrangieren müssen. Denn wenn man jetzt nicht in Jahrhunderten planen will, ist klar, daß militärisch dieses politische Gemeinwesen sehr schwer in die Knie zu zwingen ist. Das heißt, daß der Bündnispartner die israelische Opposition ist. Man muß diese Opposition verstärken, indem man ihr sozusagen ein Minimum dessen gibt, was sie verlangt, was ihr ermöglichen kann, weitere Schritte zu tun auf die Palästinenser zu und auf ein gemeinsames Zusammenleben hin. Das Angebot Arafats, das viel wichtiger als alles andere im Interview ist, war, daß palästinensische und israelische Intellektuelle gemeinsam — er benutzt das Wort „Profond", also: in aller Tiefe — die gesamte Problematik diskutieren sollen und vielleicht sogar eine neue programmatische Grundlage für die Palästinenser und die israelische Opposition schaffen könnten. Das bedeutet m.E. auch einen Bruch mit der palästinensischen Charta oder mit bestehenden Punkten, die für Israelis, welcher Fraktionierung auch immer, natürlich Anathema sind: das heißt, daß die Juden als Religion angesehen werden. Wenn dies sozusagen erstmal aufgehoben ist, und es braucht nicht unmittelbar formalisiert zu werden, allein die öffentliche Debatte darüber ... das hieße, den Rubicon überschritten zu haben. Und genau wie es in Israel ein Prozeß ist, genauso ist es auch auf Seiten der Palästinenser ein Prozeß. Diese Prozeße zu beschleunigen, wäre auch eine Aufgabe der nicht-jüdisch/israelischen und der nicht-palästinensisch/arabischen Linken, nämlich der Linken schlechthin, die sich mit diesem Problem auseinandersetzen und die für solche Debatten Raum und Rahmen schaffen müßten.

Kommen sie einer Anerkennung des zionistischen Staates gleich?
Dany Diner: Nein, das heißt es nicht. Meiner Meinung nach hat er einen Schritt in eine Richtung gemacht, die sich die jüdische oder israelische Opposition immer gewünscht hat. Nicht eine formelle Anerkennung Israels, die heute in Israel keine relevanten Adressaten hätte, die keine Basis hat und keine Basis im Sinne von Staatsrepräsentativität hätte, sondern Schritte in eine Richtung, die einen Prozeß auslösen könnte, bei dem etwas herauskommen könnte, was vielleicht die Frage der Anerkennung von zwei Staatswesen überflüssig machen würde. Das ist das Entscheidende daran: Sich auf einen Prozeß einzulassen, wo beide an ihren ursprünglichen Forderungen sehr, sehr viel verlieren, aber an Neuem sehr, sehr viel gewinnen können. Die Palästinenser, die am Schluß dieses Prozesses stehen werden, werden nicht mehr die Palästinenser sein, die diesen Prozeß begonnen haben. Die Israelis, die am Schluß dieses Prozesses stehen werden, werden nie wieder die Israelis, nämlich die zionistischen Israelis, sein, wie die, die ihn begonnen haben. Aber sie können diesen Prozeß nicht anti-zionistisch beginnen. Zu fordern, daß sie schon Anti-Zionisten sind, bevor sie diesen Prozeß eingehen, ist absurd. Sich darauf einzulassen, war bislang die Schwierigkeit; ich hoffe, daß dies beendet ist.
(Gekürzt aus 'Arbeiterkampf' (Hamburg) (23.8.1982)

ARAB STUDIES SOCIETY (Jerusalem)

In dem Zentrum werden palästinensische Dokumente gesammelt, hebräische und palästinensische Zeitungen ausgewertet, Karten erstellt und eine Bibliothek eingerichtet, zudem Studien über Palästina erstellt.
Der Direktor erklärte, die Beschäftigten seien mehrfach von den Militärbehörden befragt worden und unterlägen an der Grenze besonderen Kontrollen.

IN'ASH EL-USRA (Ramallah)

Kern des Sozial-Zentrum In'ash El-Usra bilden Ausbildungsstätten. Neben einem großen Kindergarten, gibt es Schneiderinnen, Sekretärinnenklassen und Ausbildungskurse für Friseusinnen. Für Studenten an Westbank-Universitäten werden 300 Stipendien bereitgestellt. 700 Familien wird Sozialhilfe geleistet. Das Zentrum, das fast ausschließlich Frauen beschäftigt und ausschließlich Mädchen ausbildet, baut ein palästinensisches Folklore-Zentrum aus.

ISRAEL
IBN Al BALLD (Söhne des Bodens)
(Vertreter der Organisation - Delegation)

IBN AL BALLD ist eine Organisation von Palästinensern in Israel und wurde Anfang der siebziger Jahre gegründet. Im Gegensatz zur Kommunistischen Partei und zur Fortschrittlichen Liste, die starke Unterstützung von Palästinensern genießt, lehnt IBN AL BALLD die Teilnahme an Knessetwahlen ab.
Die Arbeit erfolge vor allem in den oertlichen Räten, erklärte ein Sprecher. Hier könne man mit fortschrittlichen Arabern und Juden zusammenarbeiten. Die Möglichkeit einer Lösung des Palästinaproblems durch Bildung eines zweiten Staates werde für ausgesprochen unwahrscheinlich gehalten, da Israel die besetzten Gebiete nicht räumen werde. Weil es für die Palästinenser keine Möglichkeiten gebe, glaube man an den Weg des Kampfes. Ziel sei ein sekularer, sozialistischer Staat mit Gedanken- und Religionsfreiheit. Dies wäre die beste Lösung für die gesamte Region.

FORTSCHRITTLICHE LISTE FÜR FRIEDEN (Nazareth)
(Mitglieder der Liste - Delegation)

Mehrere der Anwesenden waren vor kurz vor den Wahlen aus der Kommunistischen Partei ausgetreten und hatten die Fortschrittliche Liste in Nazareth gebildet. Sie beklagten sich, daß über die Hälfte des zu Nazareth gehörenden Landes enteignet worden sei. Im Vergleich zur jüdischen Stadt Ober-Nazareth erhielten sie nur 50 Prozent der Geldmittel für den städtischen Haushalt.
Diskriminiereung gebe es in allen Lebensbereichen. Während es Ober-Nazareth 100 Fabriken existierten, müßten Palästinenser meist

sehr weit zur Arbeit fahren. Obwohl die Palästinenser etwa 15 Prozent der israelischen Bevölkerung ausmachten, stellten sie nur zwei Prozent der Angestellten. Gleichheit gebe es nur vor dem Finanzamt.
Auch die kulturelle Unterdrückung sei stark. In den Schulbüchern werde weder über den Islam, noch über die Geschichte Palästinas, noch über die Kultur der Palästinenser berichtet.
Der Hauptkampf werde ums Überleben und die Erhaltung der Identität geführt. "Wir suchen nach Gleichheit und wir kämpfen gegen Diskriminierung." Sozialversorgung und auch Bildung seien einigermaßen befriedigend.
Der Kampf werde für die Etablierung eines eigenen Staates geführt. Die Palästinafrage habe sich von einer Flüchtlingsfrage zur Frage der Etablierung eines Staates gewandelt. Ohne die Bildung dieses Staates und die Anerkennung der PLO könne es keinen Frieden geben.

RATZ und SHELLI
(Vor allem Vertreter von Shelli (Altlinke), auch Ran Cohen (Parlamentsabgeordneter RATZ) - Delegationsteil)

Von den Vertretern beider Gruppen wurde zu Anfang übereinstimmend erklärt, man erkenne Gruppen nur an, wenn diese den Staat Israel anerkennen würden.
RATZ sei 1973 gegründet worden und vor allem für Bürgerrechte eingetreten. Für RATZ sei Jerusalem als Ganzes die Hauptstadt Israels. In dieser Frage gebe es Differenzen mit Shelli. RATZ habe eine feministische Orientierung (25 Prozent Frauen auf der Liste) und werde von Frauen geleitet.
Shelli sei 1977 als Föderation gegründet worden. Vor den jüngsten Parlamentswahlen habe es eine Spaltung in einen sozialistischen und einen radikaldemokratischen (Avneri) Teil gegeben. Shelli verstehe sich als sozialistische, demokratische Partei. So trete man bei Regionalwahlen für Dezentralisierung ein. Ziel sei die überwindung des Kapitalismus auf dem Wege der Wahlen. Für Israel werde eine Neutralitätspolitik angestrebt.
Der Nahost-Konflikt, könne nur durch die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes für beide Völker gelöst werden. Dies bedeute die Räumung der 1967 besetzten Gebiete. Westjerusalem sei die Hauptstadt Israels. Friede könne es nur auf dem Verhandlungswege geben. Shelli sei bereit, mit der PLO zu sprechen. Zionismus bedeute Recht auf Selbstbestimmung. Arabische Mitglieder der Liste bräuchten keine Zionisten zu sein.
In der Diskussion wurde betont, daß die israelische Linke nicht in der Lage gewesen sei, die Rechte zu stoppen. Das neben Likud weitere rechte Gruppen entstanden seien, sei auf die Besetzung zurückzuführen. Zwei Nationen bedeute auch zwei Klassen. Die Jugend sei in einer Situation aufgewachsen, in der Israel Besatzungsmacht gewesen sei. Dies sei der Grund für die Rechtsentwicklung.
Cohen ging auf die Differenzen zur Fortschrittlichen Liste ein. In der Vergangenheit habe man sich immer zu sehr an der Kritik der PLO orientiert, wie die Fortschrittliche Liste das heute immer noch tue. Es gelte aber, eine von der Politik der PLO unabhängige Argumentation für Frieden zu entwickeln. Man dürfe sich auch nicht

zu weit von den Hauptströmungen der israelischen Gesellschaft entfernen, da dies Einflußlosigkeit bedeute. Ein Friede im Nahen Osten sei Voraussetzung für Änderungen. Man könne die israelische Bevölkerung jedoch nicht für diese Idee gewinnen, wenn man sage, nur Israel mache die Fehler.
Man könne sowohl mit Kommunisten als auch mit der Fortschrittlichen Liste in Einzelfragen zusammenarbeiten. Es gehe um die Bildung einer weiten Linken.
Ein Shelli-Vertreter wies daraufhin, daß Verhandlungen mit der PLO möglich seien, wenn die PLO das Ziel der Zerstörung Israels aus ihrem Programm streiche.
Der Dialog mit den Palästinensern wurde von Ratz und Shelli befürwortet. Er existiere bereits auf den unterschiedlichsten Ebenen.

INTERNATIONAL CENTER FOR THE PEACE IN THE MIDDLE EAST
(Kurzes Informationsgespräch)

Direktor Dr. Arieh Yaari wies auf die Parteiungebundenheit des Instituts hin. Es stehe aber in Kontakt mit mehreren Dutzend Abgeordneten. Das Institut begleite in verschiedenen Publikationen die politische Entwicklung der Region (u.a. new outlook, middle east monthly). Neben theoretischer Arbeit erfolge aber auch eine praktische Unterstützung verschiedener Gruppen der israelischen Friedensbewegung.
Ein wichtiges Problem, daß eine Friedenslösung behindere, sei das Ausweichen der PLO, Israel anzuerkennen. Da US-Präsident Reagan nicht ein weiteres Mal für die Präsidentschaft kandidiere, könne man eventuell auch politischen Druck der USA auf Israel erwarten sich aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen, was den Friedensprozeß in der Region entscheidend beeinflussen könne, falls die israelische Regierung von sich aus hierzu nicht bereit sei.

Ulrich Tilgner

PRESSEERKLÄRUNGEN DER DELEGATION UND DER FRAKTIONS-PRESSESTELLE

1. Reiseankündigung durch die Pressestelle, 12.12.84 III / 2

2. Pressemitteilung über Artikel von Otto Schily in der Wetzlarer Zeitung, 14.12.84 III / 3

3. Fernschreiben der Delegation aus Beirut über die Einreiseverweigerung nach Israel gegen Brigitte Heinrich, verbreitet in Bonn, 20.12.84 III / 5

4. Pressemitteilung in Bonn nach Ende unseres Libanon-Besuchs, 21.12.84 III / 7

5. Erklärung der Delegation zu einer Falschmeldung der Lebanese Press Agency, Beirut/Damaskus, 21.12.84 III / 8

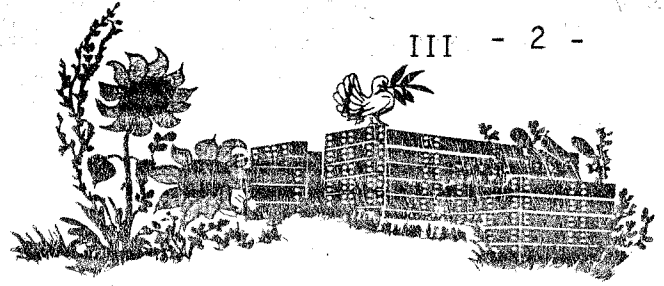
6. Erklärung von Brigitte Heinrich zu ihrem Einreiseververbot in die Westbank und nach Israel, Amman, 25.12.84 III / 9

7. Erklärung der Delegation zu einer Falschmeldung im israelischen Rundfunk betr. unseren Yad-Vashem-Besuch, Jerusalem, 27.12.84 III / 10

8. Einleitende Erklärung auf der Pressekonferenz der Delegation in Tel Aviv, 30.12.84 III / 11

9. Erklärung von Brigitte Heinrich nach Rückkehr in die Bundesrepublik zu ihrem Einreiseverbot nach Israel und Westjordanien, Frankfurt 30.12.84 III / 13

10. Leserbrief von Jürgen Reents an den "Spiegel" betr. Falschdarstellungen in der Januar-Ausgabe, Hamburg 1.1.85 (nicht abgedruckt) III / 15



DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG
— Pressedienst —
5300 Bonn
Bundeshaus 12.12.1984

DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG · Bundeshaus · 5300 Bonn

Pressemitteilung Nr. 661/84

GRÜNE DELEGATION FÄHRT IN DEN NAHEN OSTEN

Der Pressesprecher der GRÜNEN IM BUNDESTAG, Heinz Suhr, teilt mit:
Vom 16. bis 29. Dezember wird eine sechsköpfige Delegation der GRÜNEN, darunter Ali Schmeissner vom Bundesvorstand sowie Gaby Gottwald und Jürgen Reents für die Bundestagsfraktion, den Libanon, Syrien, Jordanien und Israel besuchen. Die Delegation plant in allen Ländern Gespräche mit Regierungsvertretern und mit anderen politischen Kräften.

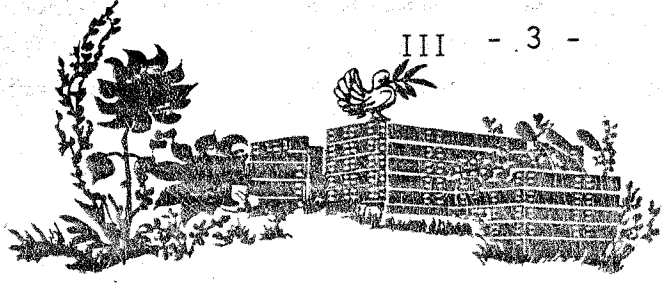
Im Mittelpunkt der Reise steht die Situation in Südlibanon, die Lage der Palästinenser und die Friedensbewegung in Israel. Die GRÜNEN hoffen, daß ihnen die Einreise in die von Isreale besetzten Gebiete Libanons gestattet wird, damit sie dort mit UN-Vertretern und mit dem israelischen Militärkommandeur sprechen können.

Bei den Gesprächen mit palästinensischen Politikern geht es vor allem darum, die Lösungsvorschläge der Palästinenser für den Nahost-Konflikt zu erörtern. In Israel werden die GRÜNEN den Kontakt zu allen Friedensgruppen und zur Regierung suchen.

Die GRÜNEN haben die Hoffnung, gerade durch ihre Gespräche mit Israelis und Palästinensern einen Beitrag zum Abbau der Spannungen leisten zu können.
Ausdrücklich erklären wir, daß Meldungen, die GRÜNEN halten Gespräche mit der israelischen Regierung nicht für "erstebenswert", nicht zutreffen. Derartige Überlegungen wurden von der Fraktion zurückgewiesen. Bereits vor der Veröffentlichung anderslautender Meldungen hat es Gesprächsersuchen über das Auswärtige Amt gegeben. Bei dem Papier, auf das einige Pressemeldungen Bezug nehmen, handelt es sich um eines von mehreren Vorbereitungspapieren, das von der Delegation als Programm der Reise abgelehnt wurde.

****

Herausgeber: **DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG** · Bundeshaus · 5300 Bonn
Verantwortlich: Heinz Suhr, Pressesprecher der Grünen im Bundestag, Tel.: (02 28) 16-72 12/16-72 13/16-73 21/16-77 83, Telex: Nr. 88 55 98 grib d



DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG

— Pressedienst —

5300 Bonn
Bundeshaus

14.12.1984

Pressemitteilung Nr.670/84

Zu der bevorstehenden Nahost-Reise einer Delegation der GRÜNEN schreibt Otto Schily heute in der Wetzlarer Zeitung:

Im Vorfeld der bevorstehenden Nahost-Reise einer Delegation der GRÜNEN ist ein Arbeitspapier an die Öffentlichkeit gelangt, das uns herbe Kritik eingetragen hat. Der israelische Botschafter in Bonn hat diese Kritik erheblich verschärft, mit dem Verwurf, manche GRÜNE seien nicht frei von Antisemitismus und Rassismus.

Um es rundheraus zuzugeben: Die Kritik an dem Arbeitspapier ist berechtigt, wenn es dort heißt, Kontakte mit der israelischen Regierung sollten tunlichst vermieden werden. Wer sich im Nahen Osten um eine Friedensregelung bemühen und die Konfliktursachen erforschen will, muß selbstverständlich auch Gespräche mit Vertretern der israelischen Regierung führen. Das ist übrigens auch die Auffassung der GRÜNEN Delegation, die am vergangenen Sonntag abweichend von dem Vorschlag in dem Arbeitspapier beschlossen hatte, an die israelische Regierung das Ersuchen zu richten, ein Treffen mit Minister Scharon zu ermöglichen.

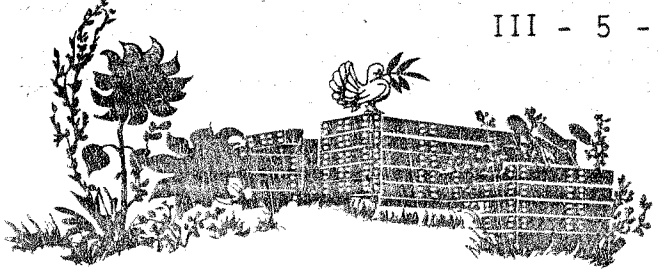
Falsch und ungerecht ist aber der Vorwurf des Rassismus und Antisemitismus. Zentrales Anliegen der Nahost-Reise sind Begegnungen mit Vertretern der israelischen Friedensbewegung, der Juden und Palästinenser angehören. Die israelische Friedensbewegung, die für das friedliche Zusammenleben von Juden und Arabern eintritt und sich für die Überwindung von Vorurteilen im Verhältnis der beiden Volksgruppen einsetzt, kann

-2-

Herausgeber: **DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG** · Bundeshaus · 5300 Bonn
Verantwortlich: Heinz Suhr, Pressesprecher der Grünen im Bundestag, Telefon: (02 28) 16-72 12/16-72 13/16-73 21/16-77 83

gewiß nicht in den Verdacht des Antisemitismus oder Rassismus gebracht werden, im Gegenteil. Wenn sich DIE GRÜNEN mit der israelischen Friedensbewegung solidarisch erklären und sie unterstützen, sollte das deshalb auch auf seiten der israelischen Regierung als ein Zeichen verstanden werden, daß DIE GRÜNEN die Überwindung von Rassismus und Antisemitismus zu ihren wichtigsten politischen Aufgaben zählen.

In meiner Münchner Rede über das Selbstverständnis der Deutschen habe ich meine Auffassung bekräftigt, daß eine neue deutsche Identität nur aus der uneingeschränkten Entgegensetzung zum Faschismus und Nationalsozialismus gewonnen werden kann.
Unter diesem Vorzeichen wird auch die Reise der GRÜNEN Delegation in den Nahen Osten stattfinden.



DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG

— Pressedienst —

5300 Bonn
Bundeshaus

20.12.1984

Pressemitteilung Nr. 675/84

GRÜNE: ISRAELISCHE REGIERUNG WILL DIALOG MIT FRIEDENSBEWEGUNG BEHINDERN

Die Delegation der GRÜNEN, darunter die MdBs Gaby Gottwald und Jürgen Reents sowie Ali Schmeissner vom Bundesvorstand und Brigitte Heinrich, MdEP, übermittelte folgendes Fernschreiben zu den Vorwürfen gegen die GRÜNEN und zum Einreiseverbot für Brigitte Heinrich nach Israel:

Die israelische Regierung hat angekündigt, ein Mitglied der Delegation der GRÜNEN, die sich zur Zeit auf einer Nahost-Reise nach Libanon, Syrien, Jordanien und Israel befindet, nicht nach Israel einreisen zu lassen. Es handelt sich dabei um Brigitte Heinrich, Abgeordnete der GRÜNEN im Europäischen Parlament. Als Grund der Einreiseverweigerung dient dem Vernehmen nach ein Urteil aus der Bundesrepublik aus dem Jahre 1979, mit dem sie wegen Sprengstofftransports zu 21 Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Gegen dieses Urteil wurde seinerzeit von weiten Teilen der demokratischen Öffentlichkeit in der Bundesrepublik und im Ausland protestiert. Die GRÜNEN haben Brigitte Heinrich nach Beendigung ihrer Strafhaft für das Europäische Parlament nominiert, da das gegen sie gefällte Urteil Ausdruck politischer Rechtsprechung war, wie sie in der Bundesrepublik der siebziger Jahre im Rahmen der Terroristenhysterie in zahlreichen Fällen praktiziert wurde.

Brigitte Heinrich erklärt dazu: "Dieses Urteil ist falsch. Es basierte von Anfang an auf einer konstruierten Anklage. Der einzige Zeuge der Anklage, der im Prozeß die Beschuldigung zurückwies, wurde unter Bruch der Zusage des freien Geleits im Gerichtssaal verhaftet."

Die Delegation der GRÜNEN, die sich seit Sonntag auf ihrer ersten Station im Libanon befindet und am Mittwoch in den israelisch besetzten Südlibanon reist, erfuhr von der Einreiseverweigerung für Brigitte Heinrich bislang nur aus der Presse. In einem Fernschreiben nahm die Delegation dazu wie folgt Stellung:

1. Schon vor unserer Abreise hat es Erklärungen der israelischen Botschaft in Bonn und Meldungen in der israelischen Presse gegeben, die daraufhin deuteten, daß ein Dialog zwischen den GRÜNEN und der israelischen Friedensbewegung behindert werden soll. Mit der Einreiseverweigerung gegen Brigitte Heinrich scheint die israelische Regierung dieser Absicht weiter zu folgen.
2. Brigitte Heinrich hat im Europäischen Parlament eine Initiative zur Einsetzung einer Untersuchungskommission des Europäischen Parlaments über die Verletzung der Menschenrechte durch die israelischen Besatzungstruppen im Südlibanon gestartet. Für diese Initiative will Brigitte Heinrich auch in Israel selbst Unterstützung und Zusammenarbeit mit israelischen Kritikern dieser Besatzungspolitik suchen. Dies nicht gelingen zu lassen, scheint der tatsächliche Grund der Einreiseverweigerung zu sein. Andere Begründungen sind Vorwände, die mit dem Besuch der Delegation gar nichts zu tun haben.
3. Unsere Delegation hält an ihrer Absicht fest, die geplanten Gespräche mit der israelischen Friedensbewegung durchzuführen. Sie wird sich in Israel selbst noch einmal zu den gegen sie geäußerten Vorwürfen äußern. Dazu ermutigt uns auch die herzliche Bekräftigung der Einladung, die wir von israelischen Friedensinitiativen erhalten haben.

-2-

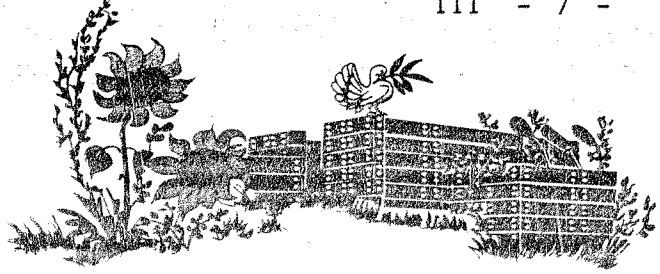
Herausgeber: **DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG** · Bundeshaus · 5300 Bonn

Verantwortlich: Heinz Suhr, Pressesprecher der Grünen im Bundestag, Tel.: (02 28) 16-72 12/16-72 13/16-73 21/16-77 83, Telex: Nr. 88 55 98 gribd

Wie sind - entgegen einiger Pressemeldungen - auch weiterhin an einem Gespräch mit der israelischen Regierung über unsere Kritik an der israelischen Besatzungs- und Expansionspolitik interessiert.

4. Bislang wurden Einreiseverweigerungen gegen grüne Parlamentarier von zwei Staaten ausgesprochen: von der chilenischen Militärdiktatur vor der Einreise und von der DDR nach einer Demonstration bei erneuter Einreise. Israel will offensichtlich diesem Beispiel folgen und sich in die Reihe derjenigen Staaten stellen, die ihre Politik vor den Augen kritischer grüner Abgeordneter verbergen müssen oder engagiertes Eintreten der GRÜNEN für Frieden, Unabhängigkeit und Menschenrechte bestrafen.

*****



DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG

— Pressedienst —

5300 Bonn
Bundeshaus

21.12.1984

Pressemitteilung Nr. 680/84

GRÜNE NAHOST-DELEGATION WIRD AM 25. DEZEMBER NACH ISRAEL EINREISEN

Der Pressesprecher der GRÜNEN IM BUNDESTAG, Heinz Suhr, teilt mit:

Die Nahost-Delegation der GRÜNEN wird heute nach einem Gespräch mit dem libanesischen Minister für Transport und Verkehr, Valid Djumblat, und einer Pressekonferenz in Beirut (13.00 Uhr) nach Damaskus weiterreisen.
Um sich von der gespannten Lage in Libanon ein möglichst umfassendes Bild zu machen, besuchte die Delegation mehrere Stadtviertel Beiruts und traf mit Vertretern verschiedener Hilfsorganisationen zusammen. Vorher hatten die GRÜNEN Gespräche mit Ministerpräsident Raschid Karame, Parlamentspräsident Hussein Husseini, dem Minister für den Süden, Nabih Berri sowie Erziehungsminister Selim Hoss.

Bei ihrer Reise in den besetzten Südlibanon, die ohne größere Schwierigkeiten von der ganzen Delegation wahrgenommen werden konnte, trafen die GRÜNEN verschiedene führende Persönlichkeiten, um sich vor Ort zu informieren..

Nach ihrem Aufenthalt in Syrien, der bis zum 23. Dezember andauert, wird die grüne Delegation nach Jordanien weiterreisen, um unter anderem mit dem dortigen Außenminister Taher N. Masri zusammenzutreffen.

Der Übertritt von Jordanien auf die Westbank (Allenby-Brücke) wird nach jetziger Planung am 25. Dezember um 11.00 Uhr erfolgen.

In Israel sind Gespräche mit verschiedenen Friedensgruppen und Parteien geplant, unter anderem mit den "Eltern gegen das Schweigen", mit Shelli, Progressiver Friedensliste, RAZ (Bürgerrechtspartei) und Mapam. Nach wie vor besteht der Wunsch seitens der grünen Delegation, mit Vertretern der israelischen Regierung zusammenzutreffen.

****

Herausgeber: **DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG** · Bundeshaus · 5300 Bonn
Verantwortlich: Heinz Suhr, Pressesprecher der Grünen im Bundestag, Tel.: (02 28) 16-72 12/16-72 13/16-73 21/16-77 83, Telex: Nr. 88 55 98 gribd

Erklärung der Delegation der Grünen auf der Nahost-Reise

Nach Informationen, die wir erst nach Ende unserer Pressekonferenz am 21.12.84 in Beirut erhielten, soll die Lebanese Press Agency berichtet haben, daß wir die israelische Besatzungspolitik im Südlibanon mit dem Terror des deutschen Nazi-Regimes verglichen hätten. Sollten diese Informationen stimmen - wir selbst haben sie nicht in einer Zeitung gelesen oder im Rundfunk gehört - möchten wir folgendes erklären und zur Richtigstellung auffordern:

Wir lehnen jeden Vergleich zwischen der israelischen Besatzungspolitik im Südlibanon und dem Terror des früheren deutschen Nazi-Regimes ab. Wir haben einen solchen Vergleich auch zu keiner Zeit während oder vor unserer Reise angestellt. Im Gegenteil: Bei dem Pressegespräch, das am 20.12.84 im Anschluß an unseren Besuch beim libanesischen Ministerpräsidenten Rashid Karame haben wir auf eine entsprechende Frage eines libanesischen Journalisten genau das geantwortet und begründet, was vorstehend nochmals von uns erklärt wird. Wir haben darüber hinaus solche Vergleiche, wenn sie von arabischer Seite geäußert werden, deutlich zurückgewiesen und angemerkt, daß dem Kampf des palästinensischen Volkes mit solchen Vergleichen ein sehr schlechter Dienst erwiesen wird.

Der deutsche Faschismus hat 6 Millionen Juden ermordet. Dieses Verbrechen ist beispiellos in der Geschichte vor und nach dem Nazi-Regime.

Der israelische Staat führt Eroberungskriege gegen arabische Nachbarstaaten und tritt als Besatzungsmacht auf arabischem Boden auf, insbesondere in den Gebieten, in denen das palästinensische Volk in Übereinstimmung mit Vereinbarungen und Resolutionen der UNO das Recht zum Aufbau eines eigenen, unabhängigen Staats hat, und seit Juni 1982 auch im südlichen Teil des Libanon.

Ein Vergleich zwischen diesen beiden Erfahrungen ist sachlich falsch und politisch verheerend. Es braucht im übrigen keines Vergleichs, um antifaschistisch und antirassistisch zu sein, und die israelische Eroberungs- und Besatzungspolitik zu verurteilen.

21.12.84 Beirut / Damaskus

Anmerkung: Die "Lebanese Press Agency" ist die Presseagentur der libanesischen Falangisten!

Erklärung von Brigitte Heinrich (MdEP), 25.12.84

Die israelischen Behörden haben mich an der Allenby-Brücke an der Einreise in die israelisch besetzte Westbank gehindert. Zu den gegen mich gerichteten Vorwürfen möchte ich erklären:

Es ist richtig, daß in der Bundesrepublik Deutschland ein rechtskräftiges Urteil gegen mich vorliegt: Ich wurde wegen angeblichen Sprengstofftransports von der Schweiz in die BRD, der 1973 stattgefunden haben soll, verurteilt, obwohl keinerlei Beweise vorgelegt wurden. Ich habe dafür 14 Monate im Gefängnis gesessen. Die gegen mich erhobenen Beschuldigungen waren von Anfang an falsch, und das wiederhole ich auch heute. Es war einer derjenigen politischen Prozesse, in denen Linke und Antifaschisten verurteilt wurden, während Nazi-Kriegsverbrecher in der BRD massenhaft ohne Strafe blieben.

Insbesondere weise ich Pressebehauptungen zurück, die jetzt im Zusammenhang mit meiner beabsichtigten Einreise in die Westbanks und nach Israel erhoben wurden: Wegen Zugehörigkeit zu einer terroristischen Vereinigung bin ich nie verurteilt worden.

Ich bin in meiner ganzen bisherigen politischen Arbeit gegen Terror und Unterdrückung aufgetreten, besonders in der Dritten Welt: in Vietnam, in Chile, im Nahen Osten, in der Türkei, in Iran. Ich bin für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes eingetreten, und gegen die Besetzung der Westbank, des Gaza-Streifens und des Südlibanon - und tue das auch weiterhin. In diesem Zusammenhang habe ich 1970 eine Informationsreise durch Jordanien gemacht, und Kontakte zur PLO geknüpft - freilich schon vier Jahre bevor die PLO von den Vereinten Nationen als einzig legitime Vertretung des palästinensischen Volkes anerkannt wurde. Ich befinde mich jetzt auf einer ähnlichen Informationsreise - freilich heute als Abgeordnete des Europa-Parlaments, so daß mir außer der Einreiseverweigerung nach Israel und in die Westbank vermutlich nicht erneut Gefängnis drohen wird.

Uns geht es darum, die komplizierten Verhältnisse im Nahen Osten zu verstehen, und herauszufinden, ob es realistische Möglichkeiten gibt, das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes endlich zu verwirklichen und die kriegerischen Auseinandersetzungen in der gesamten Region zu beenden.

Gegen diesen Versuch hat man, noch bevor die Reise begann, gerade auch in Israel den Vorwurf erhoben, israelfeindlich und antijüdisch zu sein. In einem Pressekommentar wurde sogar behauptet, die Grünen seien "antisemitischer als die Nazis". Dieser Vorwurf ist absurd, offensichtlich sogar absichtlich demagogisch: er soll die Kontakte von israelischen Friedensinitiativen und israelischen Kritikern an der Eroberungspolitik ihrer Regierung mit den Grünen diskreditieren und unterbinden. Auch wenn ich - als ein Mitglied einer 6-köpfigen Delegation - nicht einreisen kann, wird dies nicht gelingen.

25.12.84, Brigitte Heinrich

press-information

Kol Israel radio station broadcasted this afternoon that the delegation of the westgerman Greens refused to visit Yad Vashem. This is simply untrue. Just today our delegation visited Yad Vashem at 1 p.m. and staid there until almost 4 p.m.

We like to add something to this pure correction:

We announced our visit today at 11 a.m. at the main office of Yad Vashem. After our meeting in the Israelian foreign ministry and just before we went from there to Yad Vashem, a quarter to 1 p.m., we were asked for the first and only time by an Israelian journalist whether we intend to visit Yad Vashem. Our answer was: You can be sure that we don't forget in Israel that we are an antifascist party.
We didn't wish to tell the press about our concrete intention to visit Yad Vashem because of two reasons:

1. For us it is simply unquestionable that we as an antifascist party from Westgermany are going to visit an antifascist memorial place in Israel. It doesn't need any question and any answer about it.
2. We didn't wish to visit Yad Vashem accompanied by the press so that our visit can not be abused for propaganda.

But because we got the experience - for one time more - that someone is interested in telling lies about our delegation, we have to correct it.

Jerusalem, 27.12.84, 6 p.m. delegation of the westgerman Greens

PRESSEKONFERENZ Tel Aviv, 30.12.84 (einleitende Erklärung)

Die Delegation der GRÜNEN aus der Bundesrepublik Deutschland beendet heute ihre 2-wöchige Nahost-Reise. Stationen dieser Reise waren Libanon, Syrien, Jordanien, Westbank und Israel.

Bereits bevor wir unsere Delegationsreise begonnen haben, ist uns vorgeworfen worden, daß wir mit vorgefaßten Meinungen nach Israel kommen würden. Ich will das bestätigen: wir sind mit vorgefaßten Meinungen gekommen. Diese vorgefaßten Meinungen sind:

- Nach unserer Überzeugung hat kein Staat das Recht, ein anderes Land anzugreifen und zu besetzen. Deshalb fordern wir den sofortigen und bedingungslosen Abzug der israelischen Truppen aus dem Südlibanon.
- Wir treten für das Selbstbestimmungsrecht und das Recht auf nationale Unabhängigkeit für jedes Volk ein. Deshalb fordern wir den Rückzug der israelischen Truppen aus den seit Juni 1967 besetzten Gebieten, damit in der Westbank und im Gaza-Streifen ein unabhängiger palästinensischer Staat aufgebaut werden kann, und damit auf der Basis der gegenseitigen Anerkennung eines israelischen und eines palästinensischen Staates das Zusammenleben von Juden und Palästinensern in dieser Region friedlich miteinander geregelt werden kann.

Diese vorgefaßten Meinungen werden im übrigen von der Mehrheit der Staaten in den Vereinten Nationen vertreten. Vielleicht ist an uns nur das Besondere, daß wir unsere Überzeugung sehr deutlich vertreten. Wären wir mit der vorgefaßten Meinung gekommen, daß die israelischen Truppen im Südlibanon und in der Westbank bleiben dürfen, und daß das palästinensische Volk kein Recht auf einen eigenen Staat hat, wären wir sicher nicht so heftig von denen angegriffen worden, die das getan haben. Das wäre aber gegen unsere Überzeugung gewesen, und das wäre gegen die Hoffnung auf Frieden gewesen.

Wir fordern die Wiederherstellung der vollständigen Souveränität des Libanon und den Abzug aller fremden Truppen aus diesem Land. Was die syrischen Truppen betrifft, wurde uns vom syrischen Außenminister gesagt, daß sie abgezogen würden, wenn die libanesische Regierung das will. Das ist gegenwärtig nicht der Fall.

Unser eigener Eindruck ist, daß die israelische Regierung bereits viel getan hat, um den Südlibanon vom Nordlibanon wirtschaftlich abzutrennen. Die libanesische Bevölkerung kann in ihrem eigenen Land nicht mehr frei von Süden nach Norden und umgekehrt reisen, sie müssen an den israelischen Kontrollpunkten teilweise bis zu zwei Tagen warten und dabei allerlei Schikanen erdulden.

In den Städten und Dörfern im Südlibanon ist das öffentliche Leben nach Einbruch der Dunkelheit zumeist nahezu tot: Dann gehören die Straßen den israelischen Militärpatrouillen und der Angst vor Verhaftungen.

Nach allem, was wir gehört und gesehen haben, fürchten wir, daß die israelische Regierung nicht zu einem vollständigen Rückzug ihrer Truppen bereit ist. Diese Sorge haben wir auch aufgrund der Entwicklung, die es seit 1967 in den israelisch besetzten Gebieten der Westbank, des Gaza-Streifens und der Golan-Höhen gegeben hat; und diese Sorge haben wir auch, weil die 1919 herausgegebene Karte der zionistischen Weltorganisation den libanesischen Awali-Fluß (also die jetzige Teilungslinie des Libanon) als die Nordgrenze des beanspruchten Israel ausweist.

Die Fraktion der GRÜNEN im Europäischen Parlament bereitet zur Zeit eine Initiative zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses des Europäischen Parlaments zur Situation der Menschenrechte im besetzten Südlibanon vor. Diese Initiative sollte in Israel von unserem Delegationsmitglied Brigitte Heinrich vorgestellt werden, die aber von der israelischen Regierung keine Einreisegenehmigung nach Israel und in die Westbank erhielt. Dagegn protestieren wir noch einmal nachdrücklich.

Der Vorsitzende der PLO, Yasser Arafat, hat in einem Gespräch mit uns die Bereitschaft der PLO bestätigt, an einer internationalen Konferenz zusammen mit Vertretern Israels, Jordaniens, Syriens, Libanons, Ägyptens und der Staaten des UN-Sicherheitsrats teilzunehmen, um eine friedliche Lösung des Palästina-Konflikts herbeizuführen. Der Widerstand gegen eine solche Konferenz kommt von den USA und von der israelischen Regierung. Es kann niemandem verborgen bleiben, daß die Bereitschaft der PLO zu einer solchen Konferenz auch die Bereitschaft zur gegenseitigen Anerkennung eines jüdisch-israelischen und eines arabisch-palästinensischen Staates in sich birgt.

Das israelische Außenministerium hat uns durch seinen stellvertretenden Generaldirektor, Herrn Anug, in einem Gespräch nicht mitteilen können, wo der Staat Israel seine Grenzen sieht. Ein Staat, der dies offen läßt, dokumentiert expansionistische Absichten und macht sich damit zur Bedrohung seiner Nachbarstaaten. Nirgendwo auf der Welt kann das akzeptiert werden.

Die Blockade gegenüber einer friedlichen Lösung im Nahen Osten und einer Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes kann unserer Meinung nach nur durch internationalen Druck und durch innergesellschaftlichen Druck aufgehoben werden. Unsere Hoffnungen richten sich auf die Kräfte in Israel, die im jüdische-palästinensischen Dialog vom Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser ausgehen und andere gesellschaftliche Vorstellungen als die einer Besatzungsmacht und des Expansionismus haben. Wenn wir in diesem Prozeß und im jüdisch-palästinensischen Dialog eine Hilfe

Anmerkung: In der einleitenden Erklärung wurde ferner noch unsere Haltung zum Hitlerfaschismus, sowie zu neonazistischen und ausländerfeindlichen Erscheinungen in der Bundesrepublik erläutert. Darüber gibt es kein schriftliches Manuskript.

Brigitte Heinrich

Mitglied
des Europäischen Parlaments

Erklärung zum Einreiseverbot nach Israel und Westjordanien

Die israelische Regierung hat meine Teilnahme an der Nahostreise der GRÜNEN zum Anlaß genommen, mir die Einreise zu verweigern. Zur Begründung wurde angeführt, ich hätte mit dem "internationalen Terrorismus" kooperiert und sei in der Bundesrepublik wegen "illegalen Waffenhandels" verurteilt worden. Ferner hätte ich die PLO unterstützt.

Das Einreiseverbot reiht sich in die Diffamierungskampagne ein, die in der BRD seit geraumer Zeit gegen die GRÜNEN geführt wird. Ausgerechnet die Interessenvertreter des großen Geldes einschließlich jenes illustren Industriezweiges, der unter dem Nationalsozialismus Zyclon B herstellte, wollen heute in Umkehrung der geschichtlichen Tatsachen die GRÜNEN in die Nähe von Faschismus, Antisemitismus und Terrorismus rücken.

Mit "internationalem Terrorismus" hatte ich nie etwas zu tun. Ganz im Gegensatz zu den Staaten, die Handbücher zur Anleitung für Geiselnahmen und Mord herausgeben und Atomkraftwerke bombardieren lassen.

Das Urteil gegen mich ist 1980 von einer Staatsschutzkammer in Baden-Württemberg in einem politischen Prozeß gefällt worden. Mein Richter waren noch unter der Regierung des ehemaligen Ministerpräsidenten dieses Bundeslandes, dem Nazikriegsrichter und Parteigänger Hitlers, Hans Filbinger, ernannt worden. Nichts ungewöhnliches in der Flick-Republik, in der frühere Nazis und SA-Mitglieder im Zeichen der Restauration zu hohen und höchsten Staatsämtern gelangten. In Baden-Württemberg entpuppte sich selbst der Leiter der Zentralstelle zur Bekämpfung von NS-Verbrechen, Generalstaatsanwalt Erwin Schüle, als einstiger Nazi und SA-Mann.

Verurteilt wurde ich, weil mein Freispruch dem Eingeständnis gleichgekommen wäre, daß Bürger in der BRD wegen ihres Eintretens für Menschenrechte und ihres Kampfes gegen staatliche Unterdrückung verfolgt werden. So wurde in meinem Prozeß der Kronzeuge der Staatsanwaltschaft unter Bruch des freien Geleits verhaftet, weil er es gewagt hatte, mich wahrheitsgemäß zu entlasten.

Für das Recht des palästinensischen Volkesauf Selbstbestimmung bin ich immer eingetreten. Ich werde das auch in Zukunft tun. Gerade als Bürger eines Landes, dessen Rechtsvorgänger "III. Reich" für den organisierten Massenmord am jüdischen Volk verantwortlich ist, sind wir auch für das Schicksal des palästinensischen Volkes in besonderem Masse verantwortlich. Der Völkermord an den Juden hat international die psychologischen Voraussetzungen für die Gründung des Staates Israel geschaffen. Die Vertreibung der Palästinenser ist somit indirekt die Folge der Judenverfolgung durch das NS-Regime.

Gerade weil wir - die Generation, die den Nationalsozialism nicht miterlebt hat - die moralische Schuld unseres Volkes am millionenfachen Mord an Juden nicht zurückweisen, können wir zur Expansionspolitik Israels, zur Besetzung fremder Territorien durch israelische Truppen und zu den Unterdrückungsmaßnahmen in den besetzten Gebieten nicht schweigen.

Wir haben auch zum Massenmord, den König Hussein von Jordanien 1970 an Palästinensern begehen ließ, nicht geschwiegen. Wir haben den amerikanischen Krieg in Vietnam ebenso angeprangert wie die Invasion Grenadas. Seit Jahren protestieren wir gegen den verdeckten Krieg der USA in Mittelamerika, gegen die Unterdrückung von Oppositionellen im Iran und in der Türkei, gegen die Militärdiktaturen in Lateinamerika und gegen das weiße Rassistenregime in Südafrika.

Wir werden fortfahren, die US-amerikanische und bundesrepublikanische Politik anzugreifen, wenn mit der Lieferung von Kriegsgerät und Massenvernichtungswaffen Kriege angeheizt und verlängert, wenn Militärdiktaturen künstlich an der Macht gehalten werden.

Sollen wir die Augen verschließen, wenn die Falangisten im Libanon und die von Israel bewaffnete und finanzierte Südlibanesische Armee (SLA) Massaker an der Zivilbevölkerung begehen, wenn israelische Besatzungstruppen Gefangene foltern, nachts Dörfer überfallen und Frauen und Kinder morden, wenn in den besetzten Gebieten die Menschenrechte mit Füßen getreten werden ?

Frankfurt, 30.12.1984

Jürgen Reents
Mitglied des Deutschen Bundestages

53 Bonn
Bundeshaus

Fernruf 16 7776
Die Wahl dieser Rufnummer vermittelt den gewünschten Hausanschluß.
Kommt ein Anschluß nicht zustande, bitte Nr. 161 (Bundeshaus-Vermittlung) anrufen.

Hamburg, 1.1.85

DER SPIEGEL

Leserbrief-Redaktion

Postfach 110 420
Brandstwiete 19

2000 HAMBURG 11

LESERBRIEF
betr.: Der Spiegel 1/85, S. 57 - Grüne: Auf deutsch geflucht

Es kommt mal vor, daß ein Artikel Fehler enthält, im SPIEGEL und auch anderswo. Ihr Artikel über die Nahost-Reise einer GRÜNEN-Delegation liefert gleich mehrere Beispiele dafür: Uns wurde nicht der Zutritt zum Speisesaal der israelischen Knesset untersagt, sondern wir wollten dort gar nicht essen, weil der nächste Termin schon bevorstand. Uns wurde nicht ein Raum für eine Pressekonferenz in der Knesset verweigert, sondern wir wollten in der Knesset gar keine Pressekonferenz abhalten. Brigitte Heinrich hat sich nicht beschwert, daß ihr niemand den Koffer über die Allenby-Brücke zurückgetragen hat, sondern sie hat es abgelehnt, daß ein israelischer Bediensteter den Koffer zurückträgt, nachdem sie von israelischen Soldaten an der Einreise in die Westbank gehindert worden war.

Fehler können wie gesagt passieren, auch wenn es nicht gleich so viele sein müssen. Was aber kein Nachrichtenmagazin sich leisten sollte, sind Fälschungen. Der SPIEGEL zitiert aus einem Papier eines Fraktionsmitarbeiters, dort sei empfohlen worden, "unsere Beziehungen mit Israel - das kein demokratischer Staat ist - auf ein Minimum zu beschränken". Der Satzteil "das kein demokratischer Staat ist", ist vom Autor des SPIEGEL-Artikels frei erfunden worden - und das übrige ist auch noch verstümmelt zitiert. Nicht von "Beziehungen mit Israel" war in dem Papier die Rede, sondern von "Kontakten mit offiziellen Vertretern des Staates Israel", die der Verfasser des Papieres so weit wie möglich einzuschränken vorschlug, "solange die israelische Regierung die PLO nicht anerkennt". Die israelische Tageszeitung Ma'ariv hatte diese Passage am 12.Dezember durchaus richtig zitiert (und nachfolgend auch andere israelische Zeitungen), so daß der SPIEGEL-Korrespondent

../2